

Renate Riemeck

**MITTELEUROPA
BILANZ EINES
JAHRHUNDERTS**

EDITION BABELTURM
POTSDAM

unveränderte Auflage 1990

EDITION BABELTURM

mit freundlicher Genehmigung der Autorin Druck: UNDRUCK

Aufl. 1965

Verlag Die Kommenden, Freiburg im Breisgau

Aufl. 1983

Lizenzausgabe des

Fischer Taschenbuch Verlages GmbH, Frankfurt am Main

unveränderte Aufl. 1990

EDITION BABELTURM, Potsdam

ISBN 3 - 910168 03 - 5

Inhalt

Zum Wiedererscheinen dieses Buches

Ein lange und gut vorbereiteter Krieg

Der Prinz von Wales, Leo XIII und der «neue Kurs» Bismarck -
Größe oder Verhängnis Deutschlands? Deutschlands «Beruf» und
das Versagen

des deutschen Bürgertums

Deutschland nach dem Krisenjahr 1878/79

Das Jahr 1866 und das Schicksal Österreichs Die Balkanfrage

Probestation des Weltunterganges

Das Epochenjahr 1917

Rußland und das Jahr 1917

Mitteleuropa nach 1917

Die Zertrümmerung Mitteleuropas

Anhang

Wilsons vierzehn Punkte (deutsch)

Wilsons 14 Punkte (englischer Originaltext)

Rudolf Steiner: Memorandum vom Juli 1917 Anmerkungen

Personenregister

Ein lange und gut vorbereiteter Krieg

Am 28. Juni 1914 fiel der österreichische Thronfolger, Erzherzog Franz Ferdinand, dem Attentat von Sarajewo zum Opfer. Fünf Wochen später befand sich Europa im Kriegszustand. Das Verhängnis des Ersten Weltkrieges nahm seinen Lauf.

Die Geschehnisse, die zu diesem Kriege führten, vor allem aber sein Ergebnis, haben das weitere Schicksal Europas im 20. Jahrhundert bestimmend beeinflusst: *Die Entstehung der Sowjetunion* und ihr späterer Aufstieg zur Weltmacht, das *Eingreifen der USA in die europäischen Verhältnisse*, ihr globales Engagement und ihre Vorrangstellung in der westlichen Welt sind Folgen des Ersten Weltkrieges. Aber auch der Zusammenbruch des alten europäischen Staatensystems und die Zerstörung bzw. Selbstzerstörung Mitteleuropas hängen mittelbar und unmittelbar mit den Vorgängen zusammen, die dem Attentat von Sarajewo vorausgingen und folgten.

Brachte das Jahr 1914 den Krieg zwischen den großen Mächten innerhalb des überlieferten europäischen Staatensystems, das sich jahrzehntelang im Zustand eines «bewaffneten Friedens» befunden hatte, so leitete das Jahr 1939 die zweite Weltkriegskatastrophe ein, die aus den Spannungen der Zwischenkriegszeit hervorging und in ihren Resultaten ebensowenig zu einer echten Friedensregelung führte wie der Erste Weltkrieg. Erster und Zweiter Weltkrieg stehen in einem inneren Zusammenhang, beide gehören ein und derselben Epoche an, wenngleich die äußere Veranlassung und das Problem der Schuld 1939 wesentlich anders gelagert waren als 1914.

Betrachtet man heute die Auswirkungen des Ersten Weltkrieges für den Verlauf der auf ihn folgenden Jahrzehnte, dann verliert die Frage, wer die Schuld am Ausbruch des Krieges trug (das heißt, ob

er von einer einzelnen Macht in den kritischen Julitagen des Jahres

7

1914 vorsätzlich oder leichtfertig entfesselt wurde) sehr viel von dem Gewicht, das man ihr einmal beigemessen hat. Die These von der «Alleinschuld» Deutschlands (bzw. der Mittelmächte), die bei Kriegsende eine so große Rolle spielte, hat sich ohnehin als unrichtig erwiesen. *Lloyd George* (1863-1945), der im Ersten Weltkrieg Mitglied des Obersten Kriegsrates der Entente und von 1916 bis 1922 britischer Ministerpräsident war, hat die Haltung der europäischen Politiker in den kritischen Tagen und Stunden vor dem Kriegsausbruch mit den Worten charakterisiert: «Wir sind alle in den Krieg hineingeschlittert.» Die Politik dankte zugunsten der Militärs ab, und der Automatismus der Generalstabsplanungen wurde in Gang gesetzt.

Man weiß heute, daß es in allen an der sogenannten «Julikrise» beteiligten Ländern starke Kräfte gab, die zum Kriege drängten.² Ob sie wußten, was sie taten oder wem sie dienten, mag dahingestellt bleiben. Es dürfte aber feststehen, daß sich die eigentliche «Schuldfrage» nicht durch ein Studium der offiziellen Akten klären läßt, die über die Verhandlungen in der Vorkriegszeit, besonders aber während der Julikrise, veröffentlicht worden sind. Nach Talleyrands berühmtem Rezept besteht die Kunst der Diplomatie ja gerade darin, das Wichtigste nicht *in*, sondern *zwischen* den Zeilen zu sagen. Was in amtlichen Dokumenten nur angedeutet oder gar nicht erwähnt wird, ist deshalb für den historischen Verlauf oft das Entscheidende. Das gilt in hohem Maße auch für das Aktenmaterial zur Julikrise. Menschliches Versagen, Mißverständnisse und Fehleinschätzungen seitens der verantwortlichen Politiker haben zur Zuspitzung der Situation entscheidend beigetragen. Die Frage aber, warum diese Krise nicht abgefangen werden konnte, sondern zu einem ganz bestimmten Zeitpunkt in den großen Völkerkrieg umschlug, kann aus den geschichtlichen Dokumenten nicht beantwortet werden. In den Wochen nach der Ermordung des Erzherzogs muß sich jedenfalls sehr viel zugetragen haben, was mit den Mitteln der historischen Forschung wohl niemals rekonstruiert werden kann. Wenn man dennoch zu einer Urteilsbildung über die Bedeutung der Kriegskatastrophe von 1914 für den geschichtlichen Ablauf des 20. Jahrhunderts kommen will, sollte man sehr genau zwischen dem *Anlaß*, also dem Mord von Sarajewo samt der Julikrise, und der *Ursache*, u. a. der Spannung zwischen zwei hochgerüsteten Mächtegruppierungen in Europa, unterscheiden. Letztere ist für den Ausbruch des Ersten Weltkrieges ausschlaggebend gewesen. Er *mußte* früher oder später kommen, weil die politischen und wirtschaftlichen Gegensätze zwischen den

8

Großmächten unüberbrückbar schienen, aber auch weil geistige Entscheidungen gefällt werden sollten.

Der bekannte schwedische Historiker *Rudolf Kjellén* hat schon 1921 auf die Zwangsläufigkeit des Kriegsausbruches hingewiesen, indem er — auf die Vorkriegssituation zurückblickend — feststellte: «Der Weltkrieg ist dadurch gekennzeichnet, daß von Anfang an nicht nur einzelne Mächte, sondern ganze Mächtegruppen einander gegenübertraten. Die Bildung dieser Gruppen war schon vor dem Kriege abgeschlossen. Der Krieg war lange und gut vorbereitet. Er war in Wirklichkeit nichts anderes als die Auslösung einer Spannung, die in diplomatischer Form als Ergebnis einer langen Entwicklung und in festen politischen Tatsachen wurzelnd schon vorhanden war.»³

Es soll hier nicht verneint werden, daß die genaue Ermittlung geschichtlicher Fakten von größter Wichtigkeit für die Urteilsfindung über eine historische Epoche ist. Erst aus der Fülle der Einzelheiten läßt sich das Bild einer Zeit gewinnen. Die nachfolgenden Darstellungen zur Geschichte Mitteleuropas während der letzten hundert Jahre wollen jedoch nicht den Ertrag der historischen Forschung zusammenfassen. Sie setzen vielmehr ein bestimmtes Wissen über den Entwicklungsgang im 19. und 20. Jahrhundert voraus und erkennen die wissenschaftliche Forschungsarbeit, die dieses Wissen möglich machte, dankbar an.

Es soll hier aber der Versuch gewagt werden, einige Geschehnisse und Tatbestände besonders hervorzuheben, die dem Historiker zwar bekannt sind oder sein könnten, in der Geschichtsschreibung zumeist aber eine nur geringe Bewertung erfahren haben, obwohl sie als symptomatische Ereignisse gelten könnten. Kjelléns Bemerkung, daß der «*Krieg lange und gut vorbereitet*» worden ist und die Spannung zwischen den Mächtegruppen *in bestimmten politischen Tatsachen wurzelte*, führt uns zu der Frage, die am Ausgangspunkt aller Betrachtungen über die Weltkriegskatastrophe stehen sollte: Wann setzten die Vorbereitungen auf den Ersten Weltkrieg ein, und worauf sind die Spannungen zwischen den Mächtegruppierungen letztlich zurückzuführen?

[Bündnissysteme]

Die Vorgeschichte des Ersten Weltkrieges ist eine Geschichte der Bündnissysteme. In ihr spiegelt sich wider, was von langer Hand vorbereitet worden war und im Jahre 1914 sichtbar wurde.

Am Vorabend des Ersten Weltkrieges gab es zwei Lager in Europa: den «*Dreibund*», der 1882 aus dem Anschluß Italiens an das seit 1879 bestehende Bündnis Deutschlands mit Österreich-Ungarn hervorgegangen

9 war, und die «*Entente*», die aus dem Zweibund Frankreich-Rußland von 1894, der englisch-französischen Entente von 1904

und der englisch-russischen Entente von 1907 bestand.

Der *Dreibund* war eine echte Allianz mit vertraglich geregelten Bündnisverpflichtungen, die *Entente* dagegen ein lockerer Verband, der sich mit dem Grundsatz der allgemeinen Übereinstimmung begnügte, also weitaus elastischer war und dem Dritten im Bunde (nämlich England) einen sehr großen diplomatischen Spielraum und politische Handlungsfreiheit gab. Die Form des festgefügt Dreibundes mit seinen klar abgegrenzten Einzelregelungen sollte sich als weniger gesichert erweisen als die «unverbindliche» Entente, denn Italien scherte 1915 aus dem Dreibund aus, wogegen England nach dem Kriegsausbruch den losen Dreiverband in eine regelrechte Allianz umwandelte.

Die formale Verschiedenheit der beiden Bündnissysteme muß man im Auge behalten, will man die politisch-diplomatischen Aktionen der Vorkriegszeit verstehen. Der Kern beider Systeme war ein Zweibund: Deutschland — Österreich-Ungarn und Frankreich — Rußland. Die Schwäche der Mittelmächte wird sofort offenkundig, wenn man bedenkt, daß hinter ihnen nur Italien, hinter dem französisch-russischen Bündnis aber die maritime Großmacht England stand. Es ist von großer Wichtigkeit, daß England es verstand, bis zum Ausbruch des Krieges eine formelle Handlungsfreiheit zu wahren, und seine Verpflichtungen gegenüber den Partnern des französisch-russischen Bündnisses nur in diplomatischen Abmachungen mit jeder der beiden Mächte bestanden (Verständigung über Kolonialfragen mit Frankreich bei der Entente cordiale von 1904, Regelung der mittelasiatischen Einflußsphären im englisch-russischen Abkommen von 1907). Die Triple-Entente war ein außerordentlich kunstvolles Gewebe, das es England ermöglichte, die *Führung* in Europa zu übernehmen und die Entscheidung über seine Zukunft maßgeblich beeinflussen zu können.

An der Entente zerbrach das Werk Bismarcks. Er ist zwar der Urheber des markigen Wortes: «Die Deutschen fürchten Gott und sonst nichts in der Welt», aber Bismarck lebte dennoch mit dem «cauchemar» [Alpdruck], daß sein Reich durch den Zusammenschluß anderer europäischer Mächte in eine lebensgefährliche Situation gedrängt werden könnte. Der «eiserne Kanzler», der «mit Blut und Eisen» Deutschland zu *einem Nationalstaat* zusammengeschweißt hatte, wurde deshalb zum Friedenspolitiker, der nach 1871 alles vermied, was einen schweren Konflikt in Europa heraufbeschwören konnte. Er wußte, daß das von ihm geschaffene

10

Reich «fortan in Frieden mit Europa leben mußte, wenn es sich nicht tödlichen Gefahren aussetzen wollte.» Im Jahre 1882 konnte

er noch vor dem Reichstag erklären: «Wenn ich mir in der auswärtigen Politik irgendein Verdienst zulegen kann, so ist es die Verhinderung einer übermächtigen Koalition gegen Deutschland seit dem Jahre 1871.» Aber war die Gefahr einer übermächtigen Koalition gegen das wirtschaftlich aufstrebende und militärisch erstarkende deutsche Reich auf die Dauer zu bannen? Mußte nicht die geballte Kraft eines in sich abgeschlossenen Nationalstaates mitten im Herzen Europas auf den Widerstand seiner Nachbarn stoßen?

Das komplizierte Gebilde der Bündnis- und Sicherungspolitik Bismarcks war auf dem Grund dieser Sorge errichtet worden. Bismarck ging von der Voraussetzung aus, daß die eigentliche Gefahr für Deutschland in dem Gegensatz zu Frankreich bestand. Er betrachtete, wie Wolfgang Windelband es einmal ausgedrückt hat, die «Feindschaft Frankreichs als sichere und dauernde Hypothek auf Deutschlands Politik».

Frankreich war 1871 durch den Verlust Elsaß-Lothringens tief getroffen worden, und Bismarck, der sich nur unter dem Druck der von nationaler Siegesstimmung ergriffenen öffentlichen Meinung in Deutschland zur Annexion dieses Gebietes entschlossen hatte, wußte nur zu gut, welche Folgen «die elsässische Frage» für die deutsch-französischen Beziehungen haben würde. «Es wird eine peinliche Last für uns werden», sagte er schon während der Friedensverhandlungen zu dem französischen Außenminister Favre. Bismarck fürchtete nichts mehr als das Zusammengehen Frankreichs mit Rußland, und er tat alles, um es zu verhindern. Tatsächlich ist das förmliche französisch-russische Bündnis auch erst 1894, also vier Jahre nach Bismarcks Entlassung zustande gekommen.⁶ Es liegt daher nahe, die Abwendung Rußlands vom Deutschen Reich als Beweis für die Unfähigkeit der Nachfolger Bismarcks anzusehen, die meisterhafte Bündnispolitik des Reichsgründers fortsetzen zu können. Oft wird auch die Nichterneuerung des berühmten «Rückversicherungsvertrages», den Bismarck 1887 mit Rußland geschlossen hatte, als unmittelbare Ursache für die Annäherung Rußlands an Frankreich betrachtet. Man meint dann, daß Bismarck das deutsche Staatsschiff sicher an den Klippen vorbeigesteuert haben würde, hätte er nicht das Ruder aus der Hand geben müssen. Aber diese von der Bewunderung für Bismarcks Fähigkeiten bestimmte Auffassung bleibt im Vordergründigen stecken, denn der Zweibund Frankreich—Rußland

11

wurde schon *vorbereitet*, als Bismarck noch die deutsche Politik bestimmte. Ja, die von ihm so gefürchtete west-östliche Umklammerung Deutschlands nahm sogar in dem gleichen Jahre 1887 ihren Anfang, als Bismarck noch glauben konnte, durch den Abschluß des geheimen Neutralitätsabkommens mit der russischen Regierung (das er selbst

«Rückversicherungsvertrag» genannt hat) Deutschland hinreichend abgesichert zu haben. Als er drei Jahre später aus dem Amte schied (1890), gab es in Europa ja tatsächlich auch nur eine feste und gesicherte Kräftegruppierung: den *Dreibund* Deutschland, Österreich-Ungarn und Italien. Es mußte daher den Anschein haben, als wäre das starke Deutschland die beherrschende Macht auf dem Kontinent, die sich der Zusammenarbeit mit der Habsburgermonarchie und dem Königreich Italien vergewissert hatte und der Zukunft gelassen entgegenblicken konnte. In diesem Bewußtsein lebten breite Schichten des deutschen Bürgertums, aber auch maßgebliche Politiker in der Umgebung des jungen Kaisers, der bekanntlich davon überzeugt war, daß er Deutschland «herrlichen Zeiten» entgegenführen werde. In Wirklichkeit aber war schon in der Ara Bismarcks der Rahmen abgesteckt worden, in dem sich die tragische Entwicklung zum Ersten Weltkrieg vollziehen sollte.

[Die Clubs]

Aus *Geheimakten des zaristischen Außenministeriums*, die erst 1932 der Öffentlichkeit zugänglich gemacht wurden,⁷ geht nämlich hervor, daß schon Bismarck es mit Gegenspielern zu tun hatte, die er bei allen seinen genialen politischen Berechnungen außer acht gelassen hatte: mit einem Kreis einflußreicher britischer Persönlichkeiten, die sich um den *Prinzen von Wales*, den späteren König Eduard VII., gruppierten. In diesem Kreis, zu dem u. a. *Lord Randolph Churchill* (der Vater Winston Churchills), der *Herzog von Norfolk*, *Lord Salisbury* und das Haupt des Hauses *Rothschild* gehörten, war man über die Machtstellung Deutschlands auf dem Kontinent äußerst beunruhigt und begann sich Gedanken über die Zukunft Europas zu machen. Man hielt einen Krieg für unvermeidbar, und es entstand der Plan, eine *französisch-russische Allianz* zustande zu bringen, hinter der im Ernstfall dann England stehen würde.⁸

Wir können aus den bekanntgewordenen Geheimakten entnehmen; daß die Konstellation des Jahres 1914 bereits 1887 in England «vorgedacht» worden war. Das ist um so erstaunlicher, als die äußeren Verhältnisse zu diesem Zeitpunkt solchen Vorstellungen in jeder Weise

12

widersprachen: Das *autokratische Zarenreich* schien durch Abgründe von der liberalen Demokratie der «*Dritten Republik*» in *Frankreich* getrennt zu sein, und Rußland stand infolge seiner Expansion in Asien in scharfem Gegensatz zu *England*. Aber wie so oft in der Geschichte war auch damals nicht die gegebene politische Lage für die weitere Entwicklung ausschlaggebend, sondern das Vorhandensein von Kräften, die ein großes politisches *Fernziel* ansteuerten, ungeachtet der Wechselfälle des politischen Tagesgeschehens. Der Weg zur Triple-Entente (Rußland,

Frankreich, England) schien seinerzeit sehr weit zu sein, und es sollte noch vieles geschehen, was den Anschein erwecken konnte, als stünden einer britisch-französischen Annäherung oder russisch-englischen Verständigung unüberwindliche Hindernisse entgegen. Sah es doch noch 1898 so aus, als könnte es zwischen England und Frankreich in der «Faschoda-Krise» zum Krieg kommen, und bis 1907 drohte ständig ein offener Konflikt zwischen Rußland und Großbritannien wegen der Überschneidung ihrer Interessen in Mittelasien. Aber alle diese Dinge gehörten zum Vordergrund des Geschehens. Dahinter arbeiteten einige wenige Menschen mit Weitblick und großer Könnerschaft an anderen Zielsetzungen.

Was 1887 erstmals aktenkundig wurde, daß nämlich im Kreis um den Prinzen von Wales eine *Konzeption für das 20. Jahrhundert* in der Entwicklung begriffen war, bezeichnet man heute als den «neuen Kurs» in England. Die Leute, die auf diesen «neuen Kurs» gehen wollten, waren 1887 nicht «an der Macht», aber sie waren gleichwohl *sehr mächtig, weil sie* kraft ihrer Stellung im öffentlichen Leben großen Einfluß auf die Gestaltung der Politik nehmen konnten. Es waren Männer der Wirtschaft und Hochfinanz, Diplomaten und Militärs, die den Prinzen von Wales umgaben. Er war für sie eine Schlüsselfigur, denn schon damals war er Großmeister mehrerer englischer und schottischer Logen, und am Ende seines Lebens (1910) soll er es sogar zum Großmeister von 33 freimaurerischen Weltorganisationen gebracht haben.

Es soll hier nicht etwa die Behauptung wiederholt werden, daß eine von England dirigierte «Weltloge» den Ersten Weltkrieg angezettelt habe. Dafür gibt es keine Beweise. Wenn darauf hingewiesen wird, daß der spätere König Eduard VII. wichtige Funktionen in der Hochgradfreimaurerei ausübte, so geschieht es lediglich, um darauf aufmerksam zu machen, daß die Männer des «neuen Kurses» durch die über die Logen laufenden, weitverzweigten Verbindungen hervorragende Möglichkeiten besaßen, das Denken und Handeln zahlreicher

13

Persönlichkeiten in der europäischen Politik ebenso zu beeinflussen wie die öffentliche Meinung durch große und angesehene Pressekonzerne. Man sollte auch nicht übersehen, daß fast alle namhaften britischen Politiker der damaligen Zeit Freimaurer waren (z. B. Disraeli, J. Chamberlain, Salisbury, Balfour, Edward Grey, der ältere Churchill, Buchanan, Cecil Rhodes, sogar Lloyd George und viele andere), die Intentionen der britischen Politik also wahrscheinlich nicht nur in Parlamentsreden und Kabinettsitzungen erörtert wurden.

Die Kenntnis der Pläne, die 1887 im allerengsten Kreis des Prinzen

von Wales geschmiedet wurden, verdanken wir einem Bericht, den der russische Botschafter in Paris, *Mohrenheim*, am 31. März 1887 «streng geheim» an das Petersburger Außenministerium sandte. Mohrenheim muß also ins Vertrauen gezogen worden sein, denn man wollte ja die russische Regierung informieren, welche Überlegungen — zwar nicht von der offiziellen britischen Politik, aber doch von maßgeblichen Persönlichkeiten Englands — im Hinblick auf die Mittelmächte und einen künftigen Krieg angestellt wurden. Die Mitteilung Mohrenheims hinderte Rußland nicht, wenige Wochen später mit Bismarck den «Rückversicherungsvertrag» (18. Juni 1887) abzuschließen, denn noch war man in Petersburg weit davon entfernt, an ein gutes Einvernehmen mit Frankreich und England glauben zu können. Aber die Konzeption der Männer des «neuen Kurses» in Großbritannien war in dem Bericht Mohrenheims doch deutlich geworden.

Erstaunlicherweise kam dieser höchst vertrauliche Bericht auch in die Hände des *Geheimrats von Holstein*, der «grauen Eminenz» im Auswärtigen Amt in Berlin.¹⁰ Die deutsche Politik wäre also durchaus in der Lage gewesen, sich auf die Gefahren, die ihr drohten, rechtzeitig einzustellen und den Versuch zu machen, ihnen wirksam zu begegnen. Denn was auch immer als politische Konzeption entworfen werden mag, durchführen läßt sie sich nur, wenn die Betroffenen es an Wachsamkeit fehlen lassen und verblendet auf falschen Positionen beharren. Wenn man heute weiß, daß das Auswärtige Amt in der Berliner Wilhelmstraße über die Pläne des Prinzen von Wales sehr früh schon orientiert worden ist, kann man kaum noch an der These festhalten, Deutschland sei das Opfer einer infamen britischen «Einkreisungspolitik» geworden. Man muß vielmehr fragen, ob die deutsche Außenpolitik nicht eher das Opfer eigener Fehleinschätzungen geworden ist. In der Wilhelmstraße galt der Prinz von Wales in erster Linie als Lebemann, der sich gerne in Pariser Salons bewegte, dem aber seine

14

Mutter, die «alte Queen Viktoria», keinen Einblick in die Staatsgeschäfte gab. Letzteres war tatsächlich der Fall. Dennoch bleibt es unbegreiflich, daß Holstein dem Bericht des russischen Botschafters keine Beachtung schenkte. Die «graue Eminenz», die nach der Entlassung Bismarcks in der deutschen Außenpolitik eine große Rolle spielte, war davon überzeugt, daß die Gegensätze zwischen London, Paris und Petersburg unüberwindlich seien und ein Zusammengehen aller drei Mächte gegen Mitteleuropa nicht in Frage käme. Diese Auffassung von der Unüberbrückbarkeit der Gegensätze wurde in der Wilhelmstraße zu einer «Art politischen Dogmas» erhoben» und bestimmte die deutsche Außenpolitik bis 1904, dem Jahr der britisch-französischen Entente.

Man muß dem Auswärtigen Amt zugute halten, daß Ende der 80er Jahre die politischen Fakten eindeutig dafür sprachen, die Entstehung eines gegen die Mittelmächte (den «Dreibund») gerichteten «Dreiverbandes» als reine Spekulation zu betrachten. Mohrenheims Bericht, daß England im Falle eines europäischen Krieges hinter Frankreich stehen würde, mußte phantastisch erscheinen, standen sich England und Frankreich im «Zeitalter des Imperialismus» doch im scharfen Konkurrenzkampf gegenüber. Das Verhältnis der beiden Mächte zueinander war ebenso gespannt wie das Verhältnis England-Rußland. Auch Bismarck glaubte nicht, daß Deutschland von Großbritannien, das 1866 und 1871 neutral geblieben war, Gefahr drohen könnte. Bismarcks Außenpolitik war auf die Freundschaft, zumindest aber die Neutralität Rußlands abgestimmt, weil dadurch ein Krieg Frankreichs mit Deutschland verhindert werden konnte. Der «Rückversicherungsvertrag» von 1887 diente diesem Zweck. Doch dieser Vertrag, den Bismarck vor Österreich-Ungarn, Deutschlands engstem Verbündeten, geheimhalten mußte, weil einige seiner Bestimmungen den Interessen Wiens entgegenstanden, war ein sehr zerbrechliches Gebilde und hatte obendrein nur eine Gültigkeitsdauer von drei Jahren. Doch schon in diesen drei Jahren — und nicht erst nach Bismarcks Entlassung — wurden die Voraussetzungen für das Zustandekommen des französisch-russischen Bündnisses geschaffen, wie es in London konzipiert worden war.

Die Art und Weise, mit der man dabei vorging, ist geradezu ein Exempel für die Methoden, die bei langfristigen politischen Planungen angewandt werden. Während, rein äußerlich betrachtet, scheinbare Gegensätze, traditionelle Spannungen und zeitbedingte Auseinandersetzungen das Heute beherrschen, spielen die eigentlichen Kenner der großen Konzeption längst die Eröffnungspartie *des Spiels von Morgen*.

Der Prinz von Wales, Leo XIII. und der «neue Kurs»

Fast ein Menschenalter vor dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges wurde also schon die politische Kräftekonstellation der Tragödie von 1914 in ihren Umrissen festgelegt. Der im *Kreise des Prinzen von Wales entstandene* Plan sah vor, Frankreich und Rußland gegen die Mittelmächte zusammenzuschließen, England — zumindest nach außen hin — im Besitz der vollen Handlungs- und Entscheidungsfreiheit erscheinen zu lassen, gleichzeitig aber die französisch-russische Allianz der vollen Unterstützung Englands im Kriegsfall zu versichern. Ein solcher Plan mußte im Jahre 1887, als er einer kleinen Gruppe von Menschen bekannt wurde, völlig utopisch erscheinen. Abgesehen davon, daß die Männer des «neuen Kurses» in London mit dieser Konzeption auf die schärfste Ablehnung in der englischen Öffentlichkeit gestoßen wären, die weltpolitische Lage schien auch die Möglichkeit eines Bündnisses zwischen Frankreich, Rußland und England schlechterdings auszuschließen. Englands Beziehungen zu den beiden anderen Mächten waren außerordentlich gespannt, sein Verhältnis zu Deutschland und Österreich dagegen war sehr gut. Seit dem *Berliner Kongreß* (1878), durch den Bismarck einen drohenden Krieg Rußlands gegen England und Österreich verhindert hatte, stand der *russisch-britische Gegensatz* auf der weltpolitischen Tagesordnung. Im Verlauf der achtziger Jahre stießen die Kolonialinteressen Frankreichs und Englands aufeinander, und es entwickelte sich neben dem britisch-russischen ein *französisch-britischer Gegensatz*, der zeitweilig zu einer akuten Bedrohung des Weltfriedens wurde. Doch ungeachtet der offiziellen Politik der großen Mächte begannen die Freunde des Prinzen von Wales zu handeln.

Da eine französisch-russische Militärallianz den Kern des künftigen Dreiverbandes («Triple-Entente») bilden sollte, mußte zunächst das

16

Kunststück vollbracht werden, die liberale französische Republik und den autokratischen Polizeistaat des russischen Zaren einander anzunähern. Das war ein äußerst schwieriges Unterfangen, denn: *Alexander III.* empfand «Ekel und Verachtung» für Frankreich, in

dem die «Schule der revolutionären Propaganda» beheimatet war, und die französischen Demokraten verabscheuten das zaristische Regierungssystem, in dem «die Würde des Menschen mit Füßen getreten wurde» und ein Heer von Spitzeln und Denunzianten dafür zu sorgen hatte, daß jede oppositionelle Regung im Dunkel gerichtlicher Geheimverfahren erstickt werden konnte, jedes Aufbegehren gegen die Zwangsherrschaft des Regimes in Sibirien gebüßt wurde und jeder nach Freiheit verlangende Intellektuelle damit rechnen mußte, gehenkt, eingesperrt oder deportiert zu werden.

Der Gegensatz zwischen Frankreich und Rußland, der auf der Verschiedenheit der Regierungsformen beruhte, war nur schwer zu überbrücken. Aber in Frankreich lebte der Geist der Revanche für den verlorenen Krieg, die Furcht vor der politischen Isolierung in Europa und der Wunsch nach Rang und Geltung unter den europäischen Großmächten. Hier gab es also eine gewisse Bereitschaft, das Gesetz des außenpolitischen Handelns über die republikanisch-demokratischen Vorbehalte zu stellen. Damit rechneten die Freunde des Prinzen von Wales. Sie setzten deshalb den Hebel in Frankreich an.

Anfang September 1887 traf sich *Lord Salisbury*, der Vertraute des Prinzen von Wales und Gegenspieler Gladstones, mit dem französischen Diplomaten *Graf Chaudordy in Dieppe* zu einer Unterredung. Über diese entscheidende Aussprache sind wir durch einen aus dem zaristischen Geheimarchiv stammenden vertraulichen Bericht informiert, der 1932 veröffentlicht wurde.¹ Daraus geht hervor, daß die beiden Politiker die Grundlinien der späteren Ententepolitik erörtert haben, wobei die Frage der russisch-französischen Annäherung eine große Rolle spielte. Chaudordy hatte 1870/71 als Außenminister in der kurzlebigen «Regierung der nationalen Verteidigung» ein Rundschreiben an alle europäischen Kabinette verfaßt, in dem die Deutschen wegen ihrer «barbarischen Kriegsführung» angeklagt wurden. Er war also der rechte Mann, um mit den überraschenden Mitteilungen Salisburys sofort etwas anfangen zu können. Als Vertreter Frankreichs auf der im gleichen Jahre stattfindenden *Großmächtebesprechung in Konstantinopel* (1887) setzte er sich geschickt für die russischen Interessen in Bulgarien ein und bahnte damit die russisch-französische Annäherung

17

an. Aber das hätte doch nicht genügt, um die tiefe Abneigung des Zaren gegen das «revolutionäre» Frankreich zu überwinden. Die ständige Angst vor dem Umsturz im eigenen Lande ließ Alexander III. höchst mißtrauisch gegenüber dem Mutterlande der Revolution sein, das sich im Laufe eines Jahrhunderts zum dritten Male in eine Republik verwandelt hatte. Man mußte daher mit Umsicht zu Werke gehen und einen Vermittler einschalten,

der in der Lage war, das republikanische Frankreich aufzuwerten und für Rußland trotz der ideologischen und politischen Unterschiede *bündnisfähig* zu machen.

[Der Vatikan vermittelt]

Es entzieht sich unserer Kenntnis, wer aus dem Kreise des Prinzen von Wales auf die geniale Idee verfallen ist, *Papst Leo XIII.* und den Vatikan als stillen Partner bei der Zusammenführung Rußlands mit Frankreich zu gewinnen. Wir wissen nur, daß der katholische *Herzog von Norfolk*, der persönliche Freund Salisburys, nach Rom gereist ist und den Vatikan von den Bündnisplänen der Leute des «neuen Kurses» in England unterrichtet hat.² Diese wichtige Information ist von Leo XIII. und seinem Kardinalstaatssekretär *Rampolla* mit größtem Interesse aufgenommen worden, und der Papst fing für die britischen Pläne sofort Feuer. Infolgedessen vollzog sich in der Diplomatie des Vatikans mit dem Jahre 1887 ein grundsätzlicher Wechsel. Bisher hatte die katholische Kirche die «Freimaurerrepublik» Frankreich bekämpft, die Revolution verurteilt und den Widerstand der französischen Monarchisten gegen die bürgerliche Demokratie unterstützt. Jetzt änderte der Vatikan seine Haltung. Obwohl die antiklerikale französische Regierung in den achtziger Jahren den Jesuitenorden aufgehoben, über 200 Klöster anderer Männerorden geschlossen und den Religionsunterricht an den Staatsschulen verboten hatte, war Leo XIII. plötzlich bereit, den Frieden mit der französischen Regierung herzustellen. Sein Bestreben richtete sich fortan darauf, die gemäßigten Katholiken für die Republik und die Idee einer demokratischen Ordnung auf *christlich-konservativer Grundlage* zu gewinnen. Nachdem der Papst durch Norfolk über die für das 20. Jahrhundert geplante Mächtegruppierung orientiert worden war, wollte er offenbar im Hinblick auf die spätere Entwicklung die Anpassung der katholischen Kirche an das System der westlichen Demokratie vorbereiten und gab deshalb den monarchistisch-restaurativen Kurs seiner Vorgänger auf. In der Voraussicht der künftigen Ereignisse mußte der Vatikan darauf bedacht sein, den Einfluß der katholischen Kirche auf die modernen Staaten und das parlamentarisch-demokratische Gesellschaftssystem zu sichern.

18

Leo XIII., der einer der scharfsinnigsten «politischen» Päpste der neueren Zeit war, hatte ohnehin klar erkannt, daß das Zeitalter der aristokratischen Ordnung unwiderruflich vorüber war. Er war daher entschlossen, die Demokratie zu sanktionieren, über die die römische Kirche nach 1789 wiederholt das Verdammungsurteil gefällt hatte. Die gesellschaftliche und politische Entwicklung in Europa, der Aufstieg des Bürgertums zur politisch führenden Schicht, vor allem auch in den romanischen Ländern (Frankreich,

Italien), und das ständige Anwachsen des Katholizismus in den USA durch die Masseneinwanderungen aus Europa, waren Fakten, die es Leo XIII. ratsam erscheinen ließen, die Haltung des Vatikans zum parlamentarischen Staat grundsätzlich zu ändern. Nicht mehr das liberale Bürgertum, sondern der revolutionäre Sozialismus wurde jetzt vom Bannstrahl der Kirche getroffen. In mehreren Enzykliken wandte sich Leo XIII. gegen «die Feinde der öffentlichen Ordnung», die Sozialisten, und sorgte dafür, daß mit Hilfe des Jesuitenordens und des großen Heeres der katholischen Priesterschaft allenthalben «christlich-soziale» Bewegungen entstanden, die von der breiten Schicht des Kleinbürgertums getragen wurden. Der Papst verfolgte dabei eine Politik auf weite Sicht: Sein Leitbild war die «christliche Demokratie», in der das katholische Element eine ausschlaggebende Rolle spielen sollte. Er wußte, daß die Zeit für diese Form von Demokratie noch nicht gekommen war. Aber die Lenker der katholischen Kirche denken in langen Zeiträumen. Was angesichts der starken liberalen Kräfte im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts undenkbar schien, sollte in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts Wirklichkeit werden: der von katholischen Politikern gelenkte «christlich-demokratische» Staat in einigen Ländern Westeuropas. Leo XIII. legte die Grundlagen für diese Entwicklung.

Frankreich, die demokratische Republik par excellence, war der Ausgangspunkt für die neue vatikanische Politik. Der Papst lebte in der Erwartung eines großen Weltkonflikts und zweifelte nach dem Besuch des Herzogs von Norfolk nicht daran, daß der Westen aus einer Auseinandersetzung siegreich hervorgehen würde. Die Verlagerung des politischen Schwergewichts in Europa — von den Mittelmächten auf den Westen — hatte aber die Verwirklichung der Entente-Pläne der Engländer zur Voraussetzung. Rußland mußte also erst einmal für die Annäherung an das republikanische Frankreich gewonnen werden. Da es bisher stets der Vatikan gewesen war, der nächst Rußland eine ausgesprochen feindselige Haltung gegenüber der demokratischen Ordnung

19

in Frankreich eingenommen hatte, kam es jetzt darauf an, daß der Papst durch die Anerkennung der republikanischen Staatsform die Dritte Republik zu einem für das zaristische Rußland geeigneten Partner machte.

Leo XIII. hatte in dem französischen Botschafter beim Heiligen Stuhl, *Graf Levèbvre*, einen willigen Helfer bei dem diplomatischen Spiel um die russisch-französische Annäherung.³ Graf Lefbvre sorgte zunächst einmal dafür, daß die seit einigen Jahren zwischen Rußland und dem Vatikan abgebrochenen diplomatischen Beziehungen wieder aufgenommen werden konnten. Er machte den russischen Botschafter im Quirinal (d. h. bei der italienischen Regierung) darauf aufmerksam, daß Leo XIII. sich über einen

Glückwunsch des Zaren zum goldenen Bischofsjubiläum des Papstes sehr freuen würde. Alexander III. ging auf diese Anregung ein und schickte Ende 1887 ein nichtssagendes, formales Glückwunschtelegramm an den Papst. Am 28. Januar 1888 antwortete Leo XIII. dem Zaren mit einem langen, überaus freundlichen Brief, in dem er der Hoffnung auf die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen Ausdruck gab. Die russische Regierung schloß daraus, daß der Vatikan bereit war, die Auseinandersetzung zurückzustellen, die zwischen Petersburg und Rom wegen der zaristischen Maßnahmen gegenüber der katholischen Kirche in Russisch-Polen entbrannt war. Das Petersburger Außenministerium schickte also einen Unterhändler nach Rom, den jungen und befähigten Diplomaten *A. P. Izvolskij*, der am Vatikan seine steile politische Karriere beginnen sollte.⁴ Izvolskij hat bei der Vorbereitung des Ersten Weltkrieges eine bedeutende Rolle gespielt, nicht nur weil er am Zustandekommen des französisch-russischen Bündnisses mitgewirkt hat, sondern auch weil er später (seit 1897) als russischer Botschafter in Serbien (1) agierte und dann als Außenminister (1906-1910) die österreichisch-russischen Spannungen auf dem Balkan zu verschärfen wußte. Daß Izvolskij Freimaurer war,⁵ hinderte ihn nicht daran, in bestem Einvernehmen mit Leo XIII. und dem Kardinalstaatssekretär Rampolla in Rom Politik zu machen. Er traf erstmals im März 1888 im Vatikan ein und konnte nach Petersburg melden, daß der Papst ihm einen unerwartet herzlichen Empfang bereitet habe. Leo XIII. habe sofort von einem Bündnis des Zarenreiches mit dem Vatikan gesprochen, das «die Erreichung der höchsten staatlichen Ziele Rußlands nur erleichtern könne».⁶ Von einem Gespräch mit Rampolla berichtete Izvolskij an das russische Außenministerium, daß der Vatikan «unser Verbündeter sein wird zur Erreichung unserer internationalen

20

Ziele in Europa und *insbesondere auf der Balkanhalbinsel*».⁷ Der Papst tat alles, um ein gutes Verhältnis zu Rußland herzustellen. Er bot beispielsweise Izvolskij an, die katholischen Geistlichen in Russisch-Polen, die aus konfessionellen und politischen Gründen Gegner *des* Zarismus wurden, zum unbedingten Gehorsam gegenüber der zaristischen Regierung zu verpflichten. Die Klagen der polnischen Rompilger über die russischen Maßnahmen gegen die katholische Kirche wurden fortan im Vatikan überhört. Bei Audienzen, die Leo XIII. ihnen gewährte, mußten ihre Ansprachen vorher schriftlich eingereicht werden, damit durch eine scharfe Vorzensur alle für Rußland unangenehmen Bemerkungen getilgt werden konnten. Der Papst warb unermüdlich um das Vertrauen des Zaren, weil der Vatikan als Brücke zwischen Rußland und Frankreich dienen wollte. Nach dem Weihnachtsempfang des Diplomatischen Korps (1888) hielt Leo

XIII. Izvolskij zurück, um ihm in einem persönlichen Gespräch seine Ansichten über die weltpolitische Entwicklung darzulegen. Izvolskij berichtete darüber an das russische Außenministerium: «Ich habe aus seinen Worten schließen können, daß sich seine *Verstimmung gegen Deutschland* und den Dreibund nicht gelegt hat. Andererseits glaubt er nicht an eine Verlängerung des *gegenwärtigen Zustandes eines bewaffneten Friedens* und sieht ernste Störungen in nächster Zukunft voraus. Er möchte, daß der Tag der Krise Rußland und den Heiligen Stuhl geeint sähe.» Nach Ansicht des Papstes, schreibt Izvolskij, *sei Rußland dazu berufen, «die Rolle des Herrn über Krieg und Frieden zu spielen»*.⁸

Das war eine deutliche Sprache, und sie blieb nicht ohne Wirkung auf die Petersburger Politik. Obwohl die orthodoxe Kirche mit dem größten Argwohn auf die Verbindung der russischen Regierung zum Vatikan blickte und sich hemmend in den Weg stellte, als es darum ging, dem zaristischen Geschäftsträger am Heiligen Stuhl einen ordnungsgemäßen diplomatischen Status zu geben, bekannte sich doch auch ein so strenggläubiger Orthodoxer wie der ehemalige Oberprokurator des «Allerheiligsten Synod», der Graf *Dmitrij Tolstoi*, zur Unterordnung religiöser Gesichtspunkte unter die Politik. Tolstoi äußerte die Auffassung, «daß im *Hinblick auf den bevorstehenden Krieg gegen die deutschen Mächte* Rußland ernstlich Opfer bringen muß, um einerseits die Polen zu gewinnen, andererseits das Papsttum neutral zu halten». Tolstoi ist 1889 gestorben. Für ihn stand also bereits Ende der achtziger Jahre fest, daß es zu einem Krieg gegen die «deutschen Mächte» kommen werde. Diese Überzeugung teilte er mit den panslawistischen Kräften

21

am Zarenhof, die Rußlands Stellung auf dem Balkan ausbauen wollten. Panslawistische Kreise unterstützten daher auch über Izvolskij die Bemühungen Leos XIII. um das Zustandekommen einer französischrussischen Allianz, die Rußlands Stellung gegenüber Österreich verstärken sollte. Aber Frankreichs Prestige mußte erst einmal gehoben werden, damit es als politischer Partner vom Zaren akzeptiert werden konnte. Das offene Bekenntnis des Vatikans zu dem bisher als «*kirchenräuberisch*» angeprangerten Frankreich legte der *Kardinal Lavigerie* ab, als er 1890 zur Bestürzung der französischen Katholiken einen Trinkspruch auf das Wohl der Dritten Republik ausbrachte.» Dieser Trinkspruch erregte ungeheures Aufsehen, aber der Kardinal hatte im Einvernehmen mit *Leo XIII.* gehandelt, und der Papst stellte sich deshalb in dem nun tobenden Streit um Lavigerie auf die Seite des Kardinals. Die Hinwendung des Vatikans zu Frankreich war damit auch in der

Öffentlichkeit deutlich geworden.

Das Zusammenspiel zwischen Izvolskij, Lefebvre und Rampolla beunruhigte die Botschafter Österreich-Ungarns und Preußens am Vatikan. Sie konnten sich allerdings nicht vorstellen, daß sich hinter der Geschäftigkeit im Umkreis des Papstes handfeste Vorbereitungen eines französisch-russischen Militärabkommens verbargen. In *England*, das am Heiligen Stuhl nicht akkreditiert war, scheint man besser Bescheid gewußt zu haben. Als *Bismarck* im Januar 1889 durch den deutschen Geschäftsträger in London, *Graf Hatzfeldt*, dem inzwischen zum britischen Premierminister avancierten *Lord Salisbury* ein Bündnisangebot machen ließ, bat sich dieser Bedenkzeit aus. Das Bündnis sollte defensiven Charakter tragen und gegen einen französischen Angriff abgeschlossen werden. Bismarck war überzeugt, daß weder Frankreich noch Rußland einen Krieg gegen die Mittelmächte beginnen würden, wenn sie wüßten, daß sie England gegen sich haben.¹¹ Im März schickte Bismarck eigens seinen Sohn, Graf Herbert v. Bismarck, zu Salisbury, der ihm jedoch eine ausweichende Antwort erteilte. «Lassen wir das Bündnisangebot auf dem Tisch liegen, ohne ja oder nein zu sagen», meinte der Premierminister. Es dürfte kein Zweifel bestehen, daß Salisbury, der anderthalb Jahre vorher *Chaudordy* über die Zielsetzungen des Prinzen von Wales informiert und *Norfolk* zum Vatikan geschickt hatte, den Stand der Verhandlungen in Rom genau kannte und den Abschluß der projektierten französisch-russischen Allianz erwartete, die ja durch England abgestützt werden sollte. Er konnte sich also gar nicht durch Bismarck an die Mittelmächte binden lassen.

22

[Französisch-russische Annäherung]

Indessen war der Papst sehr darum besorgt, daß die am Vatikan gestiftete französisch-russische Annäherung festere Formen gewann. Er schickte 1891 *Domenik Ferrata*, einen der besten vatikanischen Diplomaten, als Nuntius nach Paris¹² mit dem Auftrag, die widerspenstigen französischen Katholiken mit der demokratisch-republikanischen Regierungsform *des* westlichen Parlamentarismus auszusöhnen. Ferrata hat später in seinen Memoiren¹³ die interessante Bemerkung gemacht, daß die Politik Leos XIII. darauf ausging, «das Prestige und die Autorität Frankreichs zu erhöhen», um «Rußland dem republikanischen Frankreich näherbringen zu können».¹⁴ Ähnlich wie der «*Osservatore Romano*», das offiziöse Blatt des Vatikans, betrachtete Ferrata den Papst geradezu als Schöpfer des französisch-russischen Zweibundes. Das ist, wie wir aus den russischen Aktenpublikationen wissen, eine Überschätzung der Rolle Leos XIII. Die Urheber des Gedankens einer gegen Mitteleuropa gerichteten Kräftegruppierung saßen

in England. Der Vatikan war nur einer der Mitspieler, möglicherweise aber der wichtigste.

Im Jahre 1891 waren die Verhandlungen soweit fortgeschritten, daß ein Geschwader der französischen Kriegsflotte zu einem offiziellen Besuch in den russischen Hafen *Kronstadt* einlaufen konnte. Als die sensationelle Meldung durch die Weltpresse ging, der Zar habe beim Empfang stehend die «Marseillaise» angehört, konnte niemand mehr daran zweifeln, daß sich große Veränderungen in der Weltpolitik vorbereiteten. Das Absingen der «Marseillaise», des Kampfliedes der Französischen Revolution, war in Rußland polizeilich verboten und wurde mit hohen Strafen belegt. Gerade deshalb mußte die Reverenz, die Alexander III. der Revolutionshymne erwies, als Zeichen der Verständigung des reaktionär-restaurativen Rußlands mit der liberalen Demokratie des Westens gewertet werden. An den Flottenbesuch schlossen sich französisch-russische Verhandlungen an, bei denen die Franzosen einen Entwurf für eine Entente vorlegten, die imstande sein sollte, den «geheimnisvollen Kräften des Dreibundes» entgegenzuwirken. Rußland wünschte damals noch das gegenseitige Hilfsversprechen auf den Fall eines Krieges mit England auszudehnen. Obwohl Frankreichs offizielle Beziehungen zu Großbritannien wegen der kolonialen Reibereien außerordentlich gespannt waren und die beiden Mächte sich mehrfach bis an den Rand des Krieges getrieben hatten, lehnten die Franzosen ein Bündnis gegen England ab. Die Verhandlungen verzögerten sich, weil der Zar immer wieder zauderte. Schließlich aber kam es am 18. August 1892 zum Abschluß einer geheimen *Militärkonvention*

23

zwischen den Generalstäben, die gegenseitige Hilfeleistung vorsah, wenn eine der beiden Mächte von einem Dreibundstaat angegriffen werden sollte. Ausdrücklich wurde vermerkt, daß im Kriegsfall unverzüglich die Mobilisierung sowohl der französischen wie der russischen Streitkräfte erfolgen solle, damit Deutschland «gleichzeitig im Osten und im Westen zu kämpfen hat».

In Erwiderung des französischen Flottenbesuchs, aber auch als Antwort auf die Erhöhung der deutschen Heeresstärke und *Caprivis* militante Reichstagsreden ließ der Zar 1893 vier russische Kriegsschiffe zu einem Besuch im Hafen von *Toulon* einlaufen. Das Abkommen von 1892 war geheim geblieben, aber die Begeisterung der Franzosen über den russischen Freundschaftsbeweis kannte keine Grenzen. Man spürte zum ersten Male seit 1871, daß Frankreich nicht mehr allein war. Der glanzvolle Empfang des russischen Geschwaders in Frankreich trug dazu bei, daß die russische Kriegspartei die letzten Vorbehalte Alexanders III. beseitigen konnte und der Zar am 27. Dezember 1893 endlich den Text der Militärkonvention von 1892 bestätigte. Die Ratifizierung durch die französische Regierung erfolgte am 24. Januar 1894. Der

französisch-russische Zweibund war damit rechtskräftig geworden. Man hatte die erste Etappe auf dem sieben Jahre vorher in London festgelegten Wege erreicht.

Clémenceau schrieb unter dem Eindruck der Ereignisse von Toulon in einem Zeitungsartikel: «Wir wollen, daß Rußland, nachdem es der Spießgeselle unserer Niederlage war, das Werkzeug unserer vollständigen Wiederaufrichtung, das heißt — um die Dinge bei ihrem Namen zu nennen — unserer Revanche werde. Wenn wir das Gegenteil sagen würden, würde uns niemand glauben. Es ist daher einfacher, es zuzugeben.» Das war der Ruf nach dem Krieg. Er sollte in den nächsten Jahren noch lauter werden. In Rußland aber klagte der Dichter *Leo Tolstoi*: «Die französisch-russische Allianz kann nur bedeuten, was sie in Wirklichkeit ist, nämlich ein Kriegsbündnis ... Was sich in Toulon und Paris abgespielt hat, wird zu einer furchtbaren Metzelei führen. Und dann wird die alte, längst bekannte Geschichte von vorn anfangen. Exaltierte Leute werden unter dem Anschein des Patriotismus bemüht sein, in den Zeitungen den Haß und die Mordgier zu verbreiten. Man wird die Unternehmer und die Militärs sich geschäftig tummeln sehen, und man wird Hunderttausende von einfachen Menschen sehen, die, mit Mordwerkzeugen bewaffnet, wie eine Herde geführt, vorbeiziehen werden ...»

24

Für Papst *Leo XIII.* freilich bedeutete der Abschluß des Zweibundes eine große Genugtuung. Ihm erschien die Begeisterung der Franzosen für die Freundschaft mit dem Zarenreich als «Morgenröte einer Zeit der geistigen Wiedergeburt», *Lenin* dagegen faßte die Bedeutung der französisch-russischen Entente in den kurzen Satz zusammen: «Französischer Cäsarismus plus russischer Zarismus gegen das nichtimperialistische Deutschland», womit er die Situation zu Beginn der neunziger Jahre treffend charakterisiert hat.

[Die zweite Phase]

Seit 1894 beginnt die eigentliche «Vorkriegszeit», die nicht nur die Zeit vor dem Kriege, sondern die Zeit der Kriegsvorbereitung auf allen Seiten war. Der Tod Alexanders III. im Herbst 1894 leitete die zweite Phase der ebenso umsichtigen wie unauffälligen britischen Bündnispolitik ein. Der *Prinz von Wales* erschien zu den Bestattungsfeierlichkeiten in Petersburg und tastete bei dieser Gelegenheit die Möglichkeiten einer Verbesserung der russisch-britischen Verhältnisse ab. In der Berliner Wilhelmstraße (dem deutschen Außenamt) hielt man es für ein unumstößliches Gesetz der Weltpolitik, daß «Walfisch und Bär» sich nie miteinander verbinden könnten. Trotz der Warnung des österreichischen Außenministers glaubte die deutsche Regierung, die Demonstration der britischen Annäherung an Rußland sei ein ausgemachter «Schwindel» und schenkte deshalb auch der Tatsache keine Beachtung, daß der britische Premierminister *Roseberry* nach der

Rückkehr des Prinzen von Wales aus Rußland die Gelegenheit des traditionellen Lord-Mayor-Essens in der Guildhall am 9. November 1894 wahrnahm, um in einer Rede zu erklären, in der Asienpolitik gingen England und Rußland jetzt Hand in Hand, nie seien die Beziehungen zwischen den beiden Ländern herzlicher gewesen.

Es sollte noch viel geschehen, ehe aus dieser ersten Annäherung Englands an Rußland jene 1887 geplante und 1914 verwirklichte Kombination werden sollte. Aber bei allem Hin und Her der Verhandlungen mit Deutschland, der verschiedenen weltpolitischen Zwischenspiele und internationalen Verwicklungen, wird im Rückblick auf diese Zeit doch ein Ariadnefaden sichtbar, der den Betrachter durch das Labyrinth der Vorkriegsereignisse führen kann.

[Eduard VII und die Logen]

Als im Jahre 1901 die Königin Viktoria nach 64jähriger Herrschaftszeit starb, wurde der Prinz von Wales als *Eduard VII.* König von Großbritannien. Das lange Warten auf die Krone, die ihm erst im

25

61. Lebensjahr zuteil wurde, hat möglicherweise die Durchführung der politischen Pläne des Prinzen verzögert, die Konzeption jedoch nicht geändert. Noch ehe Eduard gekrönt wurde, trat sein alter Freund, Lord Salisbury, in den Ruhestand, nachdem er annähernd 14 Jahre lang als Premierminister den «neuen Kurs» gesteuert hatte, ohne dessen Zielrichtung deutlich werden zu lassen. Nun überließ er es Eduard VII., das Werk zu vollenden. Der Einfluß des Königs auf die Entscheidungen der Regierung war weitaus größer, als man gemeinhin annahm und die britische Demokratie es dem Träger der Krone zubilligte. Da der russisch-französische Zweibund schon Wirklichkeit geworden war, kam es jetzt nur noch darauf an, ihn gemäß den Vorstellungen von 1887 durch England abzustützen. Das geschah durch die «*Entente cordiale*» mit Frankreich (1904) und das *Abkommen mit Rußland* (1907). Diese beiden Ententen trugen keinen Bündnischarakter, sie enthielten keinerlei militärische Verpflichtungen. Die «*Entente cordiale*» ist für das britische Verfahren, in ganz allgemeinen Übereinstimmungen unter Ausklammerung wichtigster Probleme Koalitionen zu schaffen, besonders aufschlußreich. Die «*Entente*» beruhte auf einer Konvention über den französischen Verzicht auf die aus dem Jahre 1704 datierenden Fischereirechte (!) vor *Neufundland*, einer Vereinbarung über die Einflußzonen in Siam und einem Abkommen, in dem Frankreich auf seine Ansprüche in Ägypten zugunsten Englands verzichtete und dafür freie Hand in Marokko erhielt. Kein Wort von den Mittelmächten oder dem Verhalten Englands im Falle eines europäischen Krieges! Auch in dem *Abkommen mit Rußland* ist davon keine Rede, wohl aber von

Persien, Afghanistan und Tibet. Und doch waren diese «Ententen» ausgezeichnete Mittel der Verständigung über ein gemeinsames Vorgehen in Europa, wie es sich beim Kriegsausbruch 1914 zeigen sollte.

Obwohl die Vereinbarungen Englands mit Frankreich und Rußland sich nur auf Einzelfragen bezogen und keine gegen Deutschland und Österreich-Ungarn gerichteten Abmachungen enthielten, wurde die Triple-Entente von deutscher Seite als «Einkreisungspolitik» empfunden. Deutschland fühlte sich bedroht, und weite Kreise des deutschen Volkes führten die Entstehung des Dreiverbandes auf die persönliche Abneigung Eduards VII. gegenüber Kaiser Wilhelm II. zurück oder auf den Handelsneid der Engländer und den harten wirtschaftlichen Konkurrenzkampf mit der aufstrebenden deutschen Industrie. Später



Von England zwar unabhängige, aber unter seinem Einfluß stehende Gebiete

Eine bereits 1888 entworfene Karte, in der die in den geheimen Zirkeln der englisch sprechenden Welt festgelegte Gestaltung Europas, wie sie aus einem Weltkrieg hervorgehen sollte, wiedergegeben ist. Über die Gestaltung des Nordens (Skandinavien) sowie über eine genauere Gliederung des romanischen Gebietes scheinen Angaben nicht gemacht zu sein. Die Inschriften der Karte lauten folgendermaßen: Den Deutschen verbleibendes Gebiet (Rhein, Donau) - Nach dem prophezeiten Weltkrieg entstehender Donau-Balkan-Bund (Donau) - Aus der Auflösung des russischen Staates aus Tschechoslowaken, Polen, Russen etc. hervorgehende Slawen-Konföderation (Weichsel). Die Karte wurde entnommen dem im Ernst Finckh Verlag, Basel, 1920 erschienenen Buch: Karl Heise, Entente-Freimaurerei und Weltkrieg.

hat man selbstkritisch den provozierenden Flottenbau Wilhelms II., den zur Schau getragenen preußischen Militarismus des deutschen Kaiserreiches, die lauten Forderungen und Expansionsbestrebungen der Alldeutschen, die ungeheuren Rüstungsanstrengungen und die damit verbundene Bedrohung der Nachbarn Deutschlands als Ursachen für die Bildung der Triple-Entente bezeichnet. Auch glaubte man, die sogenannte «Einkreisung» dadurch erklären zu können, daß England traditionsgemäß Gegner der stärksten Macht oder Mächtegruppierung auf dem Festland war. Alle diese Dinge treffen zu. Sie mögen auch für die handelnden Politiker eine große Rolle gespielt und ihre Entschlüsse bestimmt haben. Aber hinter den politisch Handelnden standen andere Menschen, Kräfte und Mächte, die nicht in Erscheinung traten, sich aber sehr genaue Vorstellungen über die Zukunft machten und auf die vielfältigste Weise den Ablauf des Geschehens beeinflussen und dirigieren konnten. *Disraeli*, der 1881 verstorbene britische Premierminister, hat sich, was heute nur noch wenig bekannt ist, auch als Romanschriftsteller betätigt. Er, der von der Politik sehr viel verstand und sie lange Jahre in seinem Lande geleitet hat, läßt in einem seiner Romane («Coningsby») die Bemerkung einfließen: «Sehen Sie, mein Lieber, die Welt wird in Wirklichkeit von ganz anderen Leuten regiert, als diejenigen glauben, die nicht hinter die Kulissen sehen.» Und in einem anderen Buch («Endymion») weist er auf das Vorhandensein «kleiner, aber origineller» Zirkel hin, «die sich seit langer Zeit in Englands geheime Diplomatie hineingestohlen und sich derselben fast ganz bemächtigt haben». In 25 Jahren, meint Disraeli, werde man sehen, «daß es in Europa keine einzige große Bewegung gegeben hat, an der sie nicht einen bedeutenden Anteil hatten».

In solchen englischen Zirkeln, die man nicht unbedingt mit Freimaurerlogen gleichsetzen sollte, die aber politische Zielsetzungen mit okkulten Vorstellungen verbanden, kursierte seit 1888 eine *Geheimkarte* von der künftigen Gestalt Europas, die &Heise 1920 veröffentlicht hat.¹⁵ Aus ihr kann man entnehmen, welchen Sinn der von ihnen erwartete große Krieg in Europa haben sollte: Die Habsburger-Monarchie ist ausgelöscht, Deutschland um die Hälfte verkleinert, das Zarenreich verschwunden und an seine Stelle eine «Slawen-Konföderation» getreten. Dieses Ziel ist im ersten nur zum Teil, im zweiten der beiden Kriege des 20. Jahrhunderts aber vollständig erreicht worden —, nur hat die «Slawen-Konföderation» wohl einen etwas anderen Charakter angenommen, als die Urheber dieser Karte es erwartet haben. Auch
Arthur

Graf Polzer-Hoditz, der Kabinettschef des letzten österreichischen Kaisers, weist in seinem Erinnerungsbuch darauf hin,

«daß die Zertrümmerung der Habsburger-Monarchie seit langer Zeit beschlossene Sache jener Politiker war, die — beiläufig gesprochen — nach dem Zusammenbruch der Mittelmächte die Hauptrollen der Weltpolitik unter sich verteilten. Es sei hierbei verwiesen auf die Karte über die Aufteilung Europas, welche der Engländer Labouchère in der von ihm herausgegebenen satirischen Wochenschrift <Truth> im Jahre 1890 — also 24 Jahre vor Ausbruch des Weltkrieges — veröffentlichte. Sie ist nahezu identisch mit der heutigen Karte Europas: Österreich ist als Monarchie verschwunden und hat einer Völkerbundrepublik Platz gemacht, Böhmen ist in Gestalt der Tschechoslowakei ein selbständiger Staat, Deutschland ist in seine heutigen engen Grenzen gezwängt und in republikanische Kleinstaaten aufgelöst. Über dem Raum Rußland steht das Wort <desert> (Wüste) = Staaten für sozialistische Experimente. Das Programm hätte jedoch nicht, gewiß nicht so leicht verwirklicht werden können, wenn dessen Vorkämpfer nicht so willige, meist unbewußte Helfer unter den <Staatsmännern> Mitteleuropas gefunden hätten.»

16

Man sieht etwas hinter die Kulissen, von denen Disraeli sprach, wenn man solche Karten betrachtet, die entweder «geheim» oder als «satirische» Zeichnung unter die Menschen gebracht werden.

In diesem Zusammenhang ist es nicht uninteressant, daß im Jahre 1893 vor einem Londoner Zirkel, der sogenannten «Berean Society», deren Präsident C. G. Harrison eine Reihe von Vorträgen hielt, die er später in Buchform veröffentlichte¹⁷, und in denen er ausführte, daß die Balkanstaaten im nächsten europäischen Krieg ihre Unabhängigkeit erneut verlieren, Polen schließlich wieder in Rußland einbezogen, das Zarenreich aber untergehen werde. Harrison ist davon überzeugt, daß die kommende Kulturepoche von der «6. arischen Unterrasse», den Slawen, bestimmt sein wird. Ihr «Nationalcharakter» werde sie «befähigen, sozialistische, politische und ökonomische Versuche durchzuführen, die im westlichen Europa unzählige Schwierigkeiten haben würden» (2. Vortrag, S. 71).

Ob Harrison zu den «ganz anderen Leuten» Zugang hatte, die nach Disraelis Meinung «die Welt regieren», wissen wir nicht. Aber immerhin hat er wie auch diejenigen, die die Karten entworfen haben, eine ziemlich klare Vorstellung über die Entwicklung eines künftigen Europa gehabt, von dem der Angloamerikaner C.W. Leadbeater — trotz

ähnlicher Anschauungen über die Rolle der zu «sozialistischen Experimenten» bestimmten slawischen Völker — prophezeite, es werde *eine* Sprache, «natürlich die englische» sprechen. Die ihm, aber auch dem König Eduard VII. freundschaftlich verbundene *Annie Besant* bemerkte 1911 in einem Vortrag¹⁸: «*Inmitten dieser vor sich gehenden Wechsel auf der Oberfläche unseres Globus sollten wir verstehen lernen, wie Reiche aufgebaut werden und wie Völker sich entwickeln...*» Das «gegenwärtige Weltreich der weißen Rasse» aber kann nach Meinung A. Besants nur England zum Mittelpunkt haben.

Man darf also wohl mit Recht fragen, ob die angeführten Äußerungen und der kartographische Niederschlag politischer Ideen nur als unverbindliche Gedankenspielerien zu werten sind oder ob sich dahinter nicht ein Programm verbarg, das den Männern aus dem Kreis des Prinzen von Wales nicht ganz unbekannt, ihren Vorstellungen zumindest aber sehr ähnlich war. Mitteleuropa stürzte Ende des 19. Jahrhunderts jedenfalls bestimmte Kreise in der englischsprechenden Welt bei ihren langfristigen Planungen, denn zwischen dem slawischen Raum der Zukunft und dem englischen, d. h. angloamerikanischen Raum der Gegenwart lagen Deutschland und Österreich. Wenn das Angelsachsentum «Lehrmeister» der Slawen werden wollte, mußte die europäische Mitte — als Brücke zwischen Ost und West — funktionsunfähig gemacht werden, noch bevor sie in ein produktives Verhältnis zum Osten treten konnte. Im äußeren Geschehen spiegelt sich *diese* Konzeption für das 20. Jahrhundert in den Intentionen wider, die zur Ententebildung führten. Es ist dabei nicht ausschlaggebend, ob Eduard VII. und seine Freunde sich bewußt in den Dienst einer solchen Hintergrundprogrammatik stellten oder nur vordergründig aus wirtschaftlichen und machtpolitischen Motiven heraus handelten. So oder so setzten sie ins Werk, was bestimmte Kreise innerhalb der angelsächsischen Welt als Zukunftsnotwendigkeit erachteten. Die deutsche Politik der Vorkriegszeit aber hat den verantwortlichen britischen Staatsmännern die Durchführung ihrer Absichten überhaupt erst möglich gemacht.

Bismarck - Größe oder Verhängnis Deutschlands?

Bei der Beurteilung der britischen Bündnispolitik am Vorabend des Ersten Weltkrieges muß man berücksichtigen, daß *England* stets an der Erhaltung des europäischen Gleichgewichts interessiert und daher traditionsgemäß *Gegner der jeweils stärksten Festlandsmacht war*. Es hatte sich seit den Tagen Ludwigs XIV. dem Hegemonialstreben Frankreichs widersetzt und im 18. und frühen 19. Jahrhundert mit Hilfe wechselnder Koalitionen die Errichtung der französischen Vorherrschaft in Europa verhindert.

England wurde der Gegner Deutschlands, als sich nach der Bismarckschen Reichsgründung dieses Deutschland zur stärksten Militär- und Industriemacht auf dem Kontinent entwickelte. Mit den umwälzenden Veränderungen in Mitteleuropa, die *Bismarck* 1866 durch die Ausschaltung Österreichs bei der Lösung der deutschen Frage eingeleitet und 1871 infolge der Kaiserproklamation von Versailles durchgesetzt hatte, konnte sich England sehr wohl abfinden. Als sich das Deutsche Reich aber als «echt festländischer, autoritärer Machtstaat» auswies¹ und England die wachsende wirtschaftliche Konkurrenz zu spüren bekam, mußte sich sehr bald ein latenter deutsch-englischer Gegensatz herausbilden. Bismarck, der den Erfolg seiner Kriege und seiner Außenpolitik nicht zuletzt der wohlwollenden Neutralität Londons zuschreiben konnte, hat bei seinen diplomatischen Aktionen zur Sicherung des von ihm geschaffenen Reiches immer damit gerechnet, daß die Briten ihre «Nichteinmischungspolitik» beibehalten würden. Bismarck dachte — im Gegensatz zu den Engländern und zum Vatikan — nie in längeren Zeiträumen. «Auf die Gefahr hin», schrieb Rudolf Steiner schon 1898, «von den Leuten, die einen großen Mann nur durch Superlative *des Lobes* zu erkennen glauben, für einen Verkleinerer Bismarcks gehalten zu werden, spreche ich es aus: Bismarck verdankt

voraus war ... Daß man ein Ideal haben kann und an seiner Verwirklichung arbeiten will, eine solche Empfindung lag Bismarck ganz fern.» Aber er hatte ein feines Gefühl «für die wirkliche Lage der Dinge, für die realen Forderungen seiner Zeit; und er hatte den rücksichtslosen Willen, zu verwirklichen, was die Zeit, der Augenblick forderte» .² So war Bismarck darauf bedacht, die vom Augenblick geforderte Niederhaltung Frankreichs durch eine ständige Steigerung der deutschen Rüstung zu erreichen. Aber er war nicht imstande, die künftigen politischen Spannungen mit Großbritannien zu ermessen, obwohl sich diese zwangsläufig aus dem bloßen Vorhandensein eines festgefügtten Macht- und Militärstaates im Herzen Europas ergeben mußten. Bismarck erklärte Deutschland für «saturiert», er wußte, daß ein neuer Krieg das Erworbene nur gefährden konnte, er wollte die geballte Kraft des neuen politischen und militärischen Staatsgebildes in den Dienst der Erhaltung des europäischen Friedens stellen. Dennoch erachtete er es für ratsam, Deutschlands Nachbarn wiederholt wissen zu lassen, daß ihm «der Degen locker in der Scheide sitze». Diese Einschüchterungspolitik hinterließ eine fatale Wirkung, vor allem in England. Die alte *Queen Viktoria*, die ihr ganzes Leben hindurch ausgesprochen deutschfreundlich war, schrieb 1875 an ihre Tochter, die spätere Kaiserin Friedrich: «Bismarck ist ein schrecklicher Mensch, und er macht Deutschland furchtbar unbeliebt — *niemand* wird sich in der Tat die unverschämte Art, mit der er vorgeht und die anderen Nationen, z.B. Belgien, behandelt, gefallen lassen. Die Preußen sind leider, wie Sie wissen, nicht beliebt, und *keiner* wird eine Macht dulden, die ganz Europa beherrschen möchte. *Unser Land*, obschon es sein größter Wunsch ist, mit Deutschland Hand in Hand zu gehen, *kann und will sich das nicht gefallen lassen.*»³

Äußerungen dieser Art zeigen, daß der «neue Kurs», auf den die Männer im Kreise des *Prinzen von Wales* die englische Politik langsam hinorientieren wollten, in Großbritannien zunehmend auf Verständnis stoßen mußte. Deutschland war nicht etwa das unschuldige Opfer einer raffinierten Verschwörung seiner Feinde, die es um seiner «Tüchtigkeit» willen «einkreisen» und vernichten wollten. Das Bismarckreich hat der Welt ein Ärgernis gegeben, weil es sich mit dem Geist eines kämpferischen Nationalismus erfüllte, der die Abneigung und Furcht anderer Völker erwecken mußte. *Friedrich Meinecke*, der bekannte deutsche Historiker, hat unter dem Eindruck der Katastrophe von 1945 die Frage

für die spätere unheilvolle Entwicklung enthalten waren, obwohl er Bismarck selber dafür nicht verantwortlich machen möchte:

«Es war auch schon in der unmittelbaren Leistung Bismarcks selbst etwas, das auf der Grenze zwischen Heilvollem und Unheilvollem lag und in seiner weiteren Entwicklung mehr zum Unheilvollen hinüberwachsen sollte. Das wird von denen, die in Bismarcks Werk groß geworden sind und seine Segnungen reichlich genossen haben, nicht leicht zugegeben. Wie fühlten wir uns oft so frei und stolz gegenüber aller bisherigen deutschen Vergangenheit in diesem Reich von 1871! Aber der erschütternde Verlauf des Ersten und mehr noch des Zweiten Weltkrieges läßt die Frage nicht mehr verstummen, ob nicht Keime des späteren Unheils in ihm von vornherein wesenhaft steckten. Es ist die Frage, die ein mutiges und aufgeschlossenes Geschichtsdnken auch an jede große und heilvoll geltende Erscheinung in der Geschichte, in der später eine Entartung eintritt, stellen muß.»⁴

Man wird sich also einer solchen Fragestellung nicht verschließen dürfen und sich erinnern müssen, daß es auch zu Bismarcks Zeiten Deutsche gab, die voller Besorgnis auf die Entwicklung blickten, die sich unter seiner politischen Führung schon vor der Begründung des Deutschen Reiches angebahnt hatte. Der preußische Kronprinz und spätere *Kaiser Friedrich III.* trug während des Feldzuges in Frankreich am letzten Tage des Jahres 1870 folgende Bemerkung in sein Tagebuch ein:

«Zur Stunde will es scheinen, als seien wir weder geliebt noch geachtet, sondern lediglich gefürchtet. Man hält uns jeder Schlechtigkeit für fähig, und das Mißtrauen gegen uns steigert sich mehr und mehr. Das ist nicht die Frage dieses Krieges allein — so weit hat uns die von Bismarck erfundene und seit Jahren in Szene gesetzte Theorie von <Blut und Eisen> gebracht! Was nützt uns alle Macht, aller kriegerische Ruhm und Glanz, wenn Haß und Mißtrauen uns überall begegnen, wenn man jeden Schnitt uns argwöhnisch mißgönnt, den wir in unserer Entwicklung vorwärts tun? Bismarck hat uns groß und mächtig gemacht, aber er raubte uns unsere Freunde, die Sympathien der Welt und — unser gutes Gewissen. Ich beharre noch heute fest bei der Einsicht, daß Deutschland ohne Blut und Eisen, allein mit seinem guten Recht, moralische Eroberungen machen und einig, frei und mächtig werden könne. Dann erlangte es ein ganz anderes Übergewicht als

lediglich durch die Gewalt der Waffen, weil deutsche Kultur, deutsche Wissenschaft und deutsches Gemüt uns Achtung, Liebe — und Ehre eintragen. Der kühne gewalttätige Junker hat es anders gewollt. Im Jahre 1864 haben seine Ränke und Intrigen den Sieg einer guten Sache geschädigt; im Jahre 1866 hat er Österreich zerschlagen, ohne Deutschland zu einigen ... Unserer Zukunft bleibt die schöne, aber unendlich schwere Aufgabe, das teure Vaterland von dem falschen Verdacht zu befreien, mit dem die Welt es heute betrachtet. Wir müssen zeigen, daß die gewonnene Macht nicht Gefahren erzeugt, sondern Segen spenden soll, den Segen des Friedens und der Kultur. Aber wie schwierig wird es sein, die blinde Anbetung der rohen Gewalt und des äußeren Erfolges zu bekämpfen, die Gemüter aufzuklären, Ehrgeiz und Wetteifer wieder auf schöne und gesunde Ziele zu lenken!»⁵

Einer von denen, die gleich Kronprinz Friedrich mit Schmerz und in tiefer Enttäuschung auf die durch Bismarcks Erfolgspolitik beschleunigte Entwicklung zur deutschen Einigung blickten, war *Friedrich Daumer*, der Erzieher und Freund *Kaspar Hausers*, der Ende 1866 in einem Brief an seine Nichte schrieb: «Der Einheit gehen wir ... allerdings entgegen, aber nicht der Freiheit, der sittlichen Größe, der nationalen und menschheitlichen Herrlichkeit. Wir werden die Sklaven des preußisch-dynastischen Militärdespotismus. Aus dem äußerlichen Gebaren kommt kein Heil und keine neue Menschheits- und Völkerblüte.»⁶

Bismarck hat sicher sehr viel zur «Verpreußung» Deutschlands beigetragen, wenn man diesen Begriff anwenden will. Aber man darf dabei nicht vergessen, daß die «deutsche Einigung» eben von einem preußischen und nicht von einem süddeutschen Staatsmann vollzogen wurde und man damals in Deutschland so stark dem westeuropäischen Denken im Sinne des machtvollen, nationalen «Einheitsstaates» verfallen war, daß man sich lieber der preußischen Vorherrschaft unterwerfen als das Wagnis einer föderativen mitteleuropäischen Staatsgestaltung eingehen wollte. Bismarck war auch hier seiner Zeit *nicht* voraus und handelte, wie es der Augenblick gebot. Man wird deshalb dem britischen Historiker *Geoffrey Barraclough* zustimmen können, wenn er schreibt:

«Die Aufrichtung der deutschen Einheit, die in der stürmischen Revolutionsbewegung von 1848 verursacht worden war und später aus dem jähen wirtschaftlichen Wandel überreiche Nahrung gezogen hatte, war unvermeidlich. Was Bismarck dazutat, war, daß er die besondere Form bestimmte, die sie annahm, und den besonderen

Augenblick, in dem sie eintrat ... Seine Behandlung der zur Einheit drängenden Kräfte in Deutschland zeitigte das Ergebnis, daß Deutschland unter Preußen geeint werden mußte. Ohne Bismarck hätte die Einigung Deutschlands einen ganz anderen Verlauf nehmen können. Feindseligkeiten gegen Preußen und Furcht vor der preußischen Hegemonie waren 1848 lebendig gewesen. Und es war nur Bismarck zu verdanken, allerdings auch der Unterstützung durch die sozialen und wirtschaftlichen Entwicklungen, die er klug ausnützte, daß nach 1866 diese Feindseligkeit überwunden wurde. Das neue Reich von 1871 war — alle Theorien in Ehren — ein preußisches Reich, mit den preußischen Interessen in Einklang gebracht, aufgebaut in Übereinstimmung mit preußischen Traditionen und beherrscht durch die preußische Junkerklasse. Wir können die unbeirrbar Logik bewundern, mit der Bismarck seine Ziele bis zum letzten Ende verfolgte, und das Geschick, mit dem er über Hindernisse triumphierte, an denen Generationen deutscher Staatsmänner gescheitert waren, bis das deutsche Volk — das seit 1806 nur noch in der transzendenten Einheit von Sprache und Kultur gelebt hatte — zu einem einzigen politischen Körper zusammengeschweißt war; aber es bleibt bei der Tatsache, daß der Fluch des deutschen Partikularismus nur durch den Triumph des erfolgreichsten der deutschen Partikularismen ausgelöscht worden war, der keine Neigung zeigte, sich seiner eigenen partikularistischen Ursprünge und Traditionen zu entäußern.»⁷

Bismarck wurde jahrzehntelang als der große, weitsichtige Politiker gefeiert, der nach seiner Ernennung zum preußischen Ministerpräsidenten im Jahre 1862 zielstrebig an der Herstellung der deutschen Einheit gearbeitet habe, und dementsprechend wurden die Kriege von 1864, 1866 und 1870/71 als «Einigungskriege» bezeichnet. Selbst heute noch findet sich diese Bismarcklegende in deutschen Schulbüchern, obwohl zumindest seit Öffnung der Hohenzollernarchive, also seit 1919, die historische Wissenschaft zu einer erheblich anderen Beurteilung gekommen ist. Die Geschichtsforschung der letzten dreißig, vierzig Jahre hat vollauf bestätigt, was Rudolf Steiner bereits im Todesjahr Bismarcks — so ziemlich als einziger — zu äußern wagte:

«Bismarck hat nie darüber nachgedacht, wie die Welt sein soll. Solches Denken hat er als müßige Geschäftigkeit angesehen. Was sein soll, hat er sich von den Ereignissen sagen lassen; seine Sache war, im Sinne der von den Ereignissen

gestellten Forderungen kraftvoll zu handeln. Aber seine Kraft hat eine ganz bestimmte Richtung. Kein anderer hätte ihr diese Richtung gegeben. Bismarck ist am 1. April 1815 in einem preußischen Junkerhause geboren. Seine Erziehung führte ihn dazu, als die Persönlichkeit zu wirken, die sich selbst einzig bezeichnend auf den Grabstein setzen mußte: <Ein treuer Diener Wilhelms I.>»⁸

[Preußen und Deutschland]

Bismarck dachte *preußisch*, nicht deutsch. Seine Politik war darauf gerichtet, Preußens Großmachtstellung in Europa auszubauen und zu festigen. Es ging ihm nicht um Deutschland, sondern um die preußische Monarchie. Aufgrund der seit 1919 zu Tage geförderten Aktenpublikationen wird man *Bernhard Guttman* recht geben müssen, wenn er von Bismarck schreibt:

«1848 redete er von dem <deutschen Schwindel> und kämpfte in den fünfziger Jahren beim Frankfurter Bundestag gegen Österreich, aber nicht für ein Deutsches Reich. Schließlich identifizierte er sich mit dem Einheitsbegehren, als scharfe Tatsachenbeobachtung ihn belehrt hatte, daß Preußen den Nationalwunsch verwirklichen oder untergehen mußte.»

Selbst ein so konservativ denkender Historiker wie *Gerhard Ritter*, der für Bismarck immer eine große Verehrung gehegt hat, muß doch davor warnen, aus Bismarck «harmonisierend einen wohlgesinnten <Vater des Vaterlandes> und Volksfreund zu machen oder seinen *rücksichtslosen Kampf um die Hegemonie Preußens* im Stil patriotischer Schulbücher zu verharmlosen als restlose <Erfüllung des deutschen Einheitstraumes>.» Noch Ende 1869 äußerte Bismarck, die deutsche Einigung sei ein Fernziel, das erst von späteren Generationen zu erreichen sein würde. Als er aber dann den Krieg mit Frankreich begann und die Massen von nationaler Begeisterung ergriffen wurden, hat er sich eben «von den Ereignissen sagen lassen, was sein soll». Er führte den Krieg gegen Frankreich nicht, um Deutschland zu einigen, sondern weil Frankreich für die Machtstellung Preußens in Deutschland gefährlich wenden konnte. Aber er konnte ihn nur führen, indem er, dem Zeitalter der Massen Rechnung tragend, die nationale Leidenschaft des deutschen Volkes entzündete und «der These allgemeine Anerkennung verschaffte, daß Preußens Selbsterhaltung und die deutsche Sache identisch waren.»¹¹ Bismarck ist immer ein Skeptiker der nationalen Bewegung gewesen. «Er spricht mit Spott, ja mit Verachtung von ihr und assoziiert, wenn er <national> hört, <Presse>, <Tribüne> <Parlamentsbeschlüsse> <populäre Kundgebungen>, <öffentliche Meinung> — lauter Schimpfworte in seinem Munde», sagt *Hans Freyer* von ihm.¹² Aber während des Krieges gegen Frankreich, 36 den er mit Unterstützung der Massen als «nationalen Krieg» begonnen hatte, wurde ihm klar, daß die von

der deutschen Nationalbewegung geforderte Reichseinheit in *diesem Augenblick* herbeigeführt werden mußte, und zwar von *oben her*, als obrigkeitsstaatlicher Akt, wenn anders sie nicht wie 1848/49 zur Sache des Volkes werden sollte. Er handelte also rasch und gründete das Deutsche Reich (auf französischem Boden!), indem er den *Zusammenschluß der deutschen Fürsten* unter Führung des *preußischen Königs* zustande brachte, noch bevor die deutschen Truppen Paris erobert hatten. Ohne Beteiligung des Volkes, d. h. der Landtage und bestehenden Parlamente, wurde 1871 die «Einigung» vollzogen.¹³ Es ist bezeichnend für den Charakter der Reichsgründung von Versailles, daß die Verfassungsurkunde des neuen Staates mit den Worten beginnt: «Seine Majestät, der König von Preußen, Seine Majestät, der König von Bayern, Seine Majestät, der König von Württemberg (es folgt die Reihe der anderen größeren und kleineren deutschen Fürsten) ... gründen einen ewigen Bund», vom deutschen *Volk* ist *nicht die Rede*. Bismarck hatte 1871 den «Einheitstraum» des liberalen Bürgertums seiner Zeit verwirklicht, zugleich aber dieser deutschen Einheit eine Gestalt gegeben, die die Entstehung eines wirklichen Volksstaates unmöglich machen sollte. *René Juvet* bemerkt zur Reichsverfassung von 1871: «Bismarck hatte den Seidenhandschuh über die Panzerfaust gezogen und eine Verfassung gebaut, die die Empfindlichkeiten schonte und den Monarchen ihre Throne und ihre Höfe ließ. In Wirklichkeit waren sie zu Vasallen Preußens herabgesunken, das sich in dem eigentlich bestimmenden Organ, dem «Bundesrat» die Herrschaft gesichert hatte.»¹⁴

Es ist erschütternd, sich vorzustellen, daß der Mann, der 1871 bei der Kaiserproklamation in Versailles ein begeistertes Hoch auf «Kaiser Wilhelm» ausgebracht hatte, nämlich *Großherzog Friedrich I. von Baden*, sich wenige Jahre später bitter über «die diktatorische Gewalt des Fürsten Bismarck» beklagte und in einem privaten Brief an *Heinrich Gelzer* schreiben muß: «Jede Verbindung mit den Geschäften des Reiches ist eine Qual für mich, denn jede Arbeit muß ja ebenso gewissenhaft behandelt werden, als arbeite man mit Freudigkeit, aber es *ist* doch eine erfolglose Arbeit. Der *Bundesrat* ist mundtot, jeder Versuch, sich der (preußischen) Vormundschaft zu entziehen, ist nicht nur vergebens, sondern mit allerlei nachteiligen Folgen begleitet.» Der Fürst des badischen Landes, das als «Hochburg der bürgerlich-liberalen Bewegung» in Deutschland galt, glaubte, in der Regierungspraxis des 37 Bismarckreiches letztlich eine grenzenlose Mißachtung des deutschen Volkes erkennen zu müssen. Er fährt in dem genannten Brief fort: «Trotz aller dieser traurigen Wahrnehmungen halte ich die deutsche Nation doch noch nicht für so tief gesunken, als man das in den leitenden Kreisen der Reichsregierung meint. Die Reichsregierung scheint mir viel kränker zu sein als die deutsche Nation.»¹⁵

Bismarck hatte durch die Verfassung von 1871 Preußens

Vorherrschaft in dem neuen deutschen Reich sichergestellt, und obwohl dieses Reich formal ein fürstlicher *Bundesstaat* war, wurde es faktisch wie ein zentralistischer *Einheitsstaat* regiert. Man spricht deshalb auch vom «verschleierte Zentralismus» den Bismarck in die Reichsverfassung eingebaut habe. Dieser Zentralismus aber konnte der geschichtlichen Entwicklung Deutschlands nicht dienlich sein, weil er, wie *Wilhelm Röpke* mit Recht sagt, der tausendjährigen «föderativen Eigenart dieses Landes als einer Nation von Nationen aufs schärfste widerspricht.» Bismarck übertrug die preußische «Staatsidee» auf Deutschland und brachte dadurch das deutsche Volk auf einen Weg, den schon so bedeutende Zeitgenossen Bismarcks wie *Jakob Burckhardt*, *Konstantin Frantz* und *Christian Planck* als verhängnisvollen Irrweg erkannten.

[Bismarcks Antipode Konstantin Frantz]

Konstantin Frantz, der davon überzeugt war, daß das «zentralistische Experiment» in Deutschland in einer Katastrophe enden müßte, schrieb bereits 1874:

«Mit der Staatsidee ist da von vornherein nicht auszukommen, wo es sich vielmehr um das Verflochtensein Deutschlands mit den europäischen Verhältnissen handelt. Im Gegenteil, je mehr Deutschland dazu berufen ist und diesen Beruf auch erfüllen will, einen organischen Zusammenhang des europäischen Völkerlebens zu begründen — wohin die edleren Geister schon überall, streben, und wozu auch die heutigen Verkehrsmittel selbst die Bahn ebnen — um so weniger darf es sich selbst zu einem abgeschlossenen und zentralistischen Staatskörper gestalten wollen, der nach allen Seiten hin nur abstoßend wirken würde. Bloße Macht hilft hier nichts.»

Die zwangsherrschaftliche Maxime der bloßen Macht, meint Frantz, «könnte vielleicht einmal *eine große Koalition gegen das neue Reich* hervorrufen, *aber sie* würde ihm keinen einzigen Freund erwerben. Es bedürfte dann nur einiger verlorener Schlachten — und wer kann für das Kriegsglück einstehen — so bräche das ganze zwangsherrschaftliche Gebäude zusammen.«¹⁷ Wie *Christian Planck*, so war auch Frantz von der Ahnung der kommenden Weltkriege gegen das neue Deutsche Reich erfüllt, denn er ging von den Gegebenheiten in *Mitteleuropa* aus, die es nicht ertrugen, 38

daß das Deutsche Reich als geschlossener Nationalstaat mit offenen Grenzen sich selbstverständlich auch zu einer Militärmacht entwickeln mußte. «Geht Macht vor Recht» sagte Frantz, «und sind erst einmal die europäischen Verhältnisse auf die Spitze des Schwertes gestellt, so daß zuletzt der allgemeine Krieg in Aussicht steht, so ist es gerade Deutschland, welches davon am meisten zu leiden haben wird, da es möglicherweise von allen Seiten angegriffen

wird.»¹⁸ Frantz, der geistige Antipode Bismarcks, hat mit diesen 1877 geschriebenen Worten die Situation von 1914 vorausgesagt. Es war ihm auch gewiß, daß *Amerika* und *Rußland*, weil auf «breiter Naturbasis beruhend», die Weltmächte von morgen sein werden und fortan «alle Kriege zwischen den abendländischen Staaten keinen anderen Erfolg» haben könnten, «als daß sie den Machtaufschwung Rußlands wie andererseits der neuen Welt befördere werden.»¹⁹ Dieser Entwicklung aber könne Deutschland nur durch eine Einordnung in eine europäische Föderation, nicht aber durch die Abschließung in einen waffenstarrten Nationalstaat entgegenwirken. Die Deutschen, so meinte er, dürften nie vergessen, daß es ihr «Weltberuf» sei, Stützpunkt eines föderativ gegliederten Mitteleuropas zu werden. In einer solchen Föderation könne Deutschland zwar nicht über andere herrschen, aber eine Brückenfunktion ausüben. Es soll «Bindeglied» sein zwischen dem *Osten*, «worauf die Donau hinweist», und dem *Westen*, «welchem der Rhein zustrebt». Nur auf diese Weise aber könne Deutschland Europa und sich selber den Frieden bewahren. Wie *Fichte* sah auch Frantz, daß künftig fremde, auch *außereuropäische Mächte*, Deutschlands Schicksal bestimmen werden, wenn es nicht die Sicherung des Friedens zu seiner Hauptaufgabe macht, sondern dem nationalen Egoismus verfällt.

Bismarck lagen solche Gedanken fern. Seine politischen Überlegungen bewegten sich im Rahmen des herkömmlichen europäischen Staatensystems. Der Schauplatz der großen Politik war und blieb für ihn durch das Kräftespiel von fünf festländischen Großmächten abgesteckt. Globale Gesichtspunkte und weltpolitische Perspektiven, wie sie bei Konstantin Frantz zu finden sind, haben Bismarcks Denken nie beunruhigt. Beunruhigt hat ihn stets nur das unmittelbare Zeitgeschehen. Von leitenden politischen Ideen, die einen Vorgriff auf die Zukunft zugelassen hätten, war *er nicht* erfüllt. Er war in erster Linie <preußischer> *Patriot* und als solcher «der stärkste und entschiedenste Repräsentant des kontinentalen, obrigkeitlich-organisierten, kämpferisch-aktiven Machtstaates» (G. Ritter). Doch er wußte auch, daß der Staat, den er 1871 *geschaffen*

39

hatte, ein höchst zerbrechliches Gebilde war, so dauerhaft und festgefügt das Deutsche Reich den Zeitgenossen auch erscheinen mochte.²⁰ Bismarck selber hat bestätigt, was Frantz hinsichtlich der Gefährdungen gesagt hatte, die einem «abgeschlossenen und zentralisierenden Staatskörper» in der Mitte Europas drohen mußten. Mit den diplomatischen Mitteln des *Zweibundes* (Deutschland-Österreich) und des *Dreibundes* (mit Italien) versuchte Bismarck, die Gefahren zu bannen, die dem neuen preußisch-deutschen Machtgebilde von Ost und West drohten. Sein berühmtes «Spiel mit den fünf Kugeln» war ein Beweis dafür, wie

schwierig es war, die Existenz eines militärisch starken Deutschlands und die Erhaltung des Friedens in Europa in Übereinstimmung zu bringen. Nachdem aber nun einmal das Reich von 1871 geschaffen worden war, mußte Bismarck es zwangsläufig durch eine furchtgebietende Armee vor Überraschungsangriffen zu schützen versuchen. Die ständige Demonstration der deutschen Militärmacht war es wiederum, die andere europäische Großmächte zu Rüstungssteigerungen herausforderte und Deutschland in zunehmendem Maße die Abneigung, ja den Haß seiner Umwelt eintrug.

Bismarck hat *Goethe einmal eine* «Schneiderseele» genannt, und deutlicher als vieles andere kann diese Äußerung den großen Abstand gewahr werden lassen, der den Gründer des *deutschen Einheitsstaates* von den Werten des *deutschen Geisteslebens* trennte. Es mag deshalb die Frage gestattet sein, ob sich in die allgemeine Ablehnung der «bismarckdeutschen» Ara nicht auch die verborgene Enttäuschung der anderen Völker über die Entwicklung Deutschlands in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts gemischt hat. Jedenfalls sollte es uns zu denken geben, daß *Jurij Samarin*, einer der großen Repräsentanten der russischen «Slawophilen», kurz vor seinem Tode (1876) die erschütternde Bemerkung machte, Deutschland sei in seiner Jugend eine Hoffnung für jeden gebildeten Russen gewesen, «an der man lange gesogen hat», um so größer aber sei jetzt sein Schmerz, daß dieses Deutschland unter dem Einfluß nationalistischer und positivistischer Gedanken aus dem Westen zu «verschwinden» beginne.²¹

Nun darf man freilich Bismarck nicht als den Urheber des Verhängnisses betrachten, das auf dem Deutschen Reich von 1871 lasten sollte. Man wird vielmehr in Betracht ziehen müssen, daß Bismarck nur der Vollstrecker eines geschichtlichen Testaments war, das ihm die gescheiterte Revolution von 1848/49 hinterlassen hatte. Sein Gegner Konstantin Frantz ließ ihm Gerechtigkeit widerfahren, als er sagte: «Daß Bismarck die stagnierende deutsche Entwicklung in Fluß gebracht hat, das werden wir — so wenig wir darin eine Rechtfertigung seines Unternehmens finden — bereitwillig anerkennen. Wir verwerfen nur die *Richtung*, die er eingeschlagen, sowie die *Mittel*, deren er sich bediente.»²² Die Richtung aber, die Bismarck einschlagen konnte und mußte, hängt auf das engste mit dem Versagen des liberalen deutschen Bürgertums zusammen, das nach 1849 unter dem Einfluß westlicher Ideen *immer* stärker auf einen einheitsstaatlich-nationalen Zusammenschluß pochte, der weder der geschichtlichen noch der geographischen Lage Deutschlands gemäß war. «Einheit und Freiheit» war die noch sehr vage Parole des deutschen Liberalismus in den vierziger Jahren des 19. Jahrhunderts gewesen. «Verstärkung der Zentralgewalt und Vertretung der Nation bei der Zentralgewalt» forderte dann schon in den sechziger Jahren sehr konkret der «Deutsche Nationalverein», der sich 1859, dem «Schillerjahr» der vielen «nationalen» Turner-,

Sänger- und Schützenfeste, gegründet hatte. Als Bismarck 1866 mit «Blut und Eisen» die Österreicher vom deutschen Volkskörper abtrennte und den zentralistischen deutschen Einheitsstaat unter preußischer Vorherrschaft begründete, kapitulierten die deutschen Liberalen vor den militärischen Erfolgen seiner vielgepriesenen «Realpolitik».

Deutschlands «Beruf» und das Versagen des deutschen Bürgertums

[Joseph Ennemoser]

Joseph Ennemoser (1787-1854), einer der zu Unrecht vergessenen Naturforscher der Goethezeit, hat kurz vor seinem Tode in einem für uns heute geradezu aufregenden Buch¹ eine Prognose der Entwicklung Europas und des künftigen Weltgeschehens gegeben. In dem Kapitel über Deutschland schreibt er: «Europa steht gegenwärtig auf dem Punkte, durch seine Parteigeister den Kampf der Prinzipien in der Staatsverwaltung auszufechten, um die endliche Entscheidung herbeizuführen, ob der Absolutismus oder die Demokratie den endlichen Sieg davontragen werde. Deutschland erscheint dabei — angelehnt in der Länder Mitte an den absolutistischen Osten und den republikanischen Westen, den zwei in sich geschlossenen extremen Mächten — an die Spitze des Kampfes gestellt. In seinem Innern aufgerüttelt und unter seinen Ständegliedern selbst im Widerstreit, ist Deutschland vor allen andern an jenem Prinzipienkampf beteiligt, der nun, wie es scheint, bei dem großen Gärungsprozeß der europäischen Stämme, nur auf seinem Boden gelöst werden kann. Die große allgemeine Frage, ob der Absolutismus oder der Liberalismus die Einheit der auseinanderstrebenden Glieder und das endliche Glück der Völker herbeiführen werde, ist schon an sich von großem Interesse, von keinem geringeren aber ist die Frage nach Deutschlands Zukunft, dessen Schicksal offenbar auf alle übrigen Länder zurückwirken und ihren Lauf zum Gedeihen oder zum Verderben bestimmen wird; denn Europa bildet in sich einen geschlossenen Organismus, dessen Herz als zentraler Mittelpunkt die Zirkulation seiner Lebensäfte bedingt.»² Deutschlands geographische Lage — zwischen den slawischen Völkern des Ostens und den romanischen des Westens — scheint Ennemoser «eine höhere, von der Vorsehung bestimmte Bedeutung zu haben». Es kann weder im «östlichen Absolutismus» noch im «westlichen Liberalismus» seine Bestimmung finden,

es wird vielmehr «seinen eigenen Bestand und seinen hohen Beruf nur erfüllen, wenn es lehrend und bekehrend die extremen Tendenzen vermittelt, wenn es richtend und schlichtend zwischen den Völkern und Staaten unparteiisch gleichsam den obersten Gerichtshof bildet». «Im deutschen Nationalcharakter liegt (so durfte Ennemoser 1854 noch schreiben!) das Vermittlungsglied des europäischen Völkerlebens.» Deutschland müsse deshalb, um «die großen Fragen der Zeit zu lösen» und die Harmonie «in dem europäischen Haushalt herbeizuführen», eine «Pflanzschule zur Fortbildung der Völker» werden. Es sei dazu berufen, «*ein Rechts- und Freiheitsprinzip* von allgemeiner Wirkung zu erzeugen, die einen zu erfrischen und die andern zu zähmen und, einmal in seinem Innern organisiert, die Norm zu einer festen Organisation aller Glieder der europäischen Staatenfamilie zustande zu bringen.» Doch damit dies geschehen könne, werde Deutschland «trotz der dynastischen Hemmungen, trotz der äußeren diplomatischen Einreden und ohne die Parole bei den Fremden zu holen» seine «gebundenen Hände irgendwie losmachen und einen auf *gesetzlicher Freiheit beruhenden Rechtsstaat* gründen» müssen. Rechtsstaat heißt aber für Ennemoser nichts anderes als eine staatliche Organisation, in der die Deutschen «die höchsten Ideen für Wahrheit und Recht» verwirklichen «und somit die bisher auf Trug, Hinterlist und Selbstsucht fußende Politik auf den Boden des Rechts und der moralischen Pflichttreue stellen» können. Als Ennemoser dies niederschrieb, waren die großen Hoffnungen, die das deutsche Bürgertum während der Revolution von 1848 auf die *Nationalversammlung in* der Paulskirche gesetzt hatte, längst schon zerstört worden. Die bitteren Erfahrungen, die man im Zusammenstoß mit der realen Macht der alten Staatsgewalten machen mußte, hatten Zweifel an den «idealistischen» Standpunkten der älteren Generation geweckt. Ennemoser fragt deshalb im Bewußtsein seiner mit dem «deutschen Idealismus» innig verbundenen Vorstellungen über Deutschland: «Ist es nicht ein utopischer Traum, und wird Deutschland auch nur entfernt ein solches Erfordernis zu erfüllen imstande sein?» Und er gibt die Antwort: «*Deutschland wird seinen Beruf erfüllen oder auf das allerschmählichste untergehen und mit ihm die europäische Kultur.*» Wenn Deutschland nicht die Funktion übernimmt, «der natürliche Vermittler des Völkerrechts» und «Träger und Förderer der Kultur» zu sein, dann könnte es ihm widerfahren, als gute Beute unter seinen Nachbarvölkern» zu verschwinden. Weil aber Deutschland in der Mitte Europas die gleiche Aufgabe wahrzunehmen

43

hat, die das Herz im menschlichen Organismus *erfüllt* — nämlich die «Zirkulation der Lebensäfte zu regulieren» —, würde das Versagen des deutschen Volkes ein furchtbares Unheil für die Entwicklung der europäischen Menschheit bedeuten: «Wäre es möglich, daß

Deutschland, das *Schicksal Polens* teilend, zugrunde gehen könnte, dann würde die Barbarei unfehlbar über ganz Europa hereinbrechen.»

[Rochau und die <Realpolitik>]

Von solchen Vorahnungen erfüllt, schied Ennemoser 1854 aus dem Erdendasein. Ein Jahr vor seinem Tode aber hatte *August Ludwig von Rochau* (1810-1873), leidenschaftlicher Kämpfer für die Freiheit und Einheit Deutschlands, die Absage an den Idealismus in der Politik erteilt und den zuversichtlichen Glauben der Generation Ennemosers an die Synthese von Idee und Wirklichkeit erschüttert. Rochau, der Anfang der dreißiger Jahre in der «Demagogenverfolgung» vor einer lebenslänglichen Zuchthausstrafe ins Ausland fliehen mußte, bis 1848 meistens in Paris gelebt und sich dort mit westlichen Staatsideen erfüllt hatte, prägte 1853 das *Wort von der «Realpolitik»*.³ Dieses verhängnisvolle Schlagwort sollte fortan nicht mehr aus der politischen Gedankenwelt des deutschen Bürgertums verschwinden. Die große idealistische Epoche des deutschen Geistes war mit der Jahrhundertmitte zu Ende gegangen, der «politische Realismus», d. h. der *Glaube an die konkrete Macht des Staates*, trat nunmehr an die Stelle der *zuversichtlichen Überzeugung von der Bestimmung der Wirklichkeit durch die Idee*, wie sie von Fichte und Hegel, Humboldt und Schelling und anderen großen Denkern der Goethezeit vertreten und zum Gemeingut des deutschen Bürgertums gemacht worden war. Daß Rochau 1853 den Begriff der «Realpolitik» einführen konnte, ist ein *Symptom für den geistigen Umschwung*, der sich in der Mitte des 19. Jahrhunderts in Deutschland vollzog. Das Heraustreten des Bürgertums aus der geistigen Atmosphäre der Goethezeit und sein Übergang in die Welt einer scharfsinnigen Intelligenz, die das Nützlichkeitsprinzip zum Maßstab des Erfolges machte, bereiteten Bismarck den Weg zur Macht. Das deutsche Bürgertum, das noch 1848 zur Verwirklichung jener höchsten Ziele angetreten war, von denen Ennemoser ein repräsentatives Zeugnis abgelegt hat, konnte fünfzig Jahre später Bismarcks machiavellistische Methoden — List, Verfassungsbruch, Gewaltsamkeit und machtstaatlichen Egoismus — als höchste Staatskunst und ihn selber als «Realpolitiker größten Stils» feiern.

Der geistige Bruch, der sich seit der Jahrhundertmitte in der Entwicklungsgeschichte des deutschen Bürgertums abzeichnete, ist die Ursache

44

dafür, daß der Prinzipienkampf zwischen «Absolutismus» und «Liberalismus» nicht durch jene heilsame Vermittlung Deutschlands entschieden werden konnte, von der Ennemoser sich «die Harmonie im Haushalte Europas» versprach. Das Versagen des deutschen Bürgertums mußte — wie dieser vergessene Goetheanist es mit einer fast intuitiven Sicherheit erkannt hat — «auf alle übrigen Länder Europas zurückwirken» und ihre weitere Entwicklung

bestimmen. Will man also das Schicksal Mitteleuropas im 20. Jahrhundert verstehen, so tut man gut daran, wenn man über Größe und Tragik, Aufstieg und Verfall des deutschen Bürgertums im 19. Jahrhundert Rechenschaft ablegt. Man wird dabei erkennen, daß die Krise des bürgerlichen Denkens bereits in den vierziger Jahren beginnt.

[Aufstieg und Verfall des deutschen Bürgertums]

In den großen geschichtlichen Umwälzungen, die seit Ende des 18. Jahrhunderts die alte europäische Gesellschaft betroffen hatten, war der «dritte Stand», das *Bürgertum*, zu seiner spezifischen Aufgabe erwacht. In *Mitteleuropa* entfaltete es seine höchste geistige Kraft zur Zeit *Goethes*, und es entstand, wie *Herman Grimm* es einmal ausgedrückt hat, «jene wunderbare Mischung des Volkes, die man das gebildete Publikum nannte, ein vornehmes, aus den besten Bestandteilen des Volkes zusammengesetztes Volk im Volke, das bis zu Goethes Lebensende das herrschende und tonangebende Element in Deutschland blieb».⁴ Gedanken über die Bestimmung des Menschen, über die Begründung einer neuen Anschauung der Natur, über das Verhältnis von Weltbürgertum und Nation, Kultur und Staat, Wissenschaft und Religion bewegten die edelsten deutschen Geister, ergriffen aber auch breite Volkskreise und befähigten sie zu der Begeisterung, die in den Befreiungskriegen (1813/15) politischen Ausdruck fand. Trotz der tiefen Enttäuschung, die der Wiener Kongreß und das danach beginnende Zeitalter der Restauration und Reaktion dem nach innerer und äußerer Freiheit strebenden Bürgertum bereitete, blieb doch seine Lebenssphäre von dem geistigen Gehalt der Goethezeit erfüllt.

Im politischen Raum entwickelte sich durch das Aufbegehren gegen die polizeistaatlichen Methoden des «Systems Metternich» das Verlangen nach Verfassungen, die dem Bürgertum die Mitbestimmung und Mitverantwortung für die öffentlichen Dinge verbürgen sollten. Zugleich aber wurde auch das Drängen auf die Wiederherstellung eines alle Deutschen umfassenden Reichsverbandes spürbar, den man als Synthese

45

von Geist und Macht verwirklichen wollte. «Freiheit und Einheit» waren die beiden Hauptziele der vom deutschen Bürgertum getragenen politischen Bewegung in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Aber *es war* kein enger Nationalismus, der sich (trotz mancher jugendlichen «Deutschtümelei» unter der Studentenschaft) in der Einheitsforderung aussprach. Man wollte die *Einheit*, um das ganze deutsche Volk für die Kulturaufgabe an der Menschheit zusammenzuschließen, und man wollte die *Freiheit*, nicht nur, um die Würde des Menschen vor dem Zugriff des Staates zu schützen, sondern auch die freie, individuelle Geistesentwicklung in den Dienst des Ganzen stellen zu können. Der Ruf nach «Freiheit» und «Einheit» hätte selbstverständlich nicht ohne die

amerikanische Unabhängigkeitserklärung und die Französische Revolution von 1789 laut werden können. Er steht im Zusammenhang mit der westeuropäischen Geistesentwicklung und den politischen Ereignissen im letzten Drittel des 18. Jahrhunderts. Dennoch erhielt dasjenige, was man «*Liberalismus*» und «*Nationalismus*» nennt, in Mitteleuropa eine andere Färbung, denn nirgendwo war so ernsthaft und so leidenschaftlich nach einer Überhöhung dieser beiden Triebfedern *des* bürgerlich-politischen Lebens durch die *bildenden Kräfte einer neuen Geisteskultur* gesucht worden wie im deutschen Sprachraum. «Man kämpfte für die Freiheit des Menschen, und nur zu diesem Ziele erstrebte man die nationale Einheit», stellte *Folkert Wilken* im Rückblick auf jene Zeit einmal fest.⁵ Der Glaube der Zeitgenossen Goethes, daß «Freiheit, sittliche Größe, nationale und menschliche Herrlichkeit» zusammengehören, wie er beispielsweise in *Friedrich Daumer* noch 1866 lebte,⁶ begann allerdings schon in den vierziger Jahren des 19. Jahrhunderts seine Leuchtkraft zu verlieren.

[Paulskirche]

Im *Revolutionsjahr 1848/49* gelangte das deutsche Bildungsbürgertum zu einer großen politischen Wirkung und griff gestaltend in die mitteleuropäischen Verhältnisse ein. Es wurde der Träger der revolutionären Bewegung, wie es auch der Träger der kulturellen Entwicklung gewesen war. Der «vierte Stand», die Arbeiterschaft, war damals noch nicht zu proletarischem Selbstbewußtsein erwacht und bereit, zusammen mit dem Bürgertum gegen die obrigkeitstaatlichen Zwangsgewalten zu kämpfen. Die deutschen Freiheits- und Einheitsbestrebungen rückten ihrem Ziel näher denn je zuvor, als nach den Märzereignissen des Jahres 1848 die deutschen Fürsten vor den Straßen- und Barrikadenkämpfern kapitulierten und die erste gesamtdeutsche Volksvertretung in der Frankfurter *Paulskirche* zusammentrat.

46

Ernst Moritz Arndt, Ludwig Uhland, Jakob Grimm, Anastasius Grün (= Alexander Graf von Auersperg), Droysen, Dahlmann, Waitz, Duncker, Gervinus, Friedrich v. Raumer, Heinrich v. Gagern und viele andere hervorragende Persönlichkeiten des deutschen Geisteslebens jener Zeit zogen als Abgeordnete in das Frankfurter Parlament ein, das dadurch einzig in seiner Art war, weil hier wirklich in freier Diskussion — ohne jeden Parteienzwang — die Geister miteinander rangen. Die Reaktionäre aller Schattierungen haben die Paulskirchenversammlung als das «Parlament der Professoren» später verdammt, aber auch *Karl Marx* fand nur Worte der Verachtung für diese «Schaubühne, auf der alte überlebte politische Charaktere ihre unfreiwillige Lächerlichkeit und ihre Impotenz des Denkens und Handelns vor den Augen von ganz Deutschland zum besten gaben.»⁷ Bedenkt man, daß in dem

gleichen Jahr 1848, als die erste deutsche Nationalversammlung zusammentrat, Marx und Engels «Das kommunistische Manifest» veröffentlichten, so will es einem scheinen, als ob dem deutschen Bürgertum damals eine letzte Chance geboten worden ist, die mitteleuropäischen Verhältnisse im Sinne einer vollkommenen Neugestaltung des politischen Lebens zu verändern. *Max Lehmann*, einer der bedeutendsten Schüler Leopold von Rankes, sagte in seinen Göttinger Bismarckvorlesungen (die bezeichnenderweise erst 1948, lange nach seinem Tode, gedruckt wurden): «Die Bewegung von 1848 gehört mit zu den größten Taten unseres Volkes. Sie ist gar nicht zu entbehren in der Entwicklung der deutschen Nation, noch weniger ... in der Entwicklungsgeschichte des deutschen Individuums. Ihre edelste, ihre vorbildliche Ausgestaltung fand sie im Parlament der Paulskirche, eine Versammlung ..., auf die stolz zu sein das deutsche Bürgertum und die deutschen Universitäten Ursache haben.»⁸ Zweifellos war die Paulskirche dank der unvergleichlichen Qualität ihrer Abgeordneten nicht nur das beste, sondern auch das moralisch sauberste, politisch anständigste und geistig hochstehendste Parlament, das es in der deutschen Geschichte jemals gegeben hat. «Nie wieder ist in einem deutschen Parlament ... mit solchem Ernst und solcher Tiefe, mit solcher Echtheit und solcher inneren Reife um politische Grundprobleme gerungen worden», urteilt *Wilhelm Mommsen* in seinem Buch über «Größe und Versagen des deutschen Bürgertums».⁹ An der Notwendigkeit und Unvermeidbarkeit des nationalen Einheitsstrebens, das sich in der Revolution von 1848 Bahn brach, kann gar kein Zweifel bestehen, und «das Werk der Paulskirche stellt heute mehr denn je das Herzstück»

47

der Geschichte jener Revolution dar. Für die Gegenwart aber ist seine Geschichte unlösbar mit der tragischen Frage nach den Ursachen verknüpft, die Deutschland eine kontinuierliche, fruchtbare Entwicklung zum *modernen Verfassungsstaat* und von übermäßigen Spannungen freie *Lösung der nationalen Einheitsfrage* versagt haben. Die Kritik des ausgehenden 19. Jahrhunderts an der «Professorenpolitik» dieses ersten deutschen Parlaments, der Vorwurf doktrinäer Illusionspolitik ohne die nötige Rücksicht auf die Wirklichkeit der Macht, ist notwendig verblaßt, seitdem die *Spaltung von Idee und Realität*, die der Nationalismus und Imperialismus späterer Generationen vollzogen, in eine beispiellose Katastrophe geführt hat. Heute erscheint vielmehr an der Leistung der Paulskirche nichts bedeutsamer als die *Tiefe ihres Ringens*, beide Pole zu einer Synthese nicht bloß des äußeren Zwanges, sondern der inneren Vereinigung im Rahmen des Menschlich-Möglichen zu bringen, ein Ringen, in dem *das ganze geistige Erbe der Vergangenheit* eingesetzt wurde, dem Lebenswillen eines großen Volkes den entsprechenden Ausdruck würdiger und freier staatlicher Formen zu geben.¹⁰

[Staat und Nation]

Die Generation von 1848 lebte noch sehr stark in und mit der Ideenwelt des deutschen Idealismus. Aber diese Ideen waren — bei all ihrer großartigen Weite — doch zu Abstraktionen geworden, die in der Begegnung mit der tatsächlichen Lage des deutschen Volkes auf unüberwindliche Schwierigkeiten stießen.¹¹ Das Frankfurter Parlament hat das Problem der nationalen Einheit mit erstaunlicher Tiefe und Vollständigkeit erfaßt und ist dabei nicht dem biologisch beschränkten und veräußerlichten Nationalismus der nachfolgenden Zeit verfallen. Aber es machte sich doch auch schon in der Paulskirche ein Abgleiten in politische Herrschaftsträume bemerkbar, — und der für den deutschen Volkskörper unanwendbare Gedanke des westeuropäischen Nationalstaates wurde deshalb von einem großen Teil der Abgeordneten aufgegriffen und mit Leidenschaft verfochten. Die Deckungsgleichheit von Staat und Nation war nun aber gerade in Deutschland nicht zu erreichen. In Schleswig, in den deutschen Ostprovinzen, vor allem aber in Österreich war das Deutschtum mit anderen Volksgruppen vielfach verflochten und verbunden, so daß der abstrakte nationalstaatliche Gedanke westlicher Prägung schlechterdings undurchführbar erscheinen mußte. Als sich die Nationalversammlung nach schwerem Ringen

48

zwischen den «Großdeutschen» (die Österreich in den Reichsverband einbeziehen wollten) und den «Kleindeutschen» (die ein preußisches Kaiserreich erstrebten) mit 290 Stimmen gegen 240 Enthaltungen für die «kleindeutsche» Lösung entschloß, hatte sich im Grunde bereits ein Geschehen vollzogen, das man als *geistige Überfremdung des mitteleuropäischen Denkens betrachten muß*. Schelling, einer der letzten großen Repräsentanten der Goethezeit, empfand dieses Geschehen als Verrat an der Aufgabe des deutschen Volksgeistes. Im Februar 1849 schrieb er seinem Schwiegersohn Waitz, der als Abgeordneter in der Paulskirche saß und zur kleindeutschen Kaiserpartei hielt, einen Brief, in dem er beschwörend darlegt, er könne sich Deutschland als strenge Monarchie und das deutsche Volk «in dem engen und abschließenden Sinne» gar nicht vorstellen, er müßte denn *jedes Gefühl der Achtung für das Deutschtum verlieren*.- «Die Deutschen scheinen mir vielmehr berufen, ein Volk von Völkern zu sein und so gegenüber den andern wieder die Menschheit darzustellen.» Nur in dieser Weise könne er den rätselhaften Gang der Geschichte verstehen, die das deutsche Volk dazu geführt habe, ganz fremde Nationen heranzuziehen und sie zum Teil in sich aufzunehmen. Er könne sich ein homogenes Deutschland gar nicht denken, es sei denn, daß man «durch tödliche Amputation einen Scheinkörper

schaffe, dem keine lange Dauer beschert sein kann».¹²

Diesen, durch eine tödliche Amputation (nämlich die Abspaltung Österreichs) erzeugten Scheinkörper sollte dann *Bismarck* im Jahre 1871 schaffen. Doch auch die meisten Männer in der Paulskirche hatten schon kein Verständnis mehr für dasjenige, was Schelling eigentlich meinte.

Als eine Deputation der Nationalversammlung mit Simon, Arndt, Dahmann, Raumer u. a. am 3. April 1849 vor dem preußischen König *Friedrich Wilhelm IV.* erschien, um ihm die deutsche Kaiserkrone anzubieten, erteilte der Hohenzollernfürst in wohlgesetzter Rede den gewählten Volksvertretern eine niederschmetternde Abfuhr. Er könne, so sagte der König, keine Entscheidung «ohne Einverständnis der gekrönten Häupter» Deutschlands fassen,¹³ d. h. er wollte sich die Kaiserkrone nur durch die *Fürsten*, nicht durch das *Volk* verleihen lassen. In der Person Friedrich Wilhelms IV. begegneten die Abgeordneten den alten legitimistischen Gewalten Deutschlands, welche die fortschreitende Entwicklung des Bürgertums aufhalten und der Idee der Volkssouveränität mit Waffengewalt entgegentreten wollten. Deutlicher

49

noch als vor der Paulskirchendeputation sprach es der preußische König in einem Brief an seinen Freund *Josias von Bunsen* aus, was er von der Krone hielt, welche die Volksvertreter ihm anboten. An dieser Krone, schrieb er, klebe ja der «Ludergeruch der Revolution» und «einen solchen imaginären Reif, aus Dreck und Letten gebacken, soll ein legitimer König von Gottes Gnaden und nun gar der König von Preußen sich geben lassen, der den Segen hat, wenn auch nicht die älteste, doch die edelste Krone, die niemand gestohlen worden ist, zu tragen? Ich sage es Ihnen rund heraus: Soll die tausendjährige Krone deutscher Nation, die 42 Jahre geruht hat, wieder einmal vergeben werden, so bin ich es und meinesgleichen, die sie vergeben werden. Und wehe dem, der sich anmaßt, was ihm nicht zukommt!» Das war preußisch gedacht, und was Friedrich Wilhelm IV. hier zum Ausdruck gebracht hat, das sollte Bismarck, der «treue Diener» der preußischen Krone, später mit Waffengewalt erzwingen, indem er seinem Herrn das Kaisertum durch *fürstliches Obereinkommen*, nicht durch einen Willensakt des Volkes verschaffte.

Das *Werk der Paulskirche*, die für Deutschland die beste Verfassung ausgearbeitet hatte, die es überhaupt geben konnte, und die *Revolution von 1848*, die die letzte öffentliche Anstrengung des gesamten deutschen Bürgertums darstellte, waren gescheitert.

[nach 1848]

Die Niederlage der revolutionären Bewegung hat jedoch nirgends zur einfachen Wiederherstellung der vorrevolutionären Verhältnisse geführt. Nach 1848 konnten die deutschen Fürsten nicht mehr ohne Volksvertretungen regieren, und was bisher nur einige von ihnen verwirklicht hatten, mußten jetzt alle zugestehen: Sie waren gezwungen, ihre in den Befreiungskriegen 1813/15 gegebenen Versprechen endlich einzulösen, Verfassungen zu gewähren und eine beschränkte Mitwirkung der Parlamente bei der Gesetzgebung zuzulassen. Rein «absolutistisch» konnte nach 1848 nicht mehr regiert werden. Aber der Kampf zwischen den «Prinzipien des Absolutismus und der Demokratie» (d. h. -des Liberalismus) war durch die Revolution eben nicht entschieden worden, er wurde unter der Decke des absolutistisch verwalteten, pseudo-konstitutionellen Fürstenstaates (Dreiklassenwahlrecht in Preußen!) weitergeführt. Der Prozeß der *Liberalisierung und Demokratisierung* nahm — mit Ausnahme Rußlands — überall in Europa seinen Fortgang, und das deutsche Bürgertum begann sich

50

mehr und mehr an ausländischen Vorbildern zu orientieren. In demselben Maße wie das im Westen Europas entwickelte materialistisch-naturwissenschaftliche Denken in Deutschland Eingang fand und die goetheanistische Betrachtungsweise verdrängte, ohne daß es zu einer Durchdringung oder Synthese gekommen wäre, gewannen auch die modernen *westlichen Staats- und Wirtschaftstheorien* in Mitteleuropa an Boden und wurden für die weitere Entwicklung maßgebend. Im kulturellen Leben Deutschlands wirkte zwar die große idealistische Epoche des deutschen Geistes noch nach, im Bereich des sozialen und staatlichen Lebens neigte man nach der bitteren Enttäuschung von 1849 dazu, «realistische» Anpassungen an die Machtverhältnisse vorzunehmen, d. h. die Schaffung einer starken, vom Volke getragenen Zentralgewalt als Voraussetzung für die Herstellung der deutschen Einheit zu betrachten. Vergeblich versuchte *Konstantin Frantz* in den sechziger und siebziger Jahren seine Landsleute darauf hinzuweisen, daß man in Deutschland mit der «Staatsidee» schlechterdings nicht auskommen könne, und die «Idee eines ganz anders gearteten und auf viel höhere Zwecke gerichteten Gemeinwesens fassen» müsse, wenn man die deutsche Frage lösen wolle. Aber seine Zeitgenossen waren für derartige Gedanken nicht mehr aufgeschlossen.

Gefördert durch die *wirtschaftlichen Antriebe* der beginnenden *Industrialisierung* erfuhr das deutsche Bürgertum eine soziologische Umschichtung: Der freie Unternehmer, der sich nach den von England übernommenen kapitalistischen Wirtschaftsformen ausrichtet, tritt nun neben den Gelehrten, der seine Orientierung an den Errungenschaften der westlich-naturwissenschaftlichen

Denkweise sucht, das *Bildungsbürgertum*, das für die erste Jahrhunderthälfte charakteristisch war, wird nach 1850 vom *Besitzbürgertum* abgelöst. Auf politischem Gebiet vollziehen sich dabei erhebliche Akzentverschiebungen. Das Bürgertum der Goethezeit war durchaus nicht «unpolitisch» es war in seiner führenden Schicht am Zeitgeschehen sogar sehr lebhaft interessiert und ist von der Napoleonischen Zeit bis zur Revolution von 1848 bekanntlich immer wieder das direkte Engagement mit der Tagespolitik eingegangen. Aber es nahm dabei doch im wesentlichen einen *metapolitischen* Standpunkt ein, machte nicht Politik um der Politik willen, sondern im Streben nach höheren menschheitlichen Zielen. Nach der Jahrhundertmitte verließ das Bürgertum diesen Standpunkt. Es wurde «realpolitisch» und sammelte sich in der liberalen Partei, die zwar die alte Parole von der «Freiheit und Einheit» beibehielt, ihr aber doch einen

51

neuen Sinn gab. In den Freiheitsbegriff fließt nun der Wunsch nach der rein äußeren, ungehemmten Entfaltungsmöglichkeit für den Einzelnen («Freie Bahn dem Tüchtigen») ein, und *George Benthams* utilitaristische Forderungen und seine Parole, daß die Gesetzgebung die Aufgabe habe, «das größtmögliche Glück der größtmöglichen Zahl» zu sichern, werden ebenso wie *Adam Smiths* *Freihandelslehre* und die Vorstellung von der *Herrschaft durch zahlenmäßige Mehrheit* zum Gedankengut des deutschen Liberalismus. Leitbild wird die angelsächsische Demokratie, wobei die liberalen Grundforderungen des deutschen Bürgertums sich mit der nationalen Einheitssehnsucht verbinden. Da die Herstellung der nationalen Einheit bei der Vielgestaltigkeit der deutschen Verhältnisse jedoch nur mit den Mitteln der praktischen Machtpolitik zu realisieren war, mußte sich auf die Dauer die Frage ergeben, ob das innenpolitische Freiheitsbegehren der Liberalen oder ihre nationale Einheitsforderung den Vorrang erhalten sollte.

[Bismarck und die kleindeutsche Lösung]

Als *Bismarck* die Steuer des preußischen Staates ergriff (1862), «verfügte das liberale Bürgertum in Deutschland über fast alles, was an Intelligenz, an industrieller und kaufmännischer Leistungsfähigkeit vorhanden war. Die Massen der Handwerker und des übrigen Mittelstandes, der größte Teil der Industriearbeiter, selbst ein erheblicher Teil des Bauerntums und eine Minderheit des Adels, teilten die nationalen und liberalen Ideen des Bürgertums und folgten seinen politischen Parolen: Ohne Zweifel eine gewaltige Kraft und Autorität.»¹⁵ Bei den preußischen Landtagswahlen von 1863 erhielten die Liberalen 536 000, die Konservativen dagegen nur 336 000 Stimmen — trotz des ungeheuer komplizierten und den demokratischen Fortschritt hemmenden Dreiklassenwahlrechts. Man kann daran ermessen, wie stark die Opposition gegen den

«reaktionären» Ministerpräsidenten gewesen sein muß. Er war der «bestgehaßte Mann» in ganz Deutschland.

Gestützt auf das preußische Heer und ein im Untertanengehorsam erzogenes Beamtentum trotzte Bismarck von 1862 bis 1867 der liberalen Mehrheit im Landtag und ging mit allen Mitteln des *Absolutismus* gegen das Parlament vor: Mit grenzenloser Verachtung schob er die Volksvertretung beiseite, setzte die Umorganisation des Heeres durch, erhob entgegen der Verfassung Steuern ohne Parlamentsbewilligung, führte mit der Prozeßverordnung vom 1. Juni 1863 die Zensur wieder ein und brach den Widerstand liberal gesinnter Beamter durch

52

Verhängung von Gehaltssperren und Zwangsversetzungen. *Treitschke*, der später zu den Bewunderern Bismarcks zählte, sprach in jenen Jahren von der «brennenden Empfindung der Scham» die er gegenüber solchem Mißbrauch der Regierungsgewalt hegte.

Als Bismarck aber im Interesse der preußischen Machtpolitik 1864 und 1866 daran ging, unter Preußens Führung größere territoriale Zusammenschlüsse in Deutschland zu erzwingen, glaubte sich die Mehrzahl der Liberalen ihren nationalen Einheitsträumen nähergebracht. Der «Bruderkrieg» von 1866 hatte anfangs die Empörung der ganzen öffentlichen Meinung in Deutschland ausgelöst. Aber der Erfolg der preußischen Waffen, die Annexion von Hannover, Kurhessen, Nassau und Frankfurt, die militärische Ausschaltung Österreichs im Ringen um die Führung in Deutschland führten einen Stimmungsumschwung herbei. Die «kleindeutschen» Liberalen, die 1848/49 noch die deutsche Einheit durch ein *Aufgehen Preußens in Deutschland* herstellen wollten, jubelten jetzt darüber, daß *Deutschland in Preußen aufzugehen begann*. Sie vergaßen, daß Bismarck 1862 die liberalen Freiheitsforderungen zuschanden gemacht hatte, sie dachten nur noch «national» und begeisterten sich am Zustandekommen des «Norddeutschen Bundes». Hier setzte nun das Verhängnis des deutschen Liberalismus ein. «Der große deutsche Jurist *Ihering* ist vielleicht der typischste Zeuge für die folgenschwere Katastrophe, die das Kriegsjahr 1866 für das Deutschtum bedeutete. Zur Zeit des Kriegsausbruches urteilte er über Bismarck: «Mit einer so empörenden Schamlosigkeit, mit einer solchen grauenhaften Frivolität ist vielleicht nie ein Krieg angezettelt worden. Das innerste Gefühl empört sich über einen solchen Frevel an allen Grundsätzen des Rechts und der Moral.» Und dann, nach dem preußischen Sieg bei Königgrätz, die radikale Schwenkung des gleichen Gelehrten: «Ich beuge mich vor dem Genie eines Bismarck, ich habe dem Manne alles, was er bisher getan hat, vergeben. Ich gebe für einen solchen Mann der Tat hundert Männer der machtlosen Ehrlichkeit.»¹⁶

Nach dem Siege über Österreich ließ sich Bismarck vom preußischen Landtag die «Indemnität» für seine verfassungswidrige Erhebung von Steuern ohne Parlamentsbewilligung erteilen. Er erhielt sie mit 230 gegen 75 Stimmen. Durch diese nachträgliche Rechtfertigung des Verfassungsbruches errang Bismarck seinen ersten, aber entscheidenden Sieg über die deutschen Liberalen. Der Nationalismus und die militärische Stärke standen bei ihnen jetzt höher im Kurs als die Probleme des Rechtsstaates. Das sollte im Deutsch-Französischen Krieg von 1871 vollends

53

deutlich werden. In der Schaffung des *Deutschen Reiches* durch die fürstlichen Obrigkeiten war der Einheitstraum der Liberalen verwirklicht worden, und Bismarck stellte sie nun vor die endgültige Entscheidung, ob sie lieber die *Einheit* oder die *Freiheit* wollten. Die neue Verfassung des Deutschen Reiches enthielt kein Wort von den Menschenrechten, welche die Männer von 1848 in der Konstitution der Paulskirche verankert hatten. Bismarck schränkte auch die Machtbefugnisse der Volksvertretung auf ein Minimum ein, der Reichstag durfte reden, aber die Außen- und Militärpolitik machte der Reichskanzler, ohne sich um die Parlamentsreden zu kümmern. Dennoch war die Mehrzahl der Liberalen vom nationalen Begeisterungstaumel erfaßt und bereit, mit Bismarck Kompromisse zu schließen. Sie unterstützten seine Politik in den ersten Jahren nach der Reichsgründung. In der Wehrfrage, in der Politik gegenüber der polnischen Minderheit im Deutschen Reich, vor allem aber im «Kulturkampf» gaben die «Nationalliberalen» Bismarck volle Unterstützung. Dafür kam er ihnen in der Frage der Wirtschaftspolitik entgegen («Manchestertum»). Der «Freihandel» war in den siebziger Jahren so ungefähr das einzige, was von den großen liberalen Ideen der Jahrhundertmitte übriggeblieben war.

Als aber Bismarck 1878 beschloß, den Freihandel aufzugeben und durch seine *Schutzzollpolitik* sowohl die Interessen der preußischen Großgrundbesitzer gegen die Einfuhr ausländischen Getreides wahrnahm als auch der deutschen Eisenindustrie mit Hilfe von Zollfestsetzungen diente, waren die deutschen Liberalen am Ende ihrer politischen Weisheit angelangt. Die auf ihren wirtschaftlichen Vorteil bedachten industriellen Kreise des deutschen Bürgertums waren mit der Schutzzollpolitik gerne einverstanden, und somit zerbröckelte die Einheit des liberalen Lagers. «Genau wie die deutschen Liberalen 1866 und 1871 gezwungen waren, das Herzstück ihres politischen Glaubens zu opfern, mußten sie nach 1878 den größten Teil ihres wirtschaftlichen Programms über Bord werfen ... Dreißig Jahre nachdem der deutsche Liberalismus in der Revolution von 1848 plötzlich zum Leben erwachte, hörte er auf, eine selbständige politische Bewegung zu sein.»¹⁷ Mit dem *Jahre 1879* war «politisch

dem deutschen Bürgertum das Rückgrat gebrochen». ¹⁸ Wie aber sollte es nun weitergehen?

54

Deutschland nach dem Krisenjahr 1878/79

Die deutsche Geschichtsschreibung ist leicht dazu geneigt, das «Primat der Außenpolitik» zu respektieren und somit wichtige und wichtigste Daten der inneren Entwicklung zu übersehen oder ihnen eine weitaus geringere Bedeutung beizumessen, als ihnen tatsächlich zukommt. So erscheint beispielsweise das Jahr 1878 im glanzvollen Lichte des *Berliner Kongresses*, und man weiß dann allgemein, daß Bismarck als «ehrlicher Makler» eine europäische Krise beigelegt hat. Daß das Jahr 1878 aber einen tiefen Einschnitt in der inneren Geschichte des deutschen Volkes darstellt, ist bisher nur wenigen zum Bewußtsein gekommen. *Es ist ein Schicksalsjahr deutscher Geschichte*. Zwei Ereignisse sind es, die uns dieses Jahr als besonders bedeutungsvoll erscheinen lassen müssen: die *Einführung der Schutzzölle* und der Erlaß des *Sozialistengesetzes*. Hinter diesen sehr äußerlichen, staatlich-verwaltungsmäßigen Maßnahmen verbirgt sich ein höchst dramatisches Geschehen. Spätestens ein Jahr, nachdem Bismarck die Schutzzollpolitik durchgesetzt hatte, also seit 1879, wurde es zur Gewißheit, daß die politische Kraft des liberalen deutschen Bürgertums gebrochen war. Gleichzeitig kam es mit der Inkraftsetzung des Ausnahmegesetzes «gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie» zu jener Radikalisierung der deutschen Arbeiterbewegung, die Bismarck durch Gewaltmaßnahmen zu verhindern gehofft hatte. Die Durchdringung des Proletariats mit den *marxistischen Gedanken des Klassenkampfes* erfuhr gerade durch das Sozialistengesetz eine ungeheure Beschleunigung, die deutsche Arbeiterschaft wurde in der Opposition gegen Bismarck zusammengeschweißt. Seit 1879 war Deutschland nicht mehr, was es vorher war. *Friedrich Naumann* sagt in seinem Buch über die politischen Parteien seiner Zeit (1911): «Das Jahr 1878 ist einer der merkwürdigen Wendepunkte, an denen Stimmung, Gefühl, Hoffnung und

55

Ideal eines ganzen Zeitalters zu Grabe getragen werden, und andere Gedanken, andere Wünsche, neue Personen und neue

Schichten steigen auf und bringen veränderte Formen des Denkens.»¹ *Andere* Gedanken waren es, die seit 1879 *das deutsche Bürgertum* ergriffen, aber es waren keine *neuen* Gedanken, sondern alte Vorstellungen von Macht und Gewalt, Herrschaft und Dienst, Staatsallmacht und Herrenmenschentum, Begriffe also, die zu Beginn des Jahrhunderts im deutschen Geistesleben überwunden worden waren. Die historische Wahrheit zwingt jedoch festzustellen, daß die verhängnisvolle Wandlung des deutschen Bürgertums im 19. Jahrhundert nicht einfach -,- wie es nach 1945 vielfach geschehen ist auf das Schuldkonto Bismarcks geschrieben werden darf. Diese Wandlung «ist nicht durch Gewalt und Furcht entstanden. Unter welchem polizeilichen Druck stand das deutsche Bürgertum von 1815 bis 1848; und doch blieb es oppositionell und selbstbewußt! Nach 1871 war der physische Druck der Regierung auf das Bürgertum minimal. Was bedeuten die paar Majestäts- und Bismarck-Beleidigungsprozesse gegenüber den Demagogenverfolgungen des Vormärz! Aber jetzt sah man sich einer ungeheuren politischen Leistung gegenüber, die trotz mancher Schönheitsfehler - die nationalen Forderungen des Bürgertums erfüllte. Vor dieser Leistung brach der Oppositionswille des Bürgertums zusammen.»² Das «Leistungsprinzip» würde in den Jahren nach der Reichsgründung auf allen Gebieten des menschlichen Lebens zur Richtschnur *des* Handelns und Denkens, mußte also auch für die Beurteilung des politischen Erfolges maßgebend sein. Die handfeste *Vermaterialisierung des bürgerlichen Lebensgefühls* war eine Begleiterscheinung des großartigen Aufschwungs, den Deutschland auf wirtschaftlichem und technischem Gebiet verzeichnen konnte, sie mußte selbstverständlich auch Rückwirkungen auf das Verhalten des Bürgertums im sozialen und staatlichen Bereich haben. Die Mehrheit der deutschen Mittelklasse war zu immer größeren Zugeständnissen an die obrigkeitsstaatliche Herrschaftspraxis *des* Bismarckreiches bereit; zumal dem Bürgertum durch das *Anwachsen der sozialistischen Arbeiterbewegung* eine neue Gefahr drohte, die seinen liberalen Reformeifer zum Erliegen brachte und die führende Kreise des bürgerlichen Wirtschaftslebens bei der herrschenden Schicht des großgrundbesitzenden Adels und der konservativen Ministerialbürokratie Schutz suchen ließ. Es zeigte sich seit 1879 sehr deutlich, daß das deutsche Bürgertum in den Jahrzehnten zwischen der Revolution von 1848 und der Reichsgründung keine tragfähigen politischen Ideen entwickelt und somit die

56

geschichtliche Chance verpaßt hatte, die sozialen und staatlichen Verhältnisse in Deutschland neu zu ordnen. Das Bürgertum unterlag den konservativen Mächten in der Gestalt Bismarcks. Bedeutete die Schaffung der deutschen Einheit durch die fürstlich-aristokratische Herrschicht, und die militärische Stärke Preußens den «Tod aller *politischen* Ambitionen der liberalen Bewegung», so war die

Schutzzollpolitik der Tod ihrer wirtschaftlichen Bestrebungen. Bismarck, der Mann des Augenblickserfolges, schlug das deutsche Bürgertum in seinen Bann. Da 'es nicht mehr an die Macht des Geistes glaubte, ließ es sich durch Gewalt der Waffen und die Schlaueit der politischen Taktik imponieren. Nach 1866 begannen die Intellektuellen an ihrer Urteilsfähigkeit in den Fragen der «Realpolitik» zu zweifeln und verließen sich in ihrer übergroßen Mehrzahl auf die staatsmännische. Weisheit der Regierung. Nach 1878 schien es auch nicht mehr zweckmäßig zu sein, an den wirtschaftspolitischen Grundsätzen des Liberalismus festzuhalten, denn Bismarcks Kurswechsel in der Handelspolitik brachte den führenden industriellen Kreisen zunächst nur Vorteile. Was 1878 geschehen war, schlug sich bei den Reichstagswahlen von 1881 in zählbaren Ergebnissen nieder: hatten die liberalen Parteien nach der Reichsgründung in den Wahlen von 1874 noch über die Hälfte aller Mandate (201) erringen können, so schrumpfte die Zahl ihrer Reichstagsitze 1881 auf 45 zusammen. Es war also unverkennbar, daß der Konservatismus, indem er sich im Zeichen der deutschen Einheit zum Träger nationalistischer Empfindungen gemacht hatte, die Kräfte des Bürgertums in sich aufzusaugen begann. Das Verschmelzen des Bürgertums mit dem Nationalprinzip konservativer Prägung ging durch alle Schichten, «angefangen von der Schwerindustrie zu den Universitäten mit der alten <Burschenherrlichkeit bis herunter zum letzten Kegelklub. Wer in diesem Sinne nicht bedingungslos national war, war geächtet. Aber dieser Nationalismus schloß in sich die urteilslose Verherrlichung des Militärwesens ... und die Neigung zum Kampfe ein.»⁴

Der rasche und glänzende Triumph der preußischen Waffen in den Feldzügen von 1864 und 1866, vor allem aber im Deutsch-Französischen Krieg, hat zu dieser Verherrlichung des Militärwesens sehr viel beigetragen. Bei genauer Betrachtung wird man jedoch feststellen müssen, daß nach 1870/71 die allgemeine Siegesfreude noch nicht so stark von den Tönen der Überheblichkeit und des kämpferischen Machtwillens durchzogen war, wie sie dann nach der kritischen Wende von 1878/79 in den Sedanfeiern und nationalen Gedenktagen angeschlagen wurden.

57

Das Selbstvertrauen wurde zur Selbstüberschätzung und steigerte sich zu einem Sicherheits- und Kraftgefühl, das im Ausland als protzenhafter Dünkel empfunden wurde und den Deutschen viel Abneigung und Mißtrauen eingebracht hat» Es entstand so etwas wie ein «*Fridericus-Potsdam-Realpolitik-Komplex*», an den später die Nationalsozialisten erfolgreich anknüpfen konnten. *Friedrich Meinecke*, der im Bismarckreich aufgewachsen war und sich der Idee des deutschen Nationalstaates tief verbunden fühlte, hat im hohen Alter, auf diese Zeit nach 1880 zurückblickend, von der «Weihe» gesprochen, die das Militärwesen allmählich erhielt.

«Der preußische Leutnant ging als junger Gott, der bürgerliche Reserveleutnant wenigstens als Halbgott durch die Welt. Zum Reserveoffizier mußte man es bringen, um in der großbürgerlichen Welt und vor allem in der Staatsverwaltung voll zu gelten. So drang der Militarismus in das bürgerliche Leben ein, so kam es zu einem konventionellen Borussismus, zu einer naiven Selbstbewunderung preußischen Wesens, damit aber auch zu einer bedenklichen Verengung des geistigen und politischen Blickfeldes. Alles war zu einer starren Konvention zusammengeschmolzen. Man muß diesen Typus im Laufe eines langen Lebens in unzähligen Exemplaren vor Augen gehabt haben, man muß ihn in sich selbst erlebt, mit ihm gerungen, sich langsam von ihm befreit haben, um seine Macht über die Gemüter zu verstehen, um schließlich auch die Wirkung der Potsdamer Ruhrkomödie vom 21. März 1933 zu verstehen, die Hitler mit Hindenburg am Sarge Friedrichs d. Gr. veranstaltete. Denn der Nationalsozialismus sollte ja nun als der Erbe und Fortpflanzer aller großen und schönen preußischen Traditionen erscheinen.»

Ein Mann wie *Theodor Fontane*, der in seinen Romanen in einzigartiger Weise den preußischen Tugenden und Qualitäten ein Denkmal gesetzt hat, fühlte sich durch das Neupreußentum des Bismarckreiches im Laufe der Zeit doch so abgestoßen, daß er 1897 voller Zorn und Ingrim in einem Briefe schreiben konnte, der Borussismus sei die niedrigste Kulturform, die je dagewesen sei, nur der Puritanismus sei noch schlimmer, weil total verlogen. Auf jeden Fall aber führte die Nachwirkung der raschen Waffenerfolge vor der Reichsgründung «zu einer halblegendärischen Vorstellung vom Kriege, gepflegt in patriotisch schöngefärbten Kriegsgeschichten, Festreden und Siegesfeiern, in denen die grausige Wirklichkeit verdeckt oder überglänzt wurde vom Schimmer des vaterländischen Stolzes und kriegerischen Ruhmes ...», wie Gerhard Ritter einmal bemerkt. «Der militante Zug des deutschen

58

Nationalbewußtseins hat sich dadurch noch gesteigert, die einseitige Überschätzung der kämpferischen Tugend, die wir schon aus der romantisch-idealistischen Epoche kennen, führte vielfach zu einer Verschiebung, ja Verwirrung der sittlichen und politischen Begriffe. Auch edle und im Grunde humanitäre Geister merkten gar nicht, wohin sie trieben, wenn sie den Krieg in pathetischer Übertreibung nur noch als Wettkampf moralischer Energien, als eine Bewährungsprobe sittlicher Kräfte feierten.»

Die Vergewaltigung des mitteleuropäischen Geistes

Es wäre freilich völlig falsch, wollte man diese zweifellos sehr stark vorhandene *Kriegsverherrlichung* schlechthin zum Wesenszug der eigentlichen Gesinnung des ganzen deutschen Volkes erklären. Gegen die Lobpreisung der Waffengewalt standen die Arbeiterverbände, standen aber auch viele bürgerliche Menschen, sonst hätte zu Beginn des 20. Jahrhunderts die nationalistische Publizistik, die «die göttliche Majestät des Krieges» pries, sich nicht immer wieder darüber beklagt, daß der «Heldenmut» im deutschen Volke gesunken sei. So schrieb beispielsweise der Kavalleriegeneral *Friedrich v. Bernhardt* im Jahre 1912:

«In weiten Kreisen der heutigen Kulturwelt hat der Krieg und sein Wert für die politische und sittliche Entwicklung der Menschheit eine Beurteilung erfahren, die geradezu eine Gefahr für die Wehrhaftigkeit der Staaten zu werden droht, indem sie den kriegerischen Sinn zu untergraben bemüht ist. Auch in Deutschland sind derartige Anschauungen weit verbreitet, und ganze Schichten unseres Volkes scheinen den idealen Schwung verloren zu haben, der die Größe seiner Geschichte ausmacht.» Diese Feststellung veranlaßte Bernhardt aber nun erst recht, Gedanken aufzugreifen und zu propagieren, die auch schon der ältere Moltke geäußert hat: *«In einem langen Frieden»,* so erklärte Bernhardt seinen Zeitgenossen, *«drängen sich alle kleinlichen und selbstsüchtigen Interessen in den Vordergrund; Eigennutz und Intrige machen sich breit, und der Idealismus geht unter in materieller Genußsucht ... Der Krieg ist im Gegensatz zum Frieden der größte Machterweiterer und Lebenswecker, den die Geschichte der Menschheit kennt ... Vor der ersten Entscheidung, die ein Krieg in sich schließt, verlieren alle kleinlichen Sonderinteressen ihre Bedeutung. Die gemeinsame Gefahr einigt alles zu gemeinsamer Kraftanstrengung, und wer sich dem Dienst der Allgemeinheit entzieht, wird verdienstermaßenniedergetreten ... Zum Glück muß es als vollständig ausgeschlossen bezeichnet werden, daß die Friedensbestrebungen ihre äußersten Zwecke jemals erreichen könnten in einer Welt, die von Waffen starrt und in*

59

der noch immer ein gesunder Egoismus die Politik der meisten Staaten leitet ... Unser Volk muß einsehen lernen, daß die Erhaltung des Friedens niemals der Zweck- der Politik sein kann und darf: Die Politik eines großen Staates hat positive Zwecke zu erstreben.»^{ANM}

Den Worten Bernhardis ließen sich viele Aussprüche von Sybel,

Treitschke, Gustav Freytag, Kuno Fischer und anderen namhaften Gelehrten hinzufügen, an denen sich sehr leicht nachweisen läßt, daß zumindest in der intellektuell führenden Schicht des Bürgertums jener militante Patriotismus, den man auch *Militarismus* nennen kann, weit verbreitet war. Er war nicht etwa nur eine Angelegenheit der Offizierskaste, er lebte in den Seelen vieler Menschen, die ihrer Herkunft und Erziehung nach sich zur humanistischen Bildung bekannten und im besten Sinne zur «bürgerlichen Gesellschaft» zählten. -

Patriotismus, Nationalismus; Militarismus, politisches Geltungsstreben, Kriegsideologie, der Glaube an die Macht und der Stolz auf die militärische Stärke waren am Ende des Jahrhunderts aber nicht etwa nur deutsche Besonderheiten. Sie finden sich ungefähr in allen europäischen Ländern — soweit sie zu den Großmächten zu zählen sind —, aber den Deutschen vergab man es offenbar nicht, daß sie nicht besser waren als die andern. Selbstverständlich kam hinzu, daß man in Deutschland alles, was bei andern zur Lebenspraxis wird, ins Weltanschauliche übersteigert und ihm grundsätzliche Bedeutung gibt. Daß sich die Deutschen von den allgemeinen Zeittendenzen ergreifen ließen, sie nicht verwandelten, sondern sich ihnen ergaben, darin liegt die tiefere Ursache der Fehlentwicklung Mitteleuropas. Kurz vor Ausbruch des Deutsch-Französischen Krieges, am 3. Juli 1870, also sozusagen in letzter Minute, schrieb *Jacob Burckhardt* in einem Brief: «Wenn der deutsche Geist noch einmal aus seinen innersten und eigensten Kräften gegen diese große Vergewaltigung (durch die äußere, materielle Zivilisation) reagiert, wenn er ihr eine neue Kunst, Poesie und Religion entgegenzustellen imstande ist, dann sind wir gerettet, wo nicht, nicht. Ich sage Religion», fährt *Jacob Burckhardt* fort, «denn ohne ein überweltliches Wollen, das den ganzen Macht- und Geldrummel aufwiegt, geht es nicht.»⁷

Die Vergewaltigung des mitteleuropäischen Geistes zeigt sich beispielsweise auch in jener merkwürdigen Auffassung vieler «Bismarckdeutscher», daß der Krieg der große geschichtliche Schauplatz ist, auf dem

60

die Entscheidung über den «besseren Staat», das «bessere Volk», die «wertvollere Kultur» fällt. Diese Auffassung vom Krieg hat Bismarck nie geteilt, sowenig wie ihm auch das übersteigerte Kraftgefühl seiner Zeitgenossen eigen war. Ein Waffengang war für ihn bestenfalls das äußerste Mittel der Politik, von seinen Bewunderern aber wurde die militärische Auseinandersetzung zwischen den Völkern zum Bestandteil einer Weltanschauung gemacht. Indem sie den Krieg zum Schauplatz des historisch notwendigen Ausscheidungskampfes der Besseren über die Schlechteren erklärten, bauten sie ein *neues Kriegsethos* auf der Grundlage *darwinistischer Theorien* auf: «Kampf ums Dasein»,

«Überleben des Stärkeren», «Auslese der Besten». Der *Darwinismus* lebte, obwohl Einzelheiten seiner wissenschaftlichen Theorie den wenigsten wirklich bekannt waren, doch als Überzeugung in den Köpfen der meisten Intellektuellen. Er schlug sich auch in den Auffassungen der wirtschaftlich führenden Kreise nieder, die mit den darwinistischen Schlagworten ihre inhumane Position gegenüber den sozial Schwächeren rechtfertigten. Das Bürgertum vergaß in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts nicht nur seine geistige, es versäumte auch seine soziale Aufgabe. Die Folge war, daß man die Idee der Synthese von *Staat und Geist, Macht und Kultur*, die in der Goethezeit gesucht wurde, zugunsten einer derb vitalen Verbindung von *Staat und Armee, Macht und Reichtum* aufgab.

Besonders verhängnisvoll wirkte sich für die weitere Entwicklung die Lehne des französischen Grafen *Gobineau* von der Überlegenheit der «arischen Rasse» und des «germanischen Menschen» aus, weil diese leeren, aber verführerischen Begriffe von dem neudeutschen Kraftbewußtsein leicht absorbiert werden konnten. *Gobineaus* Abhandlung «Über die Ungleichheit der menschlichen Rassen» (1855), die einen handfesten *Antisemitismus*⁸ propagierte und den *Ariern*, vor allem den *Germanen* als ihrem vollkommensten Zweig die Bestimmung zur künftigen Herrschaft zuschrieb, konnte nach ihrem Bekanntwerden in Deutschland den Inhalt des älteren deutschen Volkstumsgedankens in geradezu katastrophaler Weise verändern. Was zu Beginn des Jahrhunderts *geistig* erfaßt werden sollte, wurde nun in einen rein *biologischen Tatbestand* umgefälscht. So konnte es auch geschehen, daß man gegen Ende des Jahrhunderts *Nietzsches* Idee des «Übermenschen» und seine «Umwertung *aller Werte*» *primitiv* und einseitig interpretierte und zur Grundlage einer biologisch-nationalistischen Weltanschauung machte. Dabei übersah man geflissentlich seine Kritik am

61

neudeutschen Wesen, seine prinzipielle Ablehnung des Nationalismus, sein Europäertum; denn gerade Nietzsche war es ja, der eine niederschmetternde Charakteristik der geistigen Situation Deutschlands in der Bismarckzeit gegeben hatte. In den «*Unzeitgemäßen Betrachtungen*» spricht er von den schrecklichen Folgen, «die der letzte mit Frankreich geführte Krieg hinter sich drein zieht», von dem großen Irrtum «der öffentlichen Meinung und aller öffentlich Meinenden, daß auch die deutsche Kultur in jenem Kampfe gesiegt habe und deshalb jetzt mit den Kränzen geschmückt werden müsse, die so außerordentlichen Begebnissen und Erfolgen gemäß seien. Dieser Wahn ist höchst verderblich ... weil er imstande ist, unseren Sieg in eine völlige Niederlage zu verwandeln: in die Niederlage, ja Extirpation *des deutschen Geistes* zugunsten des <deutschen Reiches>.»⁹ Außer dem falsch verstandenen Nietzsche waren es vor allem der

«*Rembrandtdeutsche*» (Julius Langbehn) und *Houston Stewart Chamberlain*, die an der Jahrhundertwende das Denken breiter Schichten des deutschen Bürgertums beeinflussen sollten. Chamberlain, gebürtiger Engländer und in Frankreich erzogen, war «Wahldeutscher» geworden und hat als solcher mit dem Buch über «Die Grundlagen des 19. Jahrhunderts» (1898) einer pseudophilosophischen Geschichtsbetrachtung den Weg bereitet, die sich in vielen Deutschen als *gespenstisches Gegenbild* dessen auswirken sollte, was hervorragenden Geistern der Goethezeit noch als «deutsches Wesen» gegolten hat. Chamberlain, der von der *Physiologie* herkam, aktivierte mit seinem Buch die seit Gobineau virulent gewordene antisemitische und progermanische Stimmung, indem er zu beweisen versuchte, daß alles Große und Edle, Schöne und Wahre auf das «*Ariertum*», alles Minderwertige und Geringe auf die «*Nichtarier*», vor allem die Juden zurückgeht. Die Deutschen sind für ihn der Mittelpunkt Europas —, aber nicht wie bei Ennemoser, Schelling, Frantz, Planck u. a. das verbindende Glied unter den Völkern, eine «Nation von Nationen», sondern das von der Geschichte ausgewählte «*Herrenvolk*» der Zukunft, dazu bestimmt, den Triumph der «*arischen Rasse*» herbeizuführen. Daß die Mehrheit *des* deutschen Bürgertums, nachdem es geistig und politisch vor der «*Realpolitik*» Bismarcks kapituliert hatte und auf dem Gebiet der Wissenschaft bei der Übernahme des materialistisch-naturwissenschaftlichen Denkens einem betriebsamen Positivismus verfallen war, sich nunmehr diesem «*rassisch*» begründeten Herrschaftsprinzip zuwandte und Humanität als Zeichen der Schwäche zu deuten begann, gehört zu dem Schlußkapitel des

62

Versagens der bürgerlichen Schichten im 19. Jahrhundert. Dieses Kapitel muß auf einem ganz anderen Blatt geschrieben werden als die Geschichte Bismarcks und seiner Politik, die nur insofern innerhalb dieser Entwicklung eine Rolle gespielt hat, als sie die «*Exstirpation des deutschen Geistes*» beschleunigen half.

Chamberlains Buch erlebte in kurzer Zeit zahlreiche Auflagen, sollte aber erst nach dem Ersten Weltkrieg seine verheerendste Wirkung zeitigen. Einer der gefährlichsten Proselyten Chamberlains ist der ehemalige Zisterziensermönch *Lanz von Liebenfels* gewesen, der höchstwahrscheinlich einen nicht zu ermessenden Einfluß auf *Adolf Hitler* ausgeübt hat.¹⁰ Der Weg ging, wie *Grillparzer* vorausahnte, von der Humanität über die Nationalität zur Bestialität.

Nach *Bismarcks Entlassung* (1890) fühlten sich viele Deutsche, die alles auf den «*starken Mann*» gesetzt hatten, führerlos und begannen nach neuen Ideen zu suchen. An politischen Programmen und Forderungen war kein Mangel. Vor allem waren es die «*Alldeutschen*», die jetzt sehr rührig wurden. Ihre ursprünglich aus Österreich stammende und dort von *Georg Ritter von Schönerer*

verkündete Lehre fand in den neunziger Jahren in Deutschland zahlreiche Anhänger, im Jahre 1894 schlossen sie sich zum «Alldeutschen Verband» zusammen. Erster Vorsitzender wurde der Verfechter einer «deutschen Kolonialpolitik» und Ostafrika-Held Dr. Carl Peters, ihm folgte Professor Hasse und später *Justizrat Claß*, der (seit 1909) den Verband in eine Kampforganisation für die Propagierung einer auf der Überlegenheit des deutschen Volkstums beruhenden Neuordnung Europas und der Welt umwandelte. Alle Länder, deren Bevölkerung deutsch sprach oder «germanischer Herkunft» war, sollten in einem «großdeutschen Reich» zusammengeschlossen werden, ja, in der Zeitschrift «*Heimdal*» wurde sogar ein deutscher Herrschaftsraum «von Skagen bis zur Adria, von Boulogne bis Narwa, von Besançon bis zum Schwarzen Meer» gefordert. Der expansive Machtdrang der «Alldeutschen» erforderte, daß sie in der Erwartung eines «starken tüchtigen Führers» lebten, denn sie glaubten, wie Claß es formulierte, «daß Großes nur bewirkt werden kann durch die Zusammenfassung der Einzelkräfte, was sich wiederum nur durch die Unterordnung unter einen Führer bewirken läßt.»¹¹ Die Führer- und Gefolgschaftsideologie des Nationalsozialismus wurde von den Alldeutschen also schon vor dem Ersten Weltkrieg werbekräftig vorbereitet. Das Programm dieser Leute war noch vage, ihre Zielsetzungen wirkten utopisch, man kann ihrem «Pangermanismus» den

63

russischen «Panslawismus» oder den britischen «Imperialismus» gegenüberstellen, sie also als deutsche Repräsentanten einer allgemeinen Zeittendenz betrachten. Wenn *Sir Charles Dilke*, einer der Wortführer des britischen Imperialismus, in den neunziger Jahren schrieb, es werde «*nicht mehr lange dauern, ehe die Welt unter drei große Reiche aufgeteilt werde, nämlich unter das britische, das amerikanische und das russische*, so konnten die nach «Weltgeltung» strebenden Kreise Deutschlands das nur als Ansporn zur Teilnahme der Aufteilung der Welt betrachten. Der aggressive Nationalismus der «Alldeutschen» verband sich aber mit dem Antisemitismus und der Führerideologie zu einer verhängnisvollen Mischung, die die deutsche Spielart der imperialistischen Großmannssucht für die anderen Nationen besonders abstoßend erscheinen lassen mußte.

Der «Alldeutsche Verband» hatte übrigens nie eine sehr große Mitgliederzahl, und sein Einfluß auf die offizielle Politik war sehr gering, zumal *Wilhelm II.* ihm ablehnend gegenüberstand; aber die politische Publizistik der «Alldeutschen» hat doch eine nachhaltige Wirkung auf das Denken der deutschen Mittelschicht ausgeübt. Von weitaus größerer Bedeutung für das unmittelbare Zeitgeschehen war freilich der *Flottenverein*, der 1899 mit Hilfe der Schwerindustrie ins Leben gerufen worden war. Er entfaltete eine ungeheuer wirksame Agitation für das Flottenbauprogramm des

neuen Staatssekretärs im Reichsmarineamt, *Alfred Tirpitz*, der alle Fähigkeiten in sich vereinigte, um Wilhelms II. Ehrgeiz zu befriedigen, Schöpfer einer deutschen Seemacht zu werden. Schon 1895 — sozusagen als Antwort auf den Abschluß des französisch-russischen Militärbündnisses — hatte der Kaiser lautstark verkündet, daß Deutschland eine «Weltmacht» sei und seine «Zukunft auf dem Wasser liege». Wilhelms II. militärische Ambitionen deckten sich mit den Wünschen von Handel und Industrie, die im Interesse ihrer überseeischen Wirtschaftsverbindungen auf den Ausbau einer starken Kriegsflotte drängten, aber auch auf die Profite aus den Aufträgen des Reichsmarineamtes an die «Panzerplattenfabrikanten» (d. h. die Stahlindustrie) rechneten. Da Tirpitz und der Kaiser ihr Flottenbauprogramm auch als eine Form des Kampfes gegen die ständig anwachsende *Sozialdemokratie* betrachteten (die bei den Flottenvorlagen im Reichstag Abstimmungs-niederlagen erlitt), ließ die Schwerindustrie erhebliche Geldmittel in den «Flottenverein» fließen, denn er war das Instrument, mit dem diese Kreise breiteste Schichten des Kleinbürgertums für die «deutsche Seegelung» enthusiastisieren

64

konnten. Zugleich aber wurde zum Zwecke der Flottenbegeisterung eine starke *antibritische Stimmung* erzeugt, die nun wiederum höchst negative Reaktionen in England auslöste.

Der Typ des selbstbewußten und erfolgreichen Neudeutschen wurde nicht nur in Großbritannien, sondern auch in anderen Ländern zum Gegenstand der Verachtung, ja des Hasses. Der englische Schriftsteller *H. G. Wells*, der Militarismus und Nationalismus nicht als spezifisch deutsche Eigenschaften betrachtete und auch zu den wenigen ausländischen Publizisten gehörte, die 1918 Deutschland nicht die Alleinschuld am Ausbruch des Ersten Weltkrieges gaben, glaubte in seinen weltgeschichtlichen Betrachtungen doch die Bemerkung machen zu müssen: «*Nach 1871 ging der Deutsche im Ausland hoch erhobenen Hauptes einher, und seine Reden waren laut. Sogar im geschäftlichen Verkehr zeigte er ein anmaßendes Wesen. Von patriotischer Herausforderung erfüllt, schickte er seine Maschinen auf die Märkte der Welt, seine Schiffe auf die Meere hinaus. Selbst seine Verdienste wurden durch sein Auftreten zur Beleidigung.*» Wells gibt durchaus zu, daß «Deutschland sich nicht kampfflos in die imperialistische Strömung treiben ließ» und «wichtige Elemente des deutschen Staates» gegen den «prahlerischen Imperialismus» der führenden Schichten Stellung nahmen. Aber diese Elemente konnten sich nicht durchsetzen. So nahm das Verhängnis seinen Lauf. In Deutschland kam man «immer mehr dazu, die äußere Weltmachtstellung des Reiches auf Formen gründen zu wollen, «die aus den ausgelebtesten Arten des Vorstellens über die Macht und den Glanz der Staaten heraus gebildet waren» und ging dazu über, «die in materiellen Kräften

begründete äußere Machtstellung zu festigen und zu vergrößern». Das Deutsche Reich war damit «in den Weltzusammenhang hineingestellt ohne wesenhafte, seinen Bestand rechtfertigende Zielsetzungen», urteilt Rudolf Steiner in seinem «Aufruf an die Kulturwelt» im Jahre 1919 und fährt fort: «Der Verlauf der Kriegskatastrophe hat dies in trauriger Weise geoffenbart. Bis zum Ausbruch derselben *hatte die außerdeutsche Welt in dem Verhalten des Reiches nichts sehen können, was ihr die Meinung hätte erwecken können: die Verwalter dieses Reiches erfüllen eine weltgeschichtliche Sendung, die nicht hinweggefegt werden darf.* Das Nichtfinden einer solchen Sendung durch die Verwalter hat notwendig die Meinung in der außerdeutschen Welt erzeugt, die für die wirklich Einsichtigen *der tiefere Grund des deutschen Niederbruches ist* Man darf deshalb die «Einkreisungspolitik», die Mitteleuropa am Vorabend des

65

Ersten Weltkrieges bedrohte, nicht ohne das Versagen Deutschlands gegenüber seiner geistigen Aufgabe betrachten. Der russische Dichter *Iwan Turgenjew* (1818-1883) empfand das Deutsche Reich von 1871 als tiefe Verletzung alles dessen, was ihn einst zum Deutschtum hingezogen hatte. Was aber würde er gesagt haben, wenn er die spätere Entwicklung Deutschlands miterlebt hätte?

66

Das Jahr 1866 und das Schicksal Österreichs

Das Jahr 1964 wurde aus mancherlei Gründen zu einem politisch-historischen Erinnerungsjahr gemacht: Man hatte der Augusttage von 1914 zu gedenken, und es waren fünfundzwanzig Jahre seit dem Ausbruch des Zweiten Weltkrieges vergangen. Da die Zahlen 25 oder 50 aber keine Schlüsselzahlen der Geschichte, sondern höchstens Ziffern zur Markierung einer zeitlichen Entfernung sind, lassen sich mit dem Blick auf die Daten 1939 oder 1914 bestimmte historische Abläufe rekonstruieren, aber keine Aufschlüsse über die verhängnisvolle Entwicklung des 20. Jahrhunderts gewinnen. Wir wissen: Diese Entwicklung führte zur *politischen Zertrümmerung Mitteleuropas*. Würde man von dieser Tatsache ausgehen, dann würde man erkennen, daß nicht 1964, sondern das *Jahr 1966* Anlaß zur historischen Rückschau und Besinnung geben sollte. 1966 werden es nämlich hundert Jahre her sein, daß die Schlacht bei Königgrätz geschlagen und Österreich aus Deutschland verdrängt wurde. Drei Generationen waren nur nötig, um aus Deutschland einen «geographischen Begriff» und aus Österreich ein kleines, politisch entmachtetes Land zwischen Ost und West werden zu lassen. Im Laufe eines Jahrhunderts wurde erst die Habsburgermonarchie und dann das Deutsche Reich zerschlagen, und was im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts auf den Geheimkarten bestimmter Zirkel der englisch sprechenden Welt als Fernziel eingetragen wurde, ist heute Wirklichkeit: Mitteleuropa ist funktionsunfähig geworden. Man muß sich also fragen, ob der glanzvolle Sieg der preußischen Waffen bei Königgrätz nicht die Voraussetzungen für solche Planungen schuf, und welche Folgen dieser Sieg für das Zusammenleben der mitteli und osteuropäischen Völker gehabt hat. Bei der Suche nach einer Antwort auf diese Frage wird man plötzlich gewahr, daß das *Schicksal Mitteleuropas* engstens mit dem *Schicksal Österreichs* zusammenhängt. Durch den

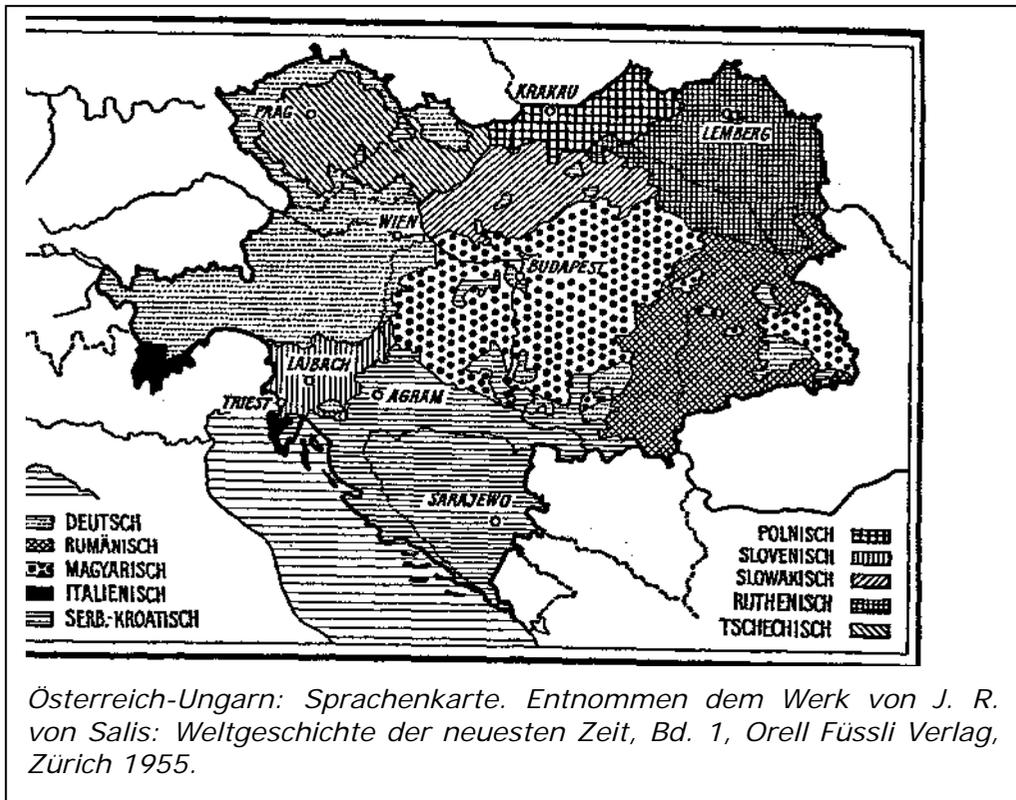
in zwei Großmächte besiegelt, deren eine — die *Hohenzollernmonarchie* in den Grenzen des Deutschen Reiches von 1871 einen exklusiven Nationalstaat errichtete, während die andere — das *Habsburgerreich* als übernationales Vielvölkergebilde fortan mit einer deutschen Minderheit in einen zermürbenden Nationalitätenkampf zu gehen hatte. Eine Jahrhundertbetrachtung läßt uns ahnen, wie sehr der äußere Gang der Dinge von der Tatsache mitbestimmt wurde, daß das österreichische Element zugunsten des preußischen Wesens aus Deutschland verschwand, was sich aber auch für Österreich daraus ergeben mußte, daß es jählings aus seinem tausendjährigen Zusammenhang mit dem deutschen Volke herausgelöst wurde.

Viele Jahrhunderte lang hatten die Habsburger die Kaiserkrone des Heiligen Römischen Reiches deutscher Nation getragen, das kein fest-gefügter Staat, sondern ein historisch gewachsener Rechtsverband war, in dem Deutsche, Slawen und Romanen unter-, mit- und durcheinander lebten. Obwohl die Kaiser nur eine lockere Oberhoheit ausübten, fanden sie doch immer Rückhalt im Reich, wenn sie in den großen europäischen Machtkonflikten des 17. und 18. Jahrhunderts zu den Waffen greifen mußten. Mit deutschen Bauern und Bürgern konnten die Habsburger ihre wirtschaftlichen und kulturellen Ziele in den weiten Räumen Südosteuropas verfolgen, nachdem der *Prinz Eugen die* Türken geschlagen hatte. Nicht nur die «Reichsstädte», auch die mittel- und süddeutschen Fürsten liehen dem Kaiser ihre Unterstützung und kamen ihm zu Hilfe, wenn es nötig war. Auch der Aufstieg Preußens zur norddeutschen Militärmacht hatte die habsburgische Vorrangstellung nicht in Frage stellen können. Sie wurde erst durch Napoleon erschüttert, der mit der Gründung eines westdeutschen Staatsgebildes, dem von Frankreich abhängigen «Rheinbund», dem Heiligen Römischen Reich deutscher Nation den Todesstoß versetzte (1806). Der Kaiser legte die Krone nieder und beschränkte fortan das Kaisertum auf seine österreichischen Erbländer. Doch als 1815 der «Deutsche Bund» gegründet wurde, erhielt Österreich wiederum den maßgeblichen Einfluß auf die Verhältnisse in Mitteleuropa. So enttäuschend die Gründung dieses dynastischen Staatenbundes auch allen erscheinen mußte, die die Wiederherstellung des alten Reiches erhofft hatten, es lagen in diesem staatsrechtlichen Gebilde doch Entwicklungsmöglichkeiten für die zukünftige Gestaltung des Zusammenlebens der verschiedenen Völker Mitteleuropas auf der Grundlage des Föderalismus. Voraussetzung

68

einer solchen Entwicklung wäre allerdings die Auflösung der alten hierarchisch-feudalen Bindungen zugunsten freier, von den Volkskräften getragener Zusammenschlüsse gewesen. Einer solchen Entwicklung stand jedoch die aus dem Westen Europas importierte

Idee des nationalen Einheitsstaates entgegen, die Mitteleuropa zum Verhängnis werden sollte. Im Gegensatz zu Westeuropa, wo «Volk» und «Staat» sich leichter in Übereinstimmung bringen lassen, weil Volks- und Staatsgrenzen sich decken, war Mitteleuropa das Siedlungsgebiet verschiedener Völker, für die — wie ein Blick auf die Völkerkarte des 19. Jahrhunderts lehren kann — der Nationalismus und die Idee des zentralisierten Einheitsstaates ein Danaergeschenk war. Deutsche hatten sich im Laufe der Jahrhunderte in größeren und kleineren Siedlungsgemeinschaften über ganz Ostmitteleuropa verteilt und lebten unter anderen Völkern. Aber auch Ungarn, Polen und Ruthenen, Slowenen, Slowaken und andere west- oder südslawische Völker und Volksgruppen existierten nicht als abgeschlossene Nationalitäten. Die Nationalstaatsidee war deshalb für Mitteleuropa denkbar ungeeignet und der *Nationalismus*, der sich auf die Vergangenheitsvorstellungen von der *bindenden Kraft der Blutsbande* gründete, sollte sich gerade hier als stärkstes Hemmnis für die Entwicklung zeitgemäßer und in die Zukunft weisender politisch-sozialer Lebensformen erweisen. Nicht die Bildung von Nationalstaaten, sondern die Konstituierung Mitteleuropas als übernationaler Völkerverband wäre im Toynbeeschen Sinne die «Antwort» auf die «Herausforderung» der Geschichte zur Neugestaltung der Verhältnisse gewesen. Das Nationalbewußtsein konnte nicht unterdrückt werden, nachdem es einmal erwacht war. Die mitteleuropäische Aufgabe aber hätte darin bestanden, die nationalen Gegensätze auszugleichen, den verschiedenen Völkern die politische und kulturelle Selbstverwaltung zu gewährleisten und das Gesamtinteresse des «Völkerbundes» auf die gemeinsame Erhaltung des Friedens und der wirtschaftlichen wie sozialen Fortentwicklung zu konzentrieren. Man mag es heute für eine utopische Behauptung halten, daß die Entstehung einer mitteleuropäischen Föderation im 19. Jahrhundert möglich gewesen wäre. Gab die Reichsgründung 1871, die den geschlossenen deutschen Nationalstaat verwirklichen sollte, die «Antwort» auf die komplizierte Frage, wie eine dauerhafte mitteleuropäische Völker- und Friedensordnung gestiftet werden konnte? Sie hat nicht einmal das Problem der Herstellung der deutschen Einheit gelöst, denn Millionen Deutsche — nicht nur die Österreicher — mußten außerhalb dieses Staates bleiben.



Der alte *Georg Gottfried Gervinus*, einer der «Göttinger Sieben» der einst der Frankfurter Nationalversammlung angehört hatte, meinte 1871: «Die preußische Politik von 1866 hat den verwickelten Knoten der deutschen Verfassungsfrage, den ein Jahrtausend nicht zu lösen verstand, einfach durchhauen» sie habe leichtfertig «die alten Fundamente und den alten Bau des deutschen Staatenbundes» zugunsten der dem deutschen Wesen fremden Einheitsstaatsidee verlassen.» Der «Bruderkrieg» gegen Österreich, den ein Denker wie *Konstantin Frantz* als verderblichen Schlag gegen «die innere Gliederung des deutschen Nationalkörpers»² empfand, ist von Bismarck aber gar nicht einmal um einer staatsrechtlichen Grundsatzfrage willen durchgeföhrt worden.

70

Der Krieg wurde von Bismarck provoziert, als er erkannt hatte, daß sich in Österreich Veränderungen anbahnten, die zu einer Neugestaltung der deutschen Verhältnisse führen und für Preußen gefährlich werden konnten. Bismarck verachtete die Revolutionäre von 1848 und die Männer der Paulskirche, die er «Frankfurter Kohlköpfe» genannt hatte. Er war der Meinung, «daß Bauern und Kleinstädter nicht geeignet seien, um Gesetze zu machen und europäische Politik zu treiben» Dennoch war er weit davon entfernt, die Nachwirkungen der gescheiterten Revolution zu unterschätzen. Er fürchtete sie. Als nun nach 1861 Österreich sich unter dem «Achtundvierziger» *Anton von Schmerling* einer liberaleren Innenpolitik zuwandte und außerdem auf dem

Fürstentag von Frankfurt (1863) den Versuch unternahm, den «Deutschen Bund» durch die Schaffung einer stärkeren Bundesgewalt zu reformieren, spürte Bismarck sofort, daß der preußischen Militärmonarchie eine ernste Gefahr drohte. Wenn es Österreich gelang, die Initiative zur Reform des Deutschen Bundes zu ergreifen, konnte es *mit* Sicherheit auf die Zustimmung und Unterstützung des liberalen deutschen Bürgertums zählen. Ein Bündnis Österreichs mit dem Liberalismus aber wäre einem nachträglichen Sieg der Revolution von 1848 gleichgekommen und hätte schwerwiegende Folgen auch für die Vorzugsstellung des Adels in Preußen gehabt. Bismarck hinderte seinen König daran, zum Fürstentag nach Frankfurt zu reisen und sabotierte dadurch die Reform des Deutschen Bundes. In den nächsten drei Jahren bereitete er politisch und diplomatisch den Krieg mit Österreich vor, der nach dem Urteil von Gerhard Ritter «trotz aller Verschleierung ein von langer Hand her geplanter Angriffskrieg» und ein «Meisterstück kühl-berechnender Kabinettpolitik» war,⁴ Obwohl es Bismarck nur um eine Machtfrage gegangen war, fiel in der Schlacht von Königgrätz doch die Entscheidung darüber, daß die *zentralistische Staatsidee* über die *föderalistische Reichsidee* in Deutschland triumphieren würde. An die Stelle eines *Deutschen Reiches*, wie es der Freiherr vom Stein, Ernst Moritz Arndt, Wilhelm und Jakob Grimm, Ludwig Uhland, Gervinus, Heeren, Görres und viele andere erhofft hatten, trat 1871 ein preußisch-deutscher Staat, der den größten Teil der deutschen Nation vereinigte, sich aber gegen das übrige Mitteleuropa abschloß und zehn Millionen Deutschösterreicher außerhalb seiner Grenzen ließ. Polnische, dänische und französische Minderheiten waren aus Gründen der «Staatsräson» in dieses Deutschland aufgenommen worden, die Österreicher nicht. Es war also offenbar nicht

71

möglich, die Deckungsgleichheit von deutschem Volk und deutschem Staat herzustellen. Bismarck wollte das auch gar nicht. Der Nationalismus war ihm fremd. Er hat den Deutschen die Nationalstaatsidee auch keineswegs aufgezwungen. Er hat seiner preußischen Staatsauffassung nur zunutze gemacht, was als nationaler Wahn in den Herzen vieler Deutscher lebte. Der *Freiherr von Stein* wollte, daß «Preußen in Deutschland aufgehen» sollte, weil er die Reichsidee über die Staatsidee stellte. Bismarck dagegen ließ Deutschland in Preußen aufgehen, weil er der zentralistischen Staatsidee der Hohenzollern den Vorzug vor der Reichsidee gab. «Diese Lösung hat zwar Preußen größer, Deutschland aber kleiner gemacht», sagte der österreichische *Graf Polzer-Hoditz*, einer der wenigen Deutschen, denen es gegeben war, die tatsächliche Bedeutung des Jahres 1866 zu erkennen.⁵

Es steht außer Frage, daß die Habsburgermonarchie nicht in der Lage gewesen wäre, «den verwickelten Knoten der deutschen

Verfassungsfrage» mit einem Schwerthieb zu durchhauen, wie es Bismarck 1866 gelang. Eine nationalstaatliche Lösung der «deutschen Frage» hätte Wien niemals in Erwägung ziehen können. Da Österreich nicht nur mit Deutschland, sondern mit dem Donaunraum verbunden war, hätte es immer nur die Idee eines föderativ gegliederten, übernationalen Staatenbundes in Mitteleuropa vertreten können, in dem ein ebenfalls föderativ gegliedertes Deutschland eine Kulturmission zu erfüllen gehabt hätte. Von Österreich her gesehen, konnte es sich nur um die Erneuerung der Struktur des übernationalen alten Deutschen Reiches handeln, wobei der modernen individuellen Völkerentwicklung Rechnung zu tragen gewesen wäre. Dazu hätte es zwar eines längeren Zeitraumes bedurft, aber die Möglichkeit zur Einleitung einer solchen Entwicklung war bis 1861 gegeben. Als Bismarck preußischer Ministerpräsident geworden war (1862), gab es sie nicht mehr. *Schmerling* war zu spät gekommen. Alles, was in Österreich im 19. Jahrhundert geschah, geschah zu spät. Es wird auch immer eine offene Frage bleiben, ob Schmerling oder ein anderer österreichischer Politiker die Kraft besessen hätte, eine durchgreifende Neuordnung Mitteleuropas nach föderativen Gesichtspunkten durchzuführen, denn *wenn man* die Stoßkraft der nationalen Egoismen auffangen wollte, hätte es vor allem des Willens zur Veränderung der *sozialen Verhältnisse* bedurft, weil nur

72

auf diese Weise ein gemeinsames *menschliches* Interesse angesprochen worden wäre, das die *nationalen* Sonderbestrebungen zurückgedrängt und den Wunsch zum Zusammenhalt der verschiedenen Völker geweckt hätte. Mit dem Jahre 1866 aber war der Weg zu einer politischen und sozialen Umgestaltung Mitteleuropas von einem Fürsten- zu einem Völkerbund versperrt worden. Das preußische Vorgehen hatte außenpolitisch dem Ansehen Österreichs schweren Schaden zugefügt, zugleich aber auch das innere Gefüge der Donaumonarchie erschüttert, ja den Keim zu ihrem Untergang gelegt. Bismarck wollte Österreich als Großmacht erhalten. Er hatte 1866 keine Gebietsforderungen gestellt und unter Aufbietung aller seiner Kraft verhindert, daß die Generalität mit den Truppen nach Wien marschierte, um in der Kaiserstadt eine Siegesparade zu veranstalten.

Es sei hier an die berühmte Szene erinnert, die Bismarck in «Gedanken und Erinnerungen» geschildert hat. Der «eiserne Kanzler» berichtet:

«Der Widerstand, den ich den Absichten Sr. Majestät in betreff der Ausnutzung der militärischen Erfolge und seiner Neigung, den Siegeslauf fortzusetzen, meiner Überzeugung gemäß leisten mußte, führte eine so lebhaft erörterung des Königs herbei, daß eine Verlängerung der Erörterung

unmöglich war und ich mit dem Eindruck, meine Auffassung sei abgelehnt, das Zimmer verließ mit dem Gedanken, den König zu bitten, daß er mir erlauben möge, in meiner Eigenschaft als Offizier in mein Regiment einzutreten. In mein Zimmer zurückgekehrt, war ich in der Stimmung, daß mir der Gedanke nahe trat, ob es nicht besser sei, aus dem offenstehenden, vier Stock hohen Fenster zu fallen; und ich sah mich nicht um, als ich die Tür öffnen hörte, obwohl ich vermutete, daß der Eintretende der Kronprinz sei, an dessen Zimmer ich auf dem Korridor vorübergegangen war. Ich fühlte seine Hand auf meiner Schulter, während er sagte: <Sie wissen, daß ich gegen den Krieg gewesen bin, Sie haben ihn für notwendig gehalten und tragen die Verantwortung dafür. Wenn Sie nun überzeugt sind, daß der Zweck erreicht ist und jetzt Friede geschlossen werden muß, so bin ich bereit, Ihnen beizustehn und Ihre Meinung bei meinem Vater zu vertreten.> Er begab sich dann zum Könige, kam nach einer kleinen halben Stunde zurück in derselben ruhigen und freundlichen Stimmung, aber mit den Worten: <Es hat sehr schwer gehalten, aber mein Vater hat zugestimmt.>»

Für Bismarck war Österreich bereits vor der Schlacht von Königgrätz der künftige Bundesgenosse, er wollte daher jede Demütigung der

73

Besiegten vermeiden» Dennoch war es unvermeidbar, daß die Niederlage für das Habsburgerreich schwerwiegende Folgen nach sich ziehen mußte.

Diese Folgen ergaben sich aus der Struktur des Vielvölkerstaates Österreich. Die *Donaumonarchie* war staatsrechtlich ein sehr kompliziertes Gebilde: sie war aus der Hausmacht der Österreicher hervorgegangen und nach «Kronländern» gegliedert. Ihren geschichtlichen Ursprung hatte diese Gliederung in dem allmählichen Erwerb dieser Länder durch die Habsburger. («Tu felix Austria nube!») Die einzelnen Erwerbungen behielten ihre alten Grenzen und Sonderrechte, und so lebten in Österreich die Traditionen des «Heiligen Römischen Reiches deutscher Nation» fort, wenn sich auch seit dem Zeitalter des fürstlichen *Absolutismus* eine stärkere Tendenz zur Zentralisierung der Verwaltung bemerkbar gemacht hatte. Preußens Aufstieg zur Militärmacht, die der Übernahme der straff organisierten Einheitsstaatsmethoden westeuropäischer Prägung (Ludwig XIV.) zu danken war, führte dazu, daß *Friedrich der Große* seiner Kaiserin *Maria Theresia* Schlesien entreißen konnte. Sie hat diesen Verlust nie verwunden, zog aber die Konsequenz daraus, nach preußischem Muster die österreichische Verwaltung zu vereinfachen. Sie schuf eine oberste Verwaltungsbehörde für die österreichischen und böhmischen Länder in Wien, wagte es aber nicht, auch das Kronland *Ungarn*

dieser Behörde zu unterstellen, war sie doch auf die Hilfe der selbstbewußten ungarischen Magnaten in der Auseinandersetzung mit dem Preußenkönig angewiesen. Sie ließ deshalb die alte «ungarische Hofkanzlei» in Wien bestehen. Mit dieser scheinbar unbedeutenden, administrativen Maßnahme hatte die Kaiserin jedoch den Grund zur Entstehung der Doppelstaatlichkeit Österreichs, des *österreichisch-ungarischen Dualismus*, gelegt.

In der Revolution von 1848 forderten die Ungarn ihre staatliche Unabhängigkeit, aber der vorwiegend vom ungarischen (magyarischen) Kleinadel getragene Aufstand wurde mit Unterstützung russischer Truppen, die die Wiener Regierung zu Hilfe gerufen hatte, blutig niedergeschlagen. Seither bestanden zwischen Wien und Budapest starke Spannungen, die Bismarck 1866 geschickt ins Spiel brachte, indem er während des Feldzuges an das ungarische Nationalgefühl appellierte und die Magyaren zum Abfall von Österreich bewegen wollte. Die unmittelbare Folge der Geschehnisse des Jahres 1866 war denn auch eine Verstärkung des ungarischen Druckes auf die österreichische

74

Regierung. Angefeuert von den preußischen Waffenerfolgen und beeinflusst von westlichen (vor allem französischen) Ideen über die Gestaltung der Politik, setzte die magyarische Oberschicht 1867, also ein Jahr nach Königgrätz, die *Teilung der Habsburgermonarchie in zwei Staaten mit eigenen Verfassungen und Regierungen* durch. Im sogenannten «*Ungarischen Ausgleich von 1867*» wurde die «*österreichisch-ungarische Doppelmonarchie*» konstruiert, die fortan aus dem «Königreich Ungarn» und den im Wiener «Reichsrat vereinigten Königreichen und Ländern» bestand. Beiden Reichshälften gemeinsam war nur die Außenpolitik, das Heerwesen und die Finanzen. Damit war ein unheilbarer Bruch entstanden.

Kaum ein Jahr, nachdem dank Bismarcks politischer Geschicklichkeit und Moltkes strategischem Genie die *Spaltung Mitteleuropas in zwei Großmächte (Preußen-Deutschland und Österreich)* vollzogen worden war, erfolgte bereits eine weitere *Spaltung (Österreich und Ungarn)*. Die Deutschen Österreichs übersahen die Gefahren, die ihnen durch den «Ausgleich» drohten, denn er stellte den Versuch dar, zwei «Herrennationen» auf Kosten der anderen in der Donaumonarchie lebenden Völker zu schaffen. Eine Rettung des Habsburgerreiches wäre nur durch den «Ausgleich» zwischen den Interessen der *verschiedenen Nationalitäten* und dem Staatsganzen möglich gewesen, nicht aber durch den «Ausgleich» zwischen Ungarn und dem Gesamtreich, der die Süd- und Westslawen benachteiligte. Die Ausdehnung des Föderativsystems auf das ganze Reich, d. h. die *Begründung eines echten Völkerbundes*, wäre die einzig mögliche Lösung für die Nationalitätenfrage in der Donaumonarchie gewesen. Das aber wollten die ungarischen Magnaten gerade verhindern, weil sie

danach strebten, ihre Vorzugsstellung gegenüber allen anderen Völkern im Donauraum zu sichern und auszubauen.

Kaiser Franz Joseph (1848-1916) sah sich, nachdem er den Rückhalt in Deutschland verloren hatte, gänzlich außerstande, den ungarischen Forderungen entgegenzutreten. Nach dem Schock, den Bismarck ihm durch den Krieg von 1866 versetzt hatte, wollte er um jeden Preis die Auseinandersetzung mit den Ungarn vermeiden. Man muß bedenken, daß Österreich, solange es mit Preußen Konflikte auszufechten gehabt hatte, stets auf die Unterstützung nichtpreußischer Staaten in Süd- und Mitteldeutschland rechnen konnte. Österreich — nicht Preußen — war mit Deutschland identisch. Jetzt standen die Deutschen Österreichs plötzlich allein und sahen sich einer schwierigen Lage preis-

75

gegeben. Nächst den Deutschösterreichern waren die Magyaren die stärkste Volksgruppe innerhalb der Habsburgermonarchie. Wenn Franz Joseph den inneren Frieden in seinem Reich bewahren wollte — und das erschien ihm nach 1866 als vordringlichste Aufgabe —, mußte er ihrem Druck nachgeben.

Ungarns Magyarisierung

So willigte er in die für den Bestand des Habsburgerreiches verhängnisvolle staatsrechtliche Trennung in eine östliche («transleithanische») und westliche («cisleithanische») Reichshälfte ein, wodurch die Deutschen Österreichs jeden Einfluß auf die Innenpolitik der magyarisch beherrschten Gebiete verloren. Die Magyaren klammerten sich an die Fiktion eines «ungarischen» Nationalstaates, obwohl sie sich als «Staatsvolk» Transleithaniens einer Mehrheit nichtmagyarischer Nationalitäten gegenüber sahen (7,4 Millionen Magyaren gegenüber 2,6 Millionen Rumänen, 2,6 Millionen Serben und Kroaten, 2,1 Millionen Deutschen, 2 Millionen Slowaken, 0,4 Millionen Ruthenen und 91 000 Armeniern, Bulgaren und anderen Volkssplittern.) Das Bestreben der magyarischen Führungsschicht ging nun dahin, den im Grunde undurchführbaren Einheitsstaatsgedanken mit Hilfe einer zielstrebigem «Magyarisierungspolitik» durchzusetzen. Man wollte durch strenge Schulgesetze und mittels der Einführung des Magyarischen als Amtssprache die verschiedenen Nationalitäten «entnationalisieren», um sie im Laufe der Zeit zu einer «ungarischen Nation» machen zu können. Daß diese Art von zwangsmäßiger Angleichung an das Magyarentum nur den Widerstand der anderen Minderheiten in der ungarischen Reichshälfte wecken konnte, versteht sich von selbst. Der Magyarisierungsdruck forderte den südslawischen, *großserbischen Nationalismus* heraus. Auch die in Ungarn lebenden Deutschen, die seit der Reichsteilung

von 1867 sich nicht mehr an Wien orientieren konnten, sondern Budapest unterstanden, begehrten gegen die Regierungsmaßnahmen auf. Die Magyarisierungsbestrebungen standen in klarem Widerspruch zu dem 1868 erlassenen *Nationalitätengesetz*, das den in Ungarn lebenden Völkern weitgehende Selbstverwaltungsrechte einräumte. Faktisch erhielten aber nur die Kroaten eine bescheidene Autonomie, wobei dafür gesorgt wurde, daß die kroatischen Selbstverwaltungskörperschaften von magyarenfreundlichen Kräften gesteuert wurden. Die Zentralisierungsbestrebungen und die harte Nationalitätenpolitik der magyarischen Führungsschicht sind aber nicht allein aus einem übersteigerten Nationalismus zu erklären. Sie müssen auch auf einem wirtschafts- und sozialpolitischen Hintergrund gesehen werden. Die Privilegien der

76

großen magyarischen Latifundienbesitzer und ihre politische Vorherrschaft konnten nur gewahrt werden, wenn die Masse der slawischen (aber auch magyarischen) Bevölkerung im Zustande bäuerlicher Dienstbarkeit und dumpfer Unwissenheit gehalten wurde. Von den 19 Millionen Einwohnern im «Königreich Ungarn» ernährten sich 14 Millionen von der Landwirtschaft, davon waren 10 Millionen völlig besitzlos.⁸ Diese rückständigen agrarischen Besitzverhältnisse spielten eine sehr wesentliche, ja vielleicht die entscheidende Rolle bei der sogenannten «Magyarisierungspolitik»: Der Nationalismus und das Klasseninteresse der ungarischen Herrenkaste waren identisch. Wie stark die soziale Komponente in Betracht gezogen werden muß, geht allein schon aus der Tatsache hervor, daß die *agrarsozialistischen Aufstände von 1898 und 1905* in den rein magyarischen Kerngebieten Ungarns stattfanden. Die Bauern rebellierten gegen ihre Herren und fragten dabei nicht nach dem nationalen Interesse des «Magyarentums».

»Die unteilbare, einheitliche ungarische Nation« lebte nur in den Köpfen der politisch herrschenden Kreise. Sie war ein eben solches Abstraktum wie der ungarische Einheitsstaat. Ein reaktionäres Zensuswahlrecht sicherte den herrschenden Kreisen die absolute Vorrangstellung im Parlament, die verfassungsmäßige «Mitbestimmung des Volkes» war eine reine Illusion.

Von Ungarn ging nach 1867 der stärkste Widerstand gegen alle Reformversuche, vor allem aber gegen jede vernünftige Lösung der Nationalitätenfrage im Gesamtreich der Habsburger, aus. Da Ungarn sich staatsrechtlich von Österreich getrennt hatte, wurde der Kaiser nur als «ungarischer König» betrachtet, und er war durch seinen Krönungseid daran gebunden, «die Einheit der Länder der Stephanskronen» zu wahren. Infolgedessen konnten fortan von Österreich aus keine Fragen mehr aufgeworfen werden, die in das innere Gefüge der ungarischen Reichshälfte eingegriffen hätten. Was hier geschah, wurde in Budapest bestimmt. Es gab also seit 1867 keine Möglichkeit mehr, eine Nationalitätenpolitik zu

entwickeln, die für das Gesamtreich Gültigkeit gehabt hätte, mit anderen Worten: *Die für Mitteleuropa lebensentscheidende Frage einer Verständigung der Deutschen mit den in der Donaumonarchie lebenden slawischen Völkern war durch die Doppelstaatlichkeit unmöglich gemacht worden.*

Dieses war die schwerwiegendste, wenn auch bis heute noch kaum beachtete Folge des preußischen Sieges über Österreich in der Schlacht

77

von Königgrätz. Die dualistische Staatsform mußte der österreichischen Aufgabe zuwiderlaufen, die durch die Abtrennung von Deutschland ohnehin erschwert worden war. Das hatte schon der bedeutende tschechische Historiker *Frantisek Palacky* (1798-1876) erkannt,⁹ der im Jahre 1865 in seiner Schrift über die «Idee des österreichischen Staates» dringend vor dem Zustandekommen eines österreichisch-ungarischen Dualismus gewarnt hatte:

«Der Tag, an dem der Dualismus proklamiert wird, wird zugleich mit unwiderstehlicher Naturnotwendigkeit der Geburtstag des Panslawismus in seiner am wenigsten erfreulichen Gestalt werden; als Paten werden ihm die Väter des Dualismus stehen. Wir Slawen werden ihm zwar mit gerechtem Schmerz, aber ohne Furcht entgegensehen. Wir waren vor Österreich da, wir werden es auch nach ihm sein ... Ich habe nur meine Pflicht nach Möglichkeit erfüllen wollen, damit mir einst mein Gewissen keine Vorwürfe macht, daß ich nicht, solange es noch nicht zu spät war, vor Gefahren gewarnt habe, die vielleicht nicht ein jeder in dieser Art und mit dieser Gewißheit, wie es mir möglich war, voraussehen kann.»

Palacky gehörte zu den sogenannten «Austroslawen»¹⁰ die den Bestand der Donaumonarchie verteidigen und ihr eine Verfassung geben wollten, in der die Gleichberechtigung der verschiedenen Völker garantiert sein sollte. Er hatte vorgeschlagen, Österreich in acht autonome Gebiete einzuteilen, wobei sich freilich immer noch sprachliche Minderheiten in den Territorien ergeben hätten. Aber das Gesamtreich sollte diesen den Schutz ihrer nationalen Sonderrechte gewährleisten. Von Palacky stammt auch das berühmte, 1848 ausgesprochene Wort: *«Wenn Österreich nicht bestünde, müßte es geschaffen werden.»* Es waren nicht die Slawen, die die deutsch-slawische Schicksalsgemeinschaft in Mitteleuropa aufgekündigt haben. Die zweifellos vorhandenen, aber keineswegs unüberbrückbaren nationalen Gegensätze im Habsburgerreich steigerten sich erst zum leidenschaftlichen Nationalitätenkampf, nachdem durch den «ungarischen Ausgleich von 1867» der Dualismus vollzogen worden war und die Magyaren um ihrer eigenen Zentralisierungsbestrebungen halber die

Föderalisierung des Gesamtstaates verhinderten.

Böhmen und Mähren

Die Deklaration des böhmischen und mährischen Landtages von 1868 war noch ein leidenschaftlicher Protest gegen den Dualismus gewesen und hatte den Beweis dafür erbracht, daß den Slawen — insbesondere den Tschechen — durch die Einführung der Doppelstaatlichkeit eine tiefe Wunde geschlagen worden war. Gleich Ungarn war auch

78

Böhmen bis 1526 ein selbständiges Königreich gewesen, beide fielen damals an die österreichische Hausmacht, hatten also dieselben historischen Grundlagen. Warum sollte den Böhmen nicht recht sein, was den Ungarn billig war? Der magyarisches Nationalismus mußte den tschechischen fördern, also den deutschslawischen Gegensatz in der österreichischen Reichshälfte verschärfen. Das Beispiel der Magyaren in Ungarn machte Schule: Die Deutschen in Österreich strebten nach einer gleichen Vorherrschaft in ihrer Reichshälfte, wie die Magyaren sie in Transleithanien ausübten. Die Tschechen forderten aber nun ihrerseits für die böhmische «Wenzelskrone», was der ungarischen «Stephanskrone» zugebilligt worden war: die staatliche Selbständigkeit. Sie wurde ihnen verwehrt, weil die Deutschen Österreichs, die schon 2,5 Millionen deutschstämmige Staatsbürger an Ungarn verloren hatten, befürchteten, weitere 2 Millionen («Sudeten»-)Deutsche an das Königreich Böhmen abgeben zu müssen. Das tschechische Verlangen nach einem dem ungarischen gemäßen «Ausgleich» scheiterte 1871 am Widerstand sowohl der Deutschen als der Magyaren. Die Deutschen aber machten sich nun ihrerseits zu Verteidigern des Dualismus, weil ihnen in dieser Staatsform eine gewisse Garantie gegen die Verselbständigungsbestrebungen der Tschechen, aber auch der Südslawen zu liegen schien.

Serbo-Kroaten

Die *südslawische Frage* war durch den Widerstand der *Kroaten* gegen die Magyarisierungspolitik in Ungarn entstanden. Ihre Lösung sollte zum Kernproblem der österreichischen Nationalitätenpolitik werden; denn die Südslawen — Serben, Kroaten und Slowenen — lebten sowohl in der österreichischen wie in der ungarischen Reichshälfte. Man mußte also den Dualismus überwinden, wenn man dem Autonomieverlangen der Südslawen gerecht werden wollte. Wenn auch stammverwandt, so waren diese doch in vieler Hinsicht verschieden, vor allem hatte sich aus religiösen und

historisch bedingten Gründen ein serbo-kroatischer Gegensatz herausgebildet. Im gemeinsamen Widerstand gegen die magyarischen Unterdrückungsmethoden trat dieser Gegensatz mehr und mehr in den Hintergrund. Die südslawische Frage brachte die schwersten Verwicklungen mit sich, als Österreich-Ungarn im Zusammenhang mit der Balkankrise 1878 *Bosnien und die Herzegowina* okkupierte und weitere 1,5 Millionen Serben und Kroaten zur Doppelmonarchie geschlagen wurden. Damals war bereits eingetreten, was Palacky prophezeit hatte: Der *Panslawismus* «in seiner am wenigsten erfreulichen Gestalt» hatte sich der Südslawen bemächtigt,

79

und mit ihm war das sogenannte «*Testament Peters des Großen*» eine im Dienste der panslawistischen Propaganda stehende Fälschung¹⁰, auf den Balkan gekommen. Dieses angebliche «Testament» wurde dazu benutzt, um den Zusammenschluß aller Slawen unter russischer Schutzherrschaft und Führung zu proklamieren und unterschwellig den Nationalitätenkampf in der Donaumonarchie zu schüren. Mit der Okkupation Bosniens und der Herzegowina trat der lange schon bestehende russisch-österreichische Gegensatz in sein akutes Stadium. Es wurde damit die latente Krise ausgelöst, die die nächsten Jahrzehnte beherrschen sollte. Die Hauptstadt Bosniens hieß *Sarajewo* . . .

Durch den *Berliner Kongreß* also kam jener Ort an die Donaumonarchie, in dem die Schüsse fielen, die den Ersten Weltkrieg auslösten. Das Jahr 1878 scheint demnach ein Schicksalsjahr nicht nur für Deutschland, sondern auch für Österreich gewesen zu sein. Etwa zur gleichen Zeit, da Bismarck mit dem fatalen *Sozialistengesetz* den «Klassenkampf» auf die Spitze trieb, dem Bürgertum den Sozialistenschreck einimpfte und dem Liberalismus gleichzeitig durch die neue *Schutzzollpolitik* den Todesstoß versetzte («dem deutschen Bürgertum das Rückgrat brach»^{11?}, besetzte *Österreich die Stadt des Attentats* vom 28. Juni 1914. Dieses Attentat beseitigte den Mann, der die südslawische Frage lösen und den Bestand Österreichs retten wollte.

80

Die Balkanfrage

Erzherzog *Franz Ferdinand* wurde in einem Augenblick österreichisch-ungarischer Thronfolger (1896), als die *südslawische Frage* bereits zur Lebensfrage der Donaumonarchie geworden war. Sie ist es nicht immer gewesen und hätte es nicht zu werden brauchen, wenn sie nicht durch ausländische Einwirkung und unter Zuhilfenahme dunkler Kräfte zum Sprengkörper innerhalb des Habsburgerreiches gemacht worden wäre. Diesen Sprengkörper zu entschärfen, hatte sich Franz Ferdinand vorgenommen. Ob es ihm gelungen wäre, läßt sich schwer beurteilen. Daß es aber Kreise gab, die ein solches Gelingen für möglich hielten und darin eine Gefahr für ihre eigenen Intentionen sahen, davon zeugt das Attentat von Sarajewo. Der Thronfolger galt als Träger einer politischen Konzeption, deren Verwirklichung verhindert werden sollte. Deshalb mußte er beseitigt werden.

Die komplizierte Vorgeschichte des Mordes, der den Ersten Weltkrieg auslöste, ist nicht eine Angelegenheit vergangener Zeiten, mit der sich nur noch Historiker zu befassen hätten. Sie ist die Vorgeschichte unserer mitteleuropäischen Katastrophe, unserer Existenz im Heute und Hier. Wir haben mit ihr zu leben. Wir sollten sie also kennen.

Obwohl der Tod Franz Ferdinands nur der äußere Anlaß für den Ausbruch des Ersten Weltkrieges war, steht er doch in einem inneren Zusammenhang mit den tieferen Kriegsursachen. Eine dieser Ursachen lag in dem *ökonomisch begründeten Machtkampf* der europäischen Großmächte, der dazu führen mußte, daß sich die internationale Situation immer mehr zuspitzte. Österreich-Ungarn war gar nicht in der Lage, sich an diesem Machtkampf zu beteiligen. Es hatte sich nicht in dem Maße zur Industrienation entwickelt wie das mit ihm (seit 1879) verbündete Deutschland. Um 1900 war die Hälfte der Bevölkerung in Österreich-Ungarn immer noch in der Land- und Forstwirtschaft und

81

nur $\frac{3}{11}$ in der Industrie tätig. Es gab in der ganzen Donaumonarchie nur zwölf Städte mit über 50 000 Einwohnern, Großstädte mit über 100 000 Einwohnern nur sechs.¹ Doch Österreich-Ungarn war eine der beiden Großmächte Mitteleuropas, und *Mitteleuropa in die politische und wirtschaftliche Abhängigkeit des Westens* zu bringen,

mußte dem kommerziellen Denken des westlichen Kapitalismus als Notwendigkeit erscheinen, seit Deutschland sich in das System dieses Denkens nahtlos eingefügt hatte und zum gefährlichen Rivalen insbesondere Englands geworden war. Man sollte nicht in den Fehler verfallen, den britischen «Handelsneid» als wesentlichste Kriegsursache zu betrachten, dennoch hat die deutsche Konkurrenz auf dem Weltmarkt bei der Erzeugung einer gegen die Mittelmächte gerichteten Stimmung in Großbritannien eine erhebliche Rolle gespielt. Charakteristisch dafür ist ein Artikel, der am 11. September 1897 in der englischen Zeitung «Saturday Review» erschien, in dem es heißt:

«In Transvaal und am Kap, in Zentralafrika, Indien und im Osten, auf den Inseln der Südsee und im fernen Nordwesten — überall kämpft der deutsche Handelsreisende mit dem englischen Vertreter. Wo immer eine Grube auszubeuten, eine Eisenbahn zu bauen oder ein Eingeborener von Brotbaumfrucht zu Büchsenfleisch, von Enthaltbarkeit zu Branntwein zu bekehren ist, überall streiten sich der Deutsche und der Engländer darum, an der Spitze zu sein. Millionen von kleinen Auseinandersetzungen türmen den gewichtigsten Kriegsgrund auf, den die Welt je gesehen hat. Wenn Deutschland morgen vernichtet wäre, gäbe es übermorgen nicht einen Engländer auf der Welt, der nicht reicher geworden wäre. Nationen haben jahrelang um eine Stadt oder ein Erbfolgerecht gekämpft, müssen sie nicht kämpfen für 250 Millionen Pfund jährlichen Handels?»^{2?}

Siebzehn Jahre vor Kriegsausbruch wird hier schon die militärische Auseinandersetzung als letzte Konsequenz der wirtschaftlichen Rivalität gesehen. Obschon der Hauptstoß Deutschland galt («wenn Deutschland vernichtet wäre...»), mußte doch auch die Donaumonarchie in derlei Erwägungen einbezogen werden. Seit dem Ende der achtziger Jahre galt das besondere Interesse der deutschen Banken und Schwerindustriellen dem *Vorderen Orient*, genauer gesagt: dem Bau der sogenannten «Bagdadbahn», die von Konstantinopel über Bagdad zum Persischen Golf führen sollte. Dieses Unternehmen, das als «trockener Weg» nach Indien bezeichnet wurde, traf die Engländer an ihrer empfindlichsten Stelle. Außerdem brachte es Deutschland in unmittelbare Berührung mit den komplizierten Problemen der Balkanpolitik

82

und des Osmanischen Reiches. Wilhelm II. gab enthusiastische Erklärungen für die Türkei ab, er bezeichnete sich als «Freund des Sultans und der 300 Millionen Mohammedaner auf der Erde».³ Eine Folge solch demonstrativer «Orientpolitik» war die Vertiefung des deutschen Gegensatzes zu Rußland und England. Zugleich aber begann Deutschland aus rein wirtschaftlichen Interessen sich enger an Österreich-Ungarn zu binden; denn wenn die deutsche Industrie

und das deutsche Kapital in den Nahen Osten eindringen wollten, mußte die «Balkanbrücke» gesichert, d. h. die österreichisch-ungarische Position in diesem Raum gestützt werden. Wer also für «250 Mill. Pfund jährlichen Handels» kämpfen wollte, hatte es nicht nur mit Deutschland zu tun, sondern mußte willens sein, neue politische Verhältnisse in *ganz* Mitteleuropa zu schaffen. Als kürzester Weg zur Zertrümmerung Mitteleuropas bot sich die Auflösung der Donaumonarchie in eine Reihe kleiner, vom ausländischen Kapital abhängiger Staaten an, wobei die berechtigten Forderungen der verschiedenen Nationalitäten nach Befreiung von fremder Bevormundung spielend leicht in den Dienst solcher Absichten gestellt werden konnten.

Deutsche und Slawen

So einleuchtend nun aber auch die ökonomischen und politischen Gründe für die Zurückdrängung Deutschlands und die Auflösung Österreich-Ungarns gewesen sein mögen, sie waren doch nicht die allein maßgeblichen für die Gegnerschaft zu den Mittelmächten. Es wurde schon darauf hingewiesen, daß man sich in bestimmten Zirkeln der englisch sprechenden Welt darüber klar war, welche Bedeutung das *Slawentum* für die künftige Entwicklung haben würde. Da man diese Entwicklung in den Griff bekommen wollte, mußte man verhindern, daß von Mitteleuropa her irgendwelche Impulse zur Verständigung mit den Slawen ausgehen konnten. Nach Lage der Dinge wäre eine solche Verständigung innerhalb der Donaumonarchie nicht völlig unmöglich gewesen. Die Zerschlagung Österreich-Ungarns mußte daher auch unter diesem Aspekt als vordringliches Ziel betrachtet werden. Es ist immerhin sehr aufschlußreich, daß schon auf den Karten, die seit dem Ende der achtziger Jahre in verschiedenen Gesellschaften Englands und Amerikas kursierten, Österreich-Ungarn überhaupt nicht mehr in Erscheinung trat, wogegen man das «von Deutschen bewohnte Gebiet», um die Hälfte reduziert, in die westliche Welt einbezogen hatte und als Randstaat an der Grenze eines kolossalen Slawenreiches figurieren ließ. Man mag über die Bedeutung solcher Karten denken wie man will und auch die effektive Macht der stets im Hintergrund

83

agierenden Zirkel für fragwürdig halten, gänzlich in Abrede stellen kann man sie aber kaum. Es ist jedenfalls eine Tatsache, daß die Mitte Europas als politisch wirksame Kraft in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts zerstört worden ist — so wie es geplant worden war. Und wollte man heute eine Karte nicht der offiziellen Staatsgrenzen, sondern der Mächtegruppierungen in Europa zeichnen, so würde man zu einer auffallenden Übereinstimmung mit

jenen Skizzen aus den achtziger Jahren kommen: Man hätte einen mächtigen osteuropäisch-russisch orientierten Block jenseits der Grenzen der Bundesrepublik einzutragen, müßte jedoch berücksichtigen, daß die angloamerikanische Politik (mit indirekter Unterstützung Frankreichs) seit einiger Zeit darauf hinzielt, von diesem Block im Südosten eine Gruppe von Staaten abzusondern: Rumänien, Bulgarien, Ungarn, Jugoslawien und die Tschechoslowakei. Alle diese Staaten werden neuerdings — trotz ihrer kommunistischen Regierungen — von den Westmächten entgegenkommend behandelt, und man spricht in britischen und amerikanischen Zeitungen ganz offen darüber, daß es nunmehr darauf ankäme, den Sowjetbereich vom Rande her «aufzuweichen», «Satelliten» zu größerer Selbständigkeit zu verhelfen und ihre «Liberalisierungstendenzen» zu unterstützen. Mit diesen und ähnlichen Phrasen läßt sich zwar politisch argumentieren, aber wem die alten Planungen bekannt sind, dem kann nicht verborgen bleiben, daß in Wirklichkeit jener «*Donau-Balkan-Bund*» angestrebt wird, der schon auf den Geheimkarten des ausgehenden 19. Jahrhunderts erscheint, und den wohl auch *Winston Churchill* im Sinne hatte, als er während *des* Zweiten Weltkrieges (und auch noch danach) den Plan einer Donau-Konföderation entwickelte.⁴⁷ Dort, wo man die geschichtliche Entwicklung nicht als eine Angelegenheit von Parlamentsreden, Regierungsbildungen, Kabinettsbeschlüssen und des üblichen tagesbedingten Hin und Her betrachtet, sondern durch bestimmte Vorkehrungen zu beeinflussen weiß, versteht man sich auf die Kunst, Ereignisse und Situationen herbeizuführen, die *mit* größter Wahrscheinlichkeit vorausberechnete Ergebnisse zeitigen. Die offiziell handelnden Personen sind dabei gar nicht von besonderer Bedeutung, ob sie nun an hoher oder höchster Stelle stehen oder wie der minderjährige Mörder des österreichischen Thronfolgers plötzlich aus dem Nichts in das Rampenlicht der Öffentlichkeit gerissen werden.

Mit solchen unheimlichen Möglichkeiten muß man sich vertraut machen, wenn man politische Geschehnisse durchschauen will, denen eine weltgeschichtliche Bedeutung zukommt.

84

«Madame de Thèbes» und Sarajewo

Es sei hier nur auf eine merkwürdige Erscheinung im gesellschaftlichen Leben der Vorkriegszeit hingewiesen: auf die berühmte «*Madame de Thèbes*» (Frau Savigny) in Paris, die alljährlich einen recht geheimnisvollen, aber politisch außerordentlich gut informierenden und deshalb in der ganzen Welt gelesenen «Almanach» herausgab, in dem sie alle möglichen Ereignisse «voraussagte». Mitte Dezember 1912 prophezeite sie die Ermordung des Erzherzogs Franz Ferdinand für das Jahr 1913, und

als die Tat nicht geschah, wiederholte sie ihre Weissagung für das Jahr 1914, sogar mit der exakten Datumsangabe des 28. Juni, dem Erinnerungstag an die Ermordung des Sultans Murad I., der 1389 auf dem Amselfelde die Serben besiegt hatte, einen Tag später aber von einem serbischen Edelmann erdolcht wurde.⁵⁷ (Tatsächlich spielte diese historische Reminiszenz für die Attentäter von Sarajewo dann eine große Rolle, wie es sich bei dem Hochverratsverfahren herausstellte.) «Ich halte Madame de Thèbes nicht für eine Prophetin, sondern für eine in die politischen Programme einer Weltorganisation eingeweihte Frau», schrieb *Graf Polzer-Hoditz*, der Kabinettsdirektor des letzten österreichischen Kaisers, in der Erinnerung an eine andere «Weissagung» der Pariser Sibylle.

Derartige «Hintergrundliteratur» wie der Almanach einer «okkulten» Dame in Frankreich hat keinen historischen Quellenwert. Aber sind nicht diese bewußt im Halbdunkel gehaltenen Hinweise auch eine Tatsache, und *ist* es nicht denkbar, daß von ihnen eine scharf gezielte Wirkung auf Menschen oder Menschengruppen ausgeht, die man zum Handeln bewegen will? Auf jeden Fall aber erzeugten solche «Prophezeiungen» eine unterschwellige Stimmung in der Öffentlichkeit, zumal wenn sie in einem so weit verbreiteten Organ erschienen, wie es der Almanach der «Madame de Thèbes» war. Man lächelte verächtlich über die Vorhersagen, man nahm sie nicht schwer, oder aber man schwor auf sie. Entscheidend war: man las sie und sogar in sehr ernst zu nehmenden politischen Kreisen.

So wenig wie der *Mord von Dallas* der Akt eines unzurechnungsfähigen Abenteurers war, so wenig war der *Mord von Sarajewo* die Tat einiger nationalistischer Fanatiker. In beiden Fällen handelte es sich um gefügige Werkzeuge von Verschwörergruppen, die ihrerseits als Marionetten an den Fäden ganz anderer Leute hingen. Die eigentlichen Auftraggeber hat wahrscheinlich keiner der Akteure je zu Gesicht bekommen. Aber *die Tat mußte* geschehen, um eine bestimmte Entwicklung herbeizuführen. Weil das *amerikanisch-russische Verhältnis in*

85

andere Bahnen gelenkt werden sollte, *mußte Kennedy* zu Fall gebracht werden, und mit ihm das europäisch geprägte Amerikanertum, das er verkörperte. Weil ein *deutsch-slawisches Kondominium nicht* zustande kommen durfte, *mußte* der Erzherzog erschossen werden, der es angestrebt hatte.

Sarajewo: Die Begleitumstände

Um zu verstehen, wie es zu dem Attentat von Sarajewo kommen konnte, muß man sich die innere und äußere Lage der

Donaumonarchie vergegenwärtigen.

Durch die Ereignisse von 1866 und 1871 war die Stellung Österreichs in Europa völlig verändert worden. Es trat damals, wie Kaiser Franz Josephs Biograph *Redlich*⁸ einmal bemerkte, eine «*Schicksalswende*» für das Habsburgerreich ein, denn es verlor nicht nur seinen Einfluß in *Deutschland*, es mußte gleichzeitig auch den Rückzug aus *Italien* antreten. Nichts kann die Schwäche Österreichs nach der Niederlage bei Königgrätz schärfer beleuchten als die Tatsache, daß es 1866 *Venetien an Italien* verlor, obwohl die Italiener (die noch schnell an der Seite Preußens in den Krieg eingetreten waren) bei Custozza und in der Seeschlacht von Lissa von den Österreichern besiegt worden waren. Jahrhundertlang hatte das Schwergewicht der österreichischen Politik innerhalb der Grenzen jenes Raumes gelegen, der mit dem alten «Heiligen Römischen Reiche deutscher Nation» identisch war, also Deutschland und Oberitalien einschloß. Nun war Österreich von diesem Raum abgedrängt worden. Der Wiener Regierung blieb keine Wahl. Sie mußte die Bahnen ihrer traditionellen Politik verlassen und ihr Interesse auf den *Balkan* richten, was ihr übrigens auch *Bismarck*, der immer bemüht war, Deutschlands Nachbarn außenpolitisch «abzulenken», dringend angeraten hatte. Auf dem Balkan aber mußte Österreich sich mit den verschiedenen Nationalbewegungen auseinandersetzen und hatte mit der Gegnerschaft *Rußlands* zu rechnen, das den «*Panslawismus*» vor seine Politik spannte und entschlossen war, die zerfallende Türkei, «den kranken Mann am Bosphorus» zu beerben. Die österreichische Regierung wagte es nicht, die Konsequenzen aus der «*Schicksalswende*» zu ziehen und eine den tatsächlichen Verhältnissen entsprechende staatsrechtliche Neuordnung des Habsburgerreiches vorzunehmen. Man redete statt dessen in Wien von der «*Rückkehr zur Orientpolitik des Prinzen Eugen*», als könne man auf dem Balkan dort wieder anfangen, wo die österreichische Politik im

86

18. Jahrhundert stehengeblieben war, und man einigte sich mit dem magyarischen Adel im «*Ausgleich*» von 1867 über die Teilung der Herrschaft im Gesamtreich, als gäbe es nur zwei Nationalitäten — die Deutschen und die Magyaren —, die in dem Vielvölkerstaat Souveränitätsansprüche erheben konnten. Die Umwandlung Österreichs in die «k. u. k.»-Doppelmonarchie löste keines der bestehenden Probleme, sie schuf nur neue. Nicht einmal die magyarische Bevölkerung war mit dem «*Ausgleich*» zufrieden, diente er doch nur dazu, der herrschenden Schicht in Ungarn die Machtpositionen zu sichern. Die *Slawen* aber, die bei der Neuordnung von 1867 völlig übergegangen worden waren, fühlten sich zu Recht benachteiligt und verstärkten fortan den Kampf um ihre nationalen Belange.

Eine *deutsch-slawische Verständigung* innerhalb des Habsburgerreiches herbeizuführen, hätte nach 1866 das Ziel der österreichischen Politik sein müssen, ebenso wie die Entwicklung neuer Wirtschafts- und Sozialstrukturen, die das Zusammenleben verschiedener Völker im gleichen politischen Raum ermöglichen konnten. Das Verhältnis von Deutschen und Slawen freundschaftlich zu gestalten, war jedenfalls die vom Schicksal vorgezeichnete Aufgabe Österreichs geworden, nachdem Deutschland sich von der Lösung des mitteleuropäischen Nationalitätenproblems dispensiert hatte und als exklusiv-nationaler Machtstaat an dem imperialistischen Wettlauf um den «Platz an der Sonne» teilnahm. Zu spät erkannte man in Wien, worauf es angekommen wäre.

Dabei gab es viele Anzeichen für die Vordringlichkeit einer Lösung der Nationalitätenfrage. Als Österreich im Jahre 1866 Venetien an Italien abtreten mußte, hatte beispielsweise *Giuseppe Mazzini*, der Begründer des Geheimbundes «La giovine Italia, in einem Artikel die Forderung nach dem Anschluß aller «unerlösten Gebiete» (der sogenannten «Irredenta») an Italien erhoben, wobei er nicht nur die Einverleibung überwiegend slawisch besiedelter Gebiete wie Istrien und Dalmatien, sondern auch ganz *Südtirol* beanspruchte und für die Zertrümmerung der Habsburgermonarchie eintrat. Mazzini, der viele Jahre seines Lebens als Emigrant in Paris und London gelebt hat, besaß ausgezeichnete Beziehungen zu verschiedenen geheimen Gesellschaften, die überall in Europa politisch tätig waren. Er hatte schon 1851 in einem Manifest verkündet: «Man muß sich Österreichs bemächtigen, indem man die verschiedenen Völker, aus welchen es besteht, gegeneinander hetzt und aufwiegelt.» Zu diesem Zweck, so erklärte Mazzini, werde in «Italien, in Ungarn und in den *slawischen*

87

Ländern» bereits sehr viel getan.» Mazzini und seine Gruppe unterstützten 1863 die «Nationalparteien» in Serbien, Montenegro und Rumänien gegen die österreichische Politik, und wenn damals auch keine nennenswerten Erfolge zu verzeichnen waren, so wurden doch Keime für die Zukunft gelegt. Männer wie Mazzini hatten jedenfalls schon früh erkannt, wo die größten Schwierigkeiten für Österreich liegen würden, wenn es im Zeitalter des Nationalismus nicht sein Hauptaugenmerk auf die Lösung des Nationalitätenproblems legen würde.

In Österreich-Ungarn lebten (um 1890) etwa 10,6 Mill. Deutsche, 19,1 Mill. Slawen, 7,4 Mill. Magyaren, 2,8 Mill. Rumänen, 0,7 Mill. Italiener und 0,13 Mill. andere Nationalitäten. Unter den Slawen waren die Tschechen und Slowaken mit 7,4 Mill. die stärkste Gruppe, aber Zugeständnisse wurden nach schweren innenpolitischen Kämpfen nur den Tschechen gemacht (Teilung der Prager Universität in eine deutsche und eine tschechische 1882, Gleichstellung der Sprachen u. a.). Der Versuch, dem alten

Kronland *Böhmen* die gleiche Sonderstellung zu geben wie Ungarn, scheiterte am Widerspruch der Magyaren, die jeder Föderalisierungstendenz entgegentraten. Die in der ungarischen Reichshälfte unterdrückten Minderheiten setzten zunächst alle ihre Hoffnung auf Wien, aber als die erwartete Hilfe ausblieb, begannen sie sich an den neuentstandenen Nationalstaaten zu orientieren, die sich von der türkischen Herrschaft befreit hatten. In diesem Zusammenhang spielte das *südslawische Problem* die größte Rolle.

Die *Südslawen* (Slowenen, Kroaten und Serben) verteilten sich auf die beiden Reichshälften, lebten also sowohl in Österreich als auch in Ungarn. Die *Slowenen* (1,3 Mill.) waren vor allem in Südsteiermark, Südkärnten und Krain ansässig, gehörten somit zu drei Kronländern der österreichischen, «cisleithanischen» Reichshälfte und beschickten das Parlament in Wien. Obwohl stammverwandt, ist ihre Sprache doch von der serbo-kroatischen verschieden. *Serben* und *Kroaten* sprechen mit Dialektunterschieden die gleiche Sprache und sind eigentlich *ein* Volk. Aber die Kroaten benutzen lateinische Schriftzeichen, die Serben kyrillische; die Kroaten sind katholisch, die Serben orthodox. Die Trennung dieses Volkes in zwei verschiedene Teile ist das Ergebnis der großen Kirchenspaltung im Mittelalter, die Folge der von zwei christlichen Zentren — Rom und Byzanz — ausgehenden Missionstätigkeit. Zwischen den beiden Kulturkreisen aufgespalten, gerieten die Serbo-Kroaten am Ende des Mittelalters unter die Türkenherrschaft, von der

manchmal haßerfülltem Gegensatz zueinander, der allerdings in demselben Maße zu schwinden begann, wie sich die Südslawen gemeinsam der zunehmenden Magyarisierung in der ungarischen Reichshälfte zu erwehren hatten.

Kroaten und Serben wohnten im Küstenland Dalmatien, in Slawonien, Südungarn, Bosnien und der Herzegowina. Sie gehörten also wie die Slowenen teils zu Ungarn, teils zu Österreich. Bosnien und die Herzegowina hatten eine Sonderstellung, sie wurden weder zu Österreich noch zu Ungarn gerechnet, sondern unterstanden dem «k.u.k.»-Finanzministerium, weil dieses von Österreich und Ungarn gemeinsam verwaltet wurde und sowohl Wien als auch Budapest auf die beiden ehemals türkischen Provinzen Einfluß nehmen wollten, die 1878 der Doppelmonarchie als Okkupationsgebiet zugesprochen worden waren.

Durch die Besetzung *Bosniens und der Herzegowina* hatte sich Österreich-Ungarn zu seinen vielen ungelösten Problemen noch ein weiteres aufgebürdet. In den beiden Provinzen lebten 674 000 Serben orthodoxen Glaubens, 334 000 katholische Kroaten und 548 000 serbokroatische Mohammedaner. (Letzteres erklärt sich aus der jahrhundertelangen Türkenherrschaft.) Der *konfessionelle Gegensatz* zwischen Orthodoxen und Katholiken verschärfte sich nach der Okkupation,¹² noch problematischer aber wurde das ungelöste *Agrarproblem*. Wie stark dieses die Verhältnisse in den ehemals türkischen Provinzen überschattete, geht allein schon aus der Tatsache hervor, daß es ein Bauernaufstand in den *Bergen der Herzegowina* gewesen ist, der 1875 das Signal zur allgemeinen Erhebung der Balkanvölker und zum russisch-türkischen Krieg (1877/78) gegeben hatte.

Der größte Teil des Bodens in Bosnien und der Herzegowina war im Besitz der mohammedanischen Grundherren, die die christlichen Kleinbauern ausbeuteten und unterdrückten. Eine Landreform wagte man

90

jedoch — mit Rücksicht auf die Agrarverhältnisse vornehmlich in Ungarn — nicht durchzuführen. So blieben die sozialen Spannungen bestehen. Die Okkupation war also für Österreich-Ungarn nur eine Belastung. Sie wurde in der österreichischen Reichshälfte auch heftig kritisiert. Durchgesetzt hatte sie der «k.u.k.» Außenminister *Andrassy*, ein ungarischer Graf und Gegner der deutsch-südslawischen Verständigung. Er war der Bevollmächtigte der Doppelmonarchie auf dem berühmten *Berliner Kongreß* (1878), der unter dem Vorsitz von *Bismarck* tagte und eine Neuordnung auf dem Balkan vornahm, nachdem *Rußland* in die Erhebung der Balkanvölker eingegriffen und die Türkei im Kriege von 1877/78 besiegt hatte. Das um sein «Gleichgewicht» besorgte Europa aber rettete den «kranken Mann am Bosphorus» und verlegte Rußland

den Weg zu den Dardanellen. Der Berliner Kongreß erbrachte eine geschickt ausgeklügelte Friedensregelung, wobei es Bismarck nicht darum ging, wirklich befriedigende Lösungen auf dem Balkan zu finden, sondern einen großen europäischen Krieg zu verhindern, in dem Deutschland gezwungen worden wäre, Partei zu ergreifen. «Die Beschlüsse von Berlin haben die Streitsachen und Schwierigkeiten im Südosten Europas nicht aus der Welt geschafft und neue ins Leben gerufen. Enttäuschung, Unmut und Verdruß bemächtigten sich fast aller am Berliner Vertrag unmittelbar interessierten Staaten und Völker.¹³ Rußland war erbittert, daß es um seinen Sieg betrogen worden war. Es fühlte sich von Deutschland im Stich gelassen und mißtraute Österreich-Ungarn, das durch die Besetzung Bosniens und der Herzegowina seine Einflußsphäre auf dem Balkan erweitert hatte. Österreich wiederum beargwöhnte das Zarenreich, das mit zugkräftigen konfessionellen Parolen und panslawistischen Schlagworten die Balkanvölker während des Krieges mit der Türkei auf seine Seite gezogen hatte. Unter dem Scheinfrieden, der in Berlin gestiftet worden war, glimmten Zwietracht und Haß.

Bleibendes Ergebnis des Kongresses von 1878 war die Entfremdung zwischen Rußland und Deutschland, das zweifelhafte Geschenk der Okkupation Bosniens und der Herzegowina an Österreich-Ungarn und der wachsende Einfluß des Panslawismus auf dem Balkan.

Der Panslawismus

ist nie eine große Volksbewegung gewesen. Er war und blieb eine Angelegenheit der Politiker und Literaten. Popularität

91

gewann er nur im russisch-türkischen Krieg, zu der Zeit, als *Dostojewski* über den völkerbefreienden Slawismus in enthusiastische Worte ausbrach und prophezeite, daß aus der «großen russischen Erde» die Kraft zur Volkwerdung und Wiedergeburt aller Slawen kommen werde. «Der Krieg — wir sind die Stärksten», lautete der Titel eines seiner Artikel, in dem er die Begeisterung schilderte, mit der das russische Volk die Kriegserklärung des Zaren aufgenommen hatte. In der Tat haben die Russen den Krieg mit religiöser Leidenschaft geführt, weil man an den guten Glauben des Volkes und an seine Bereitwilligkeit appelliert hatte, die Orthodoxie gegen den Islam zu verteidigen. Es entstand ein Solidaritätsgefühl mit den unter dem Halbmond lebenden Glaubensbrüdern. Aber die religiöse Komponente des Türkenkrieges war ja nur ein Vorwand, ging es der zaristischen Regierung doch weniger um die Befreiung der slawischen Glaubensbrüder vom Türkenjoch als um den Besitz Konstantinopels und der Meerengen.

Der Gedanke einer Schicksalsgemeinschaft aller Slawen verblaßte

bald wieder — jedenfalls in der Masse des Volkes. Die panslawistischen Ideen aber wurden von russischen Publizisten wie *Michael Katkow* oder *Iwan Aksakow* weiterhin propagiert. Hauptträger des Panslawismus war die (bereits 1857 gegründete) «*Slawische Wohltätigkeitsgesellschaft*», die alles andere als wohltätig wirkte, sondern im Interesse des großrussischen Nationalismus und mit geheimer oder offener Unterstützung der zaristischen Regierung hochpolitische Verbindungen zu Einzelpersonen und Verschwörergruppen in den Balkanstaaten unterhielt. Rußland bot sich über die «*Slawische Wohltätigkeitsgesellschaft*» sämtlichen slawischen Nationalisten als der große Bruder an, der die Unabhängigkeitsbestrebungen der Balkanslawen zu unterstützen bereit war.

Österreich-Ungarn war ständig von der Gefahr der inneren Zerrüttung bedroht. Um so dringlicher wäre die Lösung der südslawischen Frage durch eine Initiative der Wiener Regierung gewesen. Nach 1878 lebte der weitaus größte Teil der Südslawen im Rahmen des Habsburgerreiches. Ihre Vereinigung in einem autonomen Staatsgebilde innerhalb der Donaumonarchie hätte das Ziel Österreich sein müssen, als die Südslawen die Forderung nach ihrem Zusammenschluß erhoben. Statt dessen begnügte sich Österreich mit der hinhaltenden Politik des «*Weiterwursteins*», wie Ministerpräsident *Taaffe* (1879-93) seine eigenen Maßnahmen treffend charakterisiert hat. Die verschieden gelagerten Interessen Wiens und Budapests bei der Behandlung der Slawenfrage waren

92

das schwerste Hindernis für den Einbau der serbo-kroatischen Nationalinteressen in das Reichsgefüge. Daß die Südslawen schließlich an dem kleinen Königreich Serbien Rückhalt suchten und in Rußland ihren Beschützer sahen, war weniger ein Erfolg der panslawistischen Propaganda als das Ergebnis des Ausweichens der Wiener Regierung vor der Aufgabe, die seit 1878 dringend geworden war. Sie bestand darin, den Dualismus von 1867 rückgängig zu machen und den Weg für eine Neuordnung der staatsrechtlichen und sozialen Verhältnisse im Gesamtreich frei zu machen.

Im Jahre 1903 wurde in Belgrad König *Alexander Obrenowitsch* und seine Frau *Draga Maschin* auf bestialische Weise ermordet. Der Mord wurde von serbischen Offizieren verübt, die im Geheimbund «*Crna ruka*» («*Schwarze Hand*») organisiert waren und sich die Vereinigung aller Südslawen in einem großserbischen Reich zum Ziel gesetzt hatten. Gründer und Führer der «*Schwarzen Hand*» war Oberstleutnant *Dragutin Dimitrijewitsch*, der von den Mitverschworenen «*Apis*» genannt wurde und später auch in das Attentat von Sarajewo verwickelt war. Er stand in direkter Verbindung mit dem späteren serbischen Ministerpräsidenten *Paschitsch* und mit der russischen Botschaft in Belgrad.¹⁵ Zweck des

Königsmordes von 1903 war die Beseitigung der österreichfreundlichen Dynastie der Obrenowitsch und die Einsetzung des *Peter Karageorgewitsch* zum serbischen König (1903-1921). Assistiert von Paschtsch schwenkte der neue König sofort auf die prorussische Linie der «Schwarzen Hand» und des weitverzweigten slawischen Geheimbundes «Omladina» ein. Das kleine Königreich *Serbien* mit seinen 2 Mill. Einwohnern erhielt dadurch plötzlich eine Schlüsselstellung in der Auseinandersetzung der Großmächte: Von Belgrad aus hoffte man der Donaumonarchie den tödlichen Stoß versetzen zu können. Das Serbien des Karageorgewitsch sollte fortan eine verstärkte großserbische Propaganda in Bosnien und der Herzegowina entwickeln. In Wien erkannte man zwar die Gefahr, die der Umsturz in Belgrad heraufbeschworen hatte, aber wenn auch ganz Westeuropa den Einmarsch österreichischer Truppen in Serbien erwartete, es geschah nichts.

Franz Ferdinand und der Trialismus

Im Jahre 1908 glaubte der österreichisch-ungarische Außenminister *Aehrenthal*, der längere Zeit «k.u.k. Botschafter» in Petersburg gewesen war, einen günstigen Handel mit seinem russischen Kollegen *Izvolksij abschließen* zu können. Die beiden Minister — alte Bekannte — trafen

93

sich am 16. September 1908 in Buchlau (Mähren) und kamen überein, daß Rußland der Annexion Bosniens und der Herzegowina (d. h. der staatsrechtlichen Einverleibung der beiden Provinzen in die Donaumonarchie) zustimmen wolle, wenn Österreich-Ungarn die russischen Wünsche bezüglich der Dardanellen unterstützen würde.¹⁶ Als Kaiser Franz Joseph jedoch die Annexion am 5. Oktober 1908 feierlich erklärte, distanzierte sich Izvolksij von der Buchlauer Vereinbarung. Die Folge war eine große europäische Krise, die nur dadurch überwunden werden konnte, daß Deutschland sich an die Seite Österreich-Ungarns stellte. Durch die Annexion war dem großserbischen Expansionswillen zunächst ein Riegel vorgeschoben worden, und Österreich hatte die letzte *Chance* für die Lösung der südslawischen Frage bekommen. Doch der greise Kaiser, der im Revolutionsjahr 1848 als Jüngling den Thron bestiegen hatte und durch Jahrzehnte mühevoller Regierungsgeschäfte ermüdet war, wollte keine Neuerungen. Er hielt starr und mit bürokratischer Akribie an der 1867 geschaffenen österreichisch-ungarischen Doppelstaatlichkeit fest, als wäre sie eine göttliche Ordnung, an der man nicht rütteln dürfe. Seinem Neffen *Franz Ferdinand*, der infolge des Selbstmordes des Kronprinzen *Rudolf* (1889) Thronfolger geworden war, waren die Hände gebunden. Er war davon überzeugt, daß der österreichisch-ungarische Dualismus sich nur immer unheilvoller auswirken

konnte, doch hatte er auf den alten Kaiser nicht den geringsten Einfluß. Durch seine unebenbürtige Heirat mit der aus Böhmen stammenden Gräfin Chotek hatte er sich das Mißfallen bestimmter einflußreicher Hofkreise zugezogen. Auf das Thronfolgerecht für seine Kinder mußte er verzichten. Wegen seiner persönlichen Frömmigkeit galt er als «klerikal», und seine zahlreichen Gegner sorgten dafür, daß er dergestalt abgestempelt auch im Offizierskorps wenig Unterstützung fand. Aber Franz Ferdinand, der stets eine starke Zuneigung zu den Slawen empfand, hatte einen Kreis von politisch und staatsrechtlich versierten Männern um sich gesammelt, die wie er in der Gleichstellung der Slawen mit den Deutschen und Magyaren die einzige Möglichkeit sahen, den Untergang der Donaumonarchie zu verhindern. Franz Ferdinand wollte aus der Doppelmonarchie ein *Dreierreich machen*, an die Stelle des verhängnisvollen Dualismus den «Trialismus» setzen. Ein unter habsburgischer Führung stehendes Reich, in dem alle Völker sich ihrer Art gemäß entfalten sollten, war das Ziel seines Programms. Er machte sich dadurch die magyrische Führungsschicht zum unerbittlichen Gegner und zog sich den Haß der

94

«Groß-Serben» zu. Dieselbe Verschwörergruppe, die 1903 den Mord an dem letzten Obrenowitsch verübt hatte, entwarf jetzt in Zusammenarbeit mit Kreisen der russischen Botschaft in Belgrad und in der sicheren Erwartung einer Hilfe aus Petersburg einen systematischen Plan für die Beseitigung des österreichischen Thronfolgers. *Dragutin Dimitrijewitsch* («Apis»), inzwischen zum Geheimdienstchef des serbischen Generalstabes avanciert, und Major *Voja Tankositsch*, der in engen Beziehungen zu maurerischen Kreisen in London stand¹⁷, versorgten einige fanatische Jugendliche mit Geld, Patronen, Pistolen und Bomben und schulten sie für einen Anschlag auf den Erzherzog.

Man war über alle seine Pläne genauestens informiert. Man wußte auch, daß er anlässlich der Herbstmanöver 1914 in die bosnische Hauptstadt kommen würde, und konnte deshalb das Attentat von langer Hand in allen Details vorbereiten. Erzherzog Franz Ferdinand war vor der Reise nach Sarajewo gewarnt worden. Er trat sie dennoch in Begleitung seiner Gemahlin an. Die Behörden von Sarajewo hatten durch die Geheimpolizei genaue Kenntnis über das geplante Attentat erhalten. Sogar der Name des Mörders — *Gavrilo Princip* — war in diesen Mitteilungen genannt worden. Auf der Fahrt vom Bahnhof zum Rathaus wurde das Auto des Erzherzogs von einer Bombe gestreift, die der jugendliche Attentäter *Cabrinowitsch* geworfen hatte. Von der Explosion aber wurde nur das Begleitfahrzeug betroffen. Das Thronfolgerpaar setzte die Fahrt zum Rathaus fort. Da der Erzherzog den verletzten Offizier aus seiner Begleitung sofort im Krankenhaus aufsuchen wollte, wurde beschlossen, über eine menschenleere Straße zum Spital zu fahren.

Der Bürgermeister von Sarajewo, ein bosnischer Mohammedaner, und der (ungarische) Polizeichef der Stadt fuhren in einem Wagen voran. An der entscheidenden Straßengabelung bog das führende Auto *entgegen dem Befehl* in die von Menschen überfüllte Hauptstraße ein. Der Wagen des Erzherzogs stoppte, und in diesem Augenblick hob Gavriile Princip die Pistole, aus der die Schüsse fielen, die Franz Ferdinand und seine Gemahlin töteten. Damit war das Todesurteil über die Donaumonarchie gesprochen worden. Im ersten Weltkrieg wurde es vollstreckt.

Am 17. Juli 1914 erschien eine Deputation bosnischer Landtagsabgeordneter beim ungarischen Ministerpräsidenten *Graf Tisza*, um ihrer Empörung über den Mord an dem Thronfolger Ausdruck zu geben. Tisza machte eine abwehrende Handbewegung und sagte: «Der liebe Herrgott hat es so gewollt, und dem lieben Herrgott müssen wir für

95

alles dankbar sein.» In Budapest herrschte unverhohlene Freude darüber, daß der Mann gefallen war, der die Deutschen mit den Südslawen aussöhnen wollte ...

Im Prozeß gegen die Attentäter stellte sich heraus, daß über die drei Hauptangeklagten *Princip*, *Grabec* und *Cabrinowitsch* ihrer großen Jugend wegen nicht die Todesstrafe verhängt werden konnte — sie waren noch minderjährig. Princip starb am 29. April 1918 an den Folgen seiner Knochentuberkulose im Gefängnis der Festung — *Theresienstadt*.

96

Probestation des Weltunterganges

Karl Kraus (1874-1936), der große Wiener Zeitkritiker, hat einmal das Österreich der Vorkriegszeit eine «*Probestation des Weltunterganges*» genannt. Was Kraus in seiner Zeitschrift «Die Fackel» (gegr. 1899) an sprachgewaltigen Essays veröffentlicht hat, klingt uns heute wie eine Vorhersage der nahenden Katastrophe. Stärker als im Wilhelminischen Deutschland war im Österreich der Jahrhundertwende das Bewußtsein ausgeprägt, daß ein ganzes Zeitalter zu Ende ging und ein neues heraufzog, von dem man nicht recht wußte, was es den Menschen bringen würde. Selbst am Wiener Hof hatte man das Gefühl einer bevorstehenden Krise.

Der greise *Kaiser Franz Joseph* (geb. 1830), das überaus korrekte und aristokratisch-distanzierte Haupt des Hauses Habsburg, war um 1900 (nach über fünfzigjähriger Regierungszeit) schon zu einer fast legendären Gestalt geworden. Seine Person war noch immer vom versinkenden Glanz der alten «Kaiserherrlichkeit» umgeben, aber wie viele seiner Untertanen, so war auch er davon überzeugt, daß er bei seinem Tode das *alte* Österreich mit ins Grab nehmen würde. Als ihn der ehemalige amerikanische Präsident *Theodore Roosevelt in Wien* besuchte, gestand er ihm in einem Gespräch, er fühle sich als der letzte Monarch der alten Schule in Europa. Er spürte, daß sich über der Wiener Hofburg drohende Wolken zusammensogen, aber er verstand die neue Zeit nicht mehr. Für ihn blieb, wie sein Biograph *Joseph Redlich* schreibt, die Lehre maßgebend, «daß die materielle Macht, daß physische Gewalt in Gestalt des stehenden Heeres und der militärisch organisierten Polizei den wirklichen Kern des Staatswesens, zumal im monarchischen Reich, bedeute». Franz Joseph verkörperte jenen deutschen Fürstentyp, der seit dem 17./18. Jahrhundert vorherrschend war: der Hofgesellschaft und dem Adel verpflichtet, den Volkskräften

97

entfremdet und hinter der geistigen Entwicklung seiner Epoche zurückgeblieben. Dennoch, Franz Joseph scheint eine eigenartig resignierte Liebenswürdigkeit besessen zu haben, die ihn für seine Umgebung, aber auch für breite Kreise des Volkes verehrungswürdig machte.

Sein Lebensschicksal ist von der Tragik einer sterbenden Dynastie umwittert: 1867 erreichte ihn die Nachricht, daß sein Bruder

Maximilian (der sich, von Napoleons III. französischen Großmachtträumen verleitet und gestützt auf dessen «Expeditionstruppen» 1863 zum Kaiser von Mexiko hatte wählen lassen) durch ein Exekutionskommando der siegreichen Republikaner in Queretaro hingerichtet worden war. 1889 nahm sich Franz Josephs einziger, hochbegabter Sohn, *Kronprinz Rudolf*, *gemeinsam mit der Baronin Vetsera* das Leben. Rudolfs wissenschaftliche und literarische Interessen, sein Umgang mit freidenkerischen und ausgesprochen liberalen Professoren und Journalisten und seine Sympathien für die englische Demokratie brachten ihn in Gegensatz zu den Hofkreisen, vor allem zu den Ungarn. Wie man heute mit Sicherheit annehmen darf, stand hinter dem Doppelselbstmord auf Schloß Mayerling keine Liebestragödie, sondern eine politische Affäre, die jedoch nicht mehr aufzuklären ist, weil der Kaiser alle Unterlagen in der Hofkanzlei unter Verschluss halten ließ, bei der späteren Öffnung der Dossiers sich aber nur noch Papierschnitzel darin fanden und die Dokumente entfernt worden waren.¹ In einem mysteriösen Zusammenhang mit dem Selbstmord des Kronprinzen stand der *Erzherzog Johann Nepomuk Salvator* von Habsburg-Toskana, der im gleichen Jahr 1889 auf alle Titel und Würden verzichtete, den bürgerlichen Namen *Johann Orth* annahm, nach Südamerika ging, dort in untergeordneten Stellungen arbeitete und schließlich spurlos verschwand. Der Erzherzog hatte 1883 eine rebellische Schrift: «Drill oder Erziehung?» verfaßt und war deswegen als Divisionskommandeur strafversetzt worden. Später hatte er sich vergeblich um den bulgarischen Fürstenthron beworben (1887). Sein Buch: «Einblicke in den Spiritismus» erlebte fünf Auflagen (zuletzt 1885) und wies ihn als Gegner der spiritistischen Neigungen seiner Zeit aus. Einige Jahre nach seinem Verschwinden aus Österreich wurde das Gerücht ausgestreut, Johann Orth sei bei einem Schiffsunglück im Atlantik umgekommen, obwohl dem Hofe nahestehende Kreise wußten, daß er noch am Leben war. Im Jahre 1911 ließ ihn das Oberhofmarschallamt in Wien für tot erklären. Nach der Tragödie von Mayerling waren noch nicht zehn Jahre vergangen, als ein neuer, entsetzlicher Vorfall das Haus Habsburg traf:

98

Kaiserin Elisabeth, die Gattin Franz Josephs, wurde in Genf von einem Mann namens *Luccheni* erdolcht, den man gemeinhin als italienischen «Anarchisten» bezeichnet, der vermutlich aber einer unheimlich-dunklen Mörderorganisation angehörte. Der Kaiser ertrug alle diese Schicksalsschläge mit geradezu stoischem Gleichmut. Oder war es der Fatalismus eines Schwergeprüften? Als 1914 sein Neffe und Thronfolger *Franz Ferdinand* dem Attentat von Sarajewo zum Opfer fiel, war der Kaiser der einzige, der sich bis zuletzt gegen eine kriegerische Aktion aussprach. Denjenigen, die im Kronrat den Krieg gegen Serbien forderten, sagte er, daß sie

nicht wüßten, was ein Krieg sei. Die Kriegserklärung unterzeichnete er erst, als man ihm erklärte, die Serben hätten bereits das Feuer eröffnet, was jedoch nicht zutraf ...

Parlamentarismus?

In den sieben Jahrzehnten seiner Herrschaft hatte Österreich eine Entwicklung von der absolutistischen zur konstitutionellen und schließlich zur parlamentarischen Staatsform durchlaufen. Doch die Übertragung des westlichen Parlamentarismus auf den Vielvölkerstaat erwies sich als höchst fragwürdig. So gewiß es war, daß nach der Revolution von 1848 kein deutscher Staat, also auch Österreich nicht, auf die alte, absolutistische Weise regiert werden konnte, so gewiß war es auch, daß die später gewährte *Scheinkonstitution* aristokratisch-großbürgerlichen Charakters sich gegenüber der demokratischen Bewegung nicht würde halten lassen. Der «Kopfzahlparlamentarismus» der westlichen Demokratien mit seinem Parteienwesen und seiner Abstimmungsarithmetik aber war das sicherste Mittel, um den Zerfall Österreichs zu beschleunigen. «Es ist nicht zu leugnen» meint der schweizerische Historiker J.R. von Salis, «daß in Österreich-Ungarn mehr demokratisches Leben pulsierte als im Deutschen Reich, schon deshalb, weil in Deutschland das national geeinte Volk autoritätsgläubiger und staatsfrommer, in Österreich-Ungarn die national verschiedenen Völker gegen den Staat und seine Obrigkeit rebellischer waren. Aber es war nicht eine dezente, maßvolle, verfassungstreue Demokratie, wie man sie im Westen versteht, sondern eine jähe, stürmische, meuternde und verleugnende Demokratie, die sich in radikalen Forderungen, in zentrifugalen Bestrebungen, in Volksversammlungen und Demonstrationen, in einer anklagenden Beredsamkeit der Führer und in Schlägereien der Gefolgsleute austobte. Im Reiche Franz Josephs begann um die Jahrhundertwende ein Kampf aller gegen alle.»³ Es war im Parlament kaum mehr

99

eine Mehrheit zu finden, weil die Interessen der verschiedenen nationalistischen Parteigruppen gegeneinanderstanden. Immer häufiger mußten die Regierungen vom Artikel 14 der Verfassung (Vertagung des Parlaments und Ausnahmegesetzgebung) Gebrauch machen, um Verordnungen erlassen zu können. Wenn man bedenkt, daß die Beratungen in 24 Fraktionen mit 10 Sprachen vor sich gingen und die Nationalitäten-, Parteien- und Klassenproblematik hinzunimmt, ahnt man, wie hoffnungslos es war, Österreich in der Form des westlichen Parlamentarismus regieren zu wollen. Eine Rückkehr zum staatlichen Absolutismus der Ära *Metternich* (1815-1848) war unmöglich. Nicht unmöglich aber

wäre es gewesen, das Zusammenleben der verschiedenen Nationalitäten neu zu ordnen, so daß der «Reichsrat» (= das Parlament der österreichischen Reichshälfte) nicht zur Kampfstätte nationalistischer Demagogie entarten konnte. Die Voraussetzung dafür wäre allerdings die Beseitigung des österreichisch-ungarischen *Dualismus* und der Abbau der alten «Staatsrechte» zugunsten der verschiedenen Völkerrechte gewesen. Das heißt: man hätte es auf eine Auseinandersetzung mit den magyarischen Magnaten ankommen lassen müssen. Davor fürchtete man sich. Der Mangel an initiativen Gedanken war geradezu erschreckend, und so konnte das Prinzip des Taaffeschen «Weiterwurstelns» zum «Alpha und Omega österreichischer Staatskunst» werden, wie Graf Polzer-Hoditz es einmal ausgedrückt hat. Österreich bot politisch das Bild der inneren Zerfahrenheit. Der «Reichsrat» sank zum «Schauplatz einer systematischen Obstruktion durch die verschiedenen extremen Parteien deutscher und slawischer Zunge und zur Arena wüster Tumultszenen herab».⁴ Da die führenden Politiker keinen Ausweg wußten, neigten sie dazu, alles beim alten zu lassen. «Daraus hat sich jener hochmütige, skeptische, alles verneinende und jede impulsive Regung höhnisch bemitleidende Zug entwickelt, der für die österreichischen Staatsmänner von Ansehen geradezu typisch geworden war.»⁵ Auf diese Weise hat sich Österreich vor dem Ersten Weltkrieg den Weg zu einer Neuordnung seiner inneren Verhältnisse verbaut. Was eigentlich hätte geschehen müssen, wagte niemand auch nur zu denken, nicht einmal Erzherzog Franz Ferdinand mit seinem «Trialismus», der sich ja noch immer in den Bahnen des staatsrechtlichen Denkens bewegte. Es wäre darauf angekommen, daß Österreich die Initiative zur *Befreiung* der Süd- und Westslawen aus dem Zustand der Unterdrückung ergriffen hätte, wie es *Rudolf Steiner* noch 1917 der Wiener Regierung empfohlen hat. «Diese Befreiung», heißt es in seinem Memorandum,

100

«Diese Befreiung kann nur unter dem Gesichtspunkt der Autonomisierung aller Zweige des Volkslebens vor sich gehen, welche das nationale Dasein und alles was damit zusammenhängt betreffen. Man darf eben nicht zurückschrecken vor der völligen Freiheit im Sinne der Autonomisierung und Föderalisierung des Volkslebens. Diese Föderalisierung ist vorgebildet im deutschen bundesstaatlichen Leben, das gewissermaßen das von der Geschichte vorgebildete Modell ist für dasjenige, was in Mitteleuropa fortgebildet werden muß bis zur völligen föderalistisch-freiheitlichen Gestaltung aller derjenigen Lebensverhältnisse, die ihren Impuls in dem Menschen selber haben, also nicht unmittelbar, wie die militärisch-politischen, von den geographischen und, wie die wirtschaftlichen, von den geographisch-opportunistischen Verhältnissen abhängig

sind. Die Gestaltung dieser Verhältnisse wird nur dann in gesunder Weise erfolgen, wenn das Nationale aus der Freiheit, nicht die Freiheit aus dem Nationalen entbunden wird. Strebt man statt des letzteren das erstere an, so stellt man sich auf den Boden des weltgeschichtlichen Werdens. Will man das letztere, so arbeitet man diesem Werden entgegen und legt den Grund zu neuen Konflikten und Kriegen.»

Das ist dann nach dem Ersten Weltkrieg geschehen.

Der zweifellos jämmerliche Zustand des österreichischen Parlamentarismus verführt den nur politisch denkenden Historiographen leicht dazu, eine sehr trübe Darstellung der Vorkriegsverhältnisse in Österreich zu geben. Andererseits lebt in vielen Menschen auch heute noch das Bild des ewig heiteren, sorglosen Wiens der Praterbelustigungen und Hofburgfeste fort. Mit Recht erinnert uns deshalb *Wilfried Daim* daran, daß es in der Vorkriegszeit nicht nur ein vom Parteienhader zerrissenes oder gar zu unbeschwertes Österreich gab, sondern auch ein ganz anderes. Der bekannte Wiener «Linkskatholik» und Begründer des Instituts für politische Psychologie schreibt 1958 im Rückblick auf jene Zeit⁷:

«So merkwürdig es scheinen mag, aber das Österreich, insbesondere das Wien der Jahre und Jahrzehnte knapp vor dem Ersten Weltkrieg war außerordentlich fruchtbar und voller Hintergründe, die allerdings vor den vor allem für Deutschland gemachten Kitschfilmen, die Wien als Vorort von Grinzing darstellen, völlig zu verschwinden drohen. Und doch verdankt die Welt dieser Epoche sehr viel. Die Rassen- und Völkermischung in Wien, die außerordentliche Zahl von Juden in dieser Stadt, machten ihre psychologischen Verhältnisse äußerst

101

kompliziert. Hier wurden Probleme aufgeworfen, die in der gleichen Art nirgends anzutreffen waren. Und dieses Klima, aus verschiedenartigsten Einflüssen gemixt, rief auch zu Lösungen auf, zeigte Probleme in durchdringender Schärfe auf. Das balancierende Lavieren der Diplomaten schärfte die Anpassungsfähigkeit der österreichischen Menschen ... Das Österreich Kafkas, Kubins, Rilkes, Hofmannsthal's, Koschka's, das Freuds und seiner Schüler, Trakls, Werfels, Schnitzlers und — nicht zu vergessen — das Karl Kraus', von dem ein nicht geringer Teil der modernen Journalistik lebt, hat sicherlich viel zur geistigen Erfahrung der Welt beigetragen.»

Ob man nun diese Namen nennt oder andere (weniger «prominente», aber vielleicht um so bedeutendere), die Grunderkenntnis Daims bleibt gleichwohl bestehen: Die Welt

verdankt diesem Österreich sehr viel. Es hat Menschen hervorgebracht, die auf wissenschaftlichem und künstlerischem Gebiet Hervorragendes leisteten, aber auch solche, die auf völlig neue Weise hinter dem Wesen der äußeren Erscheinungen die tieferen Kräfte erkannten. Freilich lagen auch in der von sozialen Unruhen und nationaler Agitation erschütterten Donaumonarchie die Keime des künftigen Unheils, dem Mitteleuropa entgegenging, als es nach dem Kriegsende nicht die Kraft zur Sinneswandlung und den Mut zur Umkehr von einem Weg fand, der sich als Irrweg mitteleuropäischer Geschichte erwiesen hatte. Wilfried Daim sieht sich deshalb auch gezwungen, seiner — berechtigten — Lobpreisung Österreichs die Worte hinzuzufügen: «In diesem Österreich, das die kommende Tragik in seinen subtilen Vertretern spürte, war die Synthese so sehr Aufgabe, und doch kam die Zeit, die so durchaus analytisch dachte, dem nicht entgegen. Die gleiche Situation, die einerseits zu großartigen Leistungen anspornte, zu Enthüllungen und Tiefenlotungen, die gleiche Situation ließ auch den Totalitarismus keimhaft wachsen.»

Das Bewußtsein, in einer Zeitenwende zu leben, mußte den Wunsch nach einer völligen Veränderung der bestehenden Verhältnisse wecken. Dieses Bewußtsein war nicht auf Österreich beschränkt, es war mindestens ebenso stark in Deutschland vorhanden wie auch in anderen europäischen Ländern. Die Arbeitermassen lebten in der Erwartung des Zusammenbruchs der bürgerlichen Gesellschaft und hofften auf den Sieg der kommenden Weltrevolution. Die feinnervigsten Vertreter des Bürgertums erkannten ihrerseits mit dem geschärften Blick der politischen Ketzer die ganze Brüchigkeit der herrschenden Ordnung und wurden zu den erbittertsten Kritikern ihrer eigenen Herkunft, ihres

102

Milieus, ihrer Klasse. Es sei hier nur an *Hilaire Belloc*, *Bernard Shaw* und *Gilbert K. Chesterton* erinnert, an *André Gide* oder auch an *Wladimir S. Solowjew*.

In Deutschland sind es Männer wie *Maximilian Harden* und die Leute um den «*Simplizissimus*», die den Kampf gegen die korrumpierten und geistlosen, aber immer noch mächtigen Kreise in Staat und Gesellschaft aufnehmen. Selbst *Walther Rathenau* (1867-1922), seinem Lebensgefühl nach ein Repräsentant des Großbürgertums par excellence, legte vor dem Ersten Weltkrieg in brillanten Essays seine Auffassung über die unabwendbare Umwälzung aller gesellschaftlichen Verhältnisse dar.⁸

In Österreich, der «Probestation des Weltuntergangs», aber nahm die Empfindung, an der Schwelle einer neuen Zeit zu stehen, eine ganz besondere Färbung an. Der erst nach seinem Tode zu

europäischem Ruhm gelangte österreichische Schriftsteller *Robert Musil* (1880-1942) hat in seinem unvollendet hinterlassenen Roman «Der Mann ohne Eigenschaften»⁹ eine ausgezeichnete Beschreibung jener Geisteshaltung gegeben, die sich im Wien der Vorkriegszeit auszubreiten begann:

«Die geistigen Menschen waren nicht befriedigt ... Ihre Gedanken kamen niemals zur Ruhe und gewahrten den ewig wandernden Rest aller Dinge, der nirgends in Ordnung kommt. So waren sie schließlich überzeugt, daß die Zeit, in der sie lebten, zu seelischer Unfruchtbarkeit bestimmt sei und nur durch ein besonderes Ereignis oder durch einen ganz besonderen Menschen davon erlöst werden könne. Auf diese Weise entstand damals unter den sogenannten intellektuellen Menschen die Beliebtheit der Wortgruppe Erlösung. Man war davon überzeugt, daß es nicht mehr weitergehe, wenn nicht bald ein Messias komme. Das war je nachdem ein Messias der Medizin, der die Heilkunde von den gelehrten Untersuchungen erlösen sollte, während deren die Menschen ohne Hilfe krank werden und sterben; oder ein Messias der Dichtung, der imstande sein sollte, ein Drama zu schreiben, das Millionen Menschen in die Theater reißen und dabei von voraussetzungslosester geistiger Hoheit sein sollte; und außer dieser Überzeugung, daß eigentlich jede einzelne menschliche Tätigkeit nur durch einen besonderen Messias sich selber wieder zurückgegeben werden könne, gab es natürlich auch noch das einfache und in jeder Weise unzerfaserte Verlangen nach einem Messias der starken Hand für das Ganze.»

Es war nicht nur eine Fin-de-siècle-Stimmung, die dieses psychische Unbehagen erzeugte. Wie überall, so spürte man auch in Österreich,

103

daß sich *gewaltige Veränderungen in der Menschheit* vollzogen, die ein *neues Weltverständnis* erfordert hätten. Aber man war ratlos und wußte nicht, worin das Neue eigentlich bestand. Die bahnbrechenden naturwissenschaftlichen Entdeckungen lösten die glatten Formeln der Philosophie des späteren 19. Jahrhunderts auf. Das mechanistisch-materialistische Weltbild wurde erschüttert, doch umgestoßen wurde es noch nicht. Der Zwang zum Um- und Neudenken war vorhanden, allein man wußte nicht, in welche Richtung das neue Denken sich bewegen sollte, und der Durchschnittsgebildete war nicht in der Lage, den Bewußtseinswandel mitzuvollziehen, der sich durch die anderen Dimensionen der technisch-naturwissenschaftlichen Entwicklung und aus dem Werden der Industriegesellschaft ergab: 1895 stellte *Lorentz die Elektronentheorie auf*, entdeckte *Röntgen die X-Strahlen*, veröffentlichte *Gustave Le Bon* seine «*Psychologie der*

Massen», die den gesetzmäßigen Verschmelzungsprozeß der atomisierten Individuen zu einer lenkbaren Quantität beschrieb; 1896 kam *Becquerel* der *Radioaktivität auf die Spur*; 1898 entdeckte *Madame Curie* gemeinsam mit ihrem Gatten das *Radium* und *Dewar* gelang die *Verflüssigung des Wasserstoffgases*; 1900 bestaute die Welt die erste *Zeppelinfahrt*, leistete der Theologe *Harnack* mit seinem Buch über das «*Wesen des Christentums*» der Verwässerung alter Glaubensweisheiten und somit der Ausbreitung des praktischen Atheismus Vorschub, schrieb aber auch *Solowjew* seine «*Drei Gespräche*» nieder, die den Einbruch einer anderen Wirklichkeit in das menschliche Geschehen und den Untergang Europas voraussehen. Im gleichen Jahre 1900 veröffentlichte *Sigmund Freud* seine Arbeit über die «*Traumdeutung*, und *Max Planck* trat mit der *Quantentheorie* hervor; 1901 gelang es *Marconi*, die erste drahtlose Verbindung über den Ozean herzustellen; 1903 konnten die *Brüder Wright* sich zwölf Sekunden lang mit einem *Motorflugzeug in der Luft halten*, schon sechs Jahre später überflog *Blériot* bereits den Ärmelkanal; 1904 malte *Pablo Picasso* die «*Absinthtrinkerin*»; 1905 veröffentlichte *Einstein* seine erste Arbeit über die *Relativitätstheorie*.

Wenn man aus der Fülle der — unpolitischen — Ereignisse jener Jahre nur diese wenigen herausgreift, so versteht man, weshalb die Gedanken der Menschen «niemals zur Ruhe kamen und den ewig wandernden Rest aller Dinge» wahrnahmen, «der niemals zur Ruhe kommt». Der Mensch war aufgefordert, die bisherigen Grenzen der Erkenntnis zu überschreiten. Er suchte auf dem schwankenden Boden seiner geistigen Existenz nach irgendeinem Halt und hätte ihn doch nur in sich selber finden können.

104

Antisemitismus

In *Wien*, der Stadt des brodelnden Sprachen- und Völkergemisches, mußte die geistige Nervosität besonders stark empfunden werden — von den innenpolitischen Schwierigkeiten der Donaumonarchie ganz abgesehen. Letztere aber bedingten, daß der Wunsch nach «*Erlösung*» durch einen «*Messias der starken Hand*» in einigen extrem-nationalistischen Gruppen unter den Deutschösterreichern laut wurde. Das Gefühl der allgemeinen geistigen Unsicherheit wurde innerhalb dieser Gruppen in das nur Politische umgebogen und in einer kolossalen Vereinfachung auf die Unstimmigkeiten im Innern des österreichisch-ungarischen Reiches reduziert. Die Deutschen fühlten sich durch das rein zahlenmäßige Anwachsen des slawischen Bevölkerungsanteils in der Donaumonarchie aufs höchste beunruhigt, fürchteten um ihren Einfluß auf das Staatsganze und reagierten ihre Besorgnis in einem «*deutsch-nationalen*» Protest ab, der sich manchmal auch mit einem

wütenden antislawischen Fanatismus paarte. Die große Zahl jüdischer Literaten, Publizisten, Ärzte, Anwälte, Theaterleute und Wissenschaftler aller Art, die in Wien anzutreffen war, gab einigen politischen Gruppierungen zudem auch noch Anlaß, einen neiderfüllten, affektgeladenen *Antisemitismus* auf der Grundlage der oberflächlichen Rassenlehre des französischen *Grafen Gobineau* zu propagieren.¹⁰

Man glaubte in diesen Kreisen, den Weg zur «Erlösung» gefunden zu haben: Zerschlagung der durch die slawischen Elemente belasteten Donaumonarchie, Stärkung des «Deutschtums» durch den Anschluß aller Deutschen Österreichs an das Hohenzollernreich und Kampf gegen die «jüdische Rasse», den Todfeind des «Germanentums» und der deutschen Kultur.

Die politische Bedeutung dieser «Alldeutschen» im Österreich der Vorkriegszeit war nur sehr gering. Sie kamen auch im Parlament kaum zum Zuge und verscherzten sich durch ihr randalierendes Auftreten sogar viele ihrer ursprünglichen Anhänger. Unter den unzufriedenen und nach einer Wegweisung suchenden jungen Intellektuellen, vor allem unter den Studenten der schlagenden Verbindungen, fanden aber ihre Gedanken zeitweise einen erstaunlichen Widerhall. «Zur Zeit, als ich das Staatsgymnasium in Graz besuchte, stand der deutschnationale Abgeordnete Georg Schönerer am Höhepunkt seines hochverräterischen Treibens», erzählt der kaisertreue Graf Polzer-Hoditz in seinem Erinnerungsbuch.¹¹ «Sein politisches Glaubensbekenntnis, jenes Gemisch von Bismarckverehrung, Sehnsucht nach der Herrschaft der Hohenzollern, Wodans- und anderem heidnischen, antichristlichen Götzenkult,

105

galt in Grazer Bürgerkreisen und in der Studentenschaft als Evangelium.»

Dennoch ist diese Richtung in Österreich eine politische Modeerscheinung geblieben, die sich nicht durchgesetzt hat. Sie sollte erst durch die Verpflanzung nach Deutschland zu ihrer verhängnisvollen Auswirkung kommen.

Untersucht man die Gedankengänge dieser österreichischen «Alldeutschen»,¹² so wird einem sehr schnell deutlich, daß hier die allgemeine Erlösungssehnsucht zu einem Rückfall in alte Geistes- und Seelenverfassungen geführt hat, die zu überwinden aber nun gerade die Aufgabe der neuen Zeit gewesen wäre. An der Wegscheide zweier Zeitalter angekommen und vor die Frage einer Neugestaltung aller Lebensverhältnisse gestellt, wollten sie die Zukunft mit den überlebten Denkformen der Vergangenheit bewältigen. Suchten die slawischen Völker in der Donaumonarchie im Kampf um ihre nationalen Rechte letztlich nach der Freiheit des Menschen, so erfüllten sich die nationalistischen Alldeutschen mit

Vergangenheitsimpulsen, denen naturgemäß die Unfreiheit und Gebundenheit der menschlichen Existenz innewohnte.

Im mitteleuropäischen Raum und speziell in Österreich begann man in einem Augenblick den *Kult des Blutes und der Rasse* zu entwickeln, wo die großen technischen Errungenschaften, die Entdeckungen der Naturwissenschaften und die einschneidenden sozialen Veränderungen in der menschlichen Gesellschaft ein weltweites Ausmaß erreichten und gebieterisch nach der Überwindung der nationalen Egoismen zugunsten des Werdens einer neuen Menschheitskultur verlangten. Die Betonung der Blutzusammenhänge und der Rassenreinheit hatten in der Menschheitsgeschichte einmal ihren positiven Sinn, den man im Zeitalter der ägyptischen, babylonischen, hebräischen, ja noch in der griechischen Kultur walten sehen kann. Am Ende des 19. Jahrhunderts aber auf die aus vorchristlichen Zeiten stammenden Geschichtskräfte zurückzugreifen hieß, den Menschheitsfortschritt hemmen, jede höhere Vernunft leugnen und den klaren Verstand zugunsten dumpfer Triebe und Leidenschaften entthronen zu wollen.

Der Kult des Blutes und der Rasse blieb im Österreich der Vorkriegszeit nur auf kleine, einflußlose Gruppen beschränkt. Aber es wurde eine Saat gelegt, die nach dem Ende des Ersten Weltkrieges ihre entsetzlichen Früchte tragen sollte.

106

Georg Ritter von Schönerer (1842-1921) war der Wortführer der antisemitischen «Alldeutschen» in Österreich. Er wurde 1873 Reichs-ratsabgeordneter und agitierte vornehmlich in den kleinbürgerlichen Bevölkerungsschichten, die durch die industrielle Entwicklung deklassiert worden waren. Ihnen wurde die sozialistische Arbeiterbewegung ebenso wie die jüdische Geschäftswelt als Hauptgegner dargestellt, ja als Urheber der ganzen Misere ihres Standes. Hier klingt schon die Koppelung von «Marxismus und Judentum» an, auf die dann der Nationalsozialismus zurückgreifen konnte. Schönerer gründete verschiedene Vereine, die sich samt und sonders seinen radikalen Losungen verschrieben. Als er 1888 gewaltsam in die Redaktionsräume einer «jüdischen» Zeitung (des «Neuen Wiener Tagblattes») eindrang, wurde er für diesen Überfall mit vier Monaten Kerkerhaft und dem Verlust seines Adelstitels bestraft. Schönerer war das Haupt der «Deutschen Arbeiterpartei» und gab von 1890 bis 1912 die Zeitschrift «*Unverfälschte deutsche Worte*» heraus, die gründlich zu untersuchen sich lohnen würde, wenn man den Ursprüngen des Nationalsozialismus auf die Spur kommen will.

Ein antisemitischer Gesinnungsgenosse Schönerers war der Rechtsanwalt *Karl Lueger* (1844-1910), der mit dem Ruf «Nieder mit den Juden!» für seine *christlich-soziale Partei* im Wiener

Gemeinderat die Mehrheit und schließlich für sich selbst das Bürgermeisteramt gewinnen konnte (1897). Lueger kämpfte gegen die Liberalen, aber auch gegen die Altklerikalen, und versprach eine neue «Zunftordnung» zum Schutze des gewerblichen Mittelstandes gegen die Konkurrenz der großen Industriebetriebe einzuführen. Sein Antisemitismus war konfessionell gefärbt und hörte für ihn auf, wenn ein Jude sich taufen ließ.¹³

Über diesen Lueger konnte man im «Magazin für Literatur» (Jahrgang 1898, Nr. 47) lesen: In Wien «gibt es einen Redner, der es vermag, die Leute durch Worte zu beherrschen, daß sie ihm zustimmen. Die es tun, haben den Redner deshalb zum Bürgermeister gemacht. Er heißt Lueger. Er hat diejenigen in seiner Gewalt, gegen deren Haupteigenschaft die ältesten Götter selbst vergebens kämpfen.» Der Verfasser dieser geistreichen Kritik an dem populären Wiener Demagogen ist Rudolf Steiner. Zu den Bewunderern Luegers, vor allem aber Schönerers gehörte ein junger, halb verwahrloster Kleinbürgersohn aus dem oberösterreichischen Waldviertel, der im Jahre 1907, achtzehnjährig, nach Wien gekommen war und sich dort als Hilfsarbeiter durchschlug:

Adolf Hitler.

Im Rückblick auf seine «Wiener Lehrjahre» schrieb Hitler später in
107

„Mein Kampf»: «Wien war und blieb für mich die schwerste, wenn auch gründlichste Schule meines Lebens. Ich hatte diese Stadt einst betreten als ein halber Junge noch und verließ sie als still und ernst gewordener Mensch. Ich erhielt in ihr die Grundlagen für eine Weltanschauung im großen und eine Betrachtungsweise im kleinen, die ich später nur noch im einzelnen zu ergänzen brauchte, die mich aber nie mehr verließen.»¹⁴ Wie sahen nun die «Grundlagen» dieser Weltanschauung aus?

Von Schönerer lernte er den Judenhaß «als einen Grundpfeiler des nationalen Gedankens, als Hauptbeförderungsmittel echt volkstümlicher Gesinnung» betrachten; Karl Lueger war für ihn «der gewaltigste deutsche Bürgermeister aller Zeiten» denn was dieser in Wien geleistet habe, sei «im besten Sinne unsterblich», und hätte er «in Deutschland gelebt, würde er in die Reihe der großen Köpfe unseres Volkes gestellt worden sein; daß er in diesem unmöglichen Staate wirkte, war das Unglück seines Werkes und seiner selbst»: Hitler haßte den österreichischen Nationalitätenstaat: «Der Gedanke, daß dieser Staat noch längere Zeit zu halten wäre, erschien mir geradezu lächerlich», und: «Da mein Herz niemals für die österreichische Monarchie, sondern immer nur für ein Deutsches Reich schlug, konnte mir die Stunde des Zerfalls dieses Staates immer nur als der Beginn *der Erlösung* der deutschen Nation

erscheinen.» Wie Schönerer sehnte er den «Anschluß an das gemeinsame Vaterland» herbei und wollte alle Deutschen in einem Reich vereinigt sehen. Österreich war für ihn immer nur die «Ostmark» dieses Reiches. «Widerwärtig» war ihm das «Rassenkonglomerat, das die Reichshauptstadt zeigte, widerwärtig dieses ganze Völkergemisch von Tschechen, Polen, Ungarn, Ruthenen, Serben und Kroaten usw., zwischen allem aber — als ewiger Spaltpilz der Menschheit — Juden und wieder Juden. Mir erschien diese Riesenstadt als die Verkörperung der *Blutschande*.»¹⁵

Hitler erwähnt sowohl Schönerer als auch Lueger sehr ausführlich auf den ersten 140 Seiten seines Buches, hat er doch von dem einen das alldeutsche Programm und von beiden den Antisemitismus übernommen. Den Mann aber, der von weitaus größerem Einfluß auf ihn war und ihm die «Grundlagen für seine Weltanschauung im großen und seine Betrachtungsweise im kleinen» geliefert hat, so daß er sie «später nur noch im einzelnen zu ergänzen brauchte», nennt er nicht. Es war

108

dies ein entlaufener Mönch aus dem Zisterzienserstift Heiligenkreuz im Wienerwald, der sich später Jörg *Lanz von Liebenfels* nannte, obwohl er weder Georg (Jörg) hieß noch adliger Herkunft war, sondern als Sohn eines Wiener Lehrers den schlichten Namen Lanz trug.¹⁶

Lanz von Liebenfels

Dieser Lanz ist eine der merkwürdigsten Gestalten des österreichischen Geisteslebens der Vorkriegszeit, auf den aufmerksam gemacht zu haben das Verdienst des Wiener Soziologen *Prof. A. M. Knoll* ist.¹⁷ Man kann Lanz mit der Bezeichnung «*skurriler Sektierer*» abtun,» aber dann macht man sich die Sache doch allzu leicht. Lanz war eher, um mit *Friedrich Heer*¹⁹ zu reden, ein «Mann des europäischen Untergrundes», dessen Bedeutung für die psychopathologische Weiterentwicklung der Rassenideologie in Mitteleuropa nicht unterschätzt werden sollte. Immerhin war Lanz mit *Strindberg* befreundet, kannte *Lenin* persönlich, zählte vermutlich auch *Lord Kitchener* zu seinen Anhängern und konnte sich rühmen, von *Karl Kraus* einer ennsthaften Auseinandersetzung gewürdigt zu werden. Er unterhielt freundschaftliche Beziehungen zu *Carl Peters*, der für Deutschland die Kolonie Ostafrika erwarb, und durfte *Gustav Simons* (den Erfinder des «Simonsbrot») zu seinen Schülern und Mitstreitern rechnen. Lanz gab nach seinem Klosteraustritt eine Zeitschrift heraus, die sich «*Ostara*» nannte, und gründete in Österreich, Deutschland und Ungarn mehrere «Ordensburgen» für den von ihm ins Leben gerufenen Geheimbund «Neutempler» (ein pseudo-christlicher Orden, der rassenpolitische und rassenreligiöse Ziele

verfolgte und heute noch existiert!). «Der Orden des Neuen Tempels» sollte nach dem Willen seines Stifters eine «freireligiöse Reinzucht- und Rassenkultgemeinde» sein und wie die Zeitschrift «Ostara» den «Sinn für die Heiligkeit des Blutes und der Vererbungsgesetze fördern». Innerhalb des Ordens kannte man die Hakenkreuzsymbolik, veranstaltete kultische Feiern, und ein «Bibliomystikon oder die Geheimbibel der Eingeweihten» (insgesamt 10 Bände) waren für alle Mitglieder verbindlich. Ein nächtliches Traumgesicht von einem mittelalterlichen Tempelritter, das Lanz noch als Zisterziensermönch im Kloster von Heiligenkreuz gehabt hat, gab ihm, wie er selbst mitteilte, den Anstoß zur Bildung einer neuen Weltanschauung. Liquidierung der «Minderrassigen» und Emporzüchtung eines reinen Heldengeschlechts «arischer» Menschen war der Inhalt der Lanzschen Lehre.

Wilfried Daim hat überzeugend nachgewiesen, daß der junge Hitler in Wien die «Ostara»-Groschenhefte in die Hand bekam. Sie waren

109

damals weit verbreitet. Man konnte sie in der Tabaktrafik an der nächsten Ecke kaufen. Im Jahre 1909 *suchte Hitler Lanz persönlich auf* und führte mit ihm ein Gespräch, über das wir aber nur sehr wenig wissen. Lanz nennt 1932 in einem Brief an einen seiner «Templeisen» Hitler «unseren Schüler» und prophezeit, daß «er und dadurch auch wir siegen und eine Bewegung entfachen werden, die die Welt erzittern macht». In der «Zeitschrift für Menschenkenntnis und Rassenschicksal», die eine Fundgrube für die Geschichte der sogenannten völkischen Bewegung in Deutschland ist, schrieb Lanz schon 1926: «Der böse Bann weicht, schon zeigen sich die Umrisse einer neuen, ariosophischen, ariochristlichen Internationale: Der Faschismus in Italien, die erwachenden Ungarn, die spanischen Faschisten, die nordamerikanischen Ku-Klux-Klan und zum Schluß die von der Ariosophie direkt ausgegangene Hakenkreuz-Bewegung in Deutschland.»

Die «Ariosophie» des Lanz ist ein klar durchkonstruiertes System der «Rassenhygiene», in der sich Sätze finden wie: «Die sozialistisch-bolschewistische Urmenschenrasse hat uns die Mundschaft gekündigt. Gut, kündigen wir ihr *Wohltätigkeit und Humanität*. Sie wollen den Klassenkampf, sie sollen den Rassenkampf haben, Rassenkampf von unserer Seite bis aufs *Kastrationsmesser*.»

Mit den Begriffen «Klassenkampf» und «Rassenkampf» hat Lanz nicht nur den *grundlegenden Unterschied zwischen Bolschewismus und Nationalsozialismus* gekennzeichnet, er hat auch die totale Inhumanität des letzteren mit offenem Zynismus enthüllt. Es lassen sich bei Lanz ungefähr alle Merkmale der spezifisch nationalsozialistischen «Weltanschauung» feststellen. Hitler brauchte die Lanzschen Ideen tatsächlich nur noch «im einzelnen zu

ergänzen». Das ist dann unter Mithilfe von *Karl Haushofer* *geschehen*, dem Professor für «Geopolitik», Asienreisenden und Mitglied okkultur Vereinigungen («Vril-Gesellschaft», «Thule-Gesellschaft»), der Hitler während seiner Landsberger Festungshaft häufig besucht hat.

Es ist und bleibt rätselhaft, wie der ungebildete und unbelesene Hitler, der nicht einmal die Orthographie beherrschte und alles andere als ein versierter Schriftsteller war, in wenigen Monaten ein derartig dickleibiges Elaborat wie «Mein Kampf» verfassen konnte. Wir wissen, daß *Rudolf Heß*, Mitglied der «Thule-Gesellschaft» und Schüler von Karl Haushofer, nach dem mißglückten Putsch vom 9. November 1923 freiwillig die Festungshaft mit Hitler teilte. Er war von Österreich, wohin er nach dem Putsch geflohen war, zurückgekehrt und nahm die

110

über ihn verhängte Haft auf sich, um Hitler als Sekretär dienen zu können. Auf der alten Festung Landsberg — hoch über dem Lech — bewohnte Hitler ein Zimmer mit herrlicher Aussicht und konnte so viele Besucher empfangen, wie er wollte.²⁰ Karl Haushofer, der durch Heß mit Hitler in Kontakt gekommen war,²¹ erschien regelmäßig in Landsberg, führte stundenlange Gespräche mit Hitler und dürfte ihm dabei Theorien über den Werdegang der Menschheit entwickelt haben, die sich in seinen eigenen wissenschaftlichen Studien über politische Geographie (Geopolitik) nur sehr äußerlich niedergeschlagen haben. Haushofer, der über die Welt und das Dasein des Menschen mehr wußte, als er in seinen Vorlesungen an der Münchener Universität und in seinen Veröffentlichungen zu erkennen gab, hat auf den damals 35jährigen Hitler zweifellos einen starken Einfluß ausgeübt. Doch läßt sich darüber vorerst noch nichts Genaueres sagen. Eine Ahnung von dem Geschehenen vermittelt uns aber Haushofers Sohn, *Albrecht Haushofer*, der einen anderen Weg als sein Vater ging, nach dem 20. Juli 1944 verhaftet und am 23. April 1945 — als die Russen sich bereits der Stadtmitte Berlins näherten — von der SS zusammen *mit* etwa zwanzig anderen Widerstandskämpfern ermordet wurde. Bei dem Toten, den die SS hatte liegenlassen, fand man später ein Heft mit Gedichten aus dem Gefängnis, die «Moabiter Sonette».²² Eines dieser erschütternden Sonette lautet:

Der Vater

*Ein tiefes Märchen aus dem Morgenland
erzählt uns, daß die Geister böser Macht
gefangen sitzen in des Meeres Nacht,
versiegelt von besorgter Gotteshand,*

*bis einmal im Jahrtausend wohl das Glück
dem einen Fischer die Entscheidung gönne,*

*der die Gefesselten entsiegeln könne,
wirft er den Fund nicht gleich ins Meer zurück.*

*Für meinen Vater war das Los gesprochen.
Es lag einmal in seines Willens Kraft,
den Dämon heimzustoßen in die Haft.*

111

*Mein Vater hat das Siegel aufgebrochen.
Den Hauch des Bösen hat er nicht gesehn.
Den Dämon ließ er in die Welt entwehn.*

Karl Haushofer (der 1946 Selbstmord verübte) hat durch seine Gespräche auf der Festung Landsberg Hitler Thesen unterbreitet, die sich in dessen krankhaft visionärem Gemüt²³ mit den in der Wiener Zeit erworbenen Vorstellungen sofort zu einer «Weltanschauung» verwoben. Wie in einem rauschhaften Zustand diktierte Hitler nach den Besuchen Haushofers Kapitel für Kapitel von «Mein Kampf» Rudolf Heß in die Feder. *Heß, Josef Czerny* und der ehemalige Pater *Bernhard Stempfle*, den Hitler später ermorden ließ, bemühten sich, etwas Ordnung in die verworrenen und sprunghaften Gedanken ihres «Führers» zu bringen und das konfuse Manuskript druckreif zu machen. (Es sei hier nur am Rande vermerkt, daß das unlesbare, von unbeweisbaren Behauptungen strotzende und in erbärmlichem Stil geschriebene Buch insgesamt eine Auflage von 9 840 000 Exemplaren erreichte.)

Hitler hat in «Mein Kampf» weder Haushofer noch Lanz erwähnt. Vielleicht war Haushofer gar nicht daran gelegen, von Hitler genannt zu werden. Daß aber Lanz, der mit seiner «Ariosophie» den jungen Hitler in den Bann geschlagen hatte, von diesem mit Schweigen übergangen wurde, kann seinen Grund nur in Hitlers Ehrgeiz gehabt haben, als originaler Denker betrachtet werden zu wollen. Hitler hat sich vielleicht auch selber vorgemacht, daß er aus eigener Kraft zu seinen «Erkenntnissen» gelangt sei. Ohne Zweifel aber hat der geheimnisumwitterte «Jörg Lanz von Liebenfels» für Hitler die Fundamente gelegt, auf denen er weiterbauen konnte. Er lieferte dem künftigen Diktator Deutschlands jenes verzerrte Menschenbild, das in Wahrheit das *Gegenbild* dessen war, was das 20. Jahrhundert vom Menschen wissen sollte und konnte.

Merkwürdig ist nun allerdings, daß die Lehre des Lanz in Österreich weit weniger wirksam wurde als in Deutschland. «Lanz und seine Gruppe bedeutete in Österreich eine Gruppe komischer Sonderlinge, deren Spaß man zeitweise mitmachte, ihn aber sonst nicht ernst nahm», meint Wilfried Daim. «Man erkannte die Gefährlichkeit dieser Ideologie nicht. Man konnte doch das Liquidieren-Wollen nicht recht ernst nehmen. Hätte es nur Österreich gegeben, dann hätte das wohl auch gestimmt ...»

Auf die Frage, warum «der Mann, der Hitler die Ideen gab», durch

den deutschen Nationalsozialismus zu einer so verhängnisvollen Wirkung kommen konnte, hat *A. M. Knoll* mit der vielleicht sehr knappen, aber doch zutreffenden Formulierung geantwortet: «Der Nationalsozialismus ist jene Bewegung, die das preußische Schwert der österreichischen Narretei zur Verfügung gestellt hat.»

Es bedurfte jedoch des Ersten Weltkrieges und des Zusammenbruchs der Mittelmächte, ehe dieses geschehen konnte. War aber der Zusammenbruch unvermeidlich? Die Entscheidung darüber fiel im Jahre 1917.

Das Epochenjahr 1917

Das Jahr 1917 ist ein Epochenjahr der Geschichte. Es wurde von zwei ereignisschweren Tatsachen bestimmt, in deren Nachwirkung wir heute noch stehen: dem Obergreifen *der USA nach Europa* und dem *Sieg des Bolschewismus in Rußland*. Nicht der Ausbruch des Ersten Weltkrieges 1914 oder sein Ende 1918, nicht die Machtergreifung Hitlers 1933 oder das Jahr 1945 kennzeichnen den Beginn eines Epochenwandels. Er vollzog sich 1917, als sich erwies, daß Europas Geschicke von Entscheidungen abhingen, die nicht mehr in «Kerneuropa» gefällt wurden, sondern bei den beiden «Flankenmächten» des alten Kontinents lagen.¹ Im Jahre 1917 scheiterten alle Versuche Europas, von sich aus zu einer Friedensregelung zu gelangen und eine Neuordnung seiner Verhältnisse vorzunehmen. *Die Vereinigten Staaten von Amerika* konnten infolgedessen in den Krieg eintreten, und sie taten das mit dem Anspruch, Schiedsrichter in allen internationalen Streitfragen und Lehrmeister einer neuen Weltordnung zu sein. Zu gleicher Zeit machte *Rußland* sich auf, «die Geschichte Osteuropas nach seiner Art neu zu schreiben.»² Rußland und die USA, zwei kontinentweite Imperien, deren historische Wurzeln in Europa lagen und die doch im wesentlichen nicht «europäisch» geprägt waren, sind seit 1917 zu den wichtigsten Faktoren in der internationalen Machtpolitik geworden.

Die Bedeutung, die der Kriegseintritt der USA und die russische Revolution für die weitere Entwicklung haben sollten, wurde freilich erst 28 Jahre später deutlich, als sich in Torgau an der Elbe sowjetische und amerikanische Soldaten über den Trümmern Europas die Hände reichten. Der Zusammenbruch des europäischen Staatensystems, das Verschwinden der europäischen Mitte und die Teilung Europas in eine östliche (russische) und westliche (amerikanische) Herrschaftssphäre, sind die *Folge* der welthistorischen Geschehnisse des Jahres 1917. Bis

114

1914 war Europa der Mittelpunkt der Weltpolitik. Die vier oder fünf großen Mächte seines Staatensystems hatten in den vergangenen Jahrhunderten untereinander Kriege geführt, Grenzen verändert und sich in wechselnden Koalitionen zum Kampf gegen die jeweils stärkste von ihnen verbündet. In den Friedensschlüssen, die diesen Machtkämpfen folgten, wurde das «europäische Gleichgewicht» stets wieder eingependelt, zuletzt im Wiener Kongreß von 1815. Damals nahm man Frankreich, gegen dessen Vormachtstreben sich ganz Europa zusammengeschlossen hatte, selbstverständlich wieder

in das «europäische Konzert» auf. Man isolierte es nicht, man begrenzte nur seine Möglichkeiten, einen neuen Hegemonialkampf zu entfesseln. Das Staatensystem, das auf dem Vorhandensein mehrerer gleich starker Mächte beruhte, trat wieder in Funktion. Erst nach 1914 fand man nicht mehr den Weg zu einer Friedensordnung in Europa, die den Sieger in Schranken hielt und den Besiegten vor einer gefährvollen Isolierung bewahrt hätte. Das ist zum großen Teil darauf zurückzuführen, daß eine *außereuropäische* Macht — die USA — die militärische Entscheidung herbeiführte, für den Friedensschluß aber nichts anderes anzubieten hatte als die Abstraktionen der «Vierzehn Punkte» Wilsons. Im Ersten Weltkrieg lag zwar trotz des vorangegangenen Aufstiegs Amerikas und Japans zu neuen Großmächten der Schwerpunkt des Geschehens noch immer in Europa. «Aber England» so urteilt Ludwig *Dehio*, «hat es doch durch die vorsorgliche Ordnung seiner Beziehungen zu den USA und zu Japan erreicht, daß auch die überseeischen Mächte Mitspieler, und zwar auf seiner Seite, wurden und daß gleichsam unter seiner Regie die Vorgänge auf der weiteren Bühne mit denen auf der engeren Bühne koordiniert werden konnten.»³

Nur auf diese Weise gelang es, die Mittelmächte niederzuringen. Die Intervention der Vereinigten Staaten erfolgte, weil in Rußland durch die *Februarrevolution* die Grundlagen des Staatsgefüges wankten, der Zusammenbruch der russischen Front einkalkuliert werden mußte und die westlichen Alliierten ohne amerikanische Hilfe nicht imstande gewesen wären, Deutschland in absehbarer Zeit zur Kapitulation zu zwingen. Es soll damit nicht behauptet werden, daß das deutsche Kaiserreich als Sieger aus dem Ersten Weltkrieg hervorgegangen sein würde, hätten die Amerikaner nicht eingegriffen. Alle kriegführenden Mächte waren 1917 erschöpft und unfähig, den entscheidenden Schlag zu führen. Durch die Teilnahme der USA aber konnten die Westmächte das Übergewicht bekommen und das Kriegsende beschleunigen. Die

115

Katastrophe Mitteleuropas begann im kriegsentscheidenden Jahr 1917. Die Vorgänge dieses Jahres sind deshalb für das Verständnis unserer gegenwärtigen Lage weitaus aufschlußreicher als alle Erörterungen der Frage, warum die Julikrise in den Ersten Weltkrieg einmündete oder wer die meiste Schuld am Ausbruch der Kampfhandlungen trägt.

Im übrigen ist diese Frage längst beantwortet und nur deswegen zu neuer Aktualität gekommen, weil journalistische Sensationslust sich ihrer im Gedenkjahr 1964 bemächtigt hat. «Alle Historiker, die das Beweismaterial in allen Einzelheiten geprüft haben, sind sich darüber einig, daß die Verantwortlichkeit für den Kriegsausbruch 1914 nicht ausschließlich einer der Regierungen aufgebürdet werden kann; es gab keine, die nicht willens gewesen wäre, in

diesem Stadium den Krieg in letzter Linie als Instrument der nationalen Politik zu gebrauchen», schreibt der englische Historiker *Geoffrey Barraclough*⁴, und fährt fort: «Genau wie die britische Regierung davon absah, das Parlament ins Vertrauen zu ziehen vor dem 3. August, an dem die Würfel schon gefallen waren, so vermied es auch die deutsche Regierung geflissentlich, den Bundesrat oder den Reichstag zu befragen. Das Ergebnis war, daß der Krieg die öffentliche Meinung überfiel, als sie nach vielen blinden Alarmen auf die Wirklichkeit des Krieges doch nicht vorbereitet war; und in allen Ländern stellte sich das Volk, das der nationalistischen Propaganda unterlag, hinter die nationale Sache gegen den äußeren Feind.»

Grundzüge des Kriegsgeschehens

Um die Bedeutung des Jahres 1917 nicht nur für den Zusammenbruch der Mittelmächte, sondern auch für den weiteren Verlauf des 20. Jahrhunderts ermessen zu können, muß man sich die Grundzüge des Kriegsgeschehens bis zur russischen Revolution und zum Kriegseintritt der USA in Erinnerung rufen.

Von 1914 bis 1917 war der Weltkrieg, auch wenn er zum Teil in den deutschen Kolonien und in Vorderasien geführt wurde, im wesentlichen doch ein *europäischer Krieg*. Er entzündete sich in einem europäischen «Wetterwinkel» und wurde zunächst als Machtkampf innerhalb des alten Staatensystems verstanden und geführt. Nicht nur die deutschen und österreichischen, sondern auch die französischen und russischen Generalstäbler hatten sich bei ihren Kriegsplanungen davon leiten lassen, daß es sich bei der militärischen Auseinandersetzung um eine Fortsetzung des alten Kampfes der europäischen Großmächte handeln

116

würde. Sie gingen von der Vorstellung aus, daß sich der Krieg in der traditionellen Form des Kräftemessens zwischen Heeren und Flotten abspielen müsse. Nur die *Engländer* stellten sich von vornherein auf eine neue Form des Krieges ein. Sie wollten ihn als *weltweiten Wirtschafts- und Blockadekrieg* führen, mußten dann allerdings zur Abstützung der Westfront mit größeren Truppenkontingenten eingreifen als vorgesehen war.

Zum «Weltkrieg» wurde der europäische Konflikt erst, als sich im Jahre 1917 der *heutige Weltgegensatz in* seinen Anfängen abzuzeichnen begann und Rußland wie die USA zu bestimmenden Faktoren des Geschehens wurden.

Der europäische Krieg hatte damit begonnen, daß jede der beiden Mächtegruppierungen, die Entente und die Mittelmächte, darauf baute, den Gegner in verhältnismäßig kurzer Zeit schlagen zu

können. In Frankreich und England war man überzeugt, daß die Mittelmächte einlenken müßten, sobald Rußland das volle Gewicht seiner Millionenarmee zur Geltung bringen und die englische Blockade sich auswirken würde. Die Langsamkeit der russischen Mobilisierung und die Überwindung der riesigen Entfernungen im Innern des Zarenreiches wurden dabei in Rechnung gesetzt. Auch der deutsche Generalstab arbeitete bei seiner Planung mit diesem Zeitfaktor. Der berühmte Plan des Generalstabschefs *Schlieffen* ging von der Voraussetzung aus, daß der langsame Aufmarsch der Hauptmasse des russischen Heeres den Deutschen Zeit lassen würde, alle Kräfte an der Westfront zu konzentrieren, um hier eine rasche Entscheidung erzwingen zu können. Solange wollte man im Osten hinhaltend operieren. Dann aber sollten die im Westen frei gewordenen deutschen Armeen an die russische Front geworfen und der Sieg im Osten erfochten werden. Es kam also alles auf das schnelle Handeln im Westen an. Der Zeitfaktor spielte bei diesem Plan eine so große Rolle, daß Deutschland, nachdem die Russen eher als die Franzosen die Mobilmachung befohlen hatten, die ultimative Forderung auf Rücknahme des Befehls stellte, und als diese vom Außenminister *Sasonow* abgelehnt wurde, an Rußland sofort den Krieg erklärte (1. August). Auf die französische Mobilmachung am 1. August antwortete Deutschland ebenfalls mit der Kriegserklärung (3. August). Anders wäre der Schlieffenplan nicht durchführbar gewesen. Die Ereignisse verliefen also planwidrig und Deutschland mußte aus diesem Grunde formell den Kriegszustand in Europa herbeiführen. Die Kriegserklärungen gaben seinen Gegnern den Vorwand, Deutschland einseitig als

117

den eigentlichen Friedensbrecher zu brandmarken. In Wirklichkeit aber war der Friedenswille in beiden feindlichen Lagern schwächer als die Kriegsbereitschaft, und die zum Kriege treibenden Kräfte waren in Deutschland keinesfalls stärker als in den anderen beteiligten Ländern.

Der Schlieffenplan stammte aus den neunziger Jahren und war durch die Entstehung der französisch-russischen Entente bedingt worden. Die Gefahr des drohenden *Zweifrontenkrieges* bestimmte die Grundidee dieses Planes, der 1905 in einzelnen Zügen revidiert und von Schlieffens Nachfolger, dem jüngeren *Moltke*, dann noch einmal der Entwicklung angepaßt worden war. Aber Moltke hatte die Konzeption Schlieffens grundsätzlich beibehalten: Einsatz der Masse der deutschen Divisionen im Westen und Vernichtung des französischen Heeres durch eine große Umklammerungsbewegung des verstärkten rechten Flügels von Luxemburg, Belgien und Nordfrankreich her. Die Gegner Helmut von Moltkes werfen ihm vor, den «Idealplan» Schlieffens verwässert und nicht mutig genug durchgeführt zu haben. Sie vergessen dabei, die gesamte strategische Lage Deutschlands in Betracht zu ziehen. Der ame-

rikanische Historiker *H. Holborn*⁵ beurteilt Moltke gerechter, wenn er darauf hinweist, daß «das russische Heer 1914 in der Lage war, durch die Entsendung starker Vorauskräfte am Krieg schon in seinem Anfangsstadium teilzunehmen, und daß die Engländer ein kleines, aber nicht bedeutungsloses Expeditionskorps aufgestellt hatten. Holborn folgert daraus: «Obgleich die Franzosen den Hauptstoß des deutschen Angriffs zu tragen hatten, waren das russische Eindringen in Ostpreußen und die Anwesenheit britischer Truppen an der Westfront Faktoren, die wesentlich zum Scheitern der deutschen Eroberung Frankreichs beitrugen.» Der deutsche Angriff lief sich an der Marne fest. Doch auch wenn die Marneschlacht gewonnen worden wäre, würden bestenfalls weitere militärische Teilerfolge, aber nicht die völlige Niederlage Frankreichs und also der Sieg im Westen erreicht worden sein. Auch ohne den Rückzug an der Marne wären die deutschen Divisionen im Westen gebunden geblieben, weil (was Schlieffen nicht vorausgesehen hatte) *England* mit im Spiele war. Die Annahme, acht Wochen nach Kriegsausbruch Frankreich besiegt und *das* Gros der deutschen Truppen für den Kampf an der Ostfront frei zu haben, hatte sich schon im September 1914 als illusorisch erwiesen. Zwar gelang es, die in Ostpreußen eingefallenen Russen zurückzuschlagen (Tannenberg), aber der gefürchtete Zweifrontenkrieg war nun Wirklichkeit geworden.

118

Im Westen erstarrten nach der Marneschlacht die Kampfhandlungen im Graben- und Stellungskrieg, und Millionen von Menschen wurden in den nächsten Jahren der «Ermüdungsstrategie» geopfert. Trotz der gewaltigen «Materialschlachten» war es keiner Seite möglich, die Wende des Krieges zu erzwingen. In Deutschland trat infolge der englischen Blockade ein drückender Rohstoff- und Lebensmittelmangel ein. Die mit großem Aufwand erbaute Schlachtflotte lag tatenlos in den Häfen, sie beschränkte sich auf «Erkundungsfahrten» wobei sie dann einmal *im Skagerrak* (1916) mit der englischen Flotte zusammenstieß, von dieser aber, nach schweren englischen Verlusten, doch wieder in die deutschen Häfen abgedrängt wurde.

Der von Bismarck gegründete *Dreibund* (Deutschland-Österreich-Ungarn-Italien) zerbrach. Italien trat, wie es vom österreichischen Feldmarschall *Conrad von Hötzendorf* schon lange vor 1914 vorhergesagt worden war, gegen die Mittelmächte in den Krieg ein (1915) und ließ sich dafür von England, Frankreich und Rußland in einem Geheimabkommen (Londoner Vertrag) Südtirol, Triest, Görz und Teile von Istrien und Dalmatien versprechen. Auch Rumänien, das sich 1883 dem Dreibund angeschlossen hatte, stellte sich auf die Seite der Alliierten. Die Mittelmächte waren also außenpolitisch isoliert, wirtschaftlich nahezu am Ende und militärisch in einer äußerst schwierigen Lage, als *Hindenburg* und *Ludendorff* Ende

August 1916 nach der Entlassung *Falkenhayns* die Oberste Heeresleitung (OHL) übernahmen.

Damit begann die letzte Phase der «Wilhelminischen Ära» in Deutschland. Der Kaiser, der sich vor dem Krieg abwechselnd in der Rolle des Manöverfeldherrn und des forschen Politikers gefallen hatte, zeigte sich seit den letzten Julitagen von 1914 als hilfloser und «verantwortungsscheuer Monarch», der auf die militärischen und politischen Entscheidungen überhaupt keinen Einfluß nahm und wie eine leergewordene Hülse bei jedem Anstoß in eine andere Richtung zu bringen war. Die erst vor wenigen Jahren veröffentlichten Tagebücher des kaisertreuen *Admirals von Müller*, der als Chef des Marinekabinetts den Krieg in der unmittelbaren Umgebung Wilhelms II. erlebte, geben — gerade weil sie von der respektvollen Verehrung für den Träger der Krone bestimmt sind — ein erschütterndes Bild von der inneren Haltlosigkeit des Kaisers und seinem ständigen Schwanken zwischen übertriebener Siegeshoffnung und gänzlicher Verzweiflung.⁷ Der Kaiser regierte *nicht*. Hindenburg und Ludendorff übten seit 1916 eine *verschleierte Militärdiktatur* aus und beherrschten die Politik der

119

Reichsregierung, indem sie mit Hilfe von Rücktrittsandrohungen bei allen politischen Entscheidungen ihren Willen gegen die Regierung durchsetzten. «Der Wechsel in der Obersten Heeresleitung bedeutete praktisch das Ende der Monarchie», stellt Wilhelm Schüßler in seinem lesenswerten Büchlein über Wilhelm II. fest.» Bald schon sollte sich zeigen, daß Reichskanzler *Bethmann-Hollweg* recht behalten sollte, als er sagte: «Mit Falkenhayn verlieren wir den Krieg strategisch, mit Ludendorff politisch.»

Die Lage 1917

Die neuinstallierte OHL zweifelte daran, durch das Mittel der militärischen Offensiven den Sieg erringen zu können. Einen Verständigungsfrieden mit dem Gegner aber lehnte sie ab. Sie hielt an den weitgesteckten Kriegszielen (Annexionen in Ost und West) unverändert fest. Wie aber wollte sie Deutschland aus der tödlichen Umklammerung durch seine Gegner befreien? Die Marineleitung, die nach dem Verlauf der Skagerrakschlacht zugeben mußte, daß es nicht gelingen würde, die englische Seeherrschaft zu brechen, trat jetzt entschieden für den *verschärften U-Boot-Krieg* ein. Hindenburg und Ludendorff griffen diese Forderung der Marine, die schon seit 1915 immer wieder erhoben worden war, mit Vehemenz auf. Wie zuvor *Tirpitz*, so stießen auch sie auf den Widerstand Bethmann-Hollwegs, der den unbeschränkten, das heißt auch gegen neutrale Schiffe zu führenden U-Boot-Krieg ablehnte, weil er den Kriegseintritt der USA fürchtete. Noch bevor Hindenburg und

Ludendorff die Oberste Heeresleitung übernahmen, hatte der bekannte Soziologe *Max Weber* in die bereits im Gange befindliche Diskussion über die Verschärfung des U-Boot-Krieges eingegriffen und dem Auswärtigen Amt, den Führern der Reichstagsparteien und verschiedenen Abgeordneten im März 1916 eine Denkschrift⁹ übersandt, in der er dringend vor «der Möglichkeit eines Bruches mit Amerika um des U-Boot-Krieges willen» warnte.

Max Weber schrieb damals: «Es steht leider fest, daß Amerika bei einem Eingreifen so gut wie gar nichts riskiert und den Krieg zeitlich unbeschränkt führen kann. Im Bunde mit England geführt, wäre er die denkbar beste Versicherung gegen die japanische Gefahr. Jeder Kenner Amerikas muß als wahrscheinlich ansehen, daß ein Krieg von ihm mindestens mit der gleichen Hartnäckigkeit geführt würde wie bisher von England und daß im Falle unserer Unfähigkeit, ihn durchzuhalten, wir überaus schmachvolle Bedingungen annehmen müßten ... Jeder Kenner

120

Amerikas muß es für höchst wahrscheinlich halten, daß eine überaus große, nach vielen Hunderttausenden zu schätzende Anzahl gut ausgerüsteter und sportlich trainierter amerikanischer Freiwilliger an der Westfront erscheinen. Ganz abgesehen davon, daß die Geschäftskrisis auch in Amerika Kräfte für diese Art von Verwendung freisetzen wird ... Man braucht sich nur zu verdeutlichen, welcher Rückschlag erfolgen wird, wenn das verlangte einzige Mittel (d. h. der unbeschränkte U-Boot-Krieg, Anm. d. Vf.) den in Aussicht gestellten Erfolg nicht voll erzielt. Und es muß offen gesagt werden, daß die moralische Feigheit, sich nicht als Flaumacher hinstellen zu lassen, gelegentlich eine überaus verächtliche Rolle gespielt hat. Der Unterzeichnete hat von Anfang des Krieges an dessen Ausgang mit unbedingtem Vertrauen darauf, daß wir mit Ehren aus ihm hervorgehen werden, entgegengesehen. Zum erstenmal angesichts solcher Erscheinungen und angesichts der Chance, daß auf einen ganz unsicheren Einsatz hin ein Krieg mit Amerika in den Bereich des Möglichen tritt, hegt er ernste Besorgnisse für das Land und für die Zukunft der Dynastie.»

Der optimistische Chef des Admiralstabs v. *Holtzendorff* aber behauptete in einem Gutachten Ende Dezember 1916, daß der uneingeschränkte U-Boot-Krieg die «einzige Waffe» sei, mit der die englische Wirtschaft empfindlich getroffen werden könne. Großbritannien würde spätestens in fünf Monaten um Frieden bitten müssen. Die Intervention Amerikas berge kein Risiko in sich. Bis die USA ein Landheer aufstellen und nach Europa senden könnten, würden wenigstens ein bis zwei Jahre vergehen. Inzwischen aber würde England durch den U-Boot-Krieg längst zum Friedensschluß

genötigt und der Krieg in Europa beendet sein. Hindenburg und Ludendorff schlossen sich der Auffassung der Marineleitung an und setzten alles auf «die letzte Karte». Am 9. Januar 1917 drückten sie auf einer Sitzung des Kronrates im Hauptquartier zu *Pleß* den verhängnisvollen Beschluß durch, am 1. Februar den uneingeschränkten U-Boot-Krieg zu eröffnen, der alle neutralen und feindlichen Handelsschiffe in den Gewässern um England, Frankreich, Italien, Nordrußland und im östlichen Mittelmeer mit der warnungslosen Versenkung bedrohte. Auch Bethmann-Hollweg stimmte jetzt zu. Hindenburg und Ludendorff glaubten, nunmehr im Besitz eines unfehlbaren Siegesmittels zu sein, und so rief Wilhelm II. am 12. Januar 1917 in einer Botschaft das deutsche Volk auf, alle Kräfte für den baldigen «Endsieg» anzuspannen.

Der rücksichtslose Einsatz der deutschen U-Boote zeitigte in den ersten

121

Monaten erhebliche Versenkungserfolge. Aber die Entwicklung neuer Abwehrwaffen und der Aufbau des Geleitzugsystems führte zu steigenden Verlusten an U-Booten. Die Fünfmonatsfrist verstrich, ohne daß England zum Einlenken bereit war. Inzwischen aber hatten die USA am 6. April 1917 Deutschland den Krieg erklärt.

Amerikas Eintritt in den Krieg

Zweifellos hatte die oberste Heeresleitung mit der Eröffnung des see- und völkerrechtswidrigen U-Boot-Krieges den Amerikanern den denkbar besten Kriegsgrund geliefert. Es ist nicht zu leugnen, daß die Versenkung ihrer Handelsschiffe die amerikanische Wirtschaft schwer traf. Letztlich aber war die amerikanische Kriegserklärung doch nur der Abschluß einer langen politischen und ökonomischen Entwicklung. Schon vor dem Kriege waren die Handelsbeziehungen der USA zu England enger als mit jedem anderen Land. 54 Prozent des amerikanischen Imports kamen aus England, 63 Prozent des Exportes gingen dorthin.¹⁰ Auch die politischen und geistigen Verbindungen zu Großbritannien waren außerordentlich eng. In den ersten Kriegsjahren blieben die USA neutral, zeigten aber der Entente gegenüber größtes Wohlwollen. Sie unterstützten England, Frankreich, Italien und Rußland durch umfangreiche Lieferungen von Kriegsmaterial und Lebensmitteln. Ausschlaggebend für die amerikanische Neutralität waren in erster Linie die wirtschaftlichen Gesichtspunkte. Schon bald nach Kriegsbeginn wurde es klar, daß Europa für seinen Krieg riesige Mengen an Rüstungsgütern, Rohstoffen und Nahrungsmitteln benötigen würde. Der amerikanischen Wirtschaft eröffnete sich ein neuer Absatzmarkt, und der Warenexport vor allem nach England band die Interessen der beiden angelsächsischen Mächte immer fester aneinander. Die

amerikanische Ausfuhr nach Großbritannien stieg von 594 Millionen Dollar im Jahre 1913/14 auf mehr als 2 *Milliarden* Dollar 1916/17. Insgesamt betrug der amerikanische Export nach England, Frankreich, Italien und Rußland in den letzten zwölf Monaten vor Kriegsausbruch 858 Millionen Dollar. Im Jahre 1916/17 dagegen 3,848 Milliarden Dollar, hatte sich also vervierfacht. *Der Krieg zwischen der Entente und den Mittelmächten wurde somit zu einem gigantischen Wirtschaftserfolg für die USA. Sie konnten sich innerhalb von kaum drei Jahren von einem Schuldnerland zum Gläubigerland Europas entwickeln.* (Vor dem Krieg hatten die USA 3 Milliarden Dollar Schulden bei Europa, nach dem Kriege schuldete Europa den USA 9 Milliarden Dollar.) Während die

122

Wirtschaft der USA ungeheure Summen an dem europäischen Völkerringen verdiente, konnte die Regierung unter Berufung auf die Neutralität sich der ganzen Welt als Vorkämpferin für Frieden, Völkerverständigung und Demokratie präsentieren. Da die USA infolge der englischen Blockade gar nicht in der Lage waren, etwa auch Deutschland beliefern zu können, kam Washington auch nie in die Verlegenheit, die Aufrichtigkeit der amerikanischen Neutralität unter Beweis stellen zu müssen. Die ententefreundliche Presse der USA sorgte außerdem dafür, daß die öffentliche Meinung in zunehmendem Maße gegen die Mittelmächte eingenommen wurde.

Der amerikanische Präsident *Wilson*, durchdrungen von der Überzeugung, daß «the American way of life» zur Richtschnur für die ganze Welt werden müsse, bot allerdings den kriegführenden Mächten mehrfach seine Vermittlerdienste an und erließ Friedensappelle. Er hoffte aber zuversichtlich, «die Erschöpfung Europas werde beim Wiederaufbau die Vereinigten Staaten zum natürlichen Führer der Welt machen»¹¹ Seine in Wort und Schrift vorgetragenen Grundsätze des Friedens und des «Schutzes der kleinen Nationen» bekommen einen merkwürdigen Beigeschmack, wenn man daran denkt, daß die USA 1915 und 1916 *Haiti* und die *Dominikanische Republik* besetzt und mit Waffengewalt in amerikanische «Protektorate» verwandelt haben. Mag das auch mit militärischen Notwendigkeiten zu begründen gewesen sein, so lag doch hier genauso ein *Völkerrechtsbruch* vor wie bei der *Verletzung der belgischen Neutralität durch Deutschland* (die ebenfalls mit militärischen Notwendigkeiten begründbar war). Doch wenn Wilson mit dem Anspruch des politischen Moralisten vom «Schutz der kleinen Nationen» sprach, wußte jeder, daß er nur Belgien oder die Völker in der Habsburger Monarchie meinte ...

Am 7. November 1916 wurde *Woodrow Wilson* zum Präsidenten der USA wiedergewählt. Mit Beginn des schicksalsschweren Jahres 1917 begann er also seine zweite Amtszeit im Weißen Haus. Wilson hatte den Wahlkampf mit Neutralitätssparolen geführt. «Er hielt uns aus dem Kriege heraus», war die Losung, die er für die Werbung unter

den Massen ausgegeben hatte. Sie wählten ihn wieder, aber wenige Wochen später verkündete er bereits: «Das Recht ist kostbarer als der Friede!»

Daß Deutschland den rigorosen U-Boot-Krieg begann, mußte die amerikanische Öffentlichkeit vollends an die Seite der Ententemächte drängen. Als dann noch durch den britischen Geheimdienst eine deutsche Note (sogenanntes «Zimmermann-Telegramm») aufgefangen und

123

entschlüsselt wurde, in der das Deutsche Reich Mexiko ein Bündnisangebot machte,» ging eine Welle der Empörung durch die Vereinigten Staaten. Amerika fühlte sich bedroht. Mit großem Propagandaaufwand erzeugte die Presse eine allgemeine Kriegsstimmung in den USA, so daß Präsident Wilson sich in Übereinstimmung mit der öffentlichen Meinung befand, als er die amerikanische Nation zu den Waffen rief und die Parole ausgab: «Um die Welt gegen die Kriegsherren (War Lords) für die Demokratie zu sichern.»

Am 2. April 1917 erklärte er vor dem Kongreß der USA: «Im vollen Bewußtsein des feierlichen und sogar tragischen Charakters des Schrittes, den ich jetzt unternehme, und im Gefühl der schwerwiegenden Verantwortung, die damit verbunden ist, aber in unbedenklichem Gehorsam gegenüber meiner verfassungsmäßigen Pflicht empfehle ich dem Kongreß, zu erklären, daß das jüngste Verhalten der Kaiserlichen Deutschen Regierung tatsächlich nichts anderes als Krieg bedeutet gegen die Regierung und das Volk der Vereinigten Staaten ... Aber das Recht ist wertvoller als der Frieden, und wir werden kämpfen für die Dinge, die unserem Herzen immer am nächsten gelegen haben —für Demokratie, für das Recht derjenigen, die sich der Autorität fügen, um in ihren eigenen Regierungen auch wirklich eine Stimme zu haben, für die Rechte und Freiheiten der kleinen Nationen, für eine universale Herrschaft des Rechts, verwirklicht in einem Zusammenspiel freier Völker, das Frieden und Sicherheit allen Nationen gewährleistet, und das die ganze Welt selbst schließlich frei machen kann.»¹³

Dafür zogen zwei Millionen amerikanischer Soldaten guten Glaubens in den Krieg. Sie waren davon überzeugt, daß sie für die Freiheit kämpfen und der Welt die Segnungen der amerikanischen Demokratie bringen müßten. Die Kriegserklärung an Deutschland erfolgte am 6. April 1917 (an Österreich-Ungarn erst am 7. Dezember).

Der *Zeitpunkt des Kriegseintritts* war aber nicht, wie Wilson behauptete, «durch das jüngste Verhalten der Kaiserlich Deutschen Regierung» bestimmt, sondern durch wesentlich andere Faktoren.

Seit dem 1. Februar 1917 versenkten die deutschen U-Boote amerikanische Schiffe, und bereits seit dem 3. Februar hatte Washington die diplomatischen Beziehungen zu Deutschland abgebrochen. Warum erfolgte die Kriegserklärung erst im April?

In *Rußland* war am 27. Februar (12. März neuen Stils) das Regime des Zaren gestürzt worden. Die bürgerlich-demokratische «*Februarrevolution*» hatte die geplante gemeinsame Frühjahrs-offensive der Alliierten

124

(gleichzeitiger Angriff an der Ost- und Westfront) unmöglich gemacht. Rußland wurde von inneren Unruhen erschüttert, und es bestand die Gefahr, daß bei einem Fortgang der Revolution für Deutschland und Österreich-Ungarn der Zweifrontenkrieg bald beendet sein würde. Die Befürchtung, daß die Mittelmächte ihre gesamte militärische Kraft an der Westfront konzentrieren und sich letztlich doch stärker als die Entente erweisen könnten, ließen es der amerikanischen Regierung angebracht erscheinen, nunmehr zum offenen Kampf gegen Mitteleuropa anzutreten. Gestützt auf ihre wirtschaftliche Überlegenheit und ihr gewaltiges Potential an Menschen und Material konnten die führenden Kreise der USA 1917 den ersten Schritt zur Einmischung in die europäischen Verhältnisse vollziehen. Daß dieser Schritt in direktem Zusammenhang mit den Vorgängen in Rußland stand, kann als symptomatisches Ereignis für den Beginn einer Entwicklung gelten, die zu den gegenwärtigen Weltverhältnissen geführt hat: Was in Rußland und in den USA geschieht, wird zum politischen Schicksal Mitteleuropas.

125

Rußland und das Jahr 1917

«Was Rußland 1914 am meisten brauchte, war Friede; aber es wählte den Krieg und gab durch seinen Mobilmachungsbefehl sogar das Auslösungssignal für einen Weltkrieg. Ob es unter dem Zwang der Verhältnisse, seiner engen finanziellen und politischen Bindung an Frankreich und England und der Gefährdung seiner Balkaninteressen handelte, oder ihn leichtfertig beschwor, wird man, wie alle Kriegsschuldfragen, schwer entscheiden können», schreibt Irene Neander in der wohl besten Einführung in die russische Geschichte, die es in deutscher Sprache gibt.¹ Tatsächlich war Zar *Nikolaus II.* nach der österreichischen Kriegserklärung an Serbien von seinen Ministern dazu überredet worden, am 29. Juli 1914 den *Ukas* zur *allgemeinen Mobilmachung* zu unterzeichnen. In der Nacht vom 29. zum 30. Juli zog er jedoch den Befehl zurück, als er ein Telegramm *Wilhelms II.* erhielt, das Hoffnungen auf eine deutsche Vermittlungsaktion erweckte. So wurde in Rußland als Sicherheitsmaßnahme nur die Teilmobilmachung in vier Militärbezirken durchgeführt. Im Verlauf des 30. Juli ließ sich Nikolaus II. jedoch von Außenminister *Sasonow* dazu bestimmen, die Vollmobilmachung anzuordnen, die in Wirklichkeit hinter dem Rücken des Zaren schon in Gang gekommen war. Sasonow spielt in der russischen Geschichte der Vorkriegszeit eine ähnlich unheilvolle Rolle wie *Izvolksij*, als dessen Nachfolger er 1910 das Außenministerium übernommen hatte. Wie *Izvolksij*, so ist auch Sasonow lange Jahre während des Pontifikats *Leos XIII.* russischer Geschäftsträger am Vatikan gewesen (1894-1904). Offenbar haben sich diese beiden Männer, die maßgeblichen Anteil an der Entstehung des Ersten Weltkriegs hatten, dank ihres Dienstes am Vatikan für das Amt des Außenministers qualifiziert.

Sasonow hatte also am 30. Juli 1914 den Zaren hintergangen, wobei

126

es zu einem üblen Zusammenspiel mit dem Kriegsminister *Suchomlinow* und dem Generalstabschef *Zanuschkewitsch* gekommen war. Entgegen den Behauptungen *Suchomlinows*, der 1915 entlassen wurde und später sogar ein Gerichtsverfahren bekam, war Rußland weder militärisch noch wirtschaftlich auf einen Krieg vorbereitet.² Vor Gericht sagte *Suchomlinow* dann aus, daß er in den entscheidenden Augenblicken einfach «den Verstand

verloren» habe ...

Die russische Industrie war nicht in der Lage, den Anforderungen eines Millionenheeres zu entsprechen; das rückständige Transportwesen war der modernen Kriegführung nicht gewachsen, trotz der großen Anleihen, die Frankreich 1905 und 1906 dem Zarenreich im Hinblick auf den bevorstehenden Krieg gewährt hatte. Die Mißerfolge an der Front und das Massensterben in der Heimat infolge des Zusammenbruchs der Versorgung von Armee und Zivilbevölkerung lösten im Dezember 1916 eine Welle von Streiks aus. Es kam Anfang 1917 in den großen Städten zu Hungerrevolten und Zusammenstößen mit Polizei- und Militäreinheiten. Ein Generalstreik in Petersburg (das seit dem Krieg in Petrograd umbenannt worden war) löste die Revolution aus. Die Garnisonstruppen, denen die Unterdrückung der Unruhen befohlen worden war, eröffneten das Feuer nicht gegen die streikenden Arbeiter, sondern gegen ihre Offiziere und die Polizei. Am 27. Februar (12. März) 1917 bildeten die Führer der «bürgerlichen» Parteien der Duma (= Parlament), unterstützt von den Generälen, die «*Provisorische Regierung*». Fürst Lwow übernahm die Leitung des Kabinetts, in dem der Sozialrevolutionär *Kerenskij* Justizminister wurde und der Oktobrist *Gutschkow* als Kriegsminister fungierte. Drei Tage später mußte der Zar abdanken (15. März).

Die «bürgerlichen» Politiker, die, unterstützt von der französischen und englischen Regierung, die Dynastie der Romanows gestürzt hatten,³ «glaubten im Sinne des Volkes zu handeln, wenn sie den unpopulären Zaren und seine noch weniger beliebte Gattin, der man die Hauptschuld an allen Mißständen am Hof und in der Staatsführung zuschrieb, beseitigten», sagt Irene Neander von der Provisorischen Regierung. Die Absicht dieser Politiker sei es gewesen, «ein neues Staatswesen auf breiter demokratischer Grundlage aufzubauen und den Krieg an 'der Seite der westlichen Alliierten, die dem Umsturz wohlwollend gegenüberstanden, bis zum siegreichen Ende zu führen. Es sollte sich jedoch sehr bald erweisen, daß das Volk ganz andere Dinge im Sinne hatte als die Eroberung Konstantinopels und einen wohltemperierten

127

Parlamentarismus westlichen Stils. Was Alexander II. und Bismarck vorausgesehen hatten, traf ein: Der Sturz des Zaren rief einen so elementaren Ausbruch lange unterdrückter Leidenschaften und Begierden hervor, daß ihm mit parlamentarischen Mitteln nicht mehr beizukommen war. Wenn der Zar nicht mehr herrschte, sollten auch die «Herren» nichts mehr zu sagen haben ... Der russische Bauer wollte damals nur zwei Dinge: *Frieden und Land*, und die bürgerliche provisorische Regierung zögerte, ihm in dieser Hinsicht bindende Versprechungen zu machen. Parlamentarismus, bürgerliche Freiheiten waren «städtische» Worte, die der Bauer nicht

verstand, und leere Begriffe, mit denen er in seinem nüchternen, vielleicht primitiven Denken nichts anzufangen wußte.»⁴

Das Volk wünschte die Beendigung des Krieges, in dem es keinen Sinn finden konnte; denn ernsthaft zu kämpfen oder Opfer zu bringen, war der russische Bauer immer nur bereit, wenn er die «russische Erde» gegen fremde Eindringlinge verteidigen mußte. Das war zuletzt in der Zeit Napoleons I. der Fall gewesen, als der Sieg über die «Große Armee» durch das «Brandopfer des Heiligen Moskau» erkaufte und die Selbstverteidigung Rußlands den Anstoß zur Erhebung der europäischen Völker gegen die Herrschaft des Korsen gegeben hatte.⁵ Den Krieg, in den die Regierung des Zaren Nikolaus II. 1914 das Volk gestürzt hatte, verstanden die Russen nicht. Rußland war 1917 noch immer ein Land mit etwa 80 Prozent bäuerlicher Bevölkerung, die weder lesen noch schreiben, wohl aber zwischen Worten und Taten unterscheiden konnte. Die bourgeoisen Politiker in Petrograd mögen «ehrenwerte, gebildete und patriotische Männer» gewesen sein, aber sie verfügten weder über wirklichen Kontakt mit dem Volke noch über die nötigen Erfahrungen und waren «ihrer Aufgabe in einer so turbulenten Situation nicht im geringsten gewachsen.»⁶ Vor allen Dingen schenkten sie der Tatsache keine Beachtung, daß man eine Bevölkerung von fast 80 Prozent Analphabeten nicht für eine Spielart des westlichen Demokratismus begeistern und mit liberalen Parolen zur Weiterführung eines Krieges veranlassen konnte, in dessen Verlauf das Volk nur Hunger, Tod und Elend kennengelernt hatte.

Die russischen Arbeiter und Bauern empfanden, daß durch den tiefen Einbruch, der den Deutschen im Westen des Zarenreiches gelungen war, der nationale Bestand Rußlands noch nicht gefährdet wurde, hatten die Deutschen doch vornehmlich in Russisch-Polen Erfolge erzielt. Die Russen können aufopfernd und todesmutig kämpfen, wenn sie ihr Land verteidigen müssen. Für Angriffskriege sind sie nicht geschaffen.

128

Das Volk erwartete von der neuen Regierung, daß sie Frieden machen und für eine Neuordnung der Besitzverhältnisse sorgen würde. Nichts dergleichen geschah.

An demselben Tage, an dem die Provisorische Regierung gebildet wurde (27. Februar / 12. März), gründeten die Petrograder Fabrikarbeiter nach dem Vorbild der Revolution von 1905 einen «Sowjet» der Arbeiterdeputierten, dem bald weitere Sowjets in anderen Städten folgten. Von Anfang an stellten diese Arbeiter- und Soldatenräte eine Art *Nebenregierung* dar, die den Maßnahmen des Kabinetts Lwow die Anerkennung versagte. Sie verlangten die Kündigung aller geheimen diplomatischen Abkommen der zaristischen Regierung und den baldigen Abschluß eines

«allgemeinen demokratischen Friedens» ohne Annexionen oder Entschädigungen.⁷ Im Gegensatz zu diesen Forderungen verkündigte die Regierung, Rußland werde bis zum «siegreichen Ende» an der Seite seiner Verbündeten weiterkämpfen.

Die Fortsetzung des Krieges war aber unter den gegebenen Umständen ein hoffnungsloses Unterfangen: Die Soldaten desertierten massenweise, nahmen ihre Waffen mit und schlossen sich den Sowjets an. Die Provisorische Regierung wurde jedoch von den westlichen Alliierten teils durch Druck, teils durch Verlockungen in das Abenteuer gestürzt, den Kampf zugleich an der Front und in der Heimat zu führen. Dabei spielte es für die bürgerlichen Politiker in Rußland eine große Rolle, daß sie hoffen durften, mit Hilfe der Alliierten die alten *zaristischen Kriegsziele* erreichen zu können: Im Jahre 1916 hatten die *Engländer* mit dem Zaren über die Aufteilung der Türkei verhandelt und in einem *Geheimabkommen* Rußland die *freie Verfügung über Konstantinopel und die Dardanellen* zugesagt.⁸ Die Franzosen schlossen sich dieser Vereinbarung an und gingen außerdem mit der zaristischen Regierung ihrerseits ein *Geheimabkommen ein, in dem die beiden Mächte sich gegenseitige Unterstützung bei der Annexion des Rheinlandes* (durch Frankreich) und den Erwerb Ostpreußens (durch Rußland) versprachen» Aber um solcher Ziele willen wollten die russischen Bauern, Soldaten und Arbeiter des Jahres 1917 nicht hungern und in den Tod gehen.

Die Deputierten in den Sowjets liefen gegen die «militärische und imperialistische Außenpolitik» der Provisorischen Regierung Sturm. Doch da überall in den Sowjets verschiedene sozialistische Gruppen um die

129

Führung kämpften, behielt die an sich sehr schwache Regierung trotz der chaotischen Zustände in Rußland außenpolitisch immer noch eine gewisse Handlungsfreiheit und konnte die innere Krise durch eine Kabinettsumbildung abfangen, bei der *Kerenskij* Kriegsminister wurde.

Indessen fieberte ein in Zürich lebender russischer Emigrant seiner Rückkehr in die Heimat entgegen und gab in «*Briefen aus der Ferne*», die über Stockholm nach Petrograd gelangten, Anweisungen an seine Freunde im Sowjet der Hauptstadt: *Wladimir Iljitsch Uljanow (Lenin)* meldete sich zu Wort.

Lenin

«Diese Regierung kann dem Volke keinen Frieden geben, weil sie eine Regierung des Krieges ist, eine Regierung der Fortsetzung des imperialistischen Mordens, eine Regierung des Länderraubes, die die zaristische Politik der Annexion Armeniens, Galiziens, der

Türkei, der Eroberung Konstantinopels, der Wiedereroberung Polens, Litauens usw. bis jetzt noch mit keinem Wort abgelehnt hat. Diese Regierung ist durch das englisch-französische imperialistische Kapital an Händen und Füßen gefesselt. Das russische Kapital ist nur eine Filiale der «Weltfirma», die mit Hunderten von Milliarden wirtschaftet und den Namen führt: England und Frankreich», schrieb Lenin¹⁰ damals nach Rußland, wo seine Parteifreunde, die «*Bolschewiki*», in den Sowjets noch völlig in der Minderheit waren und ihr Programm gegenüber den «*Menschewiki*» (dem rechten Flügel der Sozialdemokraten) und den «*Sozialrevolutionären*» nicht durchsetzen konnten. Uljanow aber, der seit seiner sibirischen Verbannung (in der Nähe des Flusses Lena, 1895 bis 1900) den Schriftstellernamen Lenin trug, hatte mit sicherem Blick erkannt, daß es sich bei dem Februarumsturz nur um die «erste Etappe» einer großen Revolution handeln konnte. Zwei Mächte, so belehrte er im ersten seiner «*Briefe aus der Ferne*» die Petrograder Bolschewiki, hätten in der «ersten Etappe» den Zarismus vereint geschlagen, «einerseits das *gesamte bürgerliche und gutsherrliche Rußland* mit allen seinen *unbewußten* Nachläufern und allen seinen *bewußten* Lenkern, den englisch-französischen Botschaftern und Kapitalisten — und andererseits der *Rat der Arbeiter- und Soldatendeputierten*». Es stand für ihn fest, daß die Arbeiter in einer «zweiten Etappe» die Revolution vollenden müßten. Lenin, der «*Meisterrevolutionär*», spürte sofort, daß es sich in Rußland um jenen plötzlichen Bruch mit der Tradition und Vergangenheit handelte, den er selbst als das Kennzeichen einer echten

130

Revolution charakterisiert hatte. Eine revolutionäre *Situation*, so lehrte er, entstünde immer erst dann, «wenn die unteren Schichten die alte Ordnung nicht mehr *wollen* und die Oberschichten nicht mehr in der alten Weise leben *können*». In einer solchen Situation befand sich Rußland im Jahre 1917. Doch selbst Lenin wurde von den Februarereignissen überrascht. Als ein Bekannter mit der Nachricht vom Sturz des Zaren zu ihm kam, wollte er es nicht glauben. Erst als er die Schweizer Morgenzeitungen las, begriff er, daß jetzt der Augenblick gekommen war, auf den er so lange gewartet hatte.¹¹ Sein letzter Schweizer Winter war für ihn eine Zeit schwerster Anfechtungen gewesen. Die sozialistischen Emigranten aus Rußland hielten ihn für einen Narren, als er die These vertrat, die «*proletarische Revolution*» müsse nicht, wie Marx und Engels gelehrt hatten, zuerst in den hochindustrialisierten Ländern des Westens ausbrechen, sie könne auch an der rückständigen «*Peripherie*» beginnen, z. B. in Rußland, wo das Proletariat in der Revolution von 1905 die nötigen Kampferfahrungen gesammelt habe. In den Wintermonaten 1916/17 war er völlig isoliert, tief niedergeschlagen und resigniert. Seine Frau, die *Krupskaja*, war so ziemlich die einzige von den Spitzenvertretern der bolschewistischen Partei, die noch zu ihm stand. Das änderte sich

schlagartig, als Lenin mit Hilfe der deutschen Reichsregierung nach Rußland zurückkehrte.

Immer wieder ist von deutscher Seite der Versuch gemacht worden, die Beteiligung maßgeblicher deutscher Kreise an der Einschleusung Lenins nach Rußland zu bagatellisieren. «Befreundete Sozialisten», so heißt es beispielsweise in G. v. Rauchs umfangreichem Buch über die Geschichte des bolschewistischen Rußland, hätten ihm «die Erlaubnis der deutschen Regierung und Obersten Heeresleitung erwirkt, in einem plombierten Zug quer durch Deutschland zu reisen», aber von «einem Komplott zwischen dem kaiserlichen Deutschland und dem Bolschewismus zum Sturz der Provisorischen Regierung» könne doch «nicht die Rede sein».¹² Das trifft sicherlich zu, aber es ist nur die halbe Wahrheit und deshalb irreführend. Daß mit Lenin «befreundete Sozialisten» wegen dessen Rückkehr nach Rußland den Kontakt zur deutschen Regierung und zur OHL aufgenommen haben, stimmt zwar, aber es ist doch die Frage, weshalb die keineswegs sozialistenfreundlichen Regierungskreise bereitwillig mit Leuten verhandelten, die sie im eigenen

131

Land am liebsten hinter Schloß und Riegel gesetzt hätten. Es *ist* auch richtig, daß es kein Komplott zwischen «dem kaiserlichen Deutschland» und Lenin zum «Sturz der Provisorischen Regierung» gab. Das war gar nicht nötig, denn Lenin hatte ja offen dargelegt, daß er den Sturz herbeiführen wollte. Es bedurfte also gar keiner «Verschwörung». Konspirative Absprachen mit der deutschen Regierung und der OHL über die revolutionäre Taktik in Rußland zu treffen, wäre Lenin absurd erschienen. Das war seine eigene Sache. Aber die Deutschen haben ihn aus demselben Grunde nach Rußland befördert, aus dem Engländer und Franzosen ihm ein Durchreisevisum verweigert hatten: Man wußte, daß Lenin für einen sofortigen Friedensschluß mit den Mittelmächten agitieren und gegen die Provisorische Regierung zu Felde ziehen würde. Es läßt sich also nicht leugnen, daß Reichsregierung und OHL von Lenin genau dasjenige erwarteten, was er dann verwirklicht hat: die Durchführung der «zweiten Etappe» der Revolution.

Die Einzelheiten des *Abkommens*, das mit Berlin über die Einschleusung Lenins nach Rußland getroffen wurde, sind sowohl von deutscher wie von sowjetischer Seite durch verteidigende Begründungen verschleiert worden. Der sowjetische Bericht spricht davon, daß Lenin und seine wenigen Mitreisenden keine andere Verpflichtung zu übernehmen brauchten als das Versprechen, «sich für den anschließenden Austausch einer gleichen Anzahl österreichischer und deutscher Gefangener zu verwenden».» Etwas deutlicher wird *Erich Ludendorff*, der immerhin in seinen Memoiren bekennt: «Durch die Entsendung Lenins nach Rußland hatte unsere Regierung auch eine besondere Verantwortung auf sich genommen. Militärisch war die Reise gerechtfertigt, Rußland mußte fallen.

Unsere Regierung aber hatte darauf zu achten, daß nicht auch wir fielen.»¹⁴ *General Hoffmann* beschrieb die deutschen Absichten mit Lenin sogar noch drastischer. Er gibt in seinem Erinnerungsbuch¹⁵ ganz offen zu, daß die OHL versuchte, die Zersetzung in Rußland zu beschleunigen, und daß «irgend jemand zu Hause», der Beziehungen zu den in der Schweiz lebenden russischen Revolutionären hatte, auf «die Idee» gekommen sei, einige von ihnen zu benutzen, um die Moral der russischen Armee noch schneller zu untergraben. Dieser «Irgend jemand» habe sich an den Zentrumsabgeordneten *Erzberger*, und einen Vertreter des Auswärtigen Amtes gewandt, und so sei eben Lenin nach Petrograd geschafft worden. Hoffmann verteidigt diese deutsche Aktion, indem er darauf hinweist, daß man mit demselben Recht, mit dem man Granaten und Giftgase auf die feindlichen

132

Schützengräben losläßt, sich auch des Mittels der Propaganda in ihren Garnisonen bedienen könne.

Es waren also rein militärische Gesichtspunkte, die für die deutschen Regierungskreise maßgebend waren. Die verantwortlich Handelnden in Deutschland hatten nicht die geringste Vorstellung von der *welthistorischen Bedeutung*, die Lenins Erscheinen in Rußland haben würde. Sie dachten in engstirnig-militärischen Kategorien, begriffen nichts von der Sprengkraft sozialrevolutionärer Ideen innerhalb einer bereits in ganz Europa wankenden Gesellschaftsordnung und glaubten mit Ludendorff, daß sie nur darauf achten müßten, nicht auch zu fallen, wenn andere gestürzt werden.

Wer aber war nun der «Irgend jemand», der auf den Gedanken gekommen war, mit Hilfe Deutschlands Lenin nach Petrograd zu schaffen? Es war dies der berühmt-berüchtigte *Parvus* (Dr. Alexander Israel Helphand), jener geheimnisumwitterte revolutionäre Sozialist russischer Herkunft, der die besten Beziehungen zu den führenden Persönlichkeiten der Sozialistischen Internationale hatte, während des Krieges aber Agent der deutschen Regierung geworden war. Er arbeitete mit Staatssekretär *Zimmermann* (dem Leiter des Auswärtigen Amtes), mit dem Grafen von *Brockdorff-Rantzau*, dem *Freiherrn von Maltzahn* und *Erzberger* zusammen, um die Kooperation mit der «bolschewistischen Auslandsstelle» in Stockholm und mit Lenin in Zürich einzuleiten.¹⁶ Reichskanzler *Bethmann-Hollweg*, *Hindenburg* und *Ludendorff* stimmten dem Plan zu. Lenin wurde benachrichtigt, daß er mit der *Krupskaja*, *Sinowjew*, *Radek* und verschiedenen anderen Bolschewiki (es war dies die Führungsgruppe der Oktoberrevolution!) unter deutschem Schutz nach Schweden befördert werden könne, von wo aus er sich nach Petrograd durchschlagen solle. Als Lenin diese Botschaft er-

hielt, diktierte er die Bedingungen, unter denen er sich bereit finden würde, die Durchreise durch Deutschland zu unternehmen (!). Sie wurden widerspruchslos angenommen.

Am 8. April 1917 reisten Lenin und seine Begleiter von Zürich ab. Auf dem Bahnhof hatten sich russische Emigranten, schweizerische und italienische Arbeiter eingefunden, um ihm den Abschied zu geben. Auch *seine* Gegner waren erschienen. Als er am Fenster seines Abteils stand, schrien sie: «Spione! Deutsche Spione! Sie fahren auf Kaisers Kosten nach Haus!» Um das Gejohle zu überstimmen, begannen Lenins Anhänger die Internationale zu singen. Lächelnd schüttelte er den Kopf. Während der Zug sich der deutschen Grenze näherte, starrte Lenin

133

unbeweglich aus dem Fenster. Radek unterbrach das bedrückte Schweigen und sagte scherzend: «Wladimir Iljitsch sieht sich wohl in Gedanken schon als Ministerpräsident der Revolutionsregierung.» Alle Mitreisenden lachten.

Am 3. (16.) April traf Lenin nach zehnjähriger Abwesenheit wieder in Rußland ein. Eine vieltausendköpfige Menge erwartete ihn auf dem Finnländischen Bahnhof. Man trug ihn auf den Schultern vom Bahnsteig in die Halle, wo Lenin sofort zur Menge sprach und sie als Vorhut des internationalen Proletariats begrüßte. Im kleinen Kreise seiner Gefolgsleute griff er dann aber in schärfster Form den bisherigen Kurs der Petrograder Bolschewistenführer (Kamenew und Stalin) an, die in den Sowjets mit den Menschewiki zusammengearbeitet und nach Lenins Meinung nicht energisch genug die Provisorische Regierung bekämpft hatten. Wenige Tage später verkündete Lenin seine berühmten «Aprilthesen»,¹⁷ die das Aktionsprogramm für die proletarische Revolution enthielten und so radikal formuliert waren, daß sie selbst bei den führenden Bolschewiki auf Widerspruch stießen. Diese wollten an der *Aktionseinheit der Arbeiterschaft* festhalten. Lenin aber drängte zum Bruch mit den gemäßigten Kräften im Lager der Sozialisten. Er war davon überzeugt, daß für den Sieg der Revolution die Haltung der *Bauern* entscheidend war, und setzte daher die Forderung an die Spitze des Programms: «*Frieden um jeden Preis und alles Land den Bauern!*» Mit dieser Parole sollte er den Kampf um die Macht gewinnen, aber bis zu dem Sieg der Bolschewiki war es noch ein langer und gefährlicher Weg. Auf dem 1. Allrussischen Sowjetkongreß im Juni 1917 waren von den 833 Delegierten nur 105 Bolschewisten. Lenin konnte sich nicht durchsetzen. Vierzehn Tage später gab der Kriegsminister *Kerenskij* der Armee den Befehl, an der galizischen Front zum Großangriff anzutreten, weil er glaubte, eine erfolgreiche militärische Operation würde die Disziplin der in Auflösung befindlichen Armee wiederherstellen. Doch die von *Brussilow* geleitete Offensive endete nach wenigen Tagen (29. 6. — 7. 7.) in einem völligen Fiasko. Es kam zu einem bewaffneten

Aufstand in Petrograd, der aber niedergeworfen wurde. Eine Reihe von bolschewistischen Führern wurde verhaftet, Lenin konnte entkommen. Er floh nach Finnland und kehrte erst am Vorabend der Oktoberrevolution von dort nach Petrograd zurück. Unmittelbar nach der Niederwerfung des Juliaufstandes

134

trat Ministerpräsident Lwow zurück. *Kerenskij* übernahm die Regierung. Doch die Geduld der revolutionierenden Massen ging zu Ende; die Soldaten kämpften nicht mehr, die Bauern waren längst dabei, das grundherrliche Land unter sich zu verteilen, der totale wirtschaftliche Zusammenbruch stand bevor, die staatliche Desorganisation hatte ihren Höhepunkt erreicht.

Es ist notwendig, sich diese Entwicklung zu vergegenwärtigen, denn allzuleicht ist man heute in der westlichen Welt geneigt, das hoffnungslose Durcheinander in Rußland, die praktische Enteignung des Großgrundbesitzes, die katastrophale Versorgungslage und wirtschaftliche Konfusion als Ergebnis der bolschewistischen Machtergreifung zu betrachten. Tatsächlich aber konnten die Bolschewiki *infolge* dieser Entwicklung die Macht übernehmen. Den bürgerlichen Kräften in Rußland war es seit dem Sturz des Zarismus niemals gelungen, die staatlichen Ordnungsaufgaben zu erfüllen. Sie waren «absolut ideenlos», wie Rudolf Steiner einmal bemerkt hat.¹⁸ Unaufhaltsam entglitt der Regierung Kerenskij die Macht. Es bedurfte schließlich nur noch der Organisierung der Petrograder Soldaten und Arbeiter, um die Regierung zu Fall zu bringen. Dieses vorbereitet und mit einem meisterhaft ausgearbeiteten Zeitplan gekoppelt zu haben, war das Werk Lenins und Trotzki's. Am 10. (23.) Oktober fiel nach zehnstündiger harter Diskussion im Zentralkomitee der Bolschewiki die Entscheidung über den Versuch, durch einen abermaligen Aufstand die Macht zu ergreifen. Als Termin wurde der 25. Oktober (7. November) in Aussicht genommen, an dem der 2. Allrussische Sowjetkongreß stattfinden sollte. Es ging alles nach Plan: Die Truppen der Garnison und die Arbeitermilizen besetzten am 6. und in der Nacht zum 7. November alle wichtigen Punkte der Stadt. Widerstand gab es nicht. Nur bei der Einnahme des Winterpalais (dem Regierungssitz) verloren die Angreifer sechs Mann. Das waren die einzigen Opfer der bolschewistischen Machtübernahme in Petrograd. Kerenskij konnte entfliehen. Die Provisorische Regierung wurde für abgesetzt erklärt und verhaftet.

So unblutig vollzog sich der Beginn einer der größten Revolutionen der Weltgeschichte, die später auch eine der blutigsten werden sollte. «Die Unauffälligkeit des welthistorischen Ereignisses hat Akteure und Zuschauer gleichermaßen beeindruckt», schreibt Günter Stökl in seiner kürzlich erschienenen «Russischen Geschichte» über die Ereignisse in Petrograd. «Während der Sturm auf das Winterpalais stattfand, spielten die Theater und fuhren die

Straßenbahnen. Trotzki schreibt von

135

einer «Stille, schrecklicher als alle Donner der Welt. Lautlos verschob sich der soziale Boden, einer Drehbühne gleich, die die Volksmassen in den Vordergrund hob und die gestrigen Herren in die Unterwelt hinabtrug»¹⁹

Der Vatikan und die Entente

Schon in dem ersten seiner «Briefe aus der Ferne» hatte Lenin die Lage nach dem Sturz des Zarismus analysiert und «aus dem Gang der Ereignisse der Februarrevolution» abgelesen, daß die englische und französische Botschaft durch ihre «Agenten» und «Verbindungen» mit einigen russischen Generälen und Politikern die «Verschwörung» gegen den Zaren organisiert hatten, um den von den Alliierten befürchteten Separatfrieden Nikolaus II. mit den Mittelmächten zu verhindern. Lenins Vermutung erwies sich als richtig: Engländer und Franzosen hatten tatsächlich bei der Absetzung des Zaren ihre Hände im Spiel gehabt. Sie sahen in den Politikern der Provisorischen Regierung eine *Garantie für die Kriegsverlängerung*; denn eine Entlastung der Deutschen an der Ostfront hätte Anfang 1917 die militärische Lage im Westen zugunsten Deutschlands total verändert. Mit Hilfe von Lwow und Kerenskij war es England und Frankreich zwar möglich, den Friedensschluß im Osten zu verhindern, aber das Ausscheiden Rußlands aus der Reihe der kriegführenden Mächte war doch nur noch eine Frage der Zeit. Als erkennbar geworden war, daß die kriegswillige Provisorische Regierung die Revolution nicht unter ihre Kontrolle bringen konnte, beschwor *Wilson* das amerikanische Volk, aktiv in den Kampf gegen die «War Lords» (Kriegsherren) einzugreifen und der Welt den ersehnten Frieden zu bringen ...

Die USA erklärten Deutschland zu einem Zeitpunkt den Krieg, «zu dem infolge des bevorstehenden Zusammenbruchs Rußlands ihre Interessen ernsthaft gefährdet waren», wie der amerikanische Historiker Holborn feststellt: «Das amerikanische Volk war sich dieser Gründe für den Kriegseintritt der Vereinigten Staaten kaum bewußt und sah die Teilnahme Amerikas völlig im Lichte eines Kreuzzuges für Freiheit und Demokratie.»

Am 6. April 1917 erfolgte die amerikanische Kriegserklärung. Am 8. April fuhr Lenin im «plombierten» Eisenbahnwagen durch Deutschland. Die Ereignisse überstürzten sich.

136

Daß Rußland zum Ausgangspunkt für eine Revolution von welthisto-

rischer Bedeutung werden könnte, scheint damals eine Macht besonders beunruhigt zu haben: den Vatikan.

Die maßgebenden Männer im Vatikan, vor allem Papst *Benedikt XV.* und sein Kardinalstaatssekretär *Gasparri*, hatten nach dem Sturz des Zarentums zunächst die Hoffnung auf den *Zusammenbruch der orthodoxen Staatskirche* gehegt, die ihrer wichtigsten Stütze beraubt worden war. Durch die Beseitigung der engen Verbindungen von Zarenmacht und Orthodoxie war nach Auffassung vatikanischer Kreise das Haupthindernis für die Ausbreitung des Katholizismus unter den Ostslawen aus dem Wege geräumt. Auch hoffte man, daß nun der jahrhundertalte Traum von der Unterwerfung der Ostkirche unter die päpstliche Führungsgewalt, also eine *Kirchenunion* der orthodoxen mit der römischen Kirche, Wirklichkeit werden könnte. Im Hinblick auf diese Möglichkeit gründete der Papst im Mai 1917 die «Kongregation für ostkirchliche Angelegenheiten». (Die Kongregationen sind die «Ministerien» des Vatikans.) Als aber die Februarrevolution nicht den von den Entente-Mächten und vom Vatikan erwarteten Verlauf nahm und die Gefahr erkennbar wurde, daß bei einer Verlängerung des Krieges nicht nur Rußland, sondern ganz Europa vor der *Frage der Umgestaltung seiner sozialen Verhältnisse* stehen würde, entschloß sich der Vatikan zu einem *Friedensappell*.

Der päpstliche Diplomat, der am aktivsten für die Liquidierung des Krieges eintrat, war *Eugenio Pacelli*, der spätere Papst Pius XII.²¹ Er hatte im vatikanischen Dienst schon sehr jung Karriere gemacht und war seit 1914 der Leiter der «Kongregation für außerordentliche Angelegenheiten» (das heißt des «Außenministeriums» des Vatikans), verfügte also über ausgezeichnete Informationen und hatte den denkbar besten Einblick in die politischen Verhältnisse jener Zeit. Pacelli verließ 1917 plötzlich sein überaus wichtiges Amt, um als päpstlicher Nuntius nach München zu gehen. (Die Reichsregierung hatte damals noch keine Nuntiatur errichtet; das geschah erst in der Weimarer Republik. So blieb für die direkte Einflußnahme Pacellis auf die deutsche Politik nur das Königreich Bayern übrig.) Da man im Vatikan wußte, wie sehr sich die Lage Deutschlands nach dem Kriegseintritt der USA verschlechtert hatte, glaubte man, daß die Reichsregierung — trotz der bevorstehenden Entlastung an der Ostfront — für eine päpstliche Friedensaktion zu gewinnen war.

Pacelli, der nie ein Bistum verwaltet, sondern stets nur im

137

diplomatischen Dienst gestanden hatte, wurde am 13. Mai 1917 [der Tag von Fatima –RB] vom Papst persönlich zum Erzbischof geweiht und brach am 20. Mai nach München auf, wo er allerdings erst fünf Tage später eintraf. In der Zwischenzeit hatte er sich nämlich im Kloster Einsiedeln in der Schweiz aufgehalten, wo

er sich mit dem *Jesuitengeneral Ledochowski* beraten und auch mit den in der Schweiz akkreditierten Botschaftern der Mittelmächte treffen konnte. Es ist anzunehmen, daß der Text der *päpstlichen Friedensnote vom 1. August 1917* in Einsiedeln ausgearbeitet wurde

...

Nach seiner- Ankunft in München arbeitete Pacelli engstens mit dem Zentrumsabgeordneten *Erzberger* zusammen, der das besondere Vertrauen *des Vatikans* besaß und sofort bereit war, die Bedingungen zu schaffen, die der Papst für Verhandlungen mit den Westmächten über die Beendigung des Krieges brauchte. Erzberger stellte die Verbindung zur Reichsregierung her, und am 29. Juni konnte Pacelli bereits Unterredungen mit dem Kaiser und dem Reichskanzler führen. Am 6. Juli hielt dann Erzberger, der zuvor als Propagandist des Admiralstabs für den uneingeschränkten U-Boot-Krieg aufgetreten war und weitgesteckte Kriegsziele verkündet hatte, plötzlich seine berühmte Friedensrede vor dem Hauptausschuß des Reichstages. Er half mit, Reichskanzler *Bethmann-Hollweg* zu stürzen (14. Juli)²² und brachte am 19. Juli eine Mehrheit für die *Friedensresolution des Reichstags* zustande (Frieden «ohne Annexionen und Entschädigungen»). Dieser Beschluß erregte Aufsehen in der ganzen Welt. Erzberger galt fortan als der große Friedenspolitiker in Deutschland, aber er selber war sich darüber klar, daß die Resolution außerordentlich vieldeutig war und im Grunde außer der verbalen Bekundung des guten Willens, den Krieg beenden zu wollen, nichts enthielt, was für reale Verhandlungen mit dem Gegner zu gebrauchen war. Denn unter einem «Frieden ohne Annexionen und Entschädigungen» konnte jeder verstehen, was er wollte. Ein Staat kann einen anderen wirtschaftlich und politisch aufs schwerste schädigen, ohne ihn zu «annektieren» oder Kontributionen zu fordern. «Was wollen Sie, Hoheit», sagte Erzberger zu Prinz Max von Baden, «damit kriege ich eben auf dem Verhandlungswege Briey und Longwy.» Mit anderen Worten: Erzberger hatte in die Friedensresolution eine *reservatio mentalis* hineingebracht, die aber die friedenswilligen Verständigungspolitiker in Deutschland gar nicht erkannten.

Erzbergers Aktion diente in erster Linie der vaticanischen Politik, die darauf abzielte, das Papsttum als den Weltfriedensstifter in das Spiel

138

der großen Mächte zu bringen und eine Neuordnung der sozialen Verhältnisse in Europa zu verhindern. Erzberger hatte in Zusammenarbeit mit Pacelli der Papstnote vom 1. August den Weg bereitet. In seinem *Rundschreiben an die Oberhäupter der krieg führenden Mächte* machte der Papst einige vernünftig erscheinende Vorschläge für konkrete Friedensverhandlungen, denen viele Menschen sofort zustimmen konnten. Die päpstliche Aktion wurde und wird daher

höchst positiv beurteilt. Merkwürdigerweise aber hat sich bis heute die historische Forschung nicht der Mühe unterzogen, den genauen Wortlaut der Papstnote zu durchleuchten. Man würde dabei nämlich sehr schnell entdecken, daß der Vatikan im Jahre 1917 den Versuch machte, im Sinne uralter päpstlicher Impulse in die Gestaltung der Weltverhältnisse einzugreifen. Pacelli bemühte sich nach der Überreichung der Papstnote, Deutschland mit England in Kontakt zu bringen. Um Rußland bemühte er sich nicht. Pacellis Unternehmen scheiterte, aber er hatte erreicht, was er wollte: Die Autorität des Papsttums wurde «bei den Volksmassen aller Länder gestärkt» und «das Haupt der katholischen Kirche» erschien jetzt als die über allen Parteien stehende Macht des Friedens.²³

So sind in dem Epochenjahr 1917 die *drei Mächte auf dem* Entscheidungsfeld Mitteleuropas in Erscheinung getreten, die unser gegenwärtiges Schicksal maßgeblich bestimmen: die *Vereinigten Staaten, Rußland* und der *Vatikan*. Im Jahre 1917 klang aber auch noch einmal die Stimme Mitteleuropas auf. Daß sie verhallte, gehört zu der tragischen Entwicklung des 20. Jahrhunderts.

Mitteleuropa nach 1917

Rudolf Steiners Memoranden

«Im Jahre 1917 sprach ich in engeren Kreisen mit einer Anzahl von Persönlichkeiten über die Dreigliederung des sozialen Organismus. Meine Absicht dabei war, politisch Denkende dafür zu gewinnen, der Politik Wilsons eine andere entgegenzusetzen. Wilsons Gedanken schienen mir kein Ausweg aus der Wirrnis, in der sich die Welt befand. Man konnte, indem man diese Gedanken als Schlagworte weithin hörbar machte, Armeen in Bewegung setzen, man konnte Kriegsschiffe über das Weltmeer senden, aber sie enthielten nichts von dem, was in der Menschheit der Gegenwart unbewußt nach einem Herauskommen aus den alten Machtverhältnissen rang und was, weil es sich vernünftig nicht äußern konnte, sich in der Unvernunft des Weltkrieges entladen hatte.» Dies schrieb der Urheber des Dreigliederungsgedankens, *Rudolf Steiner*, zwei Jahre nach Beendigung des Krieges in einer Zeitschrift, die sich die Förderung dieser Idee zum Ziel gesetzt hatte.¹

Im Juli 1917 verfaßte er auf Bitten seiner Gesprächspartner zwei Memoranden, die von diesen an einflußreiche Politiker der Mittelmächte herangetragen wurden. In den beiden Denkschriften, die erst nach dem Tode ihres Verfassers veröffentlicht wurden², erkennt man den Versuch, aus dem Geisteserbe Mitteleuropas heraus der abstrakten Wilsonschen Programmatik mit lebensvollen Gedanken zu begegnen. Dieser Versuch wurde in der Absicht unternommen, die Lebensnotwendigkeiten Mitteleuropas den phrasenhaften Begriffen von «Freiheit und Demokratie» und vom «Selbstbestimmungsrecht der Völker» entgegenzustellen, mit denen seit Wilsons berühmter Senatsrede am 22. Januar 1917 («Ich schlage überall die Regierung mit Zustimmung der Regierten vor.») in aller Welt operiert wurde. Es sollte ein Weg zur demokratischen Selbstverwaltung, zur Freiheit des Geisteslebens und zur wirtschaftlichen Gesundung gewiesen werden, der die Überwindung

140

des nationalen Einheitsstaats ermöglichen konnte. Ideen, wie sie sich keimhaft schon in den staatspolitischen Schriften großer deutscher Denker, etwa bei *Karl Christian Planck* oder auch

Konstantin Frantz entdecken lassen, traten jetzt ausgereift und völlig neu in Erscheinung; denn es war notwendig geworden, «der Aufgabe, welche von Amerika aus in politischen Kundgebungen der Welt gestellt worden ist, von Europa aus eine andere entgegenzustellen, die aus den Lebenskräften dieses Europa heraus geboren war. Zwischen der Aufgabe, die aus amerikanischen Gesichtspunkten Wilson gestellt hatte, und derjenigen, die in den Donner der Kanonen als geistiger Impuls Europas hineingetönt hätte, wäre eine Verständigung möglich gewesen. Jedes andere Verständigungs-Gerede klang vor den geschichtlichen Notwendigkeiten hohl über *Otto Graf Lerchenfeld*, der verzweifelt darüber war, daß die Politiker keine Ideen hatten, alles den Militärs überließen, die trotz der hoffnungslosen Lage «immer nur von: Sieg — Sieg — Sieg —!» träumen konnten⁴, gelangten die Vorschläge Rudolf Steiners namhaften Vertretern der deutschen Reichsregierung zur Kenntnis, so dem *Staatssekretär von Kühlmann* und später auch *Prinz Max von Baden*. Graf *Ludwig Polzer-Hoditz* überreichte eines der Memoranden seinem Bruder Arthur, dem Kabinettsdirektor Kaiser Karls von Österreich. Von dieser Denkschrift, die sich unter anderem auch mit der Lage in Österreich-Ungarn befaßte, sagt *Arthur Polzer-Hoditz* in seinen Erinnerungen, er habe sich anfangs «zurückhaltend und skeptisch verhalten», sie dann aber doch «einem eingehenden Studium» unterzogen. «Ich gewann den Eindruck, daß es sich um einen Vorschlag handle, der — im Unterschied von so vielen anderen — den *praktischen* Bedürfnissen der anbrechenden Zeit voll Rechnung trug.»⁵ Merkwürdigerweise aber zögerte der enge Vertraute und Berater Kaiser Karls, diesen mit dem Gedanken der Dreigliederung bekanntzumachen:

«Obwohl ich persönlich, das Bedeutsame des Gedankens erfassend, meine Meinung über dessen Durchführbarkeit der gewiß besseren Einsicht jener gerne unterordnete, denen der Gedanke entstammte, und ich tatsächlich der Ansicht war, daß durch die Offenbarung der Idee von autoritativer Seite aus ein großer Erfolg erzielt werden könnte, so vermochte sich mir diese Ansicht doch nicht zur Überzeugung zu verdichten. Ich konnte mich daher insoweit nicht entschließen, zur Sache eine entschiedene Stellung zu nehmen, als ich ein Amt bekleidete, das ich nicht dazu ausnützen durfte, um Ansichten auszusprechen, die nicht zu Überzeugungen geworden waren. Erst mein Rücktritt gab mir die Möglichkeit,

141

den Gedanken dem Kaiser zu vermitteln.»⁶

Der Rücktritt wurde von seinen ungarischen Widersachern im Kabinett, vor allem durch den Außenminister *Czernin* erzwungen, der im Bunde mit dem bereits erwähnten *Grafen Tisza* nach dem Tode Franz Josephs (Ende 1916) den jungen Kaiser mit allen Mitteln

auf die Beibehaltung der Doppelstaatlichkeit Österreich-Ungarns verpflichtet wollte. Kurz nach seiner Entlassung im November 1917 trug Polzer-Hoditz die Dreigliederungsidee dem Kaiser vor, der «mit gespannter Aufmerksamkeit zuhörte» und ihn aufforderte, das «ganze System der Dreigliederung in einer Denkschrift niederzulegen». Nachdem er sich dann monatelang damit beschäftigt hatte, sandte er seine Ausarbeitungen am 17. Februar 1918 in einem versiegelten Umschlag an den Kaiser und informierte noch am gleichen Tage den österreichischen Ministerpräsidenten *Seidler* über den Inhalt des Schriftstückes. Jetzt war er [Arthur Polzer-Hoditz]

«der Meinung, daß die Zeit gerade damals für große Gedanken, nur für große Gedanken aufnahmefähig war und daß es nicht von Nachteil gewesen wäre, einen solchen, wenn auch unvermittelt, in die Welt zu werfen. Man wäre vielleicht über ihn hergefallen und hätte ihn zerzaust und arg zugerichtet. Aber er wäre dagewesen. Die Welt hätte sich mit ihm auseinandersetzen müssen, und war er gut, so hätte er sich schließlich behauptet. Es wäre eines Versuchs wert gewesen. Aber auch ich habe zu einem solchen Versuch erst zu raten vermocht, als ich die Gewißheit hatte, daß der bisherige Weg uns in den Abgrund führe- und daß nur eine vollständige Wandlung Rettung bringen könnte.»⁷

Die Verhaltensweise des Grafen Polzer-Hoditz erscheint in unserem Zusammenhang von besonderer Bedeutung, zeigt sie doch, woran es lag, daß der Westen nicht nur mit den Waffen, sondern auch *geistig* siegen konnte: Es gab Menschen in Mitteleuropa, die «das Bedeutsame» eines neuen großen Gedankens sehr wohl erfassen konnten, aber letztlich doch nicht *den Mut* hatten, an die selbstwirkende Macht von Ideen zu glauben. So weit hatte man sich damals bereits in Mitteleuropa von der Geisteswelt Goethes und Schülers, Fichtes und Hegels entfernt! Erst als es zu spät war, erst als der Zusammenbruch unabwendbar bevorstand und er «die Gewißheit hatte, daß der bisherige Weg uns in den Abgrund führe», suchte Polzer-Hoditz die Zuflucht bei jener rettenden Idee, die, ein halbes Jahr vorher «in die Welt geworfen» Wilsons Programm des American way of life um seine Anziehungskraft für die europäische Menschheit gebracht hätte. Polzer-Hoditz empfand jetzt, daß man dem «unehrlichen Programm der Selbstbestimmung und

142

Völkerbefreiung, welches vom Westen revolutionierend in die Welt geschleudert wurde», eine «geistige Offensive von ebenso großer Wucht» hätte entgegensetzen müssen. Aber er hatte den Zeitpunkt verpaßt, zu dem von einer maßgeblichen Stelle Mitteleuropas aus der Politik Wilsons Widerpart geboten werden konnte, und so mußte er seinem Bekenntnis das resignierende Wort hinzufügen: «Ich hörte seit jener Unterredung mit Seidler nichts mehr von der

Sache.»

Wilson's 14 Punkte

Selbstverständlich war der Dreigliederungsgedanke kein Wundermittel zur Abwendung der militärischen Niederlage der Mittelmächte. Auch hätte er sich nicht durch eine oktroyierte Verfassungsänderung oder eine ähnliche Maßnahme in die staatliche Praxis umsetzen lassen. Entscheidend war vielmehr, daß dieser Gedanke in seiner Richtunggebung aufgegriffen und weiterentwickelt werden wollte, wodurch die Kräfte zur freien Entfaltung neuer, wirklichkeitsgemäßer Organisationsformen innerhalb der Gesellschaft freigesetzt worden wären. Niemand war — und ist — genötigt, sich mit dem sonstigen Werk Rudolf Steiners zu identifizieren, wenn er sich mit der Dreigliederungsidee befaßt und von ihr etwas hält. Genötigt wird man allerdings, von alten Denkgewohnheiten Abschied zu nehmen und den Mut zum Betreten von geistigem Neuland aufzubringen. An diesem *Mut* fehlte es im Jahre 1917. Die führenden Politiker Mitteleuropas ließen sich von den Kriegsgeschehnissen treiben und hatten während des Krieges nicht eine einzige fruchtbare Idee in die Welt setzen können. In dieses geistige Vakuum stieß Wilson mit seinem amerikanischen Weltbeglückungsprogramm hinein, das mangels eines eigenen mitteleuropäischen Zukunftsbildes in den Rang einer allein gültigen, politischen Glaubenslehre erhoben wurde. Es ist unvorstellbar, welche Wirkung es gehabt haben würde, wenn einer der staatlichen Repräsentanten Mitteleuropas die Autonomie der wirtschaftlichen, kulturellen und 'rechtlichen Lebensbereiche für die Gestaltung der künftigen europäischen Friedensordnung zur Diskussion gestellt hätte. Das wäre nicht nur eine Absage an die von nationalen Egoismen und Klasseninteressen diktierte «Kriegszielpolitik» bestimmter deutscher Kreise gewesen. Es wäre auch kaum möglich gewesen, daß die Westmächte mit der Begründung, das Wiedererstehen des deutschen Macht- und Militärstaates verhindern zu müssen, die *Pariser Vorortverträge* (Versailles, St. Germain u. a.) hätten diktieren können.

143

Diese Verträge bewirkten ja das *Gegenteil* dessen, was sie erreichen wollten: Durch ihre demütigenden Bedingungen haben sie den deutschen Nationalismus gesteigert und die Militarisierung des politischen und geistigen Lebens in Deutschland heraufbeschworen. Selbstverständlich darf man Versailles nicht allein für den Aufstieg Hitlers und den Sieg des Nationalsozialismus verantwortlich machen. Man sollte vielmehr einsehen lernen, daß Versailles erst infolge des ungeheuren geistigen Versagens Mitteleuropas möglich wurde. Im Gegensatz zur napoleonischen Zeit, wo die Deutschen inmitten der großen nationalen Heimsuchung *die Kraft zur geistigen*

Erneuerung entwickelten, rang sich Deutschland in der Weltkriegskatastrophe nicht zur heilsamen Läuterung durch. Es unterlag nicht nur militärisch. Es unterlag auch dem Geiste, der aus Wilson sprach.

Am 8. Januar 1918 verkündete der amerikanische Präsident in einer Rede vor dem Kongreß 14 Punkte als «Programm des Friedens in der Welt». Nach der Katastrophe des Zweiten Weltkrieges kam der britische Historiker *Barracough* zu dem Urteil, daß die «Vierzehn Punkte» nur von denjenigen «als gute Grundlage für einen gerechten Frieden» betrachtet werden konnten, die «nicht begriffen, daß sie für England und Frankreich nur (wie Wilsons Vertrauter Oberst House wörtlich sagte) ein wunderbares Propagandainstrument waren».⁹ In der Tat wurde Wilsons Programm als werbekräftigtes Mittel der «psychologischen Kriegsführung» des Westens gegen die Mittelmächte benutzt. Wilson versprach allen alles: er stellte den Alliierten Gewinne in Aussicht, ermutigte die nationalen Minderheiten im Habsburgerreich, entwarf das großartige Bild einer Weltorganisation und versprach selbst Deutschland einen ehrenhaften Frieden. (Punkt 14: «Wir sind nicht eifersüchtig auf Deutschlands Größe, und in diesem Programm ist nichts, das ihr zu nahe tritt ... Wir wünschen nur, daß es statt eines Herrschaftsplatzes unter den Völkern der Welt — der neuen Welt, in der wir jetzt leben — einen Platz der Gleichheit einnehmen möge.») Es waren Forderungen, die jedem einleuchten mußten, der sich von weltpolitischen Realitäten nicht bekümmern ließ. Selbst *Ludendorff* schwenkte auf Wilsons Programm ein, als er sich keinen Rat mehr wußte und sein Glaube an den «Siegfrieden» nach der gescheiterten Sommeroffensive von 1918 nun endlich doch erschüttert worden war.

Ende September — es standen damals bereits über 1,5 Mill. Amerikaner

144

in den Heeren der Entente — entdeckte Ludendorff in den «Vierzehn Punkten» den Rettungsanker für Deutschland.¹⁰ Er scheint aber geglaubt zu haben, daß Wilson, der Herold der Demokratie, leichter zu gewinnen wäre, wenn er mit einer parlamentarisch gewählten deutschen Regierung zu verhandeln haben würde. Zur Überraschung von Reichskanzler *Graf Hertling* und dem Reichstag forderte die Oberste Heeresleitung plötzlich, was sie bisher stets abgelehnt hatte: *die Umwandlung Deutschlands in eine parlamentarische Demokratie*. Die Entscheidung über diese tiefgreifende Änderung der Verfassungsstruktur des Bismarckreiches fiel also nicht etwa in der Volksvertretung. Sie wurde am

29. September 1918 durch die deutschen Militärs im kaiserlichen Hauptquartier zu Spa herbeigeführt — ein Vorgang, der für die Geschichte der Demokratie in Deutschland bezeichnend ist. Durch diese «Revolution von oben», die den Reichskanzler nicht mehr vom Vertrauen des Kaisers, sondern des Parlaments abhängig machte, wurde *Prinz Max von Baden* der Chef der ersten deutschen Regierung, in die Vertreter der Parteien als Staatssekretäre aufgenommen wurden. «So hat Ludendorff die Parlamentarisierung Deutschlands befohlen, und der badische Prinz hat sie durchgeführt.»¹¹ Er wurde dann sofort gegen seinen Willen von Ludendorff gezwungen, Wilson zu bitten, «die Herstellung des Friedens» in die Hand zu nehmen. In der Nacht vom 3. zum 4. Oktober ging das deutsche Waffenstillstandsangebot an Wilson ab. Es folgte ein langwieriger Notenwechsel, bei dem deutlich wurde, daß man mit den Deutschen über einen Waffenstillstand nicht mehr verhandeln, sondern ihnen nur die widerspruchslose Annahme von Kapitulationsbedingungen zubilligen wollte. Am 5. November teilte Wilson endlich mit, daß *General Foch*, der alliierte Oberkommandierende, bereit sei, «gehörig beglaubigte Vertreter der deutschen Regierung zu empfangen und sie von den Waffenstillstandsbedingungen in Kenntnis zu setzen». Zwei Tage später nahm der Zentrumsabgeordnete Erzberger als Beauftragter der Reichsregierung das Diktat der Alliierten entgegen. *Prinz Max von Baden*, der letzte Reichskanzler des kaiserlichen Deutschland, würde besser daran getan haben, wenn er den Rat seiner Freunde befolgt hätte, die Generale selber mit der weißen Fahne über die feindlichen Linien gehen zu lassen. Aber der «demokratische Prinz» aus dem deutschen Südwesten, der sich durch seine Tätigkeit beim Roten Kreuz internationale Verdienste erworben hatte und ein Mann von vornehmer Gesinnung war, glaubte, sich «für das Wohl des Vaterlandes» opfern zu müssen, als er der OHL die

145

letzte Verantwortung abnahm und die Politiker für die Generale handeln ließ. Sie haben es ihm schlecht gedankt, denn die Kapitulation wurde von *Hindenburg* und *Ludendorff* (wie später auch von *Hitler*) in die Legende vom «Dolchstoß» in den Rücken der kämpfenden Front umgefälscht. Die Haltlosigkeit dieser «*Dolchstoßlegende*» ist durch das vorliegende Quellenmaterial erwiesen: *Hindenburg* und *Ludendorff* haben gebieterisch den Waffenstillstand gefordert und seit dem 29. September 1918 ihren militärischen und geistigen Bankrott geradezu aktenkundig gemacht.¹² Aber selbst heute noch ist ihre Rolle bei der Kapitulation nicht in das -allgemeine Geschichtsbild der Deutschen eingegangen, ebensowenig wie die Tatsache, daß die *Einführung der parlamentarischen Demokratie* — der «Kopfzahldemokratie», wie *Konstantin Frantz* sie genannt hatte — auf Befehl der Obersten Heeresleitung erfolgte.

Diese Hinterlassenschaft des kaiserlichen Deutschland übernahmen dann jene Männer, von denen man später glaubte, sie hätten eine Revolution gemacht, während sie nur pflichtschuldigst an die Stelle der alten Gewalten traten, als diese abzudanken gezwungen waren. *Ebert*, *Scheidemann* und *Noske* waren alles andere als Revolutionäre. Ganz ordnungsgemäß ließen sie sich von ihren Vorgängern die Regierungsgeschäfte übertragen, und weit davon entfernt, eine soziale Umgestaltung vornehmen zu wollen, ließen sie die Beamten der alten kaiserlichen Bürokratie in ihren Stellungen, nicht zum Vorteil des neuen Staates. Der *Sozialdemokrat Ebert* bemühte sich sogar ernsthaft um die Beibehaltung der Monarchie unter einem Hohenzollernprinzen und war empört darüber, daß sein Parteigenosse *Scheidemann* sich dazu hatte hinreißen lassen, am 9. November von der Rampe des Reichstagsgebäudes angesichts einer erregten Menge die «Deutsche Republik» auszurufen.¹³ Die geistige Kapitulation vor Wilson, die Schablone einer Demokratie nach westlichem Vorbild und die improvisierte Proklamation der Republik — das war der Auftakt zur Geschichte *des* Staates von Weimar.

Wilson's Widersprüche

Zehn Millionen Tote und zwanzig Millionen Verwundete hatte der Krieg gefordert. Aber Sieger wie Besiegte waren nicht bereit, seine furchtbaren Lehren anzunehmen. Die Siegermächte glaubten zu einer Erneuerung des geistigen, politischen und wirtschaftlichen Lebens keine Veranlassung zu haben, und die Besiegten fanden nicht die Kraft dazu.

146

Drei Kaiserreiche waren in Europa zusammengebrochen. Man mußte die territorialen Verhältnisse regeln. Wilsons «Vierzehn Punkte» erwiesen sich jetzt, da sie zur Grundlage eines dauerhaften Friedens gemacht werden sollten, als untaugliches Instrument, weil sie eben nur die «abstrakte Zusammenfassung der alten Staatsgedanken»¹⁴ und eine Sammlung widerspruchsvoller Thesen waren. Als Wilson nach Europa kam, bereitete man ihm allenthalben Ovationen. Nur wenige durchschauten die tiefe Unwahrhaftigkeit seines Programms.

Wilson hatte gleich nach dem Kriegseintritt der USA von den *Geheimverträgen* der Ententemächte erfahren, durch die Italien und *Rumänien* gegen das Versprechen großer Gebietserwerbungen zum Krieg gegen die Mittelmächte bewogen wurden. Da diese Abmachungen im Gegensatz zu seinen öffentlichen Erklärungen standen, weigerte sich Wilson, sie «offiziell zur Kenntnis zu nehmen». Unbeschadet der Existenz dieser Geheimverträge verkündete er dann im Januar 1918 seine «Vierzehn Punkte». So forderte er beispielsweise (Punkt 9), daß «die Grenzziehung in

Italien entsprechend den klar erkennbaren Nationalitätengrenzen berichtigt werden soll». Gleich nach seiner Ankunft in Europa stimmte er jedoch der *Brenner-Grenze* und der *Annektierung Südtirols durch Italien* zu. Der *Grundsatz der nationalen Selbstbestimmung* stand aber nicht nur im Widerspruch zu den machtpolitischen Zielen der Geheimverträge. Er widersprach auch andern Grundsätzen in Wilsons Programm, so z. B. wenn er «einen freien und sicheren Zugang zur See» für Binnenstaaten forderte (Punkt 11 und 13). Es ist undenkbar, daß Wilson sich solcher Ungereimtheiten nicht bewußt war. Aber er brachte sie zu Papier und schuf neue Probleme. Auf der Friedenskonferenz zeigte es sich, daß das Ideal des «Selbstbestimmungsrechts» nur ein *Deckmantel für Machtansprüche* war.» Eine dauerhafte Friedensordnung aber läßt sich mit mißbrauchten «Idealen» nicht begründen. Nach 1919 hatte Europa 35 statt bisher 26 Staaten, 27 statt bisher 13 Währungen, 38 statt 26 Zollgebiete. Am verhängnisvollsten wirkte sich diese «Neuordnung» für Ost- und Südosteuropa aus. Hier ließ das «Durcheinandergeschobensein» der Völker eine sinnvolle Anwendung des «Selbstbestimmungsrechts» mit dem Ziel der Bildung souveräner Nationalstaaten nach westeuropäischem Vorbild nicht zu.¹⁶ Es hätte eines neuen, die Nationalitäten respektierenden, aber sie übergreifenden Ordnungsgefüges bedurft. Aber statt der alten 7 Staaten in diesen Gebieten schufen die Pariser Verträge deren 14, nur weil die Westmächte einen *cordon sanitaire von Mittel- und Kleinstaaten*

147

zwischen sich und das bolschewistische Rußland legen wollten. Das alte römische Prinzip des <divide et impera> wurde dabei erfolgreich zur Anwendung gebracht: Die Niederlage Deutschlands und die Festigung der Sowjetmacht in Rußland bewirkten, daß sich die *neugeschaffenen mittleren und kleineren Staaten Osteuropas westlich orientierten*. Gegeneinander abgekapselt und untereinander rivalisierend, gerieten sie in die politische und wirtschaftliche Abhängigkeit des Westens. Die Voraussetzung dafür war der Untergang Österreich-Ungarns.

In England und Frankreich galt die *Auflösung der Donaumonarchie* schon als ausgemachte Sache, bevor noch der Krieg entschieden war. Die öffentliche Meinung Frankreichs und der englisch sprechenden Welt war seit langem darauf vorbereitet worden. Seit Eduard VII. die englisch-französische und die englisch-russische Entente geschlossen hatte (1904 und 1907), bemühte sich eine Gruppe englischer und französischer Gelehrter, *Wickham-Steed, R. W. Seton-Watson, Louis Eisenmann* u. a., Sympathien für den Nationalitätenkampf in Österreich-Ungarn zu wecken.¹⁷ Während des Krieges gründeten sie dann die Zeitschrift «Neues Europa», deren Einfluß auf die Mentalität der «peace-makers» von 1919 unverkennbar war.» Man begegnete Österreich mit Haß und

Verachtung. In den sogenannten Vorortverträgen von *St. Germain* (10. September 1919) und *Trianon* (4. Juni 1920) wurden *Österreich* und *Ungarn* in zwei kleine Staaten getrennt. Jetzt bekamen die ungarischen Nationalisten, wonach sie jahrzehntelang getrachtet hatten: die gänzliche Loslösung von Österreich und den verselbständigten eigenen Staat. Aber dieser Staat hatte mit den nationalistischen Wunschträumen der Vergangenheit nicht mehr die geringste Ähnlichkeit. Die ungarischen Magnaten verloren die Herrschaft über jene Gebiete, denen sie die «Magyarisierung» aufgezwungen und um derentwillen sie eine vernünftige Nationalitätenpolitik im Habsburgerreich mit Fleiß zu verhindern gewußt hatten. Ungarn war nun «souverän», aber es war stark verkleinert worden und hatte in der Nachbarschaft mit neuen Nationalstaaten zu leben, zu denen es sofort in ein Spannungsverhältnis geriet.

Österreich wurde durch den Friedensschluß auf einen Teil der deutsch-sprachigen Bevölkerung der alten habsburgischen Kernlande beschränkt, — ein Drittel seiner Einwohner lebten nunmehr in Wien! Dieser Torso eines Staates, dessen Hauptstadt einer Großmacht gemäß war, mußte sich von ständiger Existenznot bedroht fühlen, und es lag daher nahe, daß die Österreicher vom «Selbstbestimmungsrecht» Gebrauch machen

148

und sich mit Deutschland zusammenschließen wollten. Allein schon die Tatsache, daß im sogenannten «Sudetenland» Millionen von deutsch-stämmigen Menschen lebten, die nun zum größten Teil zwischen dem künftigen tschechoslowakischen Staat und Deutschland leben sollten, ließ es der deutsch-österreichischen Nationalversammlung bei Kriegsende als notwendig erscheinen, die neuentstandenen Probleme durch den Anschluß aller Deutschen des ehemaligen Österreichs an das Deutsche Reich zu lösen. Bereits am 12. November 1918 nahm die deutschösterreichische Nationalversammlung im guten Glauben an Wilsons Versprechungen ein entsprechendes Gesetz an und erklärte: «Deutsch-Österreich ist ein Bestandteil der Deutschen Republik.» Das aber konnten die Westmächte unter keinen Umständen zulassen, denn Deutschland, das sie soeben niedergerungen hatten, wäre nach dem vierjährigen Krieg durch diese freiwillige Entscheidung der Österreicher ja größer und volkreicher geworden, als es vor 1914 war. Der Vertrag von St. Germain verweigerte daher den Österreichern das Selbstbestimmungsrecht. Selbst die Führung des Namens «Deutsch-Österreich» wurde dem neuen Staate verboten. Als es dennoch im April und Mai 1921 zu Volksabstimmungen in *Tirol* und *Salzburg* kam und sich über 98 Prozent der Bevölkerung für den Zusammenschluß mit Deutschland aussprachen, wurden weitere Abstimmungen mit Waffengewalt verhindert.

Was mit dem Vertrag von St. Germain offenbar geworden war, das

hatte sich auch schon während der Friedensverhandlungen mit Deutschland gezeigt: Nicht Wilsons Versprechungen, sondern nackte Machtinteressen waren maßgebend. Im Gegensatz zu Wilsons Erklärung am 4. Dezember 1917, daß «kein Volk bestraft werden sollte, weil die verantwortlichen Leiter eines Landes schweres und verabscheuungswürdiges Unrecht begangen haben», wurde über die Deutschen das Verdikt der alleinigen Kriegsschuld verhängt (Art. 231 des Versailler Vertrages) und auf der Grundlage dieses Schuldspruchs wirtschaftliche Sühnemaßnahmen in Höhe von 132 Mrd. Goldmark gefordert, d. h. mehr als das Zwanzigfache dessen, was die deutsche Regierung in dem berüchtigten Friedensdiktat von Brest-Litowsk den Russen auferlegen wollte. *John Maynard Keynes*, Professor für Nationalökonomie in Cambridge und Mitglied der britischen Delegation in Versailles, wies in einem scharfen Protest vergeblich auf die Folgen eines solchen «Friedenswerkes» für Europa hin.¹⁹ Das Problem wurde besonders dadurch kompliziert, daß «Wilson in seinem Programm gegen

149

dasjenige, was man früher Ersatz der Kriegskosten genannt, dezidiert Stellung genommen hatte.»²⁰ Jetzt war das alles vergessen. Die Gebietsabtretungen, die willkürliche Handhabung des Selbstbestimmungsrechtes, die Verweigerung jeder mündlichen Verhandlung mit den deutschen Vertretern in Versailles, die Besetzung des Rheinlandes und vieles andere waren ein schwerer Schlag gegen diejenigen Deutschen, denen jeder übertriebene Nationalismus ferne lag und die mit den Traditionen des Vorkriegsimperialismus brechen wollten. Diese Politik, deren treibende Kraft *Clémenceau war*, sollte verheerende Wirkungen in Deutschland hervorrufen. Sie gab der reaktionären Agitation den stärksten Auftrieb und befeuerte alle nationalistischen Gruppen zum Kampf gegen die «Weimarer Demokratie», der man die Schuld an dieser «Schmach» zuschob. Im Grunde waren die Würfel über die innenpolitische Entwicklung in Deutschland bereits 1919 gefallen. Lag dies an der «Torheit der Alliierten» wie manche meinen, oder war es doch der Teil eines Planes für die Zerstörung Mitteleuropas?

Folgen von Versailles

Es ist nicht notwendig, die Geschichte von 1919 bis 1939 im einzelnen zu verfolgen, um die verhängnisvolle Entwicklung nach Versailles aufzuzeigen. Daß unmittelbar nach Kriegsende aber Verhältnisse geschaffen wurden, die den Zündstoff für den nächsten Krieg bereithielten, läßt sich heute unschwer erkennen. Von allen Ideen, die Wilson als Danaergeschenk nach Europa brachte, war das «Selbstbestimmungsrecht» die unglücklichste. Sie war geeignet, Europa nicht mehr zur Ruhe kommen zu lassen. Unter Berufung auf das «Selbstbestimmungsrecht» konnte *Hitler* zwischen

1933 und 1938 seine außenpolitischen Erfolge erringen und Deutschland auf die Bahn zum Kriege führen. Doch schon lange vor ihm waren durch die Anwendung dieses Prinzips auf die Verhältnisse im Osten Entwicklungslinien für künftige Konflikte vorgezeichnet worden, die bis in unsere Gegenwart reichen. Das läßt sich an dem *polnischen Beispiel* und der *Geschichte der Oder-Neiße-Grenze* zeigen.

Geschichte der Oder-Neiße-Grenze

Die Wiedererrichtung des durch die drei polnischen Teilungen (1772 bis 1795) zerschlagenen polnischen Staates war im 13. seiner «Vierzehn Punkte» von Wilson gefordert worden. Aber auch die Mittelmächte hatten schon im November 1916 ein selbständiges Polen proklamiert. Über seine Grenzen herrschte jedoch Unklarheit, als nach der Niederlage der Mittelmächte die «polnische Frage» verhandelt wurde. Die

150

neue *Westgrenze* Polens wurde durch die deutschen Gebietsabtretungen im Versailler Vertrag festgelegt, wobei bereits das Prinzip der «Selbstbestimmung» (mit Ausnahme der Bezirke Allenstein und Marienwerder) außer acht gelassen wurde.

Offen blieb die Frage der Ostgrenze, weil man sich über die Schwierigkeiten einer Grenzziehung nach Nationalitäten klar war. Der Oberste Rat der Alliierten beauftragte den britischen Außenminister *Lord Curzon* mit der Feststellung der ethnographischen Verhältnisse. Curzon kam zu dem Ergebnis, daß von einer überwiegend polnischen Bevölkerung nur bis zu der Linie Grodno – Brest Litowsk – Przemysl – Karpathen gesprochen werden könne. Diese «*Curzon-Linie*» wurde daraufhin am 8. Oktober 1919 von den Alliierten als polnisch-russische Grenze festgelegt. Damit wollten sich aber die polnischen Nationalisten unter Führung des diktatorisch herrschenden *Marschall Pilsudski* nicht zufriedengeben. Sie beriefen sich auf «historische Rechte» und forderten die «Wiederherstellung Polens in den Grenzen von 1772», womit sie die Einverleibung von Gebieten meinten, die das polnisch-litauische Reich in der Zeit der Tatarenherrschaft Rußland entrissen und bis zur ersten polnischen Teilung in Besitz gehabt hatte. Die Bevölkerung dieser Gebiete war volkstumsmäßig, aber auch ihres orthodoxen Glaubens wegen mit den Russen stets enger verbunden gewesen als mit ihren polnischen Herren. Dennoch ließ Pilsudski jetzt polnische Truppen in die Ukraine einfallen und löste damit den *russisch-polnischen Krieg (1920/21)* aus, in dessen Verlauf die Truppen der «Roten Armee» im Gegenangriff bis Warschau vorstoßen konnten. Allein der amerikanischen Unterstützung und dem Eingreifen einer französischen Militärmission unter *General*

Weygand war es zu danken, daß die Russen zum Rückzug gezwungen wurden («Wunder an der Weichsel»). Infolgedessen konnte Pilsudski im *Frieden von Riga (1921)* der durch die Hungersnot und den ausländischen «Interventionskrieg» geschwächten Sowjetunion eine Grenze abzwängen, die 200 km östlich der Curzon-Linie lag, Polen um ein Drittel seines Staatsgebietes vergrößerte und sechs Millionen Ukrainer sowie zwei Millionen Weißrussen unter polnische Herrschaft brachte. Rechnet man die 4,5 Millionen Deutsche in den Westgebieten des neuen Staates hinzu, so wird deutlich, mit welchen Problemen sich Polen belastet hatte. Es hatte nun die Gestalt gewonnen, die es bis 1939 behalten sollte. Die Curzon-Linie war durch den Frieden von Riga beseitigt worden. Mit diesem Frieden aber beginnt die Geschichte der Oder-Neiße-Grenze.

151

Als nämlich Hitler den Einfall in Polen vorbereitete und am 23. August 1939 den *Nichtangriffspakt mit Stalin* schloß, ließ sich Stalin von Hitler in einem geheimen Zusatzprotokoll praktisch die Curzon-Linie bestätigen. Das ist, wenn man von allen propagandabedingten Verurteilungen des Paktes absieht, der Kern dieser Geheimklausel. An der Curzon-Linie, das heißt an der Rückgängigmachung des Friedens von Riga, hielt Stalin auch zäh fest, als er mit seinen westlichen Verbündeten während des Krieges über die künftigen Grenzen Polens verhandelte. Die Engländer wußten ja nur zu gut, weshalb er darauf bestand. Sie hatten aber eine Garantieerklärung für Polen abgegeben, mußten also für «Entschädigungen» im Westen sorgen, wenn Stalin von ihnen die Anerkennung der von ihrem Außenminister 1919 festgelegten Grenze verlangte. Schon bei der ersten Besprechung zwischen *Eden* und *Stalin* (Mitte Dezember 1941) wurde die «Kompensationsidee» erörtert.²¹ Als sich dann die «Großen Drei» — *Roosevelt*, *Churchill* und *Stalin* — in Teheran trafen (Ende 1943), setzte sich der britische Premier mit Vehemenz für die «Westverschiebung» Polens auf Kosten von Deutschland ein.²² Churchill, der später in der Bundesrepublik für seine «Verdienste um Europa» den Karlspreis von Aachen erhielt (!), äußerte in Teheran die Ansicht, die Polen sollten nach Westen vorrücken, «wie Soldaten, die mit zwei Schritten nach links aufschließen». Wenn sie dabei den Deutschen auf die Füße treten, müßten diese sich damit abfinden. Um zu demonstrieren, wie er sich die «Westverschiebung» Polens vorstellte, nahm er scherzend drei Streichhölzer aus der Schachtel und legte sie in einem bestimmten Abstand nebeneinander auf den Tisch. Das am weitesten rechts liegende sollte die sowjetisch-polnische Grenze 1921-1939 darstellen, das links liegende die deutsch-polnische Grenze 1919-1939, das mittlere die Curzon-Linie. Dann nahm er das rechte Streichholz weg (so daß dadurch die Curzon-Linie zur sowjetisch-polnischen Grenze wurde) und legte es nun ganz links

wieder hin, um zu zeigen, was Polen von Deutschland erhalten solle, wenn es seine Eroberungen von 1921 an die UdSSR zurückgibt. So muß man wohl Churchills Bemerkung in den Memoiren verstehen, daß er mit «three matches» die Kompensationsidee erläutert habe. «Das amüsierte Stalin, und in dieser Stimmung gingen wir auseinander» fügte er hinzu.

Beim zweiten Treffen der «Großen Drei» in Jalta (Februar 1945) hatten die sowjetischen Truppen bereits ganz Polen besetzt und standen an der Oder. Wie aus den in den USA veröffentlichten

152

«Jalta-Dokumenten» hervorgeht, wurde Einigkeit über die *Oder-Neiße-Linie* als Westgrenze Polens erzielt und die *Aussiedlung der Deutschen* aus allen Gebieten jenseits dieser Linie beschlossen.²³ Da Churchill zu bedenken gab, daß er ohne Zustimmung des Parlaments keine Grenzen festlegen dürfe, verzichtete man darauf, die Vereinbarungen in das Schlußkommuniqué der Konferenz aufzunehmen, einigte sich aber darauf, sie von einer Friedenskonferenz bestätigen zu lassen. Nach seiner Rückkehr von Jalta erklärte Churchill am 27. Februar vor dem Unterhaus: «Das Heim der Polen ist nun fertig», und Eden teilte im Hinblick auf die Grenzen mit: «Im Westen gehen wir davon aus, daß die Bevölkerung (das heißt Ostdeutschlands — d. Vf.) ausgesiedelt werden soll.»²⁵ Auf der *Potsdamer Konferenz* (17. Juli — 2. August 1945) kam man dann aufgrund der Jalta-Beschlüsse überein, daß die noch in ihren Wohnsitzen verbliebenen Deutschen ausgewiesen und die östlich der Curzon-Linie wohnhaften drei Millionen Polen in das polnische Staatsgebiet umgesiedelt werden sollten. Über das neue Polen sagte *Truman in einer* Rundfunkrede am 9. August 1945 (es war der Tag des Abwurfs der Atombombe auf Nagasaki!), das neue polnische Gebiet werde «Polen in die Lage versetzen, seine Bevölkerung besser zu versorgen. Es wird eine kurze und leicht zu verteidigende Grenze mit Deutschland haben. Von Polen besiedelt, wird es die Grundlage für eine homogene Nation bilden.»²⁶

Der «Westverschiebung» Polens folgte *die Teilung Deutschlands*. Was 1919 noch nicht erreicht werden konnte, gelang 1945: die Zerstörung der Mitte. Durch den Ersten Weltkrieg wurde das Donaureich (mit Hilfe des «Selbstbestimmungsrechts») aufgelöst, durch den Zweiten konnte Deutschland (unter unfreiwilliger Mitwirkung Hitlers) zerschlagen werden. Betrachtet man dieses Ergebnis, muß man abermals an die Geheimkarten aus den 80er Jahren des 19. Jahrhunderts denken ...

153

Die Zertrümmerung Mitteleuropas

Von 1919 bis 1933 stimmten die deutschen Politiker — von den Sozialdemokraten bis zur äußersten Rechten — darin überein, daß die Versailler Friedensregelungen im Laufe der Zeit rückgängig gemacht werden müßten. Sie alle wollten für Deutschland den seiner Bevölkerungszahl und wirtschaftlichen Tüchtigkeit gemäßen Platz unter den Großmächten zurückgewinnen, den es bis 1914 eingenommen hatte.

Samt und sonders orientierten sie sich dabei an einem Deutschlandbegriff, der durch die Ereignisse von 1866 und 1871 geprägt worden war. Selbst die demokratischsten unter den Demokraten der Weimarer Republik lebten mit ihren Gefühlen und Gedanken im verlorenen Glanz des Bismarckreiches und verwechselten deshalb nationale Größe mit militärischer und wirtschaftlicher Macht. In den zwanziger Jahren mehrten sich in Großbritannien und Frankreich die Stimmen derer, die auf die Fehler von Versailles hinwiesen, sich der «Staatsmänner» von 1919 schämten und für eine Revision des Friedensdiktates eintraten. Doch die bloße Forderung nach der Rückgängigmachung von Vertragsbestimmungen konnte nicht genügen, um einen dauerhaften Frieden in Europa zu sichern. Wären in Deutschland unmittelbar nach dem Kriege genügend Menschen vorhanden gewesen, einer Umgestaltung des geistigen, politisch-rechtlichen und wirtschaftlichen Lebens den Weg zu bahnen, so hätte selbst das besiegte und gedemütigte Mitteleuropa noch zur Zelle einer neuen europäischen Friedensordnung werden können. Aber die deutschen Politiker der verschiedensten Färbung richteten ihr ganzes Bestreben lediglich darauf, «Versailles» zu beseitigen, als läge darin der Schlüssel zu «Einigkeit und Recht und Freiheit» oder was sie jeweils darunter verstanden. Sie unterschieden sich lediglich in der Wahl der Mittel. *Stresemann* z. B. wollte auf dem Verhandlungswege und mit Unterstützung des Westens zum Ziele kommen. (Er

154

verzichtete in *Locarno* auf Elsaß-Lothringen, ließ aber die Frage der

Ostgrenze offen.) Andere sahen darin bereits eine Schwäche und trachteten offen oder geheim nach der Beseitigung der Demokratie, um mit Hilfe diktatorischer Vollmachten und einer starken Armee nicht nur «die Schande» von Versailles auszutilgen, sondern in einem neuen Krieg jene Machterweiterung Deutschlands herbeiführen zu können, von der die Anhänger des «Siegfriedens» bei der Festsetzung ihrer Kriegszielpolitik stets ausgegangen waren.¹ Wiederum andere glaubten, daß eine «starke» deutsche Regierung notwendig sei, um Deutschland aus seiner Notlage zu befreien und eine Revision des Friedensvertrages ohne Waffengewalt, aber mit Trotz und Festigkeit erzwingen zu können. Die Arbeiterschaft — international eingestellt und von der Weimarer Republik tief enttäuscht — hatte auf die deutsche Außenpolitik keinen entscheidenden Einfluß. Damals noch marxistisch geschult und sozialistisch empfindend, führte sie ihren politischen Kampf mit dem Ziel, den Zusammenbruch des Kapitalismus unter allen Umständen zu beschleunigen.

Das Ende der Weimarer Demokratie

Die Weimarer Demokratie war von Anfang an von starken Gegenkräften bedroht und stand, weil sie die Arbeiterschaft nicht gewinnen konnte, auf sehr unsicherem Boden. Welche Gefahren schon lange vor Hitler heraufzogen, mag ein einziges von sehr vielen Beispielen verdeutlichen.

Ludendorff war nach dem Ende des Krieges mit blauer Brille und falschem Bart nach Schweden geflohen. Im Februar 1919 kehrte er nach Deutschland zurück und schrieb an seine (erste) Frau Margarethe: «Die größte Dummheit der Revolutionäre war es, daß sie uns alle leben ließen. Na, ich komme einmal wieder zur Macht, dann gibt's kein Pardon. Mit ruhigem Gewissen würde ich Ebert, Scheidemann und Genossen aufknüpfen lassen und baumeln sehen!»^{1a} Er kam zwar nicht «wieder zur Macht», aber die Kreise, die sich bei dem mißglückten Münchener Putsch vom 9. November 1923 um ihn gesammelt hatten, formierten sich und warteten auf ihre Stunde. Diese Stunde brach an, als der große Börsenkrach von New York eine wirtschaftliche Depression im Weltmaßstab auslöste.

Die *Weltwirtschaftskrise*, die 1929 auf Deutschland übergriff, führte die Weimarer Demokratie in den Untergang. Da sie sich nie die Unterstützung der Arbeiterschaft erworben hatte und die «Rechten» ihre erklärten Gegner waren, hing ihr Bestand allein von den bürgerlichen Parteien der Mitte ab. Der «Mittelstand» wurde nun zum zweiten

Male in die Misere gestürzt, nachdem er schon durch die Inflation von 1923 an den Rand des Ruins getrieben worden war. Spätestens

seit 1930 waren die Tage der deutschen Demokratie gezählt. Reichskanzler *Brüning* konnte nur noch mit Hilfe von «Notverordnungen» regieren. Eine vorzeitige Reichstagsauflösung und Neuwahlen (1930) erbrachten den Mittelparteien nicht mehr die erhoffte regierungsfähige Mehrheit. Der Zentrumsolitiker Brüning konnte sich fortan nur noch halten, weil die Sozialdemokraten seine Regierung «tolerierten». Die Reichstagsauflösung erwies sich als verhängnisvoller Fehler, denn bei den Septemberwahlen von 1930 konnten die Nationalsozialisten ihre Mandate von 12 (bei den Wahlen von 1928) auf 107 erhöhen und insgesamt 6 ½ Millionen Stimmen gewinnen. Im Juli 1932 — wiederum dank einer vorzeitigen Reichstagsauflösung — wählten bereits 13 ½ Millionen (von insgesamt 45 Millionen Wahlberechtigten) die NSDAP. Es war die höchste Stimmenzahl, die die Nationalsozialisten vor der Machtübernahme Hitlers auf ihrer Liste vereinigen konnten. Von 2,6% im Jahre 1928 kamen sie 1930 auf 18,3 % und erreichten im Juli 1932 dann 37,3 %, um bei den Novemberwahlen des gleichen Jahres auf 33 % zurückzufallen.

Ihren Erfolg verdankten die Nationalsozialisten der Wirtschaftskrise, die es ihnen erlaubte, mittels ihrer hemmungslosen Demagogie einen Einbruch in die kleinbürgerlichen Schichten zu erzielen. Wie ein Blick auf die Wahlstatistiken lehren kann, schrumpften die Mittelparteien in demselben Maße zusammen wie die Nationalsozialisten gewannen. (Nur das katholische Zentrum blieb stabil. Sein Stimmenanteil betrug von 1924 bis 1932 gleichbleibend etwa 4 Prozent.) Aus den Wahlstatistiken geht andererseits einwandfrei hervor, daß die Arbeiterschaft Hitler trotz Arbeitslosigkeit und Verelendung widerstand. Hier hatte er nichts zu gewinnen. In der zweiten Hälfte des Jahres 1932 verlor Hitler zwei Millionen Stimmen (Novemberwahlen), in ihrem Kernland Thüringen büßte die Partei 40 Prozent ihrer Wählerschaft ein, es drohte die Spaltung ihres Funktionärsapparats. Am 23. Dezember 1932 notierte *Joseph Goebbels*, der Berliner «Gauleiter», in sein Tagebuch: «Das Jahr 1932 war eine ewige Pechsträhne. Man muß es in Scherben schlagen. Draußen geht der Weihnachtsfrieden durch die Straßen. Ich sitze ganz allein zu Hause und grüble über so vieles nach. Die Vergangenheit war schwer. Die Zukunft ist dunkel und trübe; alle Aussichten und Hoffnungen vollends entchwunden.»²

<Machtergeifung>

Am 4. Januar aber traf sich Herr v. *Papen* mit Hitler bei dem Kölner
156

Bankier v. *Schroeder*, dem Vertrauensmann der Schwerindustrie. Die Männer der Rechten, die seit 1930 systematisch das Ende der

Demokratie herbeigeführt hatten, waren jetzt zum kalten Staatsstreich entschlossen. Sie hatten, die wirtschaftliche Depression ausnutzend, fortlaufend den (Notstands-) Artikel 48 der Verfassung in Anwendung gebracht und, gestützt auf die Reichswehr und die Ausnahmebefugnisse des Reichspräsidenten, die konstitutionellen Formen beiseite geschoben, um die Interessen des Großgrundbesitzes («Osthilfeskandal») und der Schwerindustrie zu sichern.³ In dem Rückgang der nationalsozialistischen «Bewegung» sahen sie ein bedenkliches Anzeichen für einen Linksruck und waren daher zum Handeln entschlossen. Hitler kam nicht, wie er nachträglich behauptete, durch eine «nationale Erhebung» an die Macht, sondern infolge einer Intrige der «Feudalkamarilla» im Reichspräsidentenpalais (Hindenburgs Sohn Oscar, Papen, Oldenburg-Januschau, Blomberg, Meißner), die den «roten General» und Reichskanzler v. Schleicher stürzen wollte.⁴ Es gelang der Umgebung Hindenburgs, Hitlers Ernennung am 30. Januar 1933 durchzusetzen und das Widerstreben des ehemaligen Generalfeldmarschalls gegen den «böhmischen Gefreiten», wie er Hitler nannte, zu überwinden. Die Berechnungen der «nationalen» Kräfte um v. Papen, zu denen Hugenberg, Thyssen, Stinnes, Krupp, die Ruhrindustrie und die ostdeutschen Großagrарarier sowie führende Vertreter der Armee gehörten, schlugen jedoch fehl. Hitler war nicht ein vorübergehender Koalitionspartner, er manövrierte seine Partei in eine unangreifbare Machtstellung und konnte sich in kürzester Zeit durch seine Politik der nackten Gewalt zum Diktator machen.

Seine Herrschaft beruhte aber nicht nur auf der brutalen Unterdrückung jeder Opposition, der Gleichschaltung der Parteien und der Zerschlagung der Arbeiterorganisationen. Die Mehrheit der Deutschen gestattete ihm die restlose Beseitigung der ohnehin unglaublich gewordenen Demokratie, weil er ihnen bessere Lebensbedingungen und die Wiedergutmachung des «Unrechts von Versailles» versprach. Die katholische Zentrumspartei verhalf ihm zur notwendigen Zweidrittelmehrheit für das berüchtigte «*Ermächtigungsgesetz*» vom 24. März 1933; die Sozialdemokraten, die — zu ihrer Ehre — einmütig dagegen gestimmt hatten, billigten wenige Wochen später die Grundzüge seiner außenpolitischen Darlegungen, was Hitler freilich nicht daran hinderte, ihre Partei am 22. Juni zu verbieten.⁵ Es gab während der ganzen Zeit des «Dritten Reiches», trotz Gestapo und SS-Terror,

157

Konzentrationslagern und «Säuberungsaktionen» oppositionelle Gruppierungen und Widerstandszentren in Deutschland. Mit Ausnahme der Kommunisten, deren Führer ermordet, gefangengesetzt oder entkommen waren, wurden die Gegner Hitlers «allesamt von der Tatsache gelähmt, daß ihre Ziele mit den

seinen übereinstimmten»⁶, jedenfalls was die Revision des Versailler Vertrages betraf. Sie verurteilten die Judenverfolgungen, die Maßnahmen gegen die Kirchen, die totale Erfassung *des* Volkes in den Parteiorganisationen, das Spitzelwesen, die Fälschung des Geschichtsbildes, die Jugenderziehung und viele andere Begleiterscheinungen der Naziherrschaft. Aber indem Hitler die Entmilitarisierung des Rheinlandes rückgängig machte, den «Anschluß» Österreichs vollzog und die Sudetendeutschen «heimholte», tat er in den Augen seiner geheimen Opponenten doch nur etwas, was die meisten von ihnen im innersten Herzen gutheißen mußten. Die alte Sehnsucht nach einem Deutschland für *das* deutsche Volk, die Hoffnung von 1848 und der Wunsch von 1919 schien von Hitler verwirklicht worden zu sein. Mehr noch, — hatte er dem Wilsonschen Prinzip der «nationalen Selbstbestimmung» das den Deutschen vorenthalten worden war, nicht endlich zum Recht verholfen? Seine außenpolitischen Erfolge waren um so eindrucksvoller, als sie die Ohnmacht Frankreichs und Großbritanniens zu beweisen schienen, die Deutschland die Friedensbedingungen von 1919 diktiert hatten. Manche Deutsche, die stets für friedliche Revisionsverhandlungen eingetreten waren, kapitulierten nach 1936 vor Hitlers herausfordernder Politik der vollendeten Tatsachen und sahen sich gezwungen zuzugeben, daß in einer von machiavellistischer Machtpolitik bestimmten Welt offenbar nur mit der Demonstration militärischer Gewalt Erfolge erzielt werden können.

Daß Hitlers Deutschland das Zerrbild alles dessen war, was *das* deutsche Volk zwischen 1806 und 1848 erstrebt hatte, kam nur einer verschwindend kleinen Minderheit zum Bewußtsein. Auch blieb es den jubelnden Massen verborgen, daß Hitlers außenpolitische Erfolge weniger der deutschen Stärke und der Wiederaufrüstung zuzuschreiben waren (deren Mängel und begrenzte Möglichkeiten die ausländischen Militärexperten genau kannten), als vielmehr dem stillschweigenden Einverständnis einflußreicher Gruppen in England und Frankreich, die daran *interessiert* waren, das Selbstvertrauen Hitlers ins Maßlose zu steigern.

158

Das Konkordat

Den ersten Schritt zur internationalen Legitimierung des NS-Regimes als einer vertragswürdigen Macht vollzog der Vatikan: Am 20. Juli 1933 setzte Kardinalstaatssekretär *Pacelli*, der spätere *Pius XII.*, seinen Namen unter das *Reichskonkordat*. Da «es zu einer Zeit zustande kam, in der die ersten Ausschreitungen des neuen

Regimes weltweite Empörung hervorriefen, versah das Konkordat die Hitler-Regierung fraglos mit einer dringend benötigten Prestigekrücke». ⁷ Die Nationalsozialisten durften sich freuen.

Nach allem, was bereits geschehen war, konnte Pacelli kaum erwarten, daß Hitler sich an den Vertragstext gebunden fühlen würde. Pacelli war nicht nur der am besten informierte Diplomat des Vatikans, er war auch dank seiner langjährigen Tätigkeit als päpstlicher Nuntius in Berlin mit den Verhältnissen in Deutschland gut vertraut. Es besteht kein Zweifel, daß Pacelli genau wußte, was er tat, als er mit dem nationalsozialistischen Regime das Konkordat schloß: Die deutschen Katholiken sahen in diesem Akt die Bestätigung der Rechtmäßigkeit der Herrschaft Hitlers, zumal Kardinal *Bertram* im Namen aller deutschen Erzbischöfe und Bischöfe ein Schreiben an Hitler richtete, in dem er ihm «Dank und Anerkennung» aussprach und ihn der «aufrichtigen und freudigen Bereitschaft» zur Zusammenarbeit versicherte. ⁸ Der Konkordatsabschluß verfehlte auch nicht seine Wirkung auf diejenigen Kräfte im westlichen Ausland, die trotz aller Vorbehalte gegen Hitler das nationalsozialistische Deutschland als Bollwerk gegen den Bolschewismus betrachteten. Als der britische Außenminister *Lord Halifax* 1939 vor dem Oberhaus seine Beschwichtigungspolitik gegenüber Hitler zu verteidigen hatte, führte er zu seiner Rechtfertigung an: «Es sollte auch nicht vergessen werden, daß der Vatikan Moskau in einem viel größeren Maße als Antichrist betrachtet denn Berlin.» Das war recht gelinde ausgedrückt, denn tatsächlich hatte der Vatikan in den dreißiger Jahren den Bolschewismus und das «atheistische Rußland» immer wieder schärfstens verurteilt, das politische System des Nationalsozialismus jedoch grundsätzlich nie in Frage gestellt. Die berühmte Enzyklika Pius' XII. «Mit brennender Sorge» (1937) und andere Erklärungen des Papstes richteten sich in wohlabgewogenen Worten gegen die Konkordatsverletzungen Hitlers, nicht aber gegen die Grundlagen der nationalsozialistischen Diktatur.

<Appeasement>

Daß Halifax sich 1939 vor den Lords des Oberhauses auf den Vatikan berief, sollte zu denken geben. Der britische Außenminister machte seine Bemerkung sozusagen am Rande und vor einer traditionsbewußten

159

Versammlung, deren große Mehrheit dem Katholizismus von alters her abhold war. Was bezweckte er damit? Wollte er ihnen das Geheimnis der britischen Politik bis zum Jahre 1939 andeuten? Wollte er zum Ausdruck bringen, daß man die Dinge wie der Vatikan zu betrachten habe und die hitlerfreundliche Politik Londons in

einen größeren Zusammenhang stellen *müsse*? Jedenfalls sind die sogenannten außenpolitischen «Erfolge» Hitlers bis 1939, die das im Grunde immer unpolitische deutsche Volk zum Glauben an seines «Führers» Größe und Genialität verführten, nicht zu verstehen, wenn man nicht die merkwürdige Haltung der englischen Regierung näher untersucht. Hitler hätte nicht ein einziges seiner tollkühnen Unternehmen erfolgreich zum Abschluß bringen können, wenn es ihm nicht gestattet worden wäre. Deshalb waren es politische Pyrrhus-Siege.

Als Hitler in die Reichskanzlei einzog, war Deutschland, trotz der Versuche der Reichswehr, die Rüstungsbeschränkungen des Versailler Vertrages zu umgehen, immer noch eine militärisch schwache Macht. In Genf tagte seit 1932 die *Abrüstungskonferenz*. Die westlichen Staatsmänner konnten sich keine Illusionen darüber machen, daß die Nationalsozialisten binnen kürzester Zeit mit Unterstützung der Industrie und der alten Militärkreise die Wiederaufrüstung durchführen würden. Hitler hatte sein Programm lautstark verkündet, auch lagen der britischen Regierung sehr genaue Informationen über die deutschen Absichten vor, die Sir *John Simon*, der damalige liberale Außenminister, «erschreckend» fand.¹⁰ Dennoch befürwortete Premierminister *MacDonald* einen Abrüstungsplan, der die Gleichheit der französischen und deutschen Streitkräfte vorsah, Frankreich also unmittelbar nach der Installierung der faschistischen Diktatur in Deutschland zur Herabsetzung seiner Rüstung veranlassen wollte. Frankreich wehrte sich dagegen, und so wurde am 9. Oktober 1933 von Sir *John Simon* ein neuer Vorschlag unterbreitet, demzufolge Deutschland erst nach einer Übergangszeit von vier Jahren innerhalb eines «Sicherheitssystems» die militärische «Gleichberechtigung» zugestanden werden sollte. Die britische «Abrüstungspolitik» zielte also darauf hin, dem Deutschland Hitlers zu gewähren, was der Weimarer Republik verweigert worden war: die Revision von Bestimmungen des Versailler Vertrages. Hitler erkannte seine Chance und ging sofort einen Schritt weiter. Er zog die deutsche Kommission aus der Abrüstungskonferenz zurück und

160

erklärte *Deutschlands Austritt aus dem Völkerbund* (19. Oktober 1933). Diese Selbstisolierung hatte den Sinn, es jeder Einmischung anderer Mächte in die vertragswidrigen Aufrüstungspläne Hitlers und der deutschen Generalität zu entziehen. Stand denn auch diesen Absichten noch *etwas* entgegen, nachdem die «Gleichberechtigung» Deutschlands im Kreise der europäischen Machtstaaten grundsätzlich zugestanden worden war? Vorschläge britischer Militärs und französischer Politiker, die deutsche Wiederaufrüstung durch ein bewaffnetes Einschreiten zu

verhindern, wurden von der Londoner Regierung abgelehnt.¹¹ Die erwartete Reaktion des Westens auf den Austritt aus dem Völkerbund blieb aus, die internationalen Fäden Deutschlands rissen nicht ab. Hitler zog daraus die Lehre, daß Provokationen sich bezahlt machen. Er machte eigene Vorschläge zur Abrüstung — und rüstete auf.

Ermutigt durch diesen ersten «Erfolg», wagte er am 16. März 1935 den zweiten Schritt: er verkündete die *Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht*. Er gab damit nur offiziell bekannt, was die ganze Welt wußte —, daß in Deutschland «heimlich» aufgerüstet worden war. Die Regierungschefs Englands, Frankreichs und Italiens (das um seine Brenner-Grenze bangte) trafen sich am 11. April in *Stresa* und verurteilten das deutsche Vorgehen. Der Völkerbund schloß sich dem Protest der «Stresafront» an. Man erwog Sanktionen gegen Deutschland, aber es geschah nichts. Alle, die Hitler vor der Wiedereinführung der Wehrmacht gewarnt hatten, weil sie eine militärische Gegenaktion des Westens befürchteten, mußten zugeben, daß der «Führer und Reichskanzler» recht behalten hatte. Nach kurzer Zeit konnte er sogar einen noch größeren Triumph feiern: im Juni 1935 — wenige Wochen nach *Stresa* — bot Sir *Samuel Hoare*, der Außenminister im konservativen Kabinett *Baldwin*, Hitler das *deutsch-englische Flottenabkommen an*, das das Verhältnis der deutschen zur englischen Flotte auf 35 : 100 festsetzte. Hitler war nicht von einem Flottenbauprogramm besessen wie Wilhelm II. Der Vertrag war überflüssig. Er dokumentierte aber, daß England indirekt die deutsche Aufrüstung anerkannte, die es zwei Monate zuvor in *Stresa* verurteilt hatte.

Der Überfall Mussolinis auf Abessinien (Herbst 1935), der höchstwahrscheinlich mit dem französischen Ministerpräsidenten *Pierre Laval abgesprochen* worden war¹¹ und durch wirkungslose Völkerbundaktionen beantwortet wurde, bestärkte Hitler in der irrümlichen Auffassung, daß die westlichen Staatsmänner unfähig, schwächlich und dekadent seien, sich einer wohldosierten Politik der vollendeten Tatsachen also

161

nie widersetzen würden. Gegen den Rat der konservativen Wehrmachtsführung, die zwar das gleiche wollte wie er, seine Methoden aber für falsch hielt, ließ er am 7. März 1936 deutsche Truppen in die *entmilitarisierte Zone des Rheinlandes* einrücken und tilgte damit diejenigen Artikel des Versailler Vertrages, die von *Stresemann* in *Locarno* ausdrücklich bestätigt worden waren.

Die deutschen Generale, die Hitler gewarnt hatten, wußten, daß die Franzosen, die im Mai 1935 ein *Militärbündnis mit der Sowjetunion* geschlossen hatten, über eine starke Armee verfügten, Deutschland aber damals noch nicht. Die Wehrmachtsführung sah schon die

deutschen Truppen in wilder Auflösung über den Rhein zurückfluten, aber Hitler war unerschütterlich davon überzeugt, daß der Westen nicht handeln würde. Und wiederum behielt er recht. Hätte Frankreich seine Truppen in das Rheinland einmarschieren lassen, wären Hitlers weitere Pläne vereitelt worden. Aber Frankreich wollte nichts ohne Großbritannien tun. Der französische Außenminister Flandin reiste nach London. Premierminister *Baldwin* erklärte, daß Großbritannien keine Streitkräfte zur Verfügung hätte, um Frankreich zu unterstützen, außerdem aber die öffentliche Meinung Englands keine Aktion erlauben würde. Vom Standpunkt des britischen Kabinetts stelle die Rheinlandbesetzung «einen Fortschritt und einen Erfolg für die britische Regierung dar».¹³ Flandin fügte sich Baldwins Veto. Von nun an schwamm Frankreich im Kielwasser der britischen Politik. Eine militärische Aktion unterblieb, der Völkerbundsrat trat in London zusammen. Der sowjetische Vertreter *Litwinow* schlug Sanktionen gegen Deutschland vor. Aber es genügte, daß es die Sowjetunion war, die einen solchen Vorschlag vorbrachte, um ihn zu verwerfen. Der Völkerbundsrat stellte fest, daß Deutschland die Verträge von Locarno und Versailles gebrochen habe, und lud Hitler ein, in Verhandlungen über die europäische Sicherheit einzutreten.

Rückblickend muß man feststellen: Der 7. März 1936 kennzeichnet einen entscheidenden Einschnitt in der Vorgeschichte des Zweiten Weltkrieges. Die letzte Möglichkeit, Hitlers Aggressionswillen einzudämmen, wurde bewußt nicht wahrgenommen. Er hatte seinen Generälen vor dem 7. März noch versichert, daß er beim *geringsten Anzeichen einer* westlichen Aktion die Truppen aus dem Rheinland zurückziehen würde. (Sein Propagandaminister Goebbels hätte sicherlich eine Erklärung für den kurzen Besuch der Wehrmacht auf dem linken Rheinufer gefunden.) Jetzt aber erfuhr Hitlers Vertrauen zu seinen Eingebungen

162

— er hat nie rationale Entschlüsse gefaßt — eine unerhörte Steigerung.

Der von einer faschistischen Offiziersclique unter Billigung des Vatikans¹⁴ am 18. Juli 1936 entfesselte Bürgerkrieg gegen die demokratisch gewählte Volksfrontregierung in Spanien bot Hitler eine günstige Gelegenheit, die Rolle des nationalsozialistischen Deutschland als Beschützer Europas vor der «roten Flut» herauszustellen. Da der Papst erklärt hatte, der Bolschewismus habe «die Feuer des Hasses und der Verfolgung in Spanien entzündet», glaubten die deutschen Bischöfe in einem Hirtenbrief von 30. August 1936 den gleichen Gedanken aussprechen und auf die Bedeutung Deutschlands bei der Verteidigung der westlichen Zivilisation hinweisen zu müssen: «Möge es unserem Führer mit Gottes Hilfe gelingen, dieses ungeheure Werk der Abwehr in unerschütterlicher Festigkeit unter treuester Mitwirkung aller Volksge-

nossen zu vollbringen.» Der Nürnberger Reichsparteitag (8. bis 14. September), auf dem Hitler sich nach der glanzvollen Völkerschau der *Berliner Olympiade* als international bejubelter Staatsmann präsentieren konnte, stand ganz im Zeichen der antikommunistischen und antisemitischen Propaganda. Deutschland und Italien griffen zugunsten der Faschisten in den spanischen Bürgerkrieg ein. Die Sowjetunion unterstützte die Volksfrontregierung, in deren Armee auch zahlreiche Freiwillige aus den westlichen Demokratien — darunter *Ernest Hemingway* — kämpften. Im Oktober 1936 schlossen Hitler und Mussolini den deutsch-italienischen Freundschaftsvertrag, der die «*Achse Rom-Berlin*» begründete. Hitler unterstützte den phantastischen Plan des «Duce», das Mittelmeer wie in den alten Römertagen in ein «mare romanum» zu verwandeln, und bestätigte ihm nochmals die Brenner-Grenze. Für die *Abschreibung Südtirols* gab Mussolini Hitler freie Hand bei der Einverleibung Österreichs.

Eine faschistische Kampffront zog sich nun quer durch Europa. Was diesem Europa drohte, konnte jeder ahnen, der Hitlers «Mein Kampf» und *Rosenbergs* «Mythos des 20. Jahrhunderts» oder auch nur die kleine Broschüre von Hitlers Lehrmeister *Dietrich Eckart* «Der Bolschewismus von Moses bis Lenin» in die Hand nahm. Hitlers vage und verworrene Vorstellungen von der Neuordnung Europas durch die Vorherrschaft der «arischen Rasse» über die «Minderwertigen» gewannen jetzt Gestalt. Am 5. November 1937 legte er — streng geheim — den höchsten deutschen Militärs (Blomberg, Fritsch, Raeder und Göring) und dem Außenminister v. Neurath in einer mehrstündigen

163

Rede sein Programm dar. Hitlers Wehrmachtsadjutant, Oberst *Hoßbach*, fertigte darüber eine Niederschrift an, das sogenannte «*Hoßbach-Protokoll*»¹⁶ Als Ziel seiner Politik bezeichnete Hitler die «Gewinnung eines größeren Lebensraumes» für das deutsche Volk, nicht durch die «Ausbeutung von Kolonien» sondern im «unmittelbaren Anschluß an das Reich in Europa». Es sei sein «unabänderlicher Entschluß» die «deutsche Raumfrage zu lösen», spätestens 1943/45, gegebenenfalls früher. In jedem Falle müßten zunächst «die Tschechei und Österreich niedergeworfen» werden, wobei der «überfall auf die Tschechei blitzartig schnell erfolgen» müsse. Blomberg und Fritsch meldeten starke Bedenken an. Sie wurden einige Monate später unter ehrenrührigen Umständen entlassen und durch getreue Gefolgsleute Hitlers (Brauchitsch und Keitel) ersetzt. Der «Führer» wußte es wieder einmal besser. Es war ihm nicht entgangen, daß nach der Ablösung Baldwins durch *Neville Chamberlain* im Mai 1937 ein noch konsequenterer Vertreter der britischen «appeasement»- (Beschwichtigungs-) Politik das Ruder des britischen Staatsschiffes ergriffen hatte.

Unter dem Deckmantel eines dringend notwendigen Wiederauf-

rüstungsprogramms entwarf Chamberlain vor dem Parlament ein düsteres Bild der *totalen Schwäche der derzeitigen britischen Streitkräfte*. Er forderte den Ausbau der Luftwaffe bis 1940, woraus klar hervorging, daß England sich außerstande erklärte, während der nächsten Jahre in kontinentale Auseinandersetzungen einzugreifen. Die Darlegungen Chamberlains waren ein politisches Meisterstück: Er rechtfertigte im voraus die beabsichtigte «Befriedungspolitik» gegenüber Hitler und schuf die Voraussetzungen für einen künftigen Luftkrieg.

Hitler konnte also aus Chamberlains Erklärungen schließen, daß England sich nicht ernsthaft einer Ausweitung des deutschen «Lebensraumes» widersetzen würde. Von dieser Annahme ging er aus, als er den Spitzen der Wehrmacht am 5. November seinen «unerschütterlichen Entschluß» mitteilte. Genau vierzehn Tage später erschien Lord *Halifax*, damals noch nicht Außenminister, aber als Präsident des Staatsrats Mitglied des britischen Kabinetts, auf Hitlers «Berghof» in Berchtesgaden. Es war kein «offizieller» Besuch. Halifax war gekommen, um als leidenschaftlicher Waidmann in Berlin eine Jagdausstellung zu besuchen. Er machte einen Abstecher nach Berchtesgaden und sagte bei dieser Gelegenheit Hitler alles, was dieser sich nur wünschen konnte. In diesem Zusammenhang ist es sehr interessant, daß *Sir Ivone Kirkpatrick*, der als «Deutschlandexperte» des Foreign Office Lord Halifax

164

auf seiner Deutschlandreise begleitete, in seinen Memoiren^{16a} eine völlig verharmlosende Darstellung der Gespräche mit Hitler gibt. Er erinnert sich genau der Einrichtung und des Mobiliars auf dem «Berghof», der verschiedenen vegetarischen Gerichte, die Hitler zu sich nahm, der weißen Messejacken der servierenden SS-Männer und des versenkbaren Bleiglasfensters im Salon. Von den Unterredungen aber weiß er nur noch törichte Bemerkungen Hitlers über die Geburtenrate in Österreich, über die britische Presse, über die Filmschauspielerin Greta Garbo und über Indien zu berichten, wobei Hitler Halifax geraten haben soll, Gandhi doch einfach erschießen zu lassen. Aus den Dokumenten des britischen Außenamtes ergibt sich über die Unterredung, die Halifax und Kirkpatrick mit Hitler führten, ein völlig anderes Bild: Halifax nahm die Gelegenheit wahr, um das nationalsozialistische Deutschland, in dem Zehntausende von Menschen in Konzentrationslagern gepeinigt wurden, als «Bollwerk gegen den Bolschewismus» zu preisen, und er gab Hitler obendrein die Versicherung, daß «die Engländer nicht glaubten, der gegenwärtige Zustand in Europa müsse unter allen Umständen aufrechterhalten werden». Zu den Punkten, «die früher oder später

eine Veränderung erfahren würden, gehörten *Danzig, Österreich* und die *Tschechoslowakei*. England sei nur daran interessiert, daß diese Änderungen durch eine friedliche Evolution herbeigeführt werden».¹⁷ Hitler ging während der Ausführungen von Halifax schweigend auf und ab. Diese unverhüllte Einladung zur Ausdehnung seiner Herrschaft über Mitteleuropa hatte er nicht erwartet. Wenig später erfuhr er von *Ribbentrop*, dem deutschen Botschafter in London, daß Außenminister *Eden* ihm gesagt habe, man sehe «in England ein, daß eine engere Verbindung zwischen Deutschland und Österreich einmal kommen müsse».¹⁸ Im Februar 1938 trat Halifax an die Stelle Edens, in Deutschland setzte Hitler die Generäle Keitel und Brauchitsch an die Spitze der Wehrmacht und ernannte Ribbentrop zum Außenminister. In der völligen Gewißheit, keinerlei Risiken einzugehen, ließ Hitler unter Berufung auf das Selbstbestimmungsrecht am 11. März 1938 deutsche Truppen in Österreich einmarschieren und verwirklichte zwei Tage später, was 1919 die Sieger den Österreichern verwehrt hatten: den «Anschluß» an Deutschland. Die Deutschen waren begeistert. Ein alter Traum schien sich zu erfüllen, der Traum vom Reich.

Beunruhigt durch den deutschen Expansionsdrang schlug die *Sowjetunion* am 18. März 1938 eine *Viermächtekonferenz* zur Verhinderung eines deutschen Angriffs auf die Tschechoslowakei vor. Chamberlain

165

lehnte ab. Seinen Kritikern in Großbritannien erklärte er, die Sowjetunion besitze nicht die nötige Stärke, um es England zu ermöglichen, eine «große Koalition» gegen Hitler zustande zu bringen. Vier Wochen später forderte die «Sudetendeutsche Partei» *Henleins* von der Prager Regierung die autonome Selbstverwaltung für die Deutschen in Böhmen und Mähren. Hitler hatte Henlein bereits am 28. März 1938 angewiesen, unerfüllbare Forderungen zu stellen und diese durch detaillierte Erläuterungen gegebenenfalls derartig zuzuspitzen, daß eine Einigung zwischen der tschechoslowakischen Regierung und der «Sudetendeutschen Partei» unmöglich gemacht wurde.

Die *Sudetenkrise*, die Europa monatelang in Atem halten sollte, nahm ihren Anfang. Chamberlain entsandte im Juli einen «Vermittler» nach Prag, *Lord Runciman*, den er dem tschechoslowakischen Präsidenten *Benesch* und seiner Regierung förmlich aufdrängen mußte. Denn Benesch betrachtete die «sudetendeutsche Frage» mit Recht als einen Konflikt zwischen dem nationalsozialistischen Deutschland und der CSR, die Runciman-Mission mußte aber die ganze Angelegenheit in einen Konflikt zwischen der Henlein-Partei und der Prager Regierung ummünzen. Runciman brachte es schließlich dahin, daß Benesch die von Henlein aufgestellten Forderungen (die sogenannten «Acht Punkte» von Karlsbad) im vollen Umfang annahm. Dennoch

scheiterte die Runciman-Mission. Die Sudetendeutschen brachen die Verhandlungen (gemäß der Anweisung Hitlers vom 28. März) unter einem Vorwand ab. Am 12. September 1938 forderte Hitler auf dem Nürnberger Reichsparteitag «das Selbstbestimmungsrecht für das Sudetenland» und die Sudetendeutsche Partei organisierte einen Aufstand, der aber erfolglos blieb. Die Krise trieb ihrem Höhepunkt entgegen. Drei Tage nach der Nürnberger Rede Hitlers erschien Chamberlain auf dem Obersalzberg.

Seit dem 7. März 1936 hingen alle Entscheidungen über den Ablauf des Geschehens in Europa allein von England ab. Hitler spielte im Sommer 1938 ein Spiel mit hohem Einsatz. Aber er kannte den Bankhalter. Er wußte, der Krieg, vor dem alle Menschen in Europa Angst hatten, würde nicht kommen. Schließlich war der Mann, der mit ihm zu Beginn des Jahres in Berchtesgaden über die Tschechoslowakei gesprochen hatte, inzwischen britischer Außenminister geworden. England drängte die Tschechoslowakei zu Konzessionen, wodurch Hitler zu immer höheren Forderungen getrieben wurde. Auf dem Höhepunkt

166

der Krise vertrat der deutsche Generalstabschef *Ludwig Beck* die Auffassung, daß Deutschland bei einem Angriff auf die Tschechoslowakei einer schweren Niederlage entgegengehen werde, wenn Frankreich und England intervenieren.¹⁹ Beck hatte recht, aber die Westmächte dachten nicht daran, «Böhmens und Mährens» wegen Krieg zu führen. Einflußreiche Militärs und Politiker konservativer Herkunft — v. Witzleben, Graf Helldorf, Hoepner, Goerdeler u. a. — schlossen sich um Beck zusammen und planten einen *Staatsstreich gegen Hitler*. Der damalige deutsche Geschäftsträger in London, *Theo Kordt*, informierte Lord Halifax über die bestehenden Pläne und erbat im Auftrage der Verschwörer eine unzweideutige britische Stellungnahme gegen Hitlers Kriegstreiberei. Diese Erklärung sollte das Signal zur Festnahme Hitlers sein.²⁰ Da die deutsche Bevölkerung ohne jede Begeisterung und mit wachsender Sorge Hitlers Vorgehen in der «Sudetenkrise» verfolgt hatte — der von Hitler zur Entfaltung der Kriegsbegeisterung befohlene Marsch einer Panzerdivision durch Berlin war mit Schrecken und lähmendem Schweigen beantwortet worden —, hätte eine Offiziersrevolte wahrscheinlich Erfolg gehabt. Alle Vorbereitungen waren getroffen. Das Einsatzkommando zur Verhaftung Hitlers stand bereit. Aber während die Verschwörer in Deutschland noch auf die erbetene Erklärung der britischen Regierung gegen Hitler warteten, flog *Chamberlain* bereits nach Berchtesgaden (15. September) und traf sich eine Woche später mit Hitler noch einmal in *Godesberg* (22. bis 24. September). Ausgerechnet *Mussolini*, der Eroberer Abessiniens, wurde von Chamberlain gebeten, als «Vermittler» zu fungieren. Mussolini

schlug eine Viermächtekonferenz vor, die am 29. September 1938 in München zustande kam — *ohne die betroffene Tschechoslowakei* und *ohne die Sowjetunion*, trotz deren vertraglichen Bindungen an die Prager Regierung. In wenigen Stunden hatten sich England und Frankreich mit Hitler geeinigt: Seine Forderungen wurden erfüllt. Den im Vorraum wartenden Vertretern der Tschechoslowakei wurde das sogenannte «Münchener Abkommen» übergeben. Prag hatte es widerspruchlos zu akzeptieren.

Am folgenden Tag traf Chamberlain sich nochmals mit Hitler. Er brachte den Text für eine *deutsch-englische Freundschaftserklärung* mit, in der es hieß, daß beide Völker den Wunsch hätten, «nie wieder gegeneinander in den Krieg zu ziehen».²¹ Hoherfreut setzte Hitler seinen Namen unter das Schriftstück. Mit *England* Krieg zu führen war nie seine Absicht. Als Chamberlain wenig später in London aus dem Flugzeug

167

stieg, winkte er der wartenden Menge mit diesem Stück Papier zu und rief: «Ich hab's geschafft!»

Was hatte er geschafft? Waren er und alle die anderen — Halifax, Baldwin, Hoare, MacDonald, Simon und die vielen kenntnisreichen Diplomaten ihrer Umgebung — wirklich so naiv, gutgläubig, kurzsichtig und optimistisch zu glauben, *das* «Problem des Nationalsozialismus könne durch eine Saturierung Deutschlands» gelöst werden?²² Das ist die These *fast* aller westdeutschen britischen und amerikanischen Historiker, die sich mit der Vorgeschichte des Zweiten Weltkrieges befaßt haben. Die völlig unbegreifliche «appeasement»-Politik der britischen Regierung kann nach ihrer Auffassung nur das Ziel gehabt haben, einen Krieg zu verhüten, und zur Entschuldigung der «Torheit» Chamberlains führen sie an, daß er der Überzeugung gewesen sei, Hitler könne durch Zugeständnisse befriedigt werden.» Da es aber nicht zu leugnen ist, daß die britischen Politiker die Aggressionsabsichten Hitlers und den Charakter der nationalsozialistischen «Weltanschauung» ebensogut kannten wie die schrecken-erregenden Vorgänge im Innern Deutschlands, stehen diese Historiker anscheinend vor einem unauflösbaren Rätsel. Aber ist es unauflösbar?

«Vom Kreml aus gesehen hatten England und Frankreich durch den Ausschluß der Sowjetunion vom Münchener Abkommen den Druck der deutschen Macht von Westeuropa nach Rußland gelenkt», schreibt der amerikanische Historiker *Holborn*²⁴ und der Oxforder Historiker *Taylor* läßt uns beiläufig wissen, daß nach München «geistreiche Beobachter Hitlers nächsten Schachzug in Richtung *Ukraine* erwarteten —,ein Schachzug, dem die westlichen Staatsmänner mit einigem Vergnügen entgegensehen, die sowjetischen dagegen mit Furcht.» Leider sagt Taylor nicht, wer

diese «geistreichen Beobachter» waren, aber er stellt fest: Jeder sprach über Hitlers nächsten Schritt in die eine oder andere Richtung». Wenn dem so war, dann konnte auch keiner der westlichen Politiker ernsthaft glauben, daß Hitler «saturiert» war. Jeder wußte, daß als nächstes die «Rest-Tschechei» fällig war.

In England vertrat man damals die offizielle Auffassung, daß Hitler aufgrund des Wilsonschen Prinzips der «nationalen Selbstbestimmung» ein moralisches Recht auf das Sudetenland hätte, und demzufolge war der Jubel über den «Chamberlain-Frieden» groß. Bei seiner Heimkehr von München wurden dem britischen Premierminister Massenovationen

168

entgegengebracht, die deutlich bewiesen, daß es gelungen war, im englischen Volk die Furcht vor einem Krieg mit dem übermächtigen Deutschland zu erzeugen. Es war erleichtert, daß der Frieden gerettet worden war. In Wirklichkeit aber wäre Deutschland einem Krieg damals gar nicht gewachsen gewesen.

Vierunddreißig gut ausgerüstete tschechische Divisionen hätten zur Verfügung gestanden, wenn Frankreich und England sich zur Intervention entschlossen haben würden. Generalstabschef Beck, der Hitler vor dem Einfall in die Tschechoslowakei gewarnt hatte, war der Auffassung, daß die deutschen Truppen zwar nach sechzehn Tagen die tschechischen Verteidigungslinien und Befestigungen durchbrechen könnten, aber er war überzeugt, daß die Niederwerfung der Tschechoslowakei ebensowenig für den Verlauf eines *europäischen* Krieges bedeuten würde wie die Überwältigung Serbiens im Ersten Weltkrieg.

Das war die tatsächliche Lage. Nur wußte damals niemand, der sich außerhalb des «inneren Zirkels» der britischen Politik bewegte, daß man in London überhaupt nicht daran dachte, Hitler ernsthaften Widerstand entgegenzusetzen.

[Übergang zur Kriegspolitik in England]

Im britischen Unterhaus übernahm nach dem Münchener Abkommen *Winston Churchill* die geschichtlich so dankbare Rolle des Warners vor Deutschland. Er war dazu legitimiert als bekanntlich schärfster Gegner der Deutschen in England. Seine anfänglichen Lobsprüche auf Mussolini und Hitler hatte er jetzt vergessen. Er verkündete in der Unterhausdebatte am 5. Oktober 1938: «Wir stehen einem Unheil erster Ordnung gegenüber», und prophezeite: «Glauben Sie nicht, daß dies das Ende ist. Es ist erst der Beginn des Gerichts!» Gemeinsam mit *Duff Cooper* und *Eden* entwickelte er in den nächsten Monaten eine Argumentation, die

dazu angetan war, die öffentliche Meinung Englands langsam auf die Möglichkeit eines Krieges mit Deutschland vorzubereiten. In den auf München folgenden Monaten kam es zu einer *Stimmungsumschwung* in England. Plötzlich entdeckte man, daß Hitler «Mein Kampf» geschrieben hatte. Die offizielle britische Politik aber tat nichts, was Hitler gehindert hätte, die «Rest-Tschechei» zu liquidieren. Bereits zwei Wochen nach dem Münchener Abkommen fragte Hitler bei Keitel an, wieviel Zeit die Wehrmacht benötige, um für eine Aktion gegen «Böhmen und Mähren» einsatzbereit zu sein. Den Winter 1938/39 war mit diplomatischen Vorbereitungen für die «Erledigung der Rest-Tschechei» und eine weitere Expansion im Osten angefüllt. Ribbentrop reiste im Dezember 1938 nach Paris und

169

unterzeichnete eine «deutsch-französische Freundschaftserklärung», um den guten Willen Deutschlands gegenüber dem Westen zu bekunden. Gleichzeitig wurden die Kontakte zu Ungarn, Rumänien und Jugoslawien intensiviert. Dem polnischen Botschafter *Lipski* hatte Ribbentrop schon im Oktober — trotz der deutschen Forderung nach Lösung des «Danzig-Problems» — eine gemeinsame Politik gegen Rußland auf der «Grundlage des Antikominternpaktes» vorgeschlagen. Ganz offensichtlich richtete sich Hitlers Interesse nach dem Erfolg von München auf eine deutsche Expansion in Osteuropa. Er tat also genau dasjenige, was man von ihm in England erwartete: «Einen Schachzug in Richtung Ukraine.»

[Tschechoslowakei]

Zunächst aber mußte er sich — für jede Art von Ostexpansion — den Besitz der gesamten Tschechoslowakei sichern. Die nationalsozialistische Methode, das «Selbstbestimmungsrecht» in Anspruch zu nehmen, wurde wiederum erfolgreich angewandt. Die slowakische Separatistenbewegung machte sich zum willigen Werkzeug Hitlers. Am 14. März ließen sich ihre faschistischen Führer, von Hitler ermutigt (zugleich aber auch durch die Androhung einer ungarischen Okkupation unter Druck gesetzt), dazu verführen, die Unabhängigkeit der Slowakei zu proklamieren. Am gleichen Tage wurde der tschechoslowakische Staatspräsident *Hacha*, *Beneschs Nachfolger*, nach Berlin beordert, wo er gezwungen wurde, den «Schutz» des Deutschen Reiches für sein Land zu erbitten. Am 15. März zog Hitler in den Hradschin ein. Das «Reichsprotectorat Böhmen und Mähren» wurde verkündet.

Als Halifax die Nachricht von der Zerschlagung des tschechoslowakischen Staates und dem Einmarsch der deutschen Truppen in Prag erhielt, erklärte er in einem Gespräch zwar sein Bedauern über die Vorgänge, fügte aber hinzu: «Der eine entschädigende Vorteil, den ich sehe, liegt darin, daß die ziemlich peinliche Garantieverpflichtung, in die wir und die Franzosen

verwickelt waren, ein natürliches Ende gefunden hat.»²⁶

Der französische Außenminister *Bonnet* war ähnlicher Auffassung. Er soll geäußert haben: «Der jüngste Riß zwischen Tschechen und Slowaken zeigt nur, daß wir im vergangenen Herbst beinahe in den Krieg geraten wären, um einen Staat zu stützen, der nicht lebensfähig war.»²⁷

Chamberlain aber erklärte zwei Tage nach dem deutschen Einmarsch

170

in Prag in einer Rede in Birmingham, er sei nicht bereit, dem Frieden «die Freiheiten zu opfern, deren wir uns seit Hunderten von Jahren erfreuen», aber noch immer verteidigte er das Münchener Abkommen und behauptete, niemand «hätte irgendwie die Tschechoslowakei vor einer Invasion oder vor der Zerstörung retten können.»²⁸ Obwohl die Rede Chamberlains eine deutliche Warnung an Hitler enthielt, reagierte die britische Regierung auf die Besetzung Prags noch immer sehr zurückhaltend.

[Polen]

Aufgeschreckt durch das furchtbare Schicksal der Tschechoslowakei, war nun aber *Polen*, die andere Staatschöpfung der Sieger von 1918, entschlossen, die Westmächte verbindlich auf eine «peinliche Garantie» festzunageln. Das gelang auch. Bereits im Oktober 1938 hatte Hitler hinsichtlich Danzigs und des Korridors Forderungen an Warschau gerichtet, die er im Januar und März 1939 wiederholte. Aus London kam keine Reaktion. Nachdem er aber das Münchener Abkommen zerrissen und die CSR zerschlagen hatte, mußte Chamberlain angesichts der weltweiten Empörung über die Errichtung der SS-Herrschaft in Prag eine Garantieerklärung für Polen abgeben (31. März). Unbeirrt durch die Verschlechterung der deutsch-britischen Beziehungen seit dem 15. März ließ Hitler am 3. April der Wehrmachtsführung eine Anweisung erteilen, daß die Vorbereitung für den Angriff auf Polen «so zu erfolgen hat, daß die Durchführung am 1.9.39 möglich ist».²⁹ Er war zum Krieg entschlossen, glaubte aber, daß er entweder durch die bloße Kriegsandrohung (wie 1938) oder nach einer raschen Niederwerfung Polens mit den Westmächten zu einem «zweiten München» kommen würde. Noch am 14. August erklärte er dem italienischen Außenminister *Ciano*, er sei «absolut sicher, daß die westlichen Demokraten vor einem allgemeinen Krieg zurückschrecken werden»³¹

[Rußland]

Diesmal täuschte Hitler sich. Er *mußte* sich täuschen. Er sah, daß die Engländer und Franzosen seit dem Frühjahr Polens wegen in Moskau verhandelten, die Verhandlungen aber so schleppend führten, daß sie zu keinem Ergebnis kamen. Daraus schloß er nicht

zu Unrecht, daß sie das Bündnis mit der Sowjetunion nicht wollten, sondern die Verhandlungen nur führten, um Deutschland mit der Möglichkeit der «Einkreisung» zu schrecken und es von dem geplanten Angriff auf Polen abzuhalten. Auch die Sowjets hegten Zweifel an der Aufrichtigkeit des westlichen Verhandlungswillens. Sie fürchteten, daß die Briten sie in einen isolierten Krieg mit Hitler verwickeln wollten, um im gegebenen Augenblick auf Kosten Rußlands einen neuen Kompromiß

171

mit ihm auszuhandeln.³² Die Russen wußten auch, daß die Westmächte sich für den Fall eines Krieges zu einer Defensivstrategie entschieden hatten³³ (wie es dann später ja auch der Fall war) und die Sowjetunion die Hauptlast des Krieges zu tragen haben würde. Sie verlangten das Durchmarschrecht durch Polen und Rumänien. Die Polen lehnten ab, sie bangten um ihre Eroberungen von 1921 (Frieden von Riga) und fürchteten, in die Abhängigkeit der UdSSR zu geraten. Die Moskauer Verhandlungen gerieten ins Stocken. Das Mißtrauen der Russen vergrößerte sich. Für die Sowjetunion war die *Lage im Fernen Osten* beunruhigend. Im Sommer 1939 prallten sowjetische und japanische Truppen an der Grenze von Mandschurei und Äußerer Mongolei zusammen. Daraus drohte sich ein regelrechter sowjetisch-japanischer Krieg zu entwickeln. In der *Schlacht bei Nomunhan* verloren die Japaner 18 000 Mann. Wie würde es im Fernen Osten weitergehen? Die Russen fürchteten, daß sich die Engländer bei einem Krieg mit Deutschland neutral verhalten und die Sowjetunion möglicherweise an zwei Fronten kämpfen lassen würden. Sie drangen daher auf bindende Zusagen der Westmächte im Falle eines Konfliktes in Europa. Die Engländer befanden sich in einer Zwangslage. Sie wußten, daß die Russen einen Krieg in Europa nicht auf der Basis des Friedens von Riga (1921) führen würden. Sie versuchten es bei den Verhandlungen in Moskau deshalb weiterhin mit der Verschleppungstaktik. Die britische Militärmission, die nach dem Scheitern der *politischen* Verhandlungen (Ende Juli) im August die Beratungen in Moskau weiterführen sollte, war angewiesen worden, «sehr langsam vorzugehen». Das alles geschah, während Hitler ganz offensichtlich den Überfall auf Polen militärisch vorbereitete. Infolgedessen steigerte sich der Argwohn der Russen. Darin sah Hitler seine Chance. Er wollte den Westmächten ihre diplomatische Waffe — die Drohung mit einer Wiederholung der Kriegscoalition von 1914 — aus der Hand schlagen und bot Stalin an, statt mit dem Westen mit Deutschland zu verhandeln. Der *Ribbentrop-Molotow-Pakt* vom 23. August 1939 kam zustande.

Für die Sowjetunion war er ein Gewinn: Hitler bestätigte durch das geheime Zusatzprotokoll des «Nichtangriffspaktes» die Curzon-Linie als russische Westgrenze, machte also den Frieden von Riga rückgängig, und außerdem waren die Russen für den Augenblick

vor einem deutschen Angriff auf die Ukraine sicher, mit dem die Briten seit 1938 gerechnet hatten. Die Sowjetregierung war von tiefem Mißtrauen gegen Hitlers Absichten erfüllt. Stalin ließ unmittelbar nach den

172

Augustereignissen einen großen Teil der sowjetischen Rüstungsproduktion aus der Ukraine hinter den Ural verlegen. Die Bedeutung des Paktes lag für ihn darin, daß Deutschland, an dessen Willen zum Kriege er nicht zweifelte — den britischen Bemühungen zwischen 1933 und 1938 zum Trotz — bei Beginn des Krieges statt gegen den Osten *gegen den Westen gewandt wurde*.

[England zieht blank]

Hitler wollte nicht den Krieg mit dem Westen. Noch Mitte August 1939 hatte er gesagt: «Vom Westen will ich nichts ... Aber ich muß im Osten freie Hand haben ... Ich möchte mit England in Frieden leben und einen endgültigen Pakt abschließen.»³⁴ Als er in der Erwartung einer Fortsetzung der bisher üblichen Konzessionsbereitschaft des Westens am 1. September in Polen einfiel, sah er sich plötzlich in einen Krieg mit Westeuropa verwickelt, den er nicht beabsichtigt hatte. Am 3. September, einem Sonntag, traf die britische Note in Berlin ein, die Deutschland den Krieg erklärte, falls es seine Truppen nicht unverzüglich aus Polen zurückziehe. Der Dolmetscher Schmidt, der Hitler die Note übersetzen mußte, berichtet: «Als ich geendet hatte, herrschte völlige Stille ... Wie versteinert saß Hitler da und starrte vor sich hin ... Nach einer Weile, die mir wie eine Ewigkeit vorkam, wandte er sich Ribbentrop zu, der wie erstarrt am Fenster stehen geblieben war. «Was nun?» fragte Hitler.»³⁵ Schmidt ging dann in den Vorraum und berichtete den dort Wartenden, was geschehen war.

Göring sagte: «Wenn wir diesen Krieg verlieren, dann möge uns Gott gnädig sein.» Goebbels stand stumm und niedergeschlagen in einer Ecke. «Überall sah ich betretene Gesichter.»

Mehr als vieles andere zeigt diese Szene, daß Hitler und seine Gehilfen nichts als politische Scharlatane waren. Nie war es ihnen bei der Serie der außenpolitischen «Erfolge» von 1933 bis 1938 in den Sinn gekommen, daß Hitler diese «Erfolge» vielleicht nicht der Schwäche, sondern der Absicht des Westens verdankte. Sie wußten, daß Hitler jedesmal geblufft hatte und bis 1938 keinen Krieg gegen Frankreich und England hätte führen können. Aber sie fragten nie, ob die Westmächte das nicht auch wußten und warum sie sich dennoch die Erpressungen Hitlers gefallen ließen. Deutschland entwickelte sich indessen zu einer starken Militärmacht. Aber erst in den Jahren 1938/39 wurde es kriegsfähig. Dank der Ausschaltung von 34 tschechischen Divisionen und der Inbesitznahme der industriellen Kapazität der CSR.

— einschließlich der Skoda-Werke — konnte es seine militärische Stärke (wie Churchill richtig einschätzte) verdoppeln.

173

[Kriegsverlauf]

Mit diesem Deutschland kämpfte jetzt der Westen. Polen ging verloren. Der Westen verharrte in der Defensivstrategie. Dann wiederholte sich auf blutige Weise, was unblutig bis 1939 Hitler gelungen war: Er siegte und siegte und siegte. Frankreich wurde zu Boden geworfen, Westeuropa überrannt, Südosteuropa besetzt, der Kontinent mit Ausnahme Rußlands war praktisch in deutscher Hand. Aber England blieb im Krieg und war für Hitler unbezwinglich. Da griff er — wie 150 Jahre vor ihm der große Napoleon — Rußland an, um an Rußland zu scheitern.

Als die deutschen Truppen 1941 in die Sowjetunion einfielen, waren nirgendwo in Europa westliche Landstreitkräfte im Einsatz. Als die Russen nach ungeheuren Opfern an Menschen und Gütern durch die *Schlacht von Stalingrad* (November 1942 bis Februar 1943) die Wende des Krieges herbeiführten, hatte sich daran noch immer nichts geändert: Die Alliierten waren in Nordafrika, nicht in Europa gelandet und trieben das deutsche Hilfskorps in die Enge, das Hitler unter Rommel den Italienern zur Entlastung geschickt hatte, als Mussolinis koloniales Abenteuer zusammenzubrechen drohte. Die amerikanisch-britische Landung in Nordafrika brachte den Russen keine Erleichterung, ebensowenig wie die angloamerikanische Invasion in Italien. Die Russen standen nach dem Urteil des amerikanischen Historikers Holborn «den Deutschen in einer über tausend Meilen langen Front in tödlichem Ringen gegenüber. Auf dem italienischen Kriegsschauplatz konnten natürlich nicht die Hauptentscheidungen des Krieges fallen. Die Anzahl der Divisionen, die Hitler in Italien ansetzen mußte, war nicht viel größer als die der Alliierten, und die Zermürbung der deutschen Truppen während des Feldzugs konnte, wenn sie auch nicht unwichtig war, für den Krieg im allgemeinen nicht ausschlaggebend sein.»³⁶

Nach der gigantischen Schlacht in den Mauern der Wolgastadt Stalingrad stießen zwar die Russen unaufhaltsam nach Westen vor, und gewiß haben die amerikanischen und britischen «Pacht- und Leihlieferungen» zu den sowjetischen Erfolgen auch einiges beigetragen. Aber der blutige, verlustreiche Krieg im Osten zog sich hin. Wie aus dem Briefwechsel Stalins mit Churchill und Roosevelt³⁷ hervorgeht, verdichtete sich bei den Russen der Verdacht, daß die Alliierten möglicherweise gar nicht im Westen kämpfen wollten. Diese Vermutung teilten übrigens auch einige westliche Militärs, wie der redliche Admiral W. D. Leahy.»³⁸

174

England und die USA standen im Bündnis mit den Russen, und sie

hatten sich feierlich verpflichtet, «ihre vollen Machtmittel militärischer und wirtschaftlicher Art» zur Anwendung zu bringen.³⁹ Die Russen drängten seit 1941 auf die Errichtung einer «zweiten Front», auch General *Marshall*, der Stabschef der US-Armee, forderte sie. Aber Churchill, der Chef des britischen Kriegskabinetts, lehnte eine vorzeitige Invasion Westeuropas ab, entwickelte die Strategie des «begrenzten Einsatzes an der Peripherie» und sorgte dafür, daß Marshall im anglo-amerikanischen Kriegsrat überstimmt wurde. Erst als die Deutschen von den Russen auf der ganzen Front zum Rückzug gezwungen worden waren und sowjetische Armeen bereits die Grenzen Polens, Rumäniens und der Tschechoslowakei erreicht, bzw. überschritten hatten, erfolgte die *Landung in der Normandie* (6. Juni 1944). Die angloamerikanische Invasion war glänzend vorbereitet worden. Mit einem Minimum an Verlusten konnten die Landungsoperationen und die anschließende Offensive im Westen durchgeführt werden. Das war jedoch nur möglich, weil die Rote Armee weiterhin die Hauptmacht der deutschen Armeen im Osten band. Von 1941 bis 1944 hatten die Russen die Hauptlast des Krieges mit Deutschland getragen, «mit Verlusten an Menschen und einer Verwüstung des Landes, wie kein Volk sie je in der modernen Geschichte erlitten hatte» (Holborn). Jetzt endlich entschlossen sich die Westmächte, ihre Streitkräfte im Westen einzusetzen. Ziel der Operationen war die Invasion Deutschlands, vor allem die Einnahme des *Ruhrgebietes*.

Es ist immer wieder gefragt worden, warum die Errichtung einer «zweiten Front», die zweifellos das Kriegsende beschleunigen mußte, sich so lange hinausgezögert hat. Churchill, der die treibende Kraft beim ständigen Verschieben des Landungstermins war, vertrat die Auffassung, das gewaltige Unternehmen einer Masseninvasion über den Kanal erfordere Zeit und müsse gründlich vorbereitet werden. Diese Überlegung war einleuchtend. Aber Churchill und Roosevelt hatten in einer gemeinsamen Botschaft am 26. Januar 1943 Stalin Hoffnung auf die Errichtung der zweiten Front und die daraus folgende sichere Niederwerfung Deutschlands noch im Jahre 1943 gemacht.⁴⁰ Sie teilten ihm mit, daß die gesamte strategische Planung der Angloamerikaner darauf gerichtet sei, in den nächsten neun Monaten «auf dem europäischen Kriegsschauplatz einen raschen und entscheidenden Sieg zu erringen.» Als Termin für die Überquerung des Kanals wurde der August in Aussicht genommen.» Die amerikanischen und britischen Generalstäbe

175

müssen also eine Invasion in Westeuropa zu diesem Zeitpunkt als durchführbar betrachtet haben. Im Mai 1943 faßten Churchill und Roosevelt jedoch den Beschluß, die Invasion bis zum Frühjahr 1944 hinauszuschieben. Stalin, dem schon für 1942 die Errichtung der «zweiten Front» zugesagt worden war, stellte daraufhin in einem

Schreiben an die beiden westlichen Staatsmänner erbittert fest, daß also die russische Armee, «die so viele Opfer gebracht hat, ohne die erwartete ernsthafte Unterstützung durch die angloamerikanischen Armeen bleiben wird.» Churchill antwortete, er sei davon überzeugt, daß die alliierten Truppen nach der Landung von den Deutschen geschlagen würden. Er würde niemals einen Kanalübergang zulassen, der nach seiner Meinung «nur zu einem nutzlosen Massaker» führen könne. «Wir können Ihnen am besten helfen, wenn wir Schlachten gewinnen, nicht wenn wir Schlachten verlieren.»⁴³

Die strategischen Pläne, die die amerikanischen Stabschefs unter General Marshall entworfen hatten, gingen von einer anderen Lagebeurteilung aus. Was veranlaßte Churchill, durch pessimistische Prognosen die Invasion in Westeuropa zu verzögern?

Winston Churchill wußte, daß die Eröffnung einer Front im Westen kriegsentscheidend war. Das hat er nie geleugnet. Aber er wollte noch vor Beendigung des Krieges sicherstellen, daß die künftige Gestaltung der *Verhältnisse auf dem Balkan und in Südosteuropa* nur unter angloamerikanischer Beeinflussung vor sich gehen dürfe. Mit Entschiedenheit setzte sich Churchill deshalb für eine *Landung auf dem Balkan ein*. Wohl ein dutzendmal schlug er 1942/43 den Amerikanern vor, Invasionen im Adria-Raum zu unternehmen und eine «zweite Front» in Südosteuropa zu errichten, was allerdings den Kriegseintritt der Türkei erforderlich gemacht hätte.» Obwohl ihm die Militärs sagten, daß eine Landung auf dem Balkan nicht kriegsentscheidend sein könne, und die amerikanischen Stabschefs besorgt darauf aufmerksam machten, daß die Errichtung einer Balkanfront nur relativ wenig deutsche Kräfte binden, außerdem aber auch die Durchführung der Invasion in Frankreich ernstlich stören würde, hielt Churchill an seinem Vorschlag fest. Er mußte ihn schließlich aber doch fallenlassen, weil die Türkei nicht zum Kriegseintritt zu bewegen war und das geplante Unternehmen sich als undurchführbar erwies.

Was Churchill mit seiner Idee einer «Balkanfront» eigentlich bezweckte, hat er nirgendwo in seinen Memoiren ausgesprochen. Auf der ersten Kriegskonferenz der «Großen Drei» in *Teheran* (28. 11. bis

176

1.12.1943) aber lüftete er ein wenig den Schleier, den er vor seine Absichten gelegt hatte. Als man über die künftige Regelung der territorialen Verhältnisse in Europa sprach, warf Churchill plötzlich die Idee einer «*Donauföderation*» in die Debatte.» Er schlug fast beiläufig vor, «Preußen» zu isolieren und die süddeutschen Staaten «mit einer Art *Donauföderation* zusammenarbeiten» zu lassen. Roosevelt hörte teilnahmslos zu. Aber Stalin kreuzte im Nebel unverbindlich-freundlicher Worte insgeheim mit Churchill die

Klingen. Er fragte ihn, ob zu einer «Donauföderation» etwa auch Ungarn und Rumänien gehören sollten. Churchill wich geschickt aus und stellte Stalin die Frage, ob er denn ein Europa von lauter Kleinstaaten wolle. Man ging zu einem anderen Thema über.

Stalin hatte durchschaut, daß Churchill mit der «Donauföderation» Südosteuropa, vor allem aber die Balkanstaaten in den westlichen Machtbereich einbeziehen wollte. Er trat diesem Plan entgegen, nicht nur weil er Südosteuropa kommunistisch machen wollte, sondern weil er, wie jeder russische Staatsmann und jeder russische Zar, sich dem Versuch einer westlichen Lenkung widersetzte.

Als Churchill wußte, daß es zu keiner angloamerikanischen Landung auf dem Balkan kommen würde, wandte er sich im Mai 1944 noch einmal direkt an Stalin und schlug ihm die Aufteilung des Balkans in eine britische und eine russische Interessensphäre vor.⁴⁰ Auch mit diesem Vorschlag hatte Churchill wenig Erfolg.

Seine intensiven Bemühungen um Südosteuropa, und die Zähigkeit, mit der er die Errichtung der Balkanfront erzwingen wollte, lassen vermuten, daß Churchill viel weiter gesteckte Ziele verfolgte, als er zu erkennen gab. Jedenfalls hatten seine Vorstellungen über die Bildung einer «Balkanföderation» eine bemerkenswerte Ähnlichkeit mit dem Bild, das man sich in den achtziger Jahren des 19. Jahrhunderts in England von der künftigen Gestalt Europas gemacht und in Geheimkarten verzeichnet hatte.

[Kriegsergebnisse]

Weder im Ersten noch im Zweiten Weltkrieg ging alles nach Plan. Und doch wurde die Landkarte Europas völlig verändert. Nach dem ersten der beiden großen Kriege verschwand die Donaumonarchie und mit ihr das alte Österreich. Im zweiten gelang es, das Deutsche Reich zu zerstören und Mitteleuropa funktionsunfähig zu machen. Als Deutschland — ein Opfer der eigenen Verblendung und des

177

grauenhaften Machtwahns seiner Führungsschicht — zusammenbrach, war erreicht worden, daß Deutsche und Russen den großen Krieg geführt hatten, in den der Westen erst eingriff, als er keine Risiken mehr einzugehen brauchte. Die Folge davon ist, daß Deutschland seit 1945 nur noch als «geographischer Begriff» betrachtet werden kann. Es hat seinen Irrweg in den Machtstaat mit schweren Verlusten gebüßt und dabei nicht nur gegenüber anderen Nationen, sondern auch gegenüber dem eigenen Volksgeist schwere Schuld auf sich geladen. Doch ist es zur Umkehr bereit? Glaubt es nicht noch immer — oder schon wieder — an Macht und Stärke? Deutschland ist heute geteilt, aber es konnte nur gespalten werden, weil es sich selber untreu geworden ist. Die Teilung Deutschlands kann deshalb auch nicht überwunden werden, indem man an die Siegermächte des letzten Krieges die Forderung

richtet, einen Staat im Herzen Europas wiederherzustellen, der keinen Bestand haben konnte, weil er auf falschen Voraussetzungen errichtet worden war. Nicht die Rückkehr zum Alten, ein Neubeginn ist notwendig. Das wird aber nur möglich sein, wenn das Land der Mitte sich nicht auf Gewalt und Macht stützt, sondern der Idee des Ausgleichs und der Vermittlung zwischen Gegensätzen dienen will. Es gilt noch immer das Wort: «Aus keiner Auseinandersetzung mit der Außenwelt wird den Deutschen Heil erblühen, die im Zeichen des Unglaubens an die praktische Wirksamkeit der Ideen vollzogen wird. Denn in jeder solchen Auseinandersetzung fehlt die Mitwirkung des deutschen Wesenskerns.» ei

Erklärung Woodrow Wilsons zu seinen 14 Punkten

Mitglieder des Kongresses!

Abermals, wie verschiedentlich zuvor, haben die Wortführer der Mittelmächte den Wunsch ausgedrückt, die Kriegsziele und die möglichen Grundlagen eines allgemeinen Friedens zu erörtern.

Was wir in diesem Kriege verlangen, ist nichts für uns Besonderes. Die Welt soll geeignet und sicher gemacht werden, um in ihr leben zu können; besonders aber soll sie für jede friedliebende Nation sicher gemacht werden, welche, wie unsere eigene, ihr eigenes Leben zu leben, ihre Einrichtungen selbst zu bestimmen wünscht und sich darauf verlassen möchte, daß ihr von den übrigen Völkern der Welt eine gerechte und anständige Behandlung zuteil werde und daß sie gegen Gewalt und selbstsüchtigen Angriff geschützt sei.

Alle Völker der Welt sind daran interessiert, und wir für unser Teil sehen sehr klar, daß, wenn anderen gegenüber Gerechtigkeit nicht geübt wird, sie auch uns gegenüber nicht geübt werden wird. Das Programm des Friedens der Welt ist daher unser Programm, und dieses Programm, das unseres Erachtens einzig mögliche Programm, ist folgendes:

1. Öffentliche Friedensverträge, die in öffentlicher Verhandlung zustande gekommen sind: künftig soll es keine geheime internationale Abmachungen irgendwelcher Art geben; die diplomatischen Verhandlungen sollen immer offen und im Lichte der Öffentlichkeit sich vollziehen.
2. Vollkommene Freiheit der Schifffahrt auf dem Meere außerhalb der territorialen Gewässer, im Frieden sowohl wie im Kriege, ausgenommen der Fall, daß die Gewässer ganz oder teilweise durch internationale Aktion zur Durchführung internationaler Verträge geschlossen werden.

181

3. Beseitigung aller wirtschaftlicher Schranken und Schaffung gleicher Handelsbedingungen für alle Nationen, die sich zum Frieden bekennen und sich zu seiner Aufrechterhaltung zusammenschließen.

4. Ausreichende Garantien dafür, daß die Rüstungen der Länder bis zu dem Mindestmaße, das mit der eigenen inneren Sicherheit noch vereinbar ist, eingeschränkt werden.
5. Freie, unvoreingenommene und streng unparteiische Regelung aller kolonialen Ansprüche bei strenger Berücksichtigung des Grundsatzes, daß bei der Entscheidung aller solcher Souveränitätsfragen die Belange der betroffenen Bevölkerungen das gleiche Gewicht haben wie die berechtigten Ansprüche der Regierung, über deren Rechtstitel befunden werden soll.
6. Räumung des gesamten russischen Gebietes und Regelung aller Rußland betreffenden Fragen derart, daß dadurch die beste und freieste Mitwirkung der anderen Nationen der Welt gewährleistet wird, um Rußland die unbedingte Möglichkeit zu schaffen, selbständig über seine eigene politische Entwicklung zu bestimmen und ihm aufrichtig eine willkommene Rückkehr in die Gesellschaft der freien Nationen unter seiner selbstgewählten Regierung zuzusichern; ferner jede Art von Unterstützung für Rußland, die es nötig haben und um die es ansuchen sollte. Die Behandlung, die Rußland von seinen Schwesternationen in den kommenden Monaten erfährt, wird der Prüfstein für ihren guten Willen sein, für ihr Verständnis der russischen Bedürfnisse, soweit sie sich von ihren eigenen Interessen unterscheiden, sowie für ihr verständnisvolles und selbstloses Wohlwollen.
7. Belgien, die ganze Welt stimmt hierin überein, muß geräumt und wiederhergestellt werden, ohne irgendeinen Versuch, die Souveränität zu beschränken, die es gemeinsam mit allen anderen freien Nationen genießt. Kein anderer Akt wird so wie dieser zur Wiederherstellung des Vertrauens der Nationen zu dem von ihnen geschaffenen Recht beitragen, das ihre Beziehungen untereinander regelt. Ohne diesen heilenden Akt bliebe die ganze Struktur und der ganze Wert völkerrechtlicher Regelungen für immer beeinträchtigt.
8. Das gesamte französische Gebiet soll geräumt und die von der Invasion betroffenen Teile wiederhergestellt werden; das Unrecht, das Frankreich durch Preußen 1871 erlitt und das den Weltfrieden nahezu fünfzig Jahre lang gefährdet hat, soll wieder gutgemacht werden, um den Frieden im Interesse aller wieder sicherzustellen.

182

9. Die italienischen Grenzen sollen entsprechend den klar erkennbaren Nationalitätengrenzen berichtigt werden.
10. Den Völkern von Österreich-Ungarn, deren Platz unter den anderen Nationen wir sichergestellt zu sehen wünschen, soll die ungehinderte Möglichkeit zu einer autonomen Entwicklung gegeben werden.

11. Rumänien, Serbien und Montenegro sollen geräumt und die besetzt gewesenen Gebiete wiederhergestellt werden; Serbien soll einen freien und sicheren Zugang zur See erhalten; die Beziehungen der verschiedenen Balkanstaaten zueinander sollen durch freundschaftliche Verständigung gemäß den Richtlinien geschichtlich festgelegter Zugehörigkeit und Nationalität geregelt werden; die politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit und die Unverletzbarkeit des Gebietes der verschiedenen Balkanstaaten sollen durch internationale Garantien gesichert werden.
12. Den türkischen Teilen des gegenwärtigen ottomanischen Reiches soll sichere Souveränität garantiert werden. Den anderen Nationalitäten, die jetzt unter türkischer Herrschaft stehen, soll eine zweifelsfreie Lebenssicherheit und eine vollkommen uneingeschränkte Möglichkeit zu eigenständiger Entwicklung zugesichert werden. Die Dardanellen sollen unter internationaler Garantie für alle Zeiten den Schiffen und dem Handel aller Nationen als freie Durchfahrtsstraße geöffnet werden.
13. Ein unabhängiger polnischer Staat soll errichtet werden, der die von unbestreitbar polnischer Bevölkerung bewohnten Gebiete in sich schließt: es soll einen freien und sicheren Zugang zur See haben, und seine politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit und die Unverletzbarkeit seines Gebietes sind durch ein internationales Obereinkommen zu garantieren.
14. Es ist eine allgemeine Vereinigung der Nationen unter Zugrundelegung einschlägiger Verträge zu bilden zum Zwecke gegenseitiger Garantieleistungen für die politische Unabhängigkeit und die territoriale Unversehrtheit der großen wie der kleinen Staaten.

Hinsichtlich dieser grundlegenden Berichtigungen des Unrechts und Zusicherungen betreffs des Rechtes fühlen wir uns eng verbunden mit allen gegen die Imperialisten vereinigten Regierungen und Völkern. In unseren Interessen und Zwecken können wir nicht getrennt oder geteilt werden. Wir stehen zusammen bis zum Ende.

Wir sind nicht eifersüchtig auf Deutschlands Größe, und in diesem Programm ist nichts, das ihr zu nahe tritt. Wir mißgönnen ihm keine

183

Leistung, keine hervorragende Tat der Wissenschaft oder friedlichen Unternehmung, die es zu einem sehr glänzenden und sehr beneidenswerten Rang erhoben haben. Wir beabsichtigen nicht, es zu schädigen oder seinen berechtigten Einfluß oder seine berechnete Machtstellung irgendwie zu hemmen. Wir wünschen nicht, es mit Waffen oder feindlichen Handelsabkommen zu bekämpfen, wenn es bereit ist, sich uns und den anderen friedliebenden Nationen der Welt mit Abkommen zuzugesellen, die

sich auf Gerechtigkeit, Gesetz und Wohlverhalten gründen.

Wir wünschen nur, daß es statt eines Herrscherplatzes unter den Völkern der Welt — der neuen Welt, in der wir jetzt leben — einen Platz der Gleichheit annehmen möge.

(Übersetzung, entnommen aus: «Dokumente der amerikanischen Demokratie», Wiesbaden, 1952.)

Wilson's vierzehn Punkte

(Englischer Originaltext)

Gentlemen of the Congress:

Once more, as repeatedly before, the spokesmen of the Central Empires have indicated their desire to discuss the objects of the war and the possible basis of a general peace.

What we demand in this war is nothing peculiar to ourselves. It is that the world be made fit and safe to live in; and particularly that it be made safe for every peace-loving nation which, like our own, wishes to live its own life, determine its own institutions, be assured of justice and fair dealing by the other peoples of the world as against force and selfish aggression.

All the peoples of the world are in effect partners in this interest, and for our own part we see very clearly that unless justice be done to others it will not be done to us. The program of the world's peace, therefore, is our program; and that program, the only possible program as we see it, is this:

Open covenants of peace, openly arrived at, after which there shall be no private international understandings of any kind but diplomacy shall proceed always frankly and in the public view.

Absolute freedom of navigation upon the seas, outside territorial waters, alike in peace and in war, except as the seas may be closed in whole or in part by international action for the enforcement of international covenants.

The removal, so far as possible, of all economic barriers and the establishment of an equality of trade conditions among all the nations consenting to the peace and associating themselves for its maintenance.

Adequate guarantees given and taken that national armaments will be reduced to the lowest points consistent with domestic safety.

A free, open-minded, absolutely impartial adjustment of all colo-

185

rial claims, based upon a strict observance of the principle that in determining all such questions of sovereignty the interests of the populations concerned must have equal weight with the equitable claims of the government whose title is to be determined.

The evacuation of all Russian territory and such a settlement of all questions affecting Russia as will secure the best and freest

cooperation of the other nations of the world in obtaining for her an unhampered and unembarrassed opportunity for the independent determination of her own political development and national policy and assure her of a sincere welcome into the society of free nations under institutions of her own choosing; and, more than a welcome, assistance also of every kind that she may need and may herself desire. The treatment accorded Russia by her sister nations in the months to come will be the acid test of their good will, of their comprehension of her needs as distinguished from their own interests, and of their intelligent and unselfish sympathy.

Belgium, the whole world will agree, must be evacuated and restored, without any attempt to limit the sovereignty which she enjoys in common with all other free nations. No other single act will serve as this will serve to restore confidence among the nations in the laws which they have themselves set and determined for the government of their relations with one another. Without this healing act the whole structure and validity of international law is forever impaired.

All French territory should be freed and the invaded portions restored, and the wrong done to France by Prussia in 1871 in the matter of Alsace-Lorraine, which had unsettled the peace of the world for nearly fifty years, should be righted, in order that peace may once more be made secure in the interests of all.

A readjustment of the frontiers of Italy should be effected along clearly recognizable lines of nationality.

The peoples of Austria-Hungary, whose place among the nations we wish to see safeguarded and assured, should be accorded the freest opportunity of autonomous development.

Rumania, Serbia, and Montenegro should be evacuated; occupied territories restored; Serbia accorded free and secure access to the sea; and the relations of the several Balkan states to one another determined by friendly counsel along historically established lines of allegiance and nationality; and international guarantees of the political

186

and economic independence and territorial integrity of the several Balkan states should be entered into.

The Turkish portions of the present Ottoman Empire should be assured a secure sovereignty, but the other nationalities which are now under Turkish rule should be assured an undoubted security of life and an absolutely unmolested opportunity of autonomous development, and the Dardanelles should be permanently opened as a free passage to the ships and commerce of all nations under international guarantees.

An independent Polish state should be erected which should include the territories inhabited by indisputably Polish populations, which should be assured a free and secure access to the sea, and whose political and economic independence and territorial integrity should be guaranteed by international covenant.

A general association of nations must be formed under specific covenants for the purpose of affording mutual guarantees of political independence and territorial integrity to great and Small states alike. In regard to these essential rectifications of wrong and assertions of right we feel ourselves to be intimate partners of all the governments and peoples associated together against the imperialists. We cannot be separated in interest or divided in purpose. We stand together until the end.

We have no jealousy of German greatness, and there is nothing in this program that impairs it. We grudge her no achievement or distinction of learning or of pacific enterprise such as have made her record very bright and very enviable. We do not wish to injure her or to block in any way her legitimate influence or power. We do not wish to fight her either with arms or with hostile arrangements of trade if she is willing to associate herself with us and the other peace-loving nations of the world in covenants of justice and law and fair dealing. We wish her only to accept a place of equality among the peoples of the world — the new world *in* which we now live — instead of a place of mastery.

Rudolf Steiner

Memorandum vom Juli 1917

Die Wortführer der Entente führen unter den Gründen, warum sie den Krieg fortsetzen müssen, den an, daß sie von Deutschland überfallen worden sind. Sie behaupten daher, sie müssen Deutschland in eine solche Lage der Machtlosigkeit bringen, daß fortan ihm jede Möglichkeit genommen sei, einen Überfall auszuführen. In diese Form einer Art moralischer Anklage gegen Deutschland werden nebulos untergetaucht alle anderen Ursachen dieses Krieges.

Es ist zweifellos, daß gegenüber dieser Anklage Deutschland in die Notwendigkeit versetzt ist, in ganz ungeschminkter Weise darzustellen, wie es in den Krieg hineingetrieben worden ist. Statt dessen hat man von den Kriegsursachen bisher nur doktrinäre Auseinandersetzungen, die so anmuten wie die Schlußfolgerungen eines Professors, der nicht erzählt, was er gesehen hat, sondern der aus Dokumenten darlegt, was sich ihm über ferne Ereignisse ergeben hat. Denn so sind auch alle Ausführungen des deutschen Reichskanzlers über die Vorgänge bei Kriegsausbruch gehalten. Solche Darlegungen aber sind ungeeignet, einen Eindruck zu machen. Man weist sie einfach zurück, indem man ihnen Unberechtigtes oder auch berechtigtes Anderes entgegensetzt.

Würde man dagegen einfach die Tatsachen erzählen, so würde sich folgendes ergeben:

Deutschland war im Sommer 1914 nicht bereit, die Initiative zu einem Kriege zu ergreifen.

Österreich-Ungarn war seit langem in die Notwendigkeit versetzt, irgend etwas zu unternehmen, das der ihm drohenden Gefahr

188

entgegenwirkt, durch Zusammenschluß der Südslaven unter der Führung der außerösterreichischen Serben von Südosten her verkleinert zu werden. Man kann ruhig zugeben, daß die Ermordung *des* Erzherzogs Franz Ferdinand und die ganze Ultimatumsgeschichte nur ein Anlaß war. Wäre nicht dieser Anlaß ergriffen worden, so hätte bei nächster Gelegenheit eben ein anderer ergriffen werden müssen. Österreich hätte eben nicht Österreich bleiben können, wenn es nicht irgend etwas zur Sicherheit seiner

Südostprovinzen tat, oder durch eine großzügige andere Handlung die Slavenfrage zur Lösung bringen konnte. An dieser anderen Handlung hatte sich aber die österreichische Politik seit 1879 verblutet. Besser gesagt: sie hatte sich daran verblutet, daß diese andere Handlung nicht aufgefunden werden konnte. Man konnte eben der Slavenfrage nicht Herr werden. Soweit für die Entstehung des Krieges Österreich-Ungarn in Betracht kommt, und damit auch Deutschland, dessen Beteiligung erfolgte, weil es Österreich-Ungarn nicht im Stiche lassen konnte, ohne befürchten zu müssen, daß es nach einigen Jahren ohne Österreichs Bundesgenossenschaft der Entente gegenüberstehe —, soweit muß erkannt werden, daß die Slavenfrage den Grund enthält für die Entstehung dieses Krieges. Die «andere Handlung» ist also die internationale Lösung der Slavenfrage. Sie ist gefordert von Österreich, nicht von Rußland. Denn Rußland wird immer seinen slavischen Grundcharakter in die Waagschale der Lösung werfen können. Österreich-Ungarn kann diesem Gewichte nur das der Befreiung der Westslaven entgegenstellen. Diese Befreiung kann nur unter dem Gesichtspunkt der Autonomisierung aller Zweige des Volkslebens vor sich gehen, welche das nationale Dasein und alles, was damit zusammenhängt, betreffen. Man darf eben nicht zurückschrecken vor der völligen Freiheit im Sinne der Autonomisierung und Föderalisierung des Volkslebens. Diese Föderalisierung ist vorgebildet im deutschen bundesstaatlichen Leben, das gewissermaßen das von der Geschichte vorgebildete Modell ist für dasjenige, was in Mitteleuropa fortgebildet werden muß bis zur völligen föderalistisch-freiheitlichen Gestaltung aller derjenigen Lebensverhältnisse, die ihren Impuls in dem Menschen selber haben, also nicht unmittelbar, wie die militärisch-politischen, von den geographischen, und, wie die wirtschaftlichen, von den geographisch-opportunistischen Verhältnissen abhängig sind. Die Gestaltung dieser Verhältnisse wird nur dann in gesunder Weise erfolgen, wenn das Nationale aus der Freiheit, nicht die Freiheit aus dem Nationalen entbunden wird. Strebt man statt des letzteren das erstere

189

an, so stellt man sich auf den Boden des weltgeschichtlichen Werdens. Will man das letztere, so arbeitet man diesem Werden entgegen und legt den Grund zu neuen Konflikten und Kriegen.

Von den leitenden Staatsmännern Österreichs verlangen, daß sie deshalb das Ultimatum an Serbien hätten unterlassen sollen, hieße von ihnen verlangen, daß sie gegen das Interesse des von ihnen geleiteten Landes hätten handeln sollen. Ein solches Verlangen können Theoretiker irgendeiner Färbung stellen. Ein Mensch, der mit den vorhandenen Tatsachen rechnet, sollte im Ernst von dergleichen gar nicht sprechen. Denn hätten die Südslaven erreicht, was die führenden Großserben wollten, so wäre unter den Aktionen der übrigen österreichischen Slawen Österreich in der Form, in der

es bestand, nicht zu erhalten gewesen. Man könnte sich noch vorstellen, daß eben dann Österreich eine andere Form bekommen hätte. Kann man aber einem leitenden österreichischen Staatsmanne zumuten, resigniert auf einen solchen Ausgang zu warten? Man könnte es offenbar nur, wenn man der Ansicht wäre, es gehöre zu den unbedingten Anforderungen eines österreichischen Staatsmannes, absoluter Pazifist zu sein und das Schicksal des Reiches fatalistisch abzuwarten. Unter jeder anderen Bedingung muß man den Schritt Österreichs bezüglich des Ultimatums verstehen.

Hatte nun einmal Österreich das Ultimatum gestellt, dann war die weitere Folge der Ereignisse nur aufzuhalten, wenn Rußland sich passiv verhielt. Sobald Rußland einen aggressiven Schritt tat, war durch nichts das Weitere aufzuhalten.

Ebenso wahr, wie dies alles ist, ebenso wahr ist, daß jeder, der mit den Tatsachen rechnete, in Deutschland ein unbestimmtes Gefühl hatte: Wenn einmal die angedeuteten Verwicklungen in ein kritisches Stadium treten, dann werde es Krieg geben. Man werde diesem Kriege nicht entgehen können. Und verantwortliche Personen hatten die Meinung, man müsse, wenn er notwendig werde, diesen Krieg mit aller Kraft führen. Einen Krieg aus eigener Initiative heraus zu führen, hatte in Deutschland gewiß niemand die Absicht, der ernstlich in Betracht kommt. Man kann der Entente beweisen, daß sie nicht den geringsten Grund hatte, an einen Angriffskrieg von seiten Deutschlands zu glauben. Man kann sie zwingen zuzugeben, daß sie den Glauben hatte, Deutschland werde ohne Krieg so mächtig, daß diese Macht den heute in der Entente vereinigten Mächten gefährlich werde. Aber man wird die Führung derartiger politischer Beweise ganz anders machen müssen, als dies bisher geschehen ist, denn dieses ist keine politische

190

Beweisführung, sondern nur die Aufstellung politischer Behauptungen, bei denen es den anderen beliebt kann, sie brutal zu finden. Man glaubte auf seiten der Ententemächte, wenn die Dinge so fortgehen, dann könne man nicht wissen, was noch alles aus Deutschland werde; deshalb müsse ein Krieg mit Deutschland kommen. Deutschland konnte sich auf den Standpunkt stellen: wir brauchen keinen Krieg; aber wir erlangen ohne Krieg dasjenige, was uns die Ententestaaten ohne Krieg nicht lassen werden; deshalb müssen wir uns für diesen Krieg bereithalten und ihn, wenn er droht, so nehmen, daß wir durch ihn nicht zu Schaden kommen können. Dies alles gilt auch bezüglich der serbischen Frage und Österreichs. Mit Serbien konnte Österreich im Jahre 1914 nicht mehr ohne Krieg fertig werden, wenigstens mußte das die Überzeugung seiner Staatsmänner sein. Hätte aber die Entente befunden, daß man Österreich-Ungarn allein mit Serbien fertig werden lassen könnte, dann hätte es zu dem allgemeinen Kriege

nicht kommen müssen. Der wahre Kriegsgrund darf also nicht bei den Mittelmächten gesucht werden, sondern darin, daß die Entente diese Mittelmächte nicht so lassen wollte, wie sie nach dem Bestande von 1914 in ihren Machtverhältnissen waren. Wäre allerdings die oben gemeinte «andere Handlung» vor 1914 geschehen, dann hätten die Serben keine internationale Opposition gegen Österreich-Ungarn entwickelt, und sowohl das Ultimatum wie die Einmischung Rußlands hätte es nicht geben können. Und hätte sich Rußland aus reinen Eroberungsgründen gegen Mitteleuropa in irgendeinem Zeitpunkt gewendet, dann hätte es England nicht an seiner Seite finden *können*. Da das Unterseeboot bis zum Kriege ein reines Kriegsmittel war, Amerika aber ohne dieses Kriegsmittel absolut nicht in den Krieg mit den europäischen Mittelmächten hätte kommen *können*, so braucht für die Friedensfrage nur England in dem angedeuteten Sinn in Rechnung gezogen zu werden.

Was nun der Welt mitgeteilt werden müßte, ist:

a) daß Deutschland, soweit die Persönlichkeiten in Betracht kommen, die über den Kriegsausbruch zu bestimmen hatten, vollständig von den Ereignissen im Juli 1914 überrascht worden ist, daß diese niemand vorausgesehen hat. Insbesondere gilt dies von der Haltung Rußlands;

b) daß in Deutschland der verantwortlich Denkende nicht anders konnte, als annehmen, wenn Rußland angreife, werde dies auch Frankreich tun;

c) daß Deutschland für diesen Fall jahrelang seinen Zweifrontenkrieg vorbereitet hatte und nicht anders konnte, als bei den sich überstürzen den

191

Ereignissen diesen ins Werk zu setzen, wenn es nicht von seiten der Westmächte eine sichere Garantie erhielt, daß Frankreich nicht angreife. Diese Garantie konnte nur von England kommen;

d) daß, wenn England diese Garantie gegeben hätte, Deutschland nur gegen Rußland zum Kriege geschritten wäre;

e) daß die deutsche Diplomatie geglaubt habe, infolge des Verhältnisses, das sie in den letzten Jahren zu England angeknüpft hatte, werde England im Sinne einer solchen Garantie wirken;

f) daß die deutsche Diplomatie sich in bezug auf die bevorstehende Politik Englands vollständig getäuscht hat, und daß unter dem Eindruck dieser Täuschung der Durchmarsch durch Belgien ins Werk gesetzt worden ist, den man unterlassen hätte, wenn England die angedeutete Garantie gegeben hätte.

In ganz unzweideutiger Weise müßte der Welt verkündigt werden, daß der Einmarsch in Belgien erst ins Werk gesetzt worden ist, als

die deutsche Diplomatie von der Mitteilung des Königs von England überrascht worden war, daß sie sich täusche, wenn sie auf eine solche Garantie von Englands Seite warte. Es ist unerfindlich, warum die deutsche Regierung nicht tut, was sie unzweideutig könnte: nämlich beweisen, daß sie den Einmarsch in Belgien nicht unternommen hätte, wenn das entscheidende Telegramm des Königs von England anders gelautet hätte. Von dieser entscheidenden Wendung hing wirklich der ganze weitere Verlauf des Krieges ab, und es ist von Deutschland nichts geschehen, um diese entscheidende Tatsache zur allgemeinen Kenntnis der Welt zu bringen. Man müßte, wenn man diese Tatsache richtig kennt, zwar sagen, die englische Politik ist an den entscheidenden Stellen in Deutschland falsch beurteilt worden, aber man könnte nicht verkennen, daß England der entscheidende Faktor in der belgischen Frage war. Eine Schwierigkeit böte eine solche Sprache Deutschlands allerdings gegenüber Rußland, weil dieses aus ihr ersehen würde, was es für diesen Krieg England verdankt. Diese Schwierigkeit könnte nur behoben werden, wenn es gelänge, Rußland zu zeigen, daß es von Englands Freundschaft weniger zu erwarten hat als von der Deutschlands. Dies kann natürlich nicht geschehen, ohne daß Deutschland es im jetzigen Augenblick unternimmt, im Verein mit Österreich-Ungarn eine großzügige Politik zu entfalten, durch die das ohne Kenntnis der europäischen Verhältnisse in die Welt gesetzte Programm Wilsons aus dem Feld geschlagen wird. Es kann praktisch aussehen, zu sagen, es habe heute keinen Wert, über die Ursachen des Krieges zu sprechen. Es ist aber gegenüber den

192

tatsächlichen Verhältnissen das Unpraktischste, was sich nur denken läßt. Denn tatsächlich führt die Entente mit *ihrer* Darstellung der Kriegsursachen seit langem den Krieg. Die Situation, die sie sich geschaffen hat, verdankt sie dem Umstande, daß ihr ihre Darstellung geglaubt wird aus dem Grunde, weil ihr von Deutschland etwas Wirksames noch nicht erwidert worden ist.

[Grundzüge der englischen Politik]

Während Deutschland zeigen könnte, daß es zum Kriegsausbruch nichts beigetragen hat, daß es in den Neutralitätsbruch gegenüber Belgien nur durch das Verhalten Englands getrieben worden ist, sind die offiziellen Darlegungen Deutschlands bis heute so gehalten, daß kein außerhalb Deutschlands lebender Mensch daran gehindert wird, sich das Urteil zu bilden, es habe in Deutschlands Hand gelegen, den Krieg nicht zu beginnen. Damit ist es nicht getan, daß man die Dokumente so zusammenstellt, wie es geschehen ist. Denn diese Zusammenstellung ergibt eben etwas, was von jedem angezweifelt werden kann, während die ungeschminkte Darstellung der Tatsachen in der Tat Deutschlands Unschuld ergeben müßte. Wer für solche Dinge Verständnis hat, der kann wissen, daß solche

Reden, wie sie von den verantwortlichen Männern Deutschlands geführt werden, von den Psychen der Menschen in den feindlichen Ländern und auch in den neutralen überhaupt nicht verstanden und daher nur als Verschleierungen der Wahrheit genommen werden. Sagen, es hülfe nichts, anders zu sprechen, gegenüber dem Haß der Feinde, dazu hätte man nur ein Recht, wenn man auch den Versuch gemacht hätte, wirklich anders zu sprechen. Man sollte diesen Haß überhaupt nicht ins Feld führen, weil dies einfach naiv ist; denn dieser Haß ist nur Draperie des Krieges, ist nur die Ausschleimung derjenigen, die die unsäglich traurigen Ereignisse mit ihren Reden begleiten wollen oder müssen, oder derjenigen, welche in der Aufstachelung dieses Hasses ein wirksames Mittel suchen, dies oder jenes zu erreichen. Der Krieg wird aus den hinlänglich bekannten Ursachen von seiten Frankreichs und Rußlands geführt. Und er wird von der Seite Englands lediglich als Wirtschaftskrieg geführt; aber als Wirtschaftskrieg, der ein Ergebnis ist von alledem, was in England sich seit langem vorbereitet hat. Gegenüber den Realitäten der englischen Politik von der Einkreisung durch König Eduard und ähnlichen Kleinigkeiten zu sprechen ist so, wie wenn man einen Knaben von einem Pflocke weglaufen sieht, der nachher umfällt, und dann sagt, der Knabe habe den Pflock zu Fall gebracht, weil er an ihm etwas gerüttelt habe, während in der Tat der Pflock längst so beschädigt war, daß es von seiten des Knaben nur eines

193

geringen Anstoßes bedurfte, um den Fall schließlich herbeizuführen.

Die Wahrheit ist, daß England seit vielen Jahren es verstanden hat, eine aus den realen Verhältnissen Europas heraus orientierte Politik zu treiben in einem Sinn, der *ihm* günstig schien, der wie eine im naturwissenschaftlichen Charakter gehaltene Ausnützung der vorhandenen Völker- und Staatenkräfte war. Nirgends außer in England trug die Politik einen ganz sachgemäßen, in sich zusammenhängenden Charakter. Man nehme die auf dem Balkan treibenden Volkskräfte, man nehme hinzu, was in Österreich spielte, und man schaue von dem aus auf das, was in eingeweihten Kreisen vorhandene politische Formeln in England waren. Diese Formeln enthielten immer: Auf dem Balkan wird dies und jenes geschehen; England hat dabei dies zu tun. Und die Ereignisse bewegten sich in der angegebenen Richtung, und die englische Politik bewegte sich damit parallel. Man konnte in England in solche Formeln eingegliedert Sätze finden wie diesen: Das russische Reich wird in seiner gegenwärtigen Form zugrunde gehen, damit das russische Volk leben könne. Und dieses Volk ist so geartet in seinen Verhältnissen, daß man dort werde sozialistische Experimente ausführen können, für die es in Westeuropa keine Möglichkeit gibt. Wer die Politik Englands verfolgt, der kann sehen, daß sie stets im großen Stil darauf eingerichtet war, alle solche und viele andere

Gesichtspunkte zugunsten Englands zu wenden. Und dabei kam ihm zugute, daß es in Europa allein von solchen Gesichtspunkten ausging und eben dadurch seine diplomatischen Vorsprünge sich ermöglichte. Seine Politik arbeitete stets im Sinne dessen, was im Sinne der wirklichen Volks- und Staatskräfte war, und sein Bestreben dabei war, im Sinne dessen sich diese Kräfte dienstbar zu machen, was in seinem wirtschaftlichen Vorteil war. Es arbeitete zu seinem Vorteil. Das tun andere selbstverständlich auch. Aber England arbeitete außerdem in der Richtung dessen, was sich durch die in ihm selbst liegenden Kräfte verwirklichen läßt, während andere auf die Beobachtung solcher Kräfte sich nicht einließen, ja wohl überhaupt nur ein vornehmes Lächeln gehabt hätten, wenn man ihnen von solchen Kräften gesprochen hätte. Englands ganze Staatsstruktur ist auf solches wirklich praktisches Arbeiten eingestellt. Andere werden erst dann eine der englischen gewachsene Staatskunst entfalten können, wenn das Angedeutete kein englisches Geheimnis mehr sein wird, sondern wenn es Gemeingut sein wird.

Man denke nur, wie unendlich naiv es war, wenn man glaubte, von Deutschland aus mit dem Bagdadbahnproblem durchzudringen, da man von da aus dieses

194

Problem so unternahm, als ob es überhaupt nur nötig wäre, an etwas zu gehen, wie an den Bau einer Straße, über deren Anlegung man sich mit seinen Nachbarn verständigt hat. Oder, um von etwas noch viel weiter Liegendem zu sprechen, wie dachte sich Österreich, sein Verhältnis zum Balkan zu ordnen, ohne Kräfte dabei ins Feld zu führen, die, aus den Volks- und Staatskräften des Balkan heraus gedacht, die Trümpfe Englands paralisieren konnten? England tat eben in einem gegebenen Zeitpunkte nicht nur das und jenes, sondern es lenkte international die Kräfte so, daß sie im rechten Momente in seiner Richtung liefen.

[Was hätte getan werden müssen]

Um das zu tun, muß man diese Kräfte erstens kennen und zweitens bei sich das entfalten, was im Sinne dieser Kräfte gelegen ist. Österreich-Ungarn also hätte zur rechten Zeit eine Handlung vollbringen müssen, die im Sinne der Südslawenkräfte diese in die österreichische Richtung gebracht, Deutschland hätte im Sinne der wirtschaftlich-opportunistischen Kräfte die Bagdadbahninteressen in seine Richtung bringen müssen, statt daß das erstere in die russische und damit in die russisch-englische Linie, das zweite in die englische Linie abgebogen

ist.

[Demokratismus]

Der Krieg muß in Mitteleuropa dazu führen, in bezug auf das im

Völker-, Staats- und Wirtschaftsleben Vorhandene sehend zu werden. Dadurch allein kann man England zwingen, nicht weiter auf dem Wege einer überlegenen Diplomatie zu den anderen Staaten sich zu verhalten, sondern mit sich wie gleich zu gleich verhandeln zu lassen übel dasjenige, was zwischen europäischen Menschengemeinschaften zu verhandeln ist. Ohne die Erfüllung dieser Bedingung ist alles Nachmachen des englischen Parlamentarismus in Mitteleuropa nichts anderes als ein Mittel, sich selbst Sand in die Augen zu streuen. In England werden sonst ein paar Leute immer Mittel und Wege finden, ihre Wirklichkeitspolitik durch ihr Parlament ausführen zu lassen, während doch ein deutsches und österreichisches Handeln nicht schon allein dadurch ein gescheites werden wird, daß es statt von ein paar Staatmännern von einer Versammlung von etwa 500 Abgeordneten beschlossen wird. Man kann sich kaum etwas Unglücklicheres denken als den Aberglauben, daß es einen Zauber bewirken werde, wenn man zu dem übrigen was man sich hat von England gefallen lassen, nun auch noch das fügt, daß man sich die demokratische Schablone von ihm aufdrängen läßt Damit soll nicht gesagt werden, daß Mitteleuropa nicht im Sinne eine inneren politischen Gestaltung eine Fortentwicklung erfahren soll(allein eine solche darf nicht die Nachahmung *des* westeuropäische

19

sogenannten Demokratismus sein, sondern sie muß gerade dasjenige bringen, was dieser Demokratismus in Mitteleuropa wegen dessen besonderer Verhältnisse verhindern würde. Dieser sogenannte Demokratismus ist nämlich nur dazu geeignet, die Menschen Mitteleuropas zu einem Teile der englisch-amerikanischen Weltherrschaft zu machen, und würde man sich dazu noch auf die sogenannte zwischenstaatliche Organisation der gegenwärtigen Internationalisten einlassen, dann hätte man die schöne Aussicht, als Mitteleuropäer innerhalb dieser zwischenstaatlichen Organisation stets überstimmt zu werden.

[Worauf es ankommt]

Worauf es ankommt ist, aus dem mitteleuropäischen Leben heraus die Impulse zu zeigen, die hier wirklich liegen, und an denen die westlichen Gegner, wenn sie aufgezeigt werden, sehen werden, daß sie sich bei einer weiteren Fortsetzung des Krieges an ihnen verbluten müssen. Gegen Machtpräntionen können die Gegner ihre Macht setzen und werden es tun, solange es bei Präntionen bleibt. Gegen wirkliche Machtkräfte werden sie die Waffen strecken. Wilsons so wirksamen Manifestationen muß entgegengehalten werden, was in Mitteleuropa wirklich zur Befreiung des Lebens der

Völker getan werden kann, während seine Worte ihnen nichts zu geben vermögen als die angloamerikanische Weltherrschaft. Die Übereinstimmung mit Rußland braucht von einem mitteleuropäischen Programm der Wirklichkeit nicht gesucht zu werden; denn diese ergibt sich selbst. Ein solches mitteleuropäisches Programm darf nichts enthalten, was nur *innere Staatsangelegenheit* ist, sondern lediglich solches, was mit dem Verhältnis nach außen etwas zu tun hat. Aber selbstverständlich muß in dieser Richtung sachgemäß gesehen werden; denn ob ein Mensch gut denken kann, ist gewiß eine Angelegenheit seiner inneren Organisation, ob er aber durch dieses gute Denken nach außen in der oder jener Richtung wirkt, ist nicht eine innere Angelegenheit.

Deshalb kann nur ein mitteleuropäisches Programm das Wilsonsche schlagen, das real ist, das heißt nicht das oder jenes Wünschenswerte betont, sondern, das einfach eine Umschreibung dessen ist, was Mitteleuropa tun kann, weil es zu diesem Tun die Kräfte in sich hat. Dazu gehört:

[Dazu gehört:]

1. Daß man einsehe: Gegenstand einer demokratischen Volksvertretung können nur die rein politischen, die militärischen und die polizeilichen Angelegenheiten sein. Diese sind nur möglich auf Grund des historisch gebildeten Untergrundes. Werden sie vertreten für sich in einer Volksvertretung und verwaltet von einer dieser Volksvertretung

196

verantwortlichen Beamtenschaft, so entwickeln sie sich notwendig konservativ. Ein äußerer Beweis dafür ist, daß seit dem Kriegsausbruche selbst die Sozialdemokratie in diesen Dingen konservativ geworden ist. Und sie wird es noch mehr werden, je mehr sie gezwungen wird, sinn- und sachgemäß dadurch zu denken, daß in den Volksvertretungen wirklich nur politische, militärische und polizeiliche Angelegenheiten der Gegenstand sein können. Innerhalb einer solchen Einrichtung kann sich auch der deutsche Individualismus entfalten mit seinem bundesstaatlichen System, das nicht eine zufällige Sache ist, sondern das im deutschen Volkscharakter enthalten ist

2. Alle wirtschaftlichen Angelegenheiten werden geordnet in einem besonderen Wirtschaftsparlamente. Wenn dieses entlastet ist von allem Politischen und Militärischen, so wird es seine Angelegenheit rein so entfalten, wie es diesen einzig und allein angemessen ist, nämlich opportunistisch. Die Verwaltungsbeamtenschaft dieser wirtschaftlichen Angelegenheiten, innerhalb deren Gebiet auch die gesamte Zollgesetzgebung liegt, ist unmittelbar nur dem Wirtschaftsparlamente verantwortlich.

3. Alle juristischen, pädagogischen und geistigen Angelegenheiten

werden in die Freiheit der Personen gegeben. Auf diesem Gebiete hat der Staat nur das Polizeirecht, nicht die Initiative. Es ist, was hier gemeint ist, nur scheinbar radikal. In Wirklichkeit kann sich nur derjenige an dem hier gemeintem stoßen, der den Tatsachen nicht unbefangenen Auges sehen will. Der Staat überläßt es den sach-, berufs- und völkermäßigen Korporationen, ihre Gerichte, ihre Schulen, ihre Kirchen und so weiter zu errichten, und er überläßt es dem einzelnen sich seine Schule, seine Kirche, seinen Richter zu bestimmen. Natürlich nicht etwa von Fall zu Fall, sondern auf eine gewisse Zeit. Im Anfange wird die wohl durch die territorialen Grenzen beschränkt werden müssen, doch trägt es die Möglichkeit in sich, auf friedlichem Wege die nationalen Gegensätze — auch andere — auszugleichen. Es trägt sogar die Möglichkeit in sich, etwas Wirkliches zu schaffen an Stelle des schattenhaften Staaten-Schiedsgerichts. Nationalen oder anderweitigen Agitatoren werden dadurch ihre Kräfte ganz genommen. Kein Italiener in Triest fände Anhänger, in dieser Stadt, wenn jedermann seine nationalen Kräfte in ihr entfalten könnte, trotzdem aus selbstverständlichen opportunistischen Gründen seine wirtschaftlichen Interessen in Wien geordnet werden, und trotzdem sein Gendarm von Wien aus bezahlt wird.

19

Die politischen Gebilde Europas könnten sich so auf Grundlage eines gesunden Konservatismus entwickeln, der nie auf Zerstückelung Österreichs, sondern höchstens auf seine Ausdehnung bedacht sein kann. Die wirtschaftlichen Gebilde würden sich opportunistisch gesund entwickeln; denn niemand kann Triest in einem Wirtschaftsgebilde haben wollen, in dem es wirtschaftlich zugrunde gehen muß, wenn ihn das Wirtschaftsgebilde nicht hindert, kirchlich, national und so weiter zu tun, was er will.

Die Kulturangelegenheiten werden von dem Drucke befreit, den auf sie die wirtschaftlichen und politischen Dinge ausüben, und sie hören auf, auf diese einen Druck auszuüben. Alle diese Kulturangelegenheiten werden fortdauernd in gesunder Bewegung erhalten.

Eine Art Senat, gewählt aus den drei Körperschaften, welchen die Ordnung der politisch-militärischen, wirtschaftlichen und juristisch-pädagogischen Angelegenheiten obliegt, versieht die gemeinsamen Angelegenheiten, wozu auch zum Beispiel die gemeinsamen Finanzen gehören.

[Ausführbarkeit]

Die Ausführbarkeit des in dieser Darstellung Angeführten wird niemand bezweifeln, der aus den wirklichen Verhältnissen Mitteleuropas heraus denkt. Denn hier wird überhaupt nichts gefordert, was durchgeführt werden soll, sondern es wird nur aufgezeigt, was sich durchführen will, und was in demselben

Augenblicke gelingt, in dem man ihm freie Bahn gibt.

Erkennt man dieses, dann wird vor allem klar, warum wir diesen Krieg haben und warum er unter der falschen Flagge der Völkerbefreiung ein Krieg ist zur Unterdrückung des deutschen Volkes, im weiteren Sinne zur Unterdrückung alles selbständigen Volkslebens in Mitteleuropa. Entkleidet man das Wilsonsche Programm, das als die neueste Umschreibung aus den Deckprogrammen der Entente hervorgegangen ist, so kommt man darauf, daß seine Ausführung nichts anderes bedeuten würde als den Untergang dieser mitteleuropäischen Freiheit. Daran hindert nicht, daß Wilson von der Freiheit der Völker redet; denn die Welt richtet sich nicht nach Worten, sondern nach Tatsachen, die aus der Verwirklichung dieser Worte folgen. Mitteleuropa braucht wirklich Freiheit, Wilson aber redet gar nicht von einer wirklichen Freiheit. Die ganze westliche Welt hat von dieser wirklichen für Mitteleuropa nötigen Freiheit überhaupt keinen Begriff. Man redet da von Völkerfreiheit und meint dabei nicht die wirkliche Freiheit der Menschen, sondern eine schimärische Kollektivfreiheit von

198

Menschenzusammenhängen, wie sie sich in den westeuropäischen Staaten und in Amerika herausgebildet haben. Nach den besonderen Verhältnissen Mitteleuropas kann sich diese Kollektivfreiheit nicht aus internationalen Verhältnissen heraus ergeben, also darf sie nie und nimmer Gegenstand einer internationalen Abmachung sein, wie sie einem Friedensschlusse zugrunde liegen kann. In Mitteleuropa muß die Kollektivfreiheit der Völker aus der allgemeinen menschlichen Freiheit sich ergeben, und sie wird sich ergeben, wenn man durch Ablösung aller nicht zum rein politischen, militärischen und wirtschaftlichen Leben gehörigen Lebenskreise dafür freie Bahn schafft. Es ist ganz selbstverständlich, daß gegen solche Loslösung diejenigen, welche stets nur mit ihren Ideen, nicht mit der Wirklichkeit rechnen, solche Einwände erheben, wie man sie in einem eben erschienenen Buche findet, nämlich in Kriecks «Die deutsche Staatsidee» auf Seite 167 f.: «Gelegentlich wurde früher, unter anderen von E. von Hartmann, die Forderung nach einem Wirtschaftsparlamente neben der Volksvertretung erhoben. Der Gedanke liegt ganz in der Richtung der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung. Abgesehen aber davon, daß ein neues großes Rad die ohnehin reichliche Unbeholfenheit und Reibung der Maschine vermehren würde, wäre die Zuständigkeit zweier Parlamente unmöglich gegeneinander abzugrenzen.»

Bei diesem Gedanken sollte nun doch wohl darauf gesehen werden, daß hier zugegeben werden muß, er ergibt sich aus den wirklichen Verhältnissen der Entwicklung, muß also durchgeführt werden und darf nicht gegen die Entwicklung abgewiesen werden, weil man

seine Verwirklichung schwer findet. Macht man nämlich in der Wirklichkeit von solchen Schwierigkeiten halt, so schafft man Verwickelungen, die sich später gewaltsam entladen. Und letzten Endes ist dieser Krieg in des Eigentümlichkeit, in der er sich auslebt, die Entladung von Schwierigkeiten, die man versäumt hat, auf dem richtigen, anderen Wege hinwegzuräumen, solange es dazu noch Zeit war.

Das Wilsonsche Programm geht davon aus, das in der Welt unmöglich zu machen, was die berechnete Aufgabe und die Lebensbedingung der mitteleuropäischen Staaten ist. Ihm muß entgegengehalten werden was in Mitteleuropa geschehen wird, wenn dieses Geschehen nicht gestört wird durch die gewaltsame Zerstörung des mitteleuropäischen Lebens. Es muß ihm gezeigt werden, was nur Mitteleuropa auf Grund des hier historisch Gewordenen tun kann, wenn es sich nicht mit der

199

Entente verbindet, die gar kein Interesse daran haben kann, Mitteleuropa, seiner naturgemäßen Entwicklung entgegenzuführen.

So wie die Dinge heute liegen, haben Deutschland und Österreich nur die Wahl zwischen den folgenden drei Dingen:

1. Unter allen Umständen auf einen Sieg ihrer Waffen zu warten, und von ihm die Möglichkeit zu erhoffen, ihre mitteleuropäische Aufgabe ausführen zu können.

2. Mit der Entente auf Grund deren jetzigen Programms einen Frieden einzugehen und damit ihrer sicheren Zerstörung entgegenzugehen.

3. Zu sagen, was sie im Sinne der wirklichen Verhältnisse als das Ergebnis eines Friedens betrachten werden, und damit die Welt vor die Möglichkeit zu stellen, nach klarer Einsicht in die Verhältnisse und in das Wollen Mitteleuropas die Völker wählen zu lassen zwischen einem Tatsachenprogramm, das den europäischen Menschen die wirkliche Freiheit und damit ganz selbstverständlich die Freiheit *der* Völker bringt, oder den Scheinprogrammen des Westens und Amerikas, die von Freiheit reden, in Wirklichkeit aber für ganz Europa die Unmöglichkeit des Lebens bringen.

[Kriegspropaganda des Westens durchkreuzen]

Wir in Mitteleuropa machen vorläufig den Eindruck, als ob wir uns vor dem Westen scheuen zu sagen, was wir wollen müssen, während dieser Westen uns nur so überschüttet mit den Kundgebungen seines Wollens. Dadurch ruft dieser Westen den Eindruck hervor, daß nur er etwas will für das Heil der Menschheit, und wir nur bestrebt seien, diese löblichen Bestrebungen durch allerlei solche Dinge wie Militarismus zu stören, Während er

dadurch, daß er sich seit langem darauf eingerichtet hat und weiter darauf noch besser einrichten will, uns zu Schattenmenschen zu machen, in Wahrheit der Schöpfer unseres Militarismus ist Gewiß sind solche und ähnliche Dinge oft gesagt worden, doch darauf kommt es nicht an, daß sie von dem oder jenem gesagt werden, sondern darauf, daß sie das Leitmotiv mitteleuropäischen Handelns wirklich werden, und die Welt erkennen lernt, daß sie von Mitteleuropa kein anderes Handeln zu erwarten hat als ein solches, das zum Schwerte greifen muß, wenn die anderen ihm dieses Schwert in die Hände zwingen. Was jetzt die Westvölker deutschen Militarismus nennen, haben sie in jahrhundertelanger Entwicklung geschmiedet, und nur an ihnen, nicht an Deutschland kann es sein, ihm für Mitteleuropa seinen Sinn zu nehmen An Mitteleuropa aber ist es, sein Wollen für die Freiheit klar hinzustellen, ein Wollen, das nicht in Wilsonscher Art auf Programme gebaut sein kann, sondern auf die Wirklichkeit des Menschendaseins.

200

Es gibt daher für Mitteleuropa nur ein Friedensprogramm, und das ist: Die Welt wissen zu lassen, ein Friede ist sofort möglich, wenn die Entente an die Stelle ihres jetzigen, unwahren Friedensprogramms ein solches setzt, das wahr ist, weil es in seiner Verwirklichung nicht den Untergang, sondern die Lebensmöglichkeit Mitteleuropas herbeiführt. Alle anderen Fragen, die Gegenstand von Friedensbestrebungen werden können, lösen sich, wenn sie auf Grundlage dieser Voraussetzungen in Angriff genommen werden. Auf der Grundlage, die jetzt von der Entente uns dargeboten wird, und die von Wilson aufgenommen worden ist, ist ein Friede unmöglich. Tritt kein anderes an die Stelle, so könnte das deutsche Volk nur durch Gewalt zur Annahme dieses Programmes gebracht werden, und der weitere Verlauf der europäischen Geschichte würde die Richtigkeit des hier Gesagten beweisen, denn bei Verwirklichung des Wilsonschen Programmes gehen die europäischen Völker zugrunde.

[Keine Illusionen, sondern Wirklichkeiten vertreten]

Man muß eben in Mitteleuropa ohne Illusion dem ins Auge schauen, was diejenigen Persönlichkeiten seit vielen Jahren als ihren Glauben haben, den sie von ihrem Gesichtspunkte aus als das Gesetz der Weltentwicklung betrachten: daß der angloamerikanischen Rasse die Zukunft der Weltentwicklung gehört und daß sie das Erbe der lateinisch-romanischen Rasse und die Erziehung des Russentumes zu übernehmen hat. Bei der Anführung dieser weltpolitischen Formel durch einen sich eingeweiht dünkenden Engländer oder Amerikaner wird stets bemerklich gemacht, daß das deutsche Element bei der Ordnung der Welt nicht mitzusprechen hat wegen seiner Unbedeutendheit in weltpolitischen Dingen, daß das romanische Element nicht berücksichtigt zu werden braucht, weil es

ohnedies im Aussterben ist, und daß das russische Element derjenige hat, der sich zu seinem welthistorischen Erzieher macht. Man könnte von einem solchen Glaubensbekenntnis gering denken, wenn es im Kopfe einiger für politische Phantasien oder Utopien zugänglicher Menschen lebte, allein die englische Politik benützt unzählige Wege, um dieses Programm praktisch zum Inhalte seiner wirklichen Weltpolitik zu machen, und vom Gesichtspunkte Englands aus könnte die gegenwärtige Koalition, in der es sich befinde; nicht günstiger sein, als sie ist, wenn es sich um die Verwirklichung dieses Programms handelt. Es gibt aber nichts, das Mitteleuropa dem entgegensetzen kann, als ein wirklich menschenbefreiendes Programm, das in jedem Augenblick Tat werden kann, wenn menschlicher Wille sich für seine Verwirklichung einsetzt. Man kann ja vielleicht denken, daß der Friede auch lange auf sich warten lassen

201

wird, auch wenn das hier gemeinte Programm vor die europäischen Völker hingestellt wird, da es ja während des Krieges nicht ausgeführt werden kann und überdies von den Ententevölkern so hingestellt werden würde, als ob es von den Führern Mitteleuropas nur zur Täuschung der Völker hingestellt wäre, während nach dem Kriege einfach wieder das eintreten würde, was die Ententeführer als das Schreckliche hinstellten, das die aus moralischen Gründen in einem «Kampfe für Freiheit und Recht der Völker aus der Welt schaffen müßten». Aber wer die Welt richtig beurteilt nach den Tatsachen, nicht nach seinen Lieblingsmeinungen, der kann wissen, daß alles, was Wirklichkeiten entspricht, einen ganz anderen Überzeugungswert hat als dasjenige, was aus der bloßen Willkür stammt. Und man kann ruhig abwarten, was sich bei denjenigen zeigen wird, die einsehen werden, mit dem Programme Mitteleuropas gehen den Völkern der Entente nur die Möglichkeiten verloren, Mitteleuropa zu zertrümmern, nicht aber fließt aus ihm irgend etwas, was mit irgendeinem wirklichen Lebensimpuls der Ententevölker unverträglich wäre. Solange man sich im Gebiete der maskierten Bestrebungen befindet, wird eine Verständigung ausgeschlossen sein; sobald man hinter den Masken die Wirklichkeiten nicht nur militärisch, sondern auch politisch zeigen wird, wird eine ganz andere Gestalt der gegenwärtigen Ereignisse beginnen. Die Waffen Mitteleuropas hat die Welt zum Heile dieses Mitteleuropa kennengelernt, das politische Wollen ist, soweit Mitteleuropa in Betracht kommt, der Welt ein Buch mit sieben Siegeln. Dafür bekommt die Welt jeden Tag die Schilderung eines Schreckbildes, welches ein furchtbares, zerstörungswürdiges Ding dieses Mitteleuropa eigentlich ist. Und es sieht für die Welt so aus, als ob Mitteleuropa zu diesem

Schreckbilde nur zu schweigen hätte, was selbstverständlich der Welt wie ein Jasagen zu demselben erscheinen muß.

Es ist ganz selbstverständlich, daß jedem unzählige Bedenken aufsteigen, wenn *er* sich Gedanken darüber machen will, wie das hier Angedeutete im einzelnen durchgeführt werden soll, allein solche Bedenken kämen nur in Betracht, wenn das Vorliegende als ein Programm gedacht wäre, an dessen Verwirklichung ein einzelner oder *eine Gesellschaft* gehen sollte. So ist es aber nicht gedacht, ja es widerlegte sich selber, wenn es so gedacht wäre.

[Die Volkskräfte erkennen und entbinden]

Es ist als der Ausdruck dessen gedacht, was die Völker Mitteleuropas tun werden, wenn man sich von seiten der Regierungen die Aufgabe stellen wird, die Volkskräfte zu erkennen und zu entbinden. Was im

202

einzelnen geschehen wird, das zeigt sich bei solchen Dingen immer dann, wenn sie sich auf den Weg der Verwirklichung begeben. Denn sie sind nicht Vorschriften über etwas, was zu geschehen hat, sondern Voraussagen dessen, was geschehen wird, wenn man die Dinge auf ihre durch die eigene Wirklichkeit geforderte Bahn gehen läßt. Und diese eigene Wirklichkeit schreibt vor, bezüglich aller religiösen und geistig-kulturellen Angelegenheiten, wozu auch das Nationale gehört, Verwaltung durch Korporationen, zu denen sich die einzelne Person aus freiem Willen bekennt, und die in ihrem Parlamente als Korporationen verwaltet werden, so daß dieses Parlament es nur mit *der* betreffenden Korporation, nie aber mit der Beziehung dieser Korporation zu der einzelnen Person zu tun hat. Und nie darf es eine Korporation mit einer unter demselben Gesichtspunkte zu einer anderen Korporation gehörigen Person zu tun haben. Solche Korporationen werden aufgenommen in den Kreis des Parlamentes, wenn sie eine bestimmte Anzahl von Personen vereinigen. Bis dahin bleiben sie Privatsache, in die sich keine Behörde oder Vertretung zu mischen hat. Für wen es ein saurer Apfel ist, daß von solchen Gesichtspunkten aus alle geistigen Kulturangelegenheiten künftig der Privilegierung entbehren müssen, der wird eben in diesen sauren Apfel zum Heile des Volksdaseins beißen müssen. Bei der immer weitergehenden Gewöhnung an diese Privilegierung wird man ja in vielen Kreisen schwer einsehen, daß man auf dem Wege von der Privilegierung gerade der geistigen Berufe zum guten alten, uralten Prinzip der freien Korporierung zurückkehren muß. Und daß die Korporation zwar einen Menschen in seinem Berufe tüchtig machen soll, daß man aber die Ausübung dieses Berufes nicht privilegieren, sondern der freien Konkurrenz und der freien menschlichen Wahl überlassen muß. Das wird von allen denen schwer einzusehen sein, die gern davon sprechen, daß die Menschen doch zu dem oder jenem nicht reif seien. In

Wirklichkeit wird dieser Einwand ja ohnedies nicht in Betracht kommen, weil mit Ausnahme der notwendig freien Berufe über die Wahl der Petenten die Korporation entscheiden wird. Ebenso wenig können sich Schwierigkeiten ergeben bezüglich des Politischen und des Wirtschaftlichen, die nicht real behebbar wären bei Verwirklichung des Intendierten. Wie zum Beispiel pädagogische Institutionen zustande kommen müssen, die in ihren Richtlinien die beiden, nicht die eigentliche Pädagogik in sich schließenden Vertretungen berühren, das ist Sache des übergeordneten Senates.

Anmerkungen und Literaturhinweise

Ein lange und gut vorbereiteter Krieg

¹ Ein sehr eindrucksvolles Beispiel für die Auseinandersetzung mit der Kriegsschuldfrage gab Hans Rothfels «Die Universitäten und der Schuldpruch von Versailles» (Königsberger Universitätsreden), Königsberg 1929.

² Das betont auch Fritz Fischer in seinem vieldiskutierten Buch: «Griff nach der Weltmacht — Die Kriegszielpolitik des Kaiserlichen Deutschlands» (Düsseldorf 1961), in dem er sich besonders mit dem deutschen Imperialismus beschäftigt hat.

Rudolf Kjellén, «Dreibund und Dreiverband - die diplomatische Vorgeschichte des Weltkrieges» (Übersetzung aus dem Schwedischen). München 1921. J. R. von Salis in «Weltgeschichte der neuesten Zeit I» 2. Aufl., Zürich 1955, S. 19.

Wolfgang Windelband, «Die auswärtige Politik der Großmächte in der Neuzeit» 5. Aufl., Essen 1942, S. 254.

Ihm war die Militärkonvention von 1892 vorausgegangen, vgl. Kjellén S. 67 f. und O. Becker, «Das französisch-russische Bündnis» Berlin 1925. E. Adamov, «Die Diplomatie des Vatikans zur Zeit des Imperialismus» (deutsche Übersetzung), Berlin 1932; vgl. auch V. M. Chvostov, «Die Geschichte der Diplomatie» 2. Bd., S. 123, Moskau 1947.

Adamov S. 90.

Karl Heise, «Entente-Freimaurerei und Weltkrieg» Basel 1920, S. 116 f. Im übrigen war Eduard VII. auch mit Annie Besant, Präsidentin der Theosophical Society, eng befreundet (Heise, S. 23), die im Laufe der Zeit eine kraß antideutsche Position einnahm.¹⁰

H. Krausnick, «Holsteins Geheimpolitik 1886 bis 1890» 2. Aufl., 1942, S. 269 ff., 367.

¹¹ v. Salis, S. 431.

Der Prinz von Wales, Leo XIII. und der «neue Kurs»

¹ E. Adamov, «Die Diplomatie des Vatikans zur Zeit des Imperialismus» (deutsche Übersetzung), Berlin 1932, S. 37.

Adamov, S. 90, vgl. auch E. Winter, «Rußland und das Papsttum I», Berlin 1961, S. 400.

204

Vgl. Charles de Germiny, «La politique de Léon XIII.» Paris 1902, S. 259 f.

A. P. Izvolskij, «Eninnerungen» (deutsche Übersetzung), Moskau 1924. K. Heise, «Die Entente-Freimaurerei», Basel 1920, S. 100, wo auch der Hinweis zu finden ist, daß Izvolskij sich selber als «Vater des Weltkriegs» bezeichnet haben soll.

E. Winter, «Rußland und die slawischen Völker in der Diplomatie des Vatikans 1878-1903» Berlin 1950, S. 53 f.

Adamov, S. 83.

Bericht vom 31. (19.) Dezember 1888, Adamov, S. 103.

E. Winter, «Rußland und das Papsttum II», S. 403.

F. Fournier, «Le Cardinal Lavigerie et son action politique», Paris 1913.11

Vgl. hierzu v. Salis, «**Weltgeschichte** der neuesten Zeit I», S. 284 (2. Aufl. Basel 1959)12

Ober Ferratas Mission liegt eine eingehende Studie von H. Stutz, «Die päpstliche Diplomatie unter Leo XIII.» (Abh. d. Preuß. Ak. d. Wiss., Jg. 1925) vor.

D. Ferrata, «Mémoires», 3 Bde., Rom 1920.

a. a. O. Bd. III, S. 335.

15 K. Heise, «Die Entente-Freimaurerei», S. 36 f.

1• A. Graf v. Polzer-Hoditz, «Kaiser Karl» **Zürich-Leipzig-Wien, 1929**, S. 19 f. ¹⁷ C. G. Harrison, «Das Transcendentale Weltenall» (deutsche Übersetzung), Leipzig 1897.18

In «Theosophie» hg. v. Vollrath, März 1912.

Bismarck — Größe oder Verhängnis Deutschlands?

¹ Vgl. Ludwig Dehio, «Gleichgewicht oder Hegemonie», Krefeld 1948, S. 192.

«Bismarck, der Mann des Erfolges» in: Magazin für Litenatun, 67. Jahrgang, 1898 (neugedruckt in: «Rudolf Steiner — Veröffentlichungen aus dem literarischen Frühwerk» Heft XVII, Dornach 1943, S. 16 ff.).

zitient nach J. R. v. Salis, «Weltgeschichte der neuesten Zeit I» (2. Auflage Basel 1959) S. 37.

Friedrich Meinecke, «Die Deutsche Katastropheⁿ», Wiesbaden 1947, S. 26.

zitiert nach v. Salis, «Weltgeschichte I» S. 27.

veröffentlicht in: «Süddeutsche Monatshefte», 11. Jg., 2. Bd., 1914, S. 141. Geoffrey Barraclough, «Factors in German History» (deutsch: «Tatsachen der deutschen Geschichte», Berlin 1947, S. 156 f.).

Vgl. Anm. 2.

in: «Die Gegenwart» III, 62 (10. Juli 1948) S. 15.

10 Genhard Ritter, «Geschichte als Bildungsmacht» Stuttgart 1946, S. 64.11 Barraclough, Tatsachen, S. 144.

¹² Hans Freyer, «Weltgeschichte Europas», Bd. II, Wiesbaden 1948, S. 957.18

Hienzu Genhard Ritter, «Europa und die deutsche Frage», München 1948, S. 86 ff.

¹⁴ René Juvet, «Die Deutschen im kommenden Europa», Bann 1945, S. **18**.

205

nommen aus: Lothar Gall, «Baden und die Krise des Jahres 1878 — zialistengesetz und innenpolitischen Umschwung» (Zeitschrift für Ge des Obernheins, Jahrg. 1963, Heft 2).

'helm Röpke, «Die **deutsche Frage**» **Erlenbach-Zürich**, 1945, S. 182. Konstantin Frantz, «Die preußische Intelligenz und ihre Grenzen» 1874, 69.

Konstantin Frantz, «Wahlaufwurf an die Föderalisten» 1877, S. 24. S. 33.

ist in diesem Zusammenhang sehr aufschlußreich, daß Rudolf Steiner im hre 1919 Bismarck einen «Phantasten und «die Schöpfung des Reiches» e «Phantastenei» genannt hat. (Vgl. Karl Heyer, Kaspar Hauser, 1958, 248).

Correspondance de G. Samarine avec la Baron= de Randen, Moskau 1892, 243.

ahlaufwurf an die Föderalisten, 1877, S. 7.

Deutschlands «Beruf» und das Vensagen des deutschen Bürgertums

JJoseph Ennemoser, «Das Honoskop in der Weltgeschichte (1. Aufl. **München** 1860), Neuauflage Münden 1924, ist kein astrologisches Buch, sondern ein geschichts- und natunphilosophisches Wenk von großer Aktualität. d. S. 200 ff.

. L. v. Rochau, «Realpolitik» (2 Bände, 1853 und 1869).

[ermann Grimm, «Schiller und Goethe» (in: «Fünfzehn Essays», 3. Aufl., BBerlin 1884, S. 173).

olkert Wilken, «Geistesgeschichtliche Entwicklungslinien des

deutschen Schicksals», Stuttgart, 1948, S. 43.

; I. das diesbezügliche Briefzitat Kapitel III, Anm. 6.

Karl Marx, «Die Nationalversammlung in Frankfurt» (in: «Revolution und Konterrevolution», hg. v. Karl Kautsky, Stuttgart 1896), ursprünglich eine Artikelserie, die Marx 1851 für die New Yorker «Daily Tribune» geschrieben hat.

Jax Lehmann, «Bismarck — eine Charakteristik» (hg. v. G. Lehmann), Berlin 1948, S. 29.

Wilhelm Mommsen, «Größe und Versagen des deutschen Bürgertums. Ein Beitrag zur Geschichte der Jahre 1848-1849» Stuttgart 1949, S. 218.

Hans Herzfeld, «Die moderne Welt» (1. Teil «Die Epoche der bürgerlichen Nationalstaaten 1789-1890»), Braunschweig 1950, S. 137.

Vgl. hierzu auch Rudolf Steiner, «Geschichtliche Symptomatologie» (Vorträge 18. 10. bis 3. 11. 1918), Dornach 1942, S. 86.

Schellings Leben III, S. 214 (zitiert nach R. Saitschik, «Bismarck und das Schicksal des deutschen Volkes», München 1949, S. 12).

Der Wortlaut der ganzen Rede Friedrich Wilhelms IV. bei Tim Klein, «1848 — Der Vorkampf» (Unkunden, Berichte, Briefe), München und Leipzig 1914, S. 416 f.

.. v. Ranke, «Briefwechsel Friedrich Wilhelms IV. mit Bunsen», 1873 (bei [Tim Klein a. a. O., S. 376 f.).

» Arthur Rosenberg, «Entstehung der Weimarer Republik» (Neuausgabe), Frankfurt 1961, S. 13.

» Adolf Gasser, «Bismarck statt Hitler?» (in: Neue Auslese, 2. Jhg., Heft 7, S. 48).

¹⁷ Hajo Holborn, «Der Zusammenbruch des europäischen Staatensystems», Stuttgart 1954, S. 43.18

Rosenberg, S. 27.

Deutschland nach dem Krisenjahr 1878/79

Zitiert nach Folkert Wilken «Geistesgeschichtliche Entwicklungslinien des deutschen Schicksals» Stuttgart 1948, S. 48 f.

² Arthur Rosenberg, «Entstehung der Weimarer Republik» (Neuausgabe), Frankfurt 1961, S. 27.

³ Hajo Holborn, «Der Zusammenbruch des europäischen Staatensystems», Stuttgart 1954, S. 42.

F. Wilken, S. 50 f.

⁵ Vgl. hierzu und im folgenden: Genhard Ritter, «Europa und die

deutsche Frage», München 1948, S. 101 f.; Wilhelm Röpke, «Die deutsche Frage», Zürich 1945, S. 208 f.; Friedrich Meinecke, «Die deutsche Katastrophe» Wiesbaden 1946, S. 28 ff.

F. v. Bernhardi, «Deutschland und der nächste Krieg» Stuttgart und Berlin 1912, 5. 1 f.; S. 21.

⁷ Jacob Burckhardt, Briefe (hg. v. F.Kaphahn), 4. Aufl., Leipzig 1940, S. 338.

⁸ Vgl. hierzu: **Eva G.** Reichmann, «Flucht in den Haß. — Die Ursachen der deutschen Judenkatastrophe, Frankfurt o. J.

Friedrich Nietzsche, «Die Gefährdung der deutschen Kultur. — Unzeitgemäße Betrachtungen» (Werke in drei Bänden, hg. v. Schlechta), München 1954, Bd. I, S. 137 ff.

¹⁰ Vgl. Wilfried Daim, «Der Mann, der Hitler die Ideen gab», München 1958.

» In seiner unter dem Pseudonym Daniel Frymann veröffentlichten Schrift: «Wenn ich der Kaiser wäre» zitiert nach Harry Pross, «Die Zerstörung der deutschen Politik — Dokumente 1871-1933» Frankfurt 1959, S. 136. Vgl. J. R. v. Salis: «Weltgeschichte der neuesten Zeit» (2. Aufl.), Zürich 1955, Bd. I, S. 547.

H. G. Wells, «Die Weltgeschichte» (deutsche Übersetzung), Berlin-Wien/Leipzig 1928, Bd. 3, S. 318 ff.

¹⁴ Rudolf Steiner, «Die Kernpunkte der sozialen Frage» Stuttgart 1919, S. 107.

Das Jahr 1866 und das Schicksal Österreichs

¹ Georg Gottfried Gervinus, «Denkschrift zum Frieden — An das preußische Königshaus, 1871.

Konstantin Frantz, «Wahlaufruf an die Föderalisten» 1877, S. 7. * Otto v. Bismarck, Gesammelte Werke XIV, S. 140.

⁴ Gerhard Ritter, «Europa und die deutsche Frage» München 1948, S. 85.

207

Arthur Gnaf Polzer-Hoditz, «Kaiser Karl» Zürich/Leipzig-Wien 1929, S. 76.

vgl. hierzu: Otto v. Bismarck, «Gedanken und Erinnerungen» (vollständige Ausgabe), 1928, S. 364 ff.

:Zahlenangaben nach der Volkszählung von 1890, entnommen aus: Feldmarschall Conrad, «Aus meiner Dienstzeit 1906-1918» Wien 1921. vgl. hierzu Polzer-Hoditz, S. 107 ff.

vgl. auch Frantisek Kavka, «Die Tschechoslowakei, Abriß ihrer Geschichte», Prag 1960, S. 83 ff.

R. Wittram, «Peter d.Gr. — der Eintritt Rußlands in die Neuzeit», Berlin-Göttingen-Heidelberg, 1954, S. 137 f.

Arthur Rosenberg, «Entstehung der Weimarer Republik» Frankfurt 1961, S.27.

Die Balkanfrage

Wahlangaben lt. «Herders Konversationslexikon» 1906 (Bd. VI). Entnommen aus Ross J. S. Hoffmann, «Great Britain and the German trade rivalry 1875 bis 1914» Philadelphia 1933, S. 281.

Vgl. «Die Große Politik der Europäischen Kabinette 1871-1914» im Auftrage des Auswärtigen Amtes hrsg. von Lepsius, Mendelssohn-Bartholdy und Thimme, Berlin 1922 ff., Bd. 12/2, S. 575.

Vgl. Kapitel II

Vgl. hierzu auch John Lukacs, «Geschichte des Kalten Krieges» (dt. **Übersetzung**), Gütersloh 1962, S. 60 f., und Dwight D. Eisenhower, «Crusade in Europe» Londoni-Tononto, 3. Aufl. 1949, S. 213 f.

Vgl. Karl Heise, «Die Entente freimaurerei» Basel 1920, S. 79.

Arthur Graf Polzer-Hoditz, «Kaiser Karl» Zürich-Leipzig-Wien 1929, S. 548.

Joseph Redlich, «Kaiser Franz Joseph von Österreich», Berlin 1928.

Er wird **u. a.** auch von H. P. Blavatsky in «Die entschleierte Isis» 1907/09, Bd. II, S. 391, erwähnt.

Hierzu K. Heise, S. 44 f.

Zahlen nach der Volkszählung von 1890 in: Feldmarschall Conrad, «Meine Dienstzeit 1906 bis 1918» Wien 1921, S. 19 ff.

Vgl. E. Winter, «Rußland und das Papsttum» Bd. II, Berlin 1963, S. 570 ff. J. v. Salis, «Weltgeschichte der neuesten Zeit» 2. Aufl., Zürich 1955, S. 104. Hierzu Inene Neander, «Grundzüge der russischen Geschichte» 3. Aufl., Darmstadt 1958, S. 96, und: E. Winter, «Der Panlawismus in den Berichten des österreichisch-ungarischen Botschafters in St. Petersburg» Prag 1944, ferner: H. Kohn, «Die Slawen und der Westen. Die Geschichte des Panlawismus» (Übersetzung aus dem Englischen) Wien-München 1956.

A. Polzer-Hoditz, «Kaiser Karl» S. 235 ff.

Zur Annexionskrise vgl. **W. M.** Caregren, «Iswolskij und Aehrenthal vor der bosnischen Annexionskrise» Uppsala 1955.

Vgl. hierzu L Heise, S. 76.

Vgl. hierzu und für das Folgende: A. Polzer-Hoditz, S. 241 ff. und Pharos-Köhler «Der Prozeß gegen die *Attentäter* von Sarajewo» Berlin 1918.

Probestation des Weltunterganges

¹ Vgl. Graf Polzer-Hoditz, «Kaiser Karl», Zürich-Leipzig-Wien 1929, S. 586 ff.

² ebd. S. 583 ff. und S. 67 ff.3

J. R. v. Salis, «Weltgeschichte der neuesten Zeit», Bd. I (2. Aufl.) Zürich 1955, S. 608 f.

⁴ ebd. S. 606 f.

⁵ Polzer-Hoditz 5.140.

⁶ In: «Aufsätze über die Dreigliederung des sozialen Organismus und zur Zeitlage 1915-1921». Dornach 1961, S. 330f.

⁷ Wilfried Daim, «Der Mann, der Hitler die Ideen gab», München 1958, S. 232 f.

⁸ Vgl. hierzu insbesondere: Walther Rathenau, «Zur Kritik der Zeit», Berlin 1911; «Zur Mechanik des Geistes», 1913; «Gesammelte Schriften» (5 Bände) 1918.

Robert Musil, «Der Mann ohne Eigenschaften», 3 Bde., 1930-1942.

» Joseph Arthur Graf von Gobineau (1816-1882) war eigentlich Orientalist und Dichter. Sein Werk über die Rassen («Essai sur l'inégalité des races humaines») erschien in 4 Bänden 1853/55. G. verwirft die «Rassenmischung» und hebt die Qualitäten der «germanischen Rasse» hervor, der er die edelsten Qualitäten zuspricht.

¹¹ a. a. O. S. 96.

¹² Georg v. Schönerer, «Zwölf Reden», Wien 1886; «Fünf Reden» Wien 1890. ¹⁸ Über Luegers Wirken als Bürgermeister vgl. die Festschrift von Tomola, «Unser Bürgermeister Dr. Karl Lueger», Wien 1904 und Stauracz, «Dr. Karl Lueger, zehn Jahre Bürgermeister», Wien 1907.

¹⁴ Adolf Hitler, «Mein Kampf», München (1925/27), 424.-428. Auflage 1939, 5.137.

¹⁵ Für die angeführten Zitate vgl. «Mein Kampf» S. 59, 5.107 ff., S. 135.

¹⁰ Für diese und alle folgenden Angaben über Lanz vgl. das bereits erwähnte Buch von Wilfried Daim, «Der Mann, der Hitler die Ideen **gab**».

¹⁷ August M. Knoll war Ordinarius für Soziologie an der Universität Wien, verlor als Gegner des Nationalsozialismus 1938 seine Existenz und wurde nach 1945 als katholischer Gelehrter zu einem der prominentesten Verfechter des «innerkirchlichen Antiklerikalismus». — Vgl. Knoll, Daim, Heen «Kirche und Zukunft», Wien 1963.

¹⁸ Hermann Glaser, «Das Dritte Reich» (Herder-Bücherei Bd. 92) Freiburg 1961, S. 31.

¹⁸ Friedrich Heer, «Europäische Geistesgeschichte», Stuttgart 1954.

O William L. Shirer, «Aufstieg und Fall des Dritten Reiches» (Übersetzung aus dem Amerikanischen), Köln-Berlin, 1961, S. 77 ff.

» Ober Rudolf Heß und Haushofer vgl. Douglas M. Kelley, «22 Cells in Nürnberg», New York 1947, S. 23.

» Albrecht Haushofer, «Moabiter Sonette», Berlin 1946.

» Über Hitlers mediale Veranlagung finden sich sehr viele, höchst aufschlußreiche Hinweise bei Hermann Rauschning, «Gespräche mit Hitler», Zürich 1940.

209

Das Epochenjahr 1917

vgl. hierzu auch Hans Rothfels «Zeitgeschichtliche ^{Betr}achtungen», Vorige und Aufsätze, Göttingen 1959, S. 11.

offrey Barraclough «Geschichte in einer sich wandelnden Welt» (deutsche ^Übersetzung), Göttingen 1957, S. 202.

Erwig Dehio «^Gleichgewicht oder Hegemonie», Krefeld 1948, S. 209.

offrey Barraclough «Tatsachen deutscher Geschichte» (deutsche Übersetzung), Berlin 1947, S. 174.

John Holborn «Der ^{Zu}sammenbruch des europäischen Staatensystems, Stuttgart 1954, S. 79.

hierzu Karl Heinz Janssen «Der Wechsel in der Obersten Heeresring 1916» (in: ^{Vier}teljahreshefte für ^Zeitgeschich^te 1959, S. 337 ff.).

. hierzu Wilhelm Schübler «Kaiser Wilhelm II. — Schicksal und Schuld», Ringen 1962, S. 97 ff.

Ernst Alexander von Müller «Regierte der Kaiser? — ^{Krieg}stagebücher, Zeichnungen und Briefe», Göttingen 1959.

Weber «Gesammelte politische Schriften», Berlin 1921, S. 61 ff.

die ^Zahlenangaben zur amerikanischen Wirtschaft vgl. Fritz Klein Deutschland ¹⁸97/98-1917», Berlin 1961, S. 344 ff.

Erwin, S. 85.

Die ^{am}erikanischen und ^mexikanischen Truppen war es infolge eines ^{Grenz}zwischenfalls im Juni 1916 bei Carrizal zu einem Treffen ^{ge}kommen. Die USA ließen bei dieser Gelegenheit ^{Besat}zungstruppen auf mexikanischer Boden zurück, die erst nach dem «Zimmermann-Telegramm» wieder ^{ab}gezogen wurden (5. Februar 1917).

Erst nach St. V. Benet «^{Ameri}ka-Geschich^te der USA» (deutsche Obere,

2. Aufl.), Berlin 1948, S. 159 ff.

Rußland und das Jahr 1917

Neander «Grundzüge der russischen Geschichte» Darmstadt 1956,
Günther Stökl «Russische Geschichte», Stuttgart 1962, S. 627 ff.

Auch Georg v. Rauch «Geschichte des bolschewistischen Rußlands»,
München 1955, S. 64.

er, S. 98 f.

hierzu die ausgezeichnete Darstellung *der* Bedeutung des Jahres
1812 1 russische Geschichtsbewußtsein bei Ernst Benz «Geist und Leben
Kirche» Hamburg 1957, S. 154 f. (r^o-r^o-r^o-Taschenbuch).

v. Rauch «Geschichte des bolschewistischen Rußlands»

Joachim Mette «Russische Geschichte, vornehmlich des 19. und 20.
Jahrhunderts», Bonn 1949, S. 106.

tischen Quellenangaben bei Eduard Winter «Rußland und das Papst-
tum», Berlin 1961, S. 594.

Holborn «Der Zusammenbruch des europäischen Staatensystems» e
(Übersetzung), Stuttgart 1954, S.

¹⁰ Lenin «Briefe aus der Ferne», 1917 (entnommen aus dem Band
W. J. Lenin «Das Jahr 1917, Reden und Aufsätze», Berlin 1957, S.
18).

¹¹ Näheres bei Georg v. Rauch «Lenin — Die Grundlegung des
Sowjetsystems», Göttingen 1957, S. 48 f.

a. a. O. S. 69.

¹² David Shub «Lenin» (deutsche Übersetzung), Wiesbaden 1952, S.
202 ¹⁴ Erich Ludendorff «Meine Kriegserinnerungen», Berlin 1919,
S. 407.

» Max Hoffmann «Der Krieg der versäumten Gelegenheiten»,
München 1924,

S. 174 ff.

14 Scharlau-Zeman «Freibeuter der Revolution — Parvus Helphand.
Eine politische Biographie» (deutsche Übersetzung), Köln 1964, S.
244 ff., und Shub, a. a. O. S. 202 f.

¹⁷ Lenin «über die Aufgaben des Proletariats in der gegenwärtigen
Revolution» (Aprilthesen) (in: W. J. Lenin «Das Jahr 1917...», S. 21
ff.).¹⁸

Vgl. hierzu seine bedeutsamen Hinweise in «Geschichtliche
Symptomatologie» (Vortrag vom 25. 10. 1918), Dornach 1942, S.
77 ff.

¹⁹ Stökl, a. a. O. S. 649 f.

²⁰ Holborn, a. a. O. S. 83.

²¹ Zur Aktion Pacellis vgl. E. Winter «Rußland und das Papsttum II», Berlin 1961, S. 607 ff., mit den entsprechenden Quellenangaben.

» F. Fischer «Griff nach der Weltmacht», S. 513 ff.

» Vgl. Arthur Rosenberg «Entstehung der Weimarer Republik», Frankfurt 1961, S. 157.

Mitteleuropa nach 1917

¹ «Dreigliederung des sozialen Organismus», 2. Jg. 1920/21, Heft 13, wiederabgedruckt in: «Aufsätze über die Dreigliederung des sozialen Organismus und zur Zeitlage 1915-1921» (hg. von Robert Friedenthal), Dornach 1961, S. 180 ff.

² So von A. Polzer-Hoditz in seinem Buch über Kaiser Karl (1929) und von Roman Boos in: «Rudolf Steiner während des Weltkrieges» (1933). Siehe auch: «Aufsätze über die Dreigliederung 1961, S. 329 ff.

»Die Kernpunkte der sozialen Frage in den Lebensnotwendigkeiten der Gegenwart und Zukunft» (1919), 5. Aufl., Dornach 1961, Kapitel IV. ⁴ Vgl. die Darstellung Lerchenfelds in dem erwähnten Buch von Roman Boos, S. 57.

Arthur Polzer-Hoditz: «Kaiser Karl», Zürich, Leipzig, Wien 1929, S. 505. ebd. S. 507.

⁷ ebd. S. 537.

⁸ vgl. Anhang.

• Geoffrey Barraclough: «Tatsachen deutscher Geschichte», Berlin 1947, S. 177. ¹⁰ Vgl. hierzu: «Das Werk des Untersuchungsausschusses der deutschen Nationalversammlung und des deutschen Reichstages 1919-30» 4. Reihe, «Die Ursachen des deutschen Zusammenbruchs im Jahre 1918», hg. v. A. Philipp, 12 Bde., Berlin 1925/28, Bd. II, S. 260 ff. Ferner Prinz Max von Baden:

„Erinnerungen und Dokumente», 1927, S. 355 ff.

211

¹¹ A. Rosenberg: «Entstehung der Weimarer Republik», hg. v. K. Kersten,

Frankfurt 1961, S. 214.

¹² Die entsprechenden Dokumente finden sich in: «Amtliche Urkunden zur

Vorgeschichte des Waffenstillstandes 1918» 1927, und: «Das Werk des Untersuchungsausschusses ...», Reihe 4, 1925/28, ferner «Dokumente der deutschen Politik und Geschichte» hg. v. Joh. Hohlfeld, 4 Bde., 1927/34,

Bd. II.

¹³ Näheres bei Erich Eyck: «Geschichte der Weimarer Republik»
Zürich,

Stuttgart 1956, Bd. I, S. 65 ff., Friedrich Stampfer: «Die ersten 14
Jahre der deutschen Republik» 2. Aufl., Offenbach 1947, S. 55.

¹⁴ «Aufsätze über die Dreigliederung ...», S. 181.15

H. Nicolson: «Peace making 1919», London 1934 (deutsche
Übersetzung

«Friedensmacher 1919» Berlin 1939), gibt ein interessantes Bild
von der

Atmosphäre der Pariser Konferenz.

¹⁸ Vgl. hierzu: «Deutscher Osten und slawischer Westen. Tübinger
Vorträge»,

hg. von H. Rothfels und W. Markert, Tübingen 1955, S. 1 ff.

17 H. Wickham-Steed: «The Habsburg Monarchy», London 1913; R.
W. Seton-Watson: «The Southern Slav Question» London 1911; L.
Eisenmann: «Le

Compromis austro-hongrois de 1867», Paris 1904.

18 Vgl. hierzu: Nicolson: «Friedensmacher 1919» (dtsh. Ausgabe),
S. 37

¹⁸ John Maynard Keynes: «The economic consequences of the
peace», London 1919.

²⁴ Eyck I, S. 159.

²¹ Winston Churchill: «The second World War», 5 Bde., London
1948/52,

Bd. III, S. 550 ff. (Die deutsche Übersetzung dieses Werkes kann
nur mit Vorsicht benutzt werden. Sie ist deshalb hier nicht
herangezogen worden.)

²² Hierzu und für das Folgende: Churchill, Bd. V, S. 348 ff.23

«The Conference at Malta and Yalta», Washington 1955
(Department of

the State Publication Nr. 6199).

²⁴ Edward R. Stettinius berichtet dies in seinem Buch: «Roosevelt
and the

Russians» New York 1945, S. 181.

25 «Parliamentary Debates. House of Commons. Official Report»
Bd. 408,

Churchill-Rede: Sp. 1305 ff., Edens Ausführungen: Sp. 1500 ff.

²⁶ «Voices of History 1945-46» hg. v. N. Ausubel, New York 1946, S. 427 ff.
Die Zertrümmerung Mitteleuropas

¹ Hierzu: Fritz Fischer, «Griff nach der Weltmacht», Düsseldorf 1961. ^{1a}Margarethe Ludendorff, «Als ich Ludendorffs Frau war», München 1929, S. 209.

² Joseph Goebbels, «Vom Kaiserhof zur Reichskanzlei», 16. Aufl., München 1937, S. 228 f.

³ Im einzelnen hierzu die ausgezeichnete staatsrechtliche Studie von Klaus

Revermann «Die stufenweise Durchbrechung des Verfassungssystems der Weimarer Republik in den Jahren 1930 bis 1933» (Aschendorffs juristische Handbücherei Nr. 62), Münster 1959.

⁴ Revermann, S. 76 ff. mit weiteren Quellenangaben.

212

Wortlaut des «Ermächtigungsgesetzes» und des Verbots der SPD bei 'Walther Hofer, «Der Nationalsozialismus — Dokumente 1933 bis 194 (Fischer-Bücherei Nr. 172), 1957, S. 57 ff.

• A. J. P. Taylor, «The Origins of the Second World War», London 15 (Dt. Übersetzung: «Die Ursprünge des 2. Weltkrieges», Gütersloh 19 S. 360).

⁷ **W. L. Shirer**, «The Rise and Fall of the Third Reich» (Dt. Übersetzung «Aufstieg und Fall des Dritten Reiches» Köln/Berlin 1961, S. 231).

⁸ Der Wortlaut des Schreibens wurde in der «Germania» dem Blatt deutschen Katholiken, am 24. Juli 1933 veröffentlicht. «Germania», die posit Haltung der katholischen Kirche Deutschlands zu Hitler vgl. die Dol mente bei G. Lewy, «The Catholic Church and Nazi Germany», N York/Toronto, 1964.

«Documents on British Foreign Policy 1918-1945» London 1948 3. Reihe, Bd. 5, Nr. 576.

¹⁰ «Dokuments on British Foreign Policy 1918-1945» 3. Reihe, Bd. 6, Nr.2, ¹¹ «Dokuments on British Foreign Policy 1918-1945», 3. Reihe, Bd. 5, Nr. 1: ¹² Hierzu Hajo Holborn, «Der Zusammenbruch des europäischen Staate systems» Stuttgart 1954, S. 129.

¹³ Taylor, S. 133

Avro Manhattan, «The Catholic Church against the 20th Century» Übersetzung: «Der Vatikan und das XX. Jahrhundert», Berlin 19! S.

91 ff.).¹⁵

«Kirchliches Amtsblatt für die Diözese Münster», Jahrg. LXX, Nr. 21 (c nach Manhattan).

¹⁰ Das Protokoll lag dem Nürnberger Militärtribunal (MIT) bei den Krieg verbrecherprozessen vor und wurde mit dem umfangreichen Aktenmateri «Der Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher», Nürnberg 1947/49 in B XXV, S. 403 ff., veröffentlicht. Hofer, «Der Nationalsozialismus» (sie] Anmerkung 5) gibt es auf S. 193 ff. wieder.

^{16a} Ivone A. Kirkpatrick, «Im inneren Kreis» (dt. Übersetzung), Berlin, 196 17 «Dokuments on German Foreign Policy 1918-1945» 1948 ff., Serie (1937-45), Bd. I, S. 69 f.

¹⁸ «Die Akten zur auswärtigen deutschen Politik»' Baden-Baden 1950, Reil D, Bd. I, Nr. 50.

» Über Becks Opposition zu Hitlers Plänen vgl. W. Foerster, «Ein Gener kämpft gegen den Krieg», München 1949.

²⁰ Hierzu: Hans Rothfels, «Die deutsche Opposition gegen Hitler», Krefel 1949, S. 73 ff.

²¹ «Dokuments on British Foreign Policy», 3. Reihe, Bd. 2, Nr. 1228.22

So Holborn, «Der Zusammenbruch des europäischen Staatensystems ...» S.137.

²³ In den Chor dieser Stimmen hat **D. L. Hoggan**, «Der erzwungene Krieg» Tübingen 1963, eine Dissonanz gebracht, indem er Hitler von jeglidu Schuld freispricht, zu einem Friedenshelden macht und Halifax anklag Deutschland in den Krieg getrieben zu haben. Hoggans Kritik an der briti schen Politik wäre ernster zu nehmen, wenn sie nicht den Zweck verfolgte Hitler und den Nationalsozialismus zu rechtfertigen, ja zu glorifizieren.

21:

²⁴ Holbonn, S. 141.

» Tylon, S. 248 f.

²⁶ Halifax zu Phipps, «Documents on British Foneign Policy», 3. Reihe, Bd. 4,

Nr. 280.

» Ebd. Nr. 234.28

Taylor, S. 264.

²⁹ «Die Äkten zur deutschen Auswärtigen Politik. Reihe D, Bd. VI, Nr. 149.30

Taylor, S. 328.

³¹ Ebd. Bd. VII, Nr. 43.32

Hienzu: Talyon, S. 295 ff., Holborn, S. 143 f.33

Vgl. L. B. Namier, «Europa in Decay 1936-1940». London 1950, S. 238 ff. 34 «Documents on British Foreign Policy», 3. Reihe, Bd. 6, Nr. 659. 35 Paul Sdunidt, «Statist auf diplomatischen Bühne», Bonn 1949, S. 472.36

Holborn, S. 148.

³⁷ «Briefwechsel Stalins mit Churchill, Attlee, Roosevelt und Tnuman» hg.

vom Ministerium für auswärtige Angelegenheiten der UdSSR (dt. Übersetzung), Berlin 1961, S. 165 ff., 171 ff., 215 ff.

ae W. D. Leahy, «I was there», New York 1950, S. 238 ff.

³⁹ «Briefwechsel Stalins mit Churchill .», S. 107.

⁴⁹ «Documents on American Foreign Relations», Boston 1942, Bd. IV, S. 203.

⁴¹ «Briefwechsel Stalins mit Churchill . .», S. 166.

⁴² Persönliche und geheime Botschaft an Churchill und Roosevelt, 11. Juni 1943, ebd. S. 165 f.

⁴⁹ Churchill an Stalin, 19. Juni 1943, ebd. S. 167 ff.

» John Lukacz, «Geschichte des Kalten Krieges»: dt. Übersetzung aus dem Amerikanischen, Tübingen, 1961, S. 56, ferner: W. Churchill, «The Second World War», Boston 1950, Bd. IV, S. 790 ff., Dwight D. Eisenhower, «Kneuzug in Europa» (dt. Übersetzung), Amsterdam 1948, S. 236.

» Robert E. Sherwood, «Roosevelt and Hopkins. An intimate history.» New York 1948, S. 797 f; auch: Churchill, a. a. o. Bd. 5, S. 354 ff.

» John Lukacz, S. 60.

» Rudolf Steiner, «Der Weg zur Rettung des deutschen Volkes» (In: «Auf-

sätze über die Dreigliederung des sozialen Organismus und zur Zeitlage 1915-1921», Dornach 1961, S. 115).

214

Personenregister

Aehrenthal, Alois, Graf Lexa von 93 f. Aksakow, Iwan 92

Alexander II., Zar 128

Alexander III., Zar 17 f., 20 ff.

Andrassy, Julius, Graf 91

Arndt, Ernst Moritz 47, 49, 71
Baldwin, Stanley 161 f., 164, 168 Balfour, Arthur James 14
Barraclough, Geoffrey 34 f., 116, 144
Beck, Ludwig 167, 169
Becquerel, Henri 104
Belloc, Hilaire 103
Benedikt XV., Papst 137 ff. Benesch, Eduard 166
Bentham, George 52
Bernhardi, Friedrich von 59 f. Bertram, Kardinal 159
Besant, Annie 30
Bethmann-Hollweg, Theobald von 120 f., 133, 138
Bismarck, Herbert von 22
Bismarck, Otto von 10 ff., 14 ff., 22, 31 ff., 44, 49, 52 ff., 55 ff., 6
63, 70 ff., 86, 91, 119, 128 Blériot, Louis 104
Blomberg, Werner von 157, 163 f. Bonnet, Georges 170
Brauchitsch, Walter von 164 f. Brockdorff-Rantzau, Ulrich, Graf von
133
Brüning, Heinrich 156
21
Brussilow, Alexej 134 Bunsen, Josias von 50 Burckhardt, Jakob 38,
60
Cabrinowitschi (Attentäter von Sarajewo) 95 f. Caprivi, Leo, Graf
von 24
Chamberlain, Houston Stewart 62 f.
Chamberlain, Joseph 14
Chamberlain, Neville 164 ff., 170 f.
Chaudordy, Jean Baptiste, Graf von 17, 22 Chesterton, Gilbert K.
103
Churchill, Randolph 12, 14
Churchill, Winston 84, 152 f., 169, 173 ff. Ciano, Galeazzo, Graf
171
Class, Heinrich 63
Clémenceau, Georges 24, 150
Conrad von Hötzendorf, Franz, Graf 119 Curie, Marie 104
Curzon, Lord George 151 f.

Czernin, Ottokar, Graf 142
Czerny, Josef 412
Dahlmann, Friedrich Christoph 47, 49
Dann, Wilfried 101 f., 109, 112
Daumer, Friedrich 34 Dehio, Ludwig 115 Dewar, James 104 Dilke,
Charles 64 Dimitrijewitsch, Dragutin 93, 95
Disraeli, Earl of Beaconsfield 13, 28 f.
Dostojewski, Feodor 92
Droysen, Johann Gustav 47
Duncker, Max 47
Ebert, Friedrich 146
Eckart, Dietrich 163
Eden, Anthony 152 f., 165, 169
Eduard VII., König von England 12 ff., 16 f., 25 f., 30, 148
Einstein, Albert 104
216
Eisenmann, Louis 148
Elisabeth, Kaiserin von Österreich 99 Engels, Friedrich 47, 131
Ennemoser, Joseph 42 ff., 62
Erzberger, Matthias 132 f., 138 145 Eugen, Prinz von Savoyen 68,
86, 89
Falkenhayn, Erichi von 119 f.
Favre, Jules 11
Ferrata, Domenik 23
Fichte, Johann Gottlieb 39, 44, 142
Fischer, Kuno 60
Flandin, P. E. 162
Fochi, Ferdinand 145
Fontane, Theodor 58
Frantz, Konstantin 38 ff., 51, 62, 70, 141, 146
Franz Ferdinand, Erzherzog von Österreich 7, 81, 85 f., 94 f., Franz
Joseph, Kaiser von Österreich 75 ff., 86, 94, 97 ff. Freud, Sigmund
102, 104
Freytag, Gustav 60
Friedrich d. Gr., König von Preußen 74

Friedrich I., Großherzog von Baden 37
Friedrich III., Deutscher Kaiser 33
Friedrich Wilhelm IV., König von Preußen 49 f.
Fritsch, Werner, Freiherr von 163 f.
Gagern, Heinrich von 47
Gandhi, Mahatma 165
Gasparri, Pietro, Kardinalstaatssekretär 137 Geher, Heinrich 37 f.
Gervinus, Georg Gottfried 47, 70, 71
Gide, André 103
Gobineau, Joseph Arthur, Graf von 61 f., 105 Goebbels, Joseph
156, 162, 173
Goerdeler, Karl 167
Göring, Hermann 163, 173
Görres, Joseph von 71
Grabec (Attentäter von Sarajewo) 96
Grey, Edward 14
Grülparzer, Franz 63
Grimm, Jakob und Wilhelm 47, 71 Grimm, Herman 45
Grün, Anastasius 47
Gutschkow, Alexander Iwanowitschi 127 Guttmann, Bernhard 36
Hachia, Emil 170
Halifax, Lord Edward F. L. 159 f., 164 f., 167 f., 170
Harden, Maximilian 103 Harnack, Adolf von 104 Harrison, C. G. 29
Hatzfeldt, Paul, Graf von 22 Haushofer, Albrecht 3
Haushofer, Karl 110 ff. Heer, Friedrich 109
Heeren, Friedrich 71
Hegel, Friedrich Wilhelm 44 Heise, Karl 27 f.
Helldorf, Wolf, Graf von 167 Hemingway, Ernest 163 Heulein,
Konrad 166
Hertling, Georg Graf 145 Heß, Rudolf 110 ff.
Hindenburg, Oscar von 157
Hindenburg, Paul von 58, 119 ff., 133, 146, 157
Hitler, Adolf 58, 63, 107 ff., 144, 146, 150, 152, 156
Hoare, Sir Samuel 161, 168 Hoepner, Erich 167

Hoffmann, Max 32
Hofmannsthal, Hugo von 102 Holborn, Hajo 54, 118, 136, 168, 174 f.
Holstein, Friedrich August von, Geheimrat 14 f.
Holtzendorff, Henning von, Admiral 121
Hoßbach, Friedrich 164 House, Edward, Oberst 144 Hugenberg, Alfred 157 Humboldt, Wilhelm von 44
218
Ihering, Rudolf von 53
Izvol'skij, russ. Bevollmächtigter am Vatikan, später Außenminister 20 ff., 93 f., 126
Juvet, René 37
Kafka, Franz 102
Kamenew, Lew Borrisowitsch 134
«Kara Georg» (Schwarzer Georg) 89
Karl, letzter Kaiser von Österreich 141 f.
Katkow, Michael 92 Keitel, Wilhelm 164 f., 169
Kennedy, John F. 85 f.
Kerenski, Alexander 127, 130, 134 ff.
Keynes, John Maynard 149
Kirkpatrick, Sir Ivone 164 f.
Kitchener, Herbert, Lord 109
Kjellén, Rudolf, Schwedischer Historiker 9
Knoll, August M. 109, 113
Kokoschka, Oskar 102 Kordt, Theo 167
Kraus, Karl 97, 102, 109
Krupp von BohleniHalbach, Gustav 157
Krupskaja 131, 133 Kubin, Alfred 102
Kühlmann, Richard von, Staatssekretär 141
Labouchere, Herausgeber der Wochenzeitschrift «Truth» 29
Langbehn, Julius 62
Lanz von Liebenfels, Jörg 63, 108 ff., 112
Laval, Pierre 161
Lavignerie, Kardinal 22
Leadbeater, C. W. 29 f.

Leahy, W. D. 174
Le Bon, Gustave 104
Ledochowski, Jesuitengeneral 138
Lefebvre, Graf 20, 22
Lehmann, Max 47
Lenin, Wladimir Iljitsch (Ifljanow) 25, 109, 130 ff.
Leo XIII., Papst 18 ff., 126 Lerdenfeld, Otto, Graf 141 Lipski 170
Litwinow, Maxim 162 Lloyd George, David 8, 14 Lorentz, Hendrik
104
Ludendorff, Erich 119 ff., 132 f., 144 ff., 155 Ludwig XIV. 31
Lueger, Karl 107 f.
Lwow, Fürst Grigorij 127, 129, 135 f.
MacDonald, Ramsay 168
Maltzahn, Hellmuth, Freiherr von 133
Marconi, Guglielmo 104
Maria Theresia, Kaiserin 74
Marshall, George C. 175 f.
Marx, Karl 47, 131
Masthin, Draga 93
Max, Prinz von Baden 138, 141, 145 Maximilian, Kaiser von Mexiko
98 Mazzini, Guiseppe 87 f.
Meinechce, Friedrichi 32 f., 58
Meißner, Otto 157
Metternichi, Clemens, Fürst 45, 100 Mohrenheim, russ. Botschafter
14 f. Molotow, Wjatsdieslaw 172
Moltke, Helmut von (d. J.) 118 Moltke, Helmuth von (d. A.) 59, 75
Mommsen, Wilhelm 47
Müller, Georg Alexander von 119 Murad I., Sultan 85
Musil, Robert 103
Mussolini, Benito 161, 163, 167, 174
Napoleon I. 68, 128, 174
Napoleon III. 98
Naumann, Friedrich 55
Neander, Irene 126 f.
Neurath, Konstantin, Freiherr von 163

Nietzsche, Friedrich 61 f.

Nikolaus II., Zar 124, 126 ff., 136 Norfolk, Duke of 12, 18 f., 22
Noske, Gustav 146

Obrenowitsch, Alexander, König von Serbien 93, Obrenowitsch,
Milosch 89

Oldenburg-Januschau 157

Orth, Johann 98

Pacelli, Eugenio (Papst Pius XII.) 137 ff., 159, 11 Palacky, Frantiiek
78

Papen, Franz von 156 f.

Parvus (Helphand, Alexander) 133

Paschitsch, Nikola 93

Peter, König von Serbien (Karageogewitsch) 93 Peters, Carl 63

Picasso, Pablo 104 Pilsudski, Joseph 151

Pius XII., Papst (siehe Pacelli)

Planck, Karl Christian 38, 62, 141

Planck, Max 104

Polzer-Hoditz, Arthur, Graf 29, 72, 85, 100, 105 1 Polzer-Hoditz,
Ludwig, Graf 141

Princip, Gavrile (Attentäter von Sarajewo) 95 f.

Radek, Karl 133 f. Raeder, Erich 163

Rampolla, Kardinalstaatssekretär 18, 20, 22 Ranke, Leopold von 47
Rathenau, Walter 103 Rauch, Georg von 131 Ratuner, Friedrich von
47, 49

Redlich, Joseph 86, 97 Rhodes, Cecil 14

Ribbentrop, Joachim von 165, 169 f., 172 f.

Rilke, Rainer Maria 102

Ritter, Gerhard 36, 39, 58 f., 71

Rothau, August Ludwig von 44

Röntgen, Wilhelm Conrad 104

Röpke, Wilhelm 38

Roosevelt, Theodore 97

Roosevelt, Franklin D. 152, 174 ff. Roseberry, britischer
Premierminister 25 Rosenberg, Alfred 145, 163

Rudolf, Kronprinz 94, 98

Runciman, Lord Walter 166
Salis, J. R. von 22, 99
Salisbury, Lord 12, 14, 17, 22, 26
Samarin, Jurij 40
Sasonow, Sergej 117, 126 f.
Seidler, österreichischer Ministerpräsident 142 f. Seton-Watson, R. W. 148 Shaw, Bernard 103
Simon, Sir John 49, 160, 168 Simons, Gustav 109 Sinowjew, Grigorij 133 Smith, Adam 52
Solowjew, Wladimir 103, 104
Suchomlinow, russischer Kriegsminister 127
Sybel, Heinrich von 60 Scheidemann, Gustav 146
Schelling, Friedrich Wilhelm von 44, 49, 62
Schleicher, Kurt von 157 Schlieffen, Alfred, Graf von 117 f.
Schmerling, Anton von 71 f. Schnitzler, Arthur 102
Schönerer, Georg, Ritter von 63, 105, 107 f.
Schroeder, Kurt, Baron von 157
Schüßler, Wilhelm 120
Stalin, Joseph 134, 152, 172, 174 ff.
Stein, Karl, Freiherr vom 71 f.
Steiner, Rudolf 31, 35 f., 65, 100 f., 107, 135, 140 f., 178
Stempfle, Bernhard 112
Stinnes, Hugo 157
222
Stresemann, Gustav 154, 162 Strindberg, August 109
Taaffe, Eduard, Graf 92 Tankositsch, Voja 95 Taylor, A. J. P. 168
Thebes, Madame de 85 Thyssen, Fritz 157
Tirpitz, Alfred 64, 120
Tisza, Stephan, Graf von 95, 142
Tolstoi, Dimitrij, Oberprokurator der «Allerheiligsten Synods»
Tolstoi, Leo 24
Trakt, Georg 102
Treitschke, Heinrich von 53, 60
Trotzki, Leo 135
Truman, Harry 153 Turgenjew, Iwan 66

Uljanow, Wladimir Iljitsch (s. Lenin) Uhland, Ludwig 47, 71
Vetsera, Baronin 98
Viktoria, Königin von England 15, 25, 32
Waitz, Georg 47, 49
Weber, Max 120 f.
Wells, H. G. 65
Werfel, Franz 102
Weygand, Maxime 151
Wickham-Steed 148
Wilhelm II., Deutscher Kaiser 26, 28, 64, 83, 119, 121, 126, 138
Wilken, Folkert 46, 57
Wilson, Thomas Woodrow 115, 123 f., 136, 140 f., 143 ff., 147,
Windelband, Wolfgang 11
Witzleben, Erwin von 167
Wright, Orville und Wilbur 104
Zanuschkewitsch, russischer Generalstabchef 127 Zimmermann,
Arthur, deutscher Staatssekretär 123, 133